



Plenarprotokoll

95. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 24. September 2003

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes.....	7207	Holger Astrup [SPD].....	7207
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/2920 (neu)		Beschluss: Dringlichkeit bejaht	7208

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes	7208	Peter Eichstädt [SPD].....	7247
		Claus Ehlers [CDU].....	7248
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/2920 (neu)		Beschluss: Annahme des Antrages Drucksache 15/2931	7249
Beschluss: Überweisung an den Umweltausschuss.....	7208	Veräußerung der Anteile des Landes an der LEG Immobiliengesellschaft mbH (LEG)	7249
Aktuelle Stunde	7208	Antrag der Landesregierung Drucksache 15/2840	
Motorola	7208	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2929	
Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD		Dr. Ralf Stegner, Finanzminister 7250, 7252, 7267	
Lothar Hay [SPD]	7208	Martin Kayenburg [CDU].....	7252
Brita Schmitz-Hübsch [CDU].....	7209	Hans-Jörn Arp [CDU].....	7252
Dr. Heiner Garg [FDP].....	7211	Ursula Kähler [SPD].....	7254
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7212, 7219	Wolfgang Kubicki [FDP], zur Geschäftsordnung.....	7257
Silke Hinrichsen [SSW].....	7213	Dr. Heiner Garg [FDP].....	7258
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	7214	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7260, 7266
Ingrid Franzen [SPD].....	7215	Anke Spoorendonk [SSW].....	7262
Martin Kayenburg [CDU].....	7217	Wolfgang Kubicki [FDP].....	60
Wolfgang Kubicki [FDP].....	7218	Thomas Stritzl [CDU].....	7265
Anke Spoorendonk [SSW].....	7221	Rainer Wiegard [CDU]	7268
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	7222	Beschluss: Annahme.....	7270
Dr. Gabriele Kötschau [SPD].....	7224	Gemeinsame Beratung	7270
Uwe Eichelberg [CDU].....	7225	a) Zielvereinbarungen mit den Hochschulen	7270
Gebietsmeldungen nach FFH- und Vogelschutzrichtlinie der EU	7226	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2907	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2911		b) Eckwerte zur Modernisierung der Hochschulen	7270
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/2931		Landtagsbeschluss vom 28. August 2003 Drucksache 15/2853 Bericht der Landesregierung	
Herlich Marie Todsen-Reese [CDU].....	7226	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	7270, 7284, 7291
Konrad Nabel [SPD]	7229, 7243	Jost de Jager [CDU].....	7273, 7287
Günther Hildebrand [FDP].....	7232	Dr. Henning Höppner [SPD].....	7276, 7286
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7234	Dr. Ekkehard Klug [FDP]	7278, 7288
Lars Harms [SSW].....	7236	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7280
Klaus Klinckhamer [CDU]	7238	Anke Spoorendonk [SSW].....	7282
Klaus Schlie [CDU]	7239		
Thorsten Geißler [CDU]	7240		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	7241, 7249		
Jutta Scheicht [CDU]	7242		
Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft.....	7243		

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7289
Thorsten Geißler [CDU]	7290
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	7291
Beschluss: 1. Annahme des Antrages Drucksache 15/2907 2. Überweisung des Berichts der Landesregierung an den Bildungs- ausschuss und den Finanzausschuss ...	7291
Haltung von Wildtieren in Zirkusbe- trieben	7292
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2888	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	7292
Friedrich-Carl Wodarz [SPD]	7293
Jutta Scheicht [CDU]	7295
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7295
Lars Harms [SSW].....	7296
Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft	7296
Beschluss: Überweisung an den Umwelt- ausschuss	7297

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und
Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz
und Landwirtschaft

Dr. Ralf Stegner, Minister für Finanzen

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr

* * * *

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die
36. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages.
Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und be-
schlussfähig. Erkrankt sind Frau Ministerin Moser,
Frau Abgeordnete Schlosser-Keichel, Herr Abgeord-
neter Weber und Frau Abgeordnete Aschmoneit-
Lücke. - Ich wünsche allen im Namen des Hauses
eine gute Genesung!

(Beifall)

Not the same procedure as every day: Jede Plenarta-
gung hat ihren eigenen Verlauf, aber auch ihren be-
sonderen Einstieg. Heute gibt es Erfreuliches zu ver-
melden. Frau Abgeordnete Sandra Redmann ist Mut-
ter einer Tochter geworden; beide sind gesund und
wohlbehalten. - Wir gratulieren ihr und wünschen ihr
und ihrer Tochter alles erdenklich Gute!

(Beifall)

Deshalb haben wir auch Verständnis für die zu ver-
meldende Beurlaubung.

Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN sowie die Abgeordneten des SSW haben die
Bitte geäußert, die Behandlung des Tagesordnungs-
punktes „Gesetzentwurf zur Änderung des Landes-
wassergesetzes“ als Dringlichkeitsantrag vorzusehen.
Dieser Gesetzentwurf liegt Ihnen als Drucksache
15/2920 (neu) vor.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lan- deswassergesetzes

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten
des SSW
Drucksache 15/2920 (neu)

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit
gewünscht? - Herr Abgeordneter Astrup!

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Her-
ren! Der Landtag hat in der Juni-Tagung ein Landes-
wassergesetz in zweiter Lesung verabschiedet, bei
dem sich herausgestellt hat, dass durch einen Über-
tragungsfehler auf dem Weg vom Unterausschuss
zur Beschlussfassung hier im Plenarsaal eine Fassung
verabschiedet worden ist, die so nicht gewollt war.
Die Wasser- und Bodenverbände haben uns darauf
aufmerksam gemacht. Deshalb schlagen wir vor,
dieses kurzfristig zu korrigieren. Wenn Sie der Dring-
lichkeit zustimmen sollten - für die wir eine Zweidrit-

(Holger Astrup)

telmehrheit brauchen, die im Umweltausschuss in der Sitzung in der letzten Woche auch gewährleistet war -, empfehle ich, Herr Präsident, diesen Gesetzentwurf sofort ohne Aussprache in den Umweltausschuss zu überweisen, damit wir - nach einer Sitzung des Umweltausschusses morgen - am Freitag diese Gesetzesänderung in zweiter Lesung verabschieden können.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Begründung der Dringlichkeit? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Dringlichkeit abstimmen und greife den Hinweis von Herrn Abgeordneten Astrup auf, dass zur Bejahung der Dringlichkeit nach § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Wer der Dringlichkeit zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun gleich auf als Tagesordnungspunkt 1:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/2920 (neu)

Ich lasse dann auch gleich - wie vorgeschlagen ohne Aussprache - über die Überweisung in den Umweltausschuss abstimmen. Wer dieser Überweisung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 4, 8, 14, 16, 24, 25, 35, 39 bis 41, 44, 47 und 48 ist eine Aussprache nicht geplant. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 5, 6 und 7, Staatsverträge Statistisches Amt, Eichdirektion Nord und „Data-port“, die Punkte 10 und 38, Gesetz zur Gewährung jährlicher Sonderzahlungen und Zukunft des öffentlichen Dienstes, die Punkte 12 und 20, Vermögensfreibeträge des künftigen Arbeitslosengeldes II und Sozialhilfeausgaben senken, die Punkte 22 und 23, EuGH-Urteil zu Arbeitszeiten und Bereitschaftsdiensten in Krankenhäusern, sowie die Punkte 27 und 49, Zielvereinbarung mit den Hochschulen und Eckwerte zur Modernisierung der Hochschulen. Der Tagesordnungspunkt 21 wurde von den Antragstellern zurück-

gezogen. Nachträglich haben sich die Fraktionen noch verständigt, dass zum Punkt 11, Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte, doch eine Aussprache stattfinden soll. Hierfür sind für die Fraktionen und die Landesregierung jeweils fünf Minuten Redezeit vorgesehen. Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 36. Tagung. Unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause werden wir jeweils längstens bis 18 Uhr tagen. Widerspruch höre ich nicht, dann werden wir so verfahren.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Gäste begrüßen. Auf der Tribüne haben Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte der Theodor-Heuss-Realschule Preetz sowie Mitglieder des SPD-Ortsvereins Bad Segeberg Platz genommen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Außerdem haben auf der Tribüne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma Motorola Platz genommen, deren Sorgen wir kennen und die heute auch in einer Debatte zum Ausdruck gebracht werden, die wir gleich anschließend führen werden. - Seien auch Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Motorola

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

Als Erstes erteile ich Herrn Abgeordneten Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als vor kurzem die Nachricht der Konzernleitung von Motorola kam, dass in Flensburg in dem bedeutendsten Unternehmen in der Region 600 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen, war das ein Schlag in das Kontor der Region. Unser Mitgefühl gilt an dieser Stelle den von Arbeitslosigkeit und Entlassung bedrohten Kolleginnen und Kollegen der Firma Motorola.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich möchte an dieser Stelle nicht nur auf das eingehen, was wir gerade draußen bei der Demonstration erleben und worüber wir uns hier drinnen in der Ak-

(Lothar Hay)

tuellen Stunde unterhalten, nämlich die Sorgen der 600 von Entlassung bedrohten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern ich möchte mich vor allem auch auf das konzentrieren, was aus meiner Sicht im Augenblick erforderlich ist.

Es ist noch gar nicht so lange her, da wurde der größte Scheck in der Geschichte des Landes aus der **GA-Förderung** dem Unternehmen Motorola überreicht, um langfristig den Standort Flensburg auszubauen und weitere Arbeitsplätze zu sichern. Und auch im Nachhinein, in der jetzigen Stunde, bin ich der Überzeugung, dass das eine richtige Entscheidung gewesen ist und dass wir auch in Zukunft von Landesseite alles tun müssen, mit dem Instrument der **GA-Förderung** Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu sichern, zu erhalten und auch aufzubauen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei CDU und FDP)

Das gilt sowohl für den Bereich der alten Technologien als auch für den Bereich der neuen Technologien.

Wenn es jetzt zum **Abbau** von 600 **Arbeitsplätzen** kommt, hat das nicht an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gelegen. Die Mitarbeiterschaft ist so engagiert gewesen, wie - glaube ich - selten eine Mitarbeiterschaft in Schleswig-Holstein gewesen ist, um alles dazu beizutragen, die Arbeitsplätze zu erhalten. Zwölf-Stunden-Schichten, die Ausweitung der Arbeitszeit, die Reduzierung der Arbeitszeit - das alles waren Maßnahmen, die in großer Einmütigkeit von der Belegschaft mit getragen worden sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie der Abgeordneten Jutta Scheicht [CDU]) und Brita Schmitz-Hübsch [CDU]

Was erwarten wir jetzt von der Landesregierung? - Wir erwarten von der Landesregierung, dass aufgrund der geltenden Rechtslage und der Verträge geprüft wird, welche **Fördergelder** wieder **zurückgezahlt** werden müssen. Ich weiß, dass davon wieder 50 % in den Berliner Topf zurückgehen, der Rest aber, die anderen 50 %, verbleiben beim Land Schleswig-Holstein. Wir erwarten von der Landesregierung, dass dieses Geld dafür eingesetzt wird, um den von Arbeitslosigkeit betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine **Perspektive** und die Möglichkeit zu geben, durch Qualifizierungsmaßnahmen wieder Fuß zu fassen, im Arbeitsmarkt neue Chancen zu erhalten, sodass sie nicht von Dauerarbeitslosigkeit bedroht sind. Das ist unsere Erwartung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber gleichzeitig erwarten wir auch, dass sich die Firma Motorola an diesem Konzept beteiligt. Ich kann mich noch sehr gut erinnern - es ist noch gar nicht lange her -, dass man sich auf dem Flensburger Arbeitsmarkt bemüht hat, weitere Arbeitskräfte zu erhalten. Das ist ungefähr parallel gelaufen zu der Ankündigung, Arbeitsplätze abzubauen.

Wir erwarten auch von der Konzernleitung eine klare Aussage, was in Zukunft mit dem **Standort Flensburg** geschehen soll. Was ist mit den verbleibenden 1.200 Arbeitsplätzen? Ich bin mir sicher, dass unsere Ministerpräsidentin und unser Wirtschaftsminister in direkten Gesprächen mit der Konzernleitung für Klarheit sorgen werden. Flensburg braucht dringend die verbleibenden 1.200 Arbeitsplätze. Die Region braucht eine Perspektive, dass diese Arbeitsplätze erhalten bleiben. Ich kann mir vorstellen, dass wir alles dazu beitragen werden, um diesen Standort auch in Zukunft sicher zu machen. An den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat es nicht gelegen. Die haben alles dazu beigetragen. Hier sind Fragen zu stellen hinsichtlich der **Verantwortung der Konzernleitung**, welche Entwicklungen verschlafen worden sind und wie man auf bestimmte Marktentwicklungen reagiert hat.

Das sei an dieser Stelle zu diesem Thema gesagt. Ich hoffe, dass wir in Zukunft über Motorola nur noch positiv in diesem hohen Hause diskutieren werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Belegschaft der Firma Motorola in Flensburg war immer kooperationsbereit. Sie willigte ein in den Siebentagebetrieb, sie willigte ein in den 12-Stunden-Tag bei 36 Arbeitsstunden in der Woche, in die Arbeitszeitverkürzung der Nachtschicht. Bei Motorola Flensburg waren zeitweilig viele Zeitarbeiter beschäftigt. Weitere Arbeiter, vor allem Studenten, standen auf Abruf kurzfristig zur Verfügung. Die betrieblichen Vereinbarungen zwischen Firmenleitung, Belegschaft und Betriebsrat waren Zeichen hoher Flexibilität und schafften ein **gutes Betriebsklima** und doch müssen sich jetzt 600 Menschen darauf einstellen, dass sie ihre Arbeit bei Motorola verlieren werden. Die Aus-

(Brita Schmitz-Hübsch)

sicht, im Raum Flensburg einen ähnlichen Arbeitsplatz wiederzufinden, ist gering. Das wird ein trauriges Weihnachtsfest.

Die Ursachen für den **Abbau der Arbeitsplätze** im Flensburger Werk sind schnell genannt. Erstens gibt es eindeutig **Versäumnisse des Managements** in den USA, nicht der Firmenleitung in Flensburg, wie ich ausdrücklich betonen möchte. In der „FAZ“ vom Montag war zu lesen, dass Motorola noch im Jahre 1996 einen Anteil am weltweiten Handy Markt von 26 % hatte, gefolgt von Nokia mit 20 %. Im ersten Halbjahr dieses Jahres hingegen kam Nokia auf 36 %, und der Anteil von Motorola betrug nicht einmal mehr 15 %. Im Gegensatz zu den Wettbewerbern hatte es Motorola versäumt, innovative Mobiltelefone auf den Markt zu bringen.

Zweitens. Für gewerbliche Massenprodukte ist die Kostenstruktur in Deutschland im Vergleich mit Asien zu ungünstig. Zu nennen sind vor allem die Löhne mit den hohen Lohnzusatzkosten, aber auch alle anderen Kosten. Die Firmenleitung in Flensburg hat verzweifelt versucht, die Kosten herunter zu fahren, aber gegen die enorme Differenz zu China war sie auf Dauer machtlos.

Die Politik muss nun vorrangig den Menschen zur Seite stehen, die ihre Arbeit verlieren und denen unser Mitgefühl gilt. Dabei hat die Politik zum einen die Aufgabe, bei der Entwicklung einer **Auffanglösung** behilflich zu sein. Ob im Ergebnis eine Beschäftigungsgesellschaft der optimale Weg ist, muss sich in intensiven Gesprächen zwischen Firmenleitung, Betriebsrat und gekündigten Mitarbeitern erweisen. Dass Motorola einen Sozialplan aufstellen muss, versteht sich von selbst.

Zum anderen muss die Politik alles tun, um die restlichen 1.200 Arbeitsplätze für die Region Flensburg zu retten. Dazu gehört eine vernünftige sachliche Auseinandersetzung mit der Firma darüber, welche Teile der gewährten **Zuschüsse** in Höhe von 20 Millionen € unter welchen Modalitäten **zurückzuzahlen** sind. Ohne Zweifel muss mit öffentlichem Geld sorgsam umgegangen werden, aber es gibt auch keinen Zweifel daran, dass es ein großes öffentliches Interesse am Erhalt dieser 1.200 Arbeitsplätze für die Region gibt. Ich denke, Wolfgang Börnsen hat auch einen guten Vorschlag gemacht, der in die Richtung geht: Setzt das Geld so ein, dass eine Abwanderung verhindert wird.

(Beifall im ganzen Haus)

Schließlich gehört aber auch die Gestaltung des Klimas dazu, das einen Investor, noch dazu einen ausländischen, umgibt. Hier muss ich die Ministerpräsi-

dentin auf das Schärfste für ihre Aussage am 17. September im „Schleswig-Holstein-Magazin“ kritisieren:

„Ich kriege immer in der Zwischenzeit leicht Atemnot, wenn ich höre, dass ein amerikanisches Unternehmen ein deutsches Unternehmen entweder ganz übernommen hat oder sich daran beteiligt, weil Amerikaner eine vollkommen andere Vorstellung haben von Sich-verantwortlich-Fühlen für den Betrieb.“

Meine Damen und Herren, 1999, als das neue Gebäude von Motorola mit großem Brimborium eingeweiht wurde - ich war auch eingeladen und war ganz glücklich darüber -, konnte ich nicht feststellen, dass Frau Simonis, sitzend neben Botschafter Kornblum und dem Deutschlandmanager Quinkert, an irgendwelcher Atemnot gelitten hätte. Im Gegenteil, damals verkündete Frau Simonis:

„Ich hoffe, dass unsere deutschen Unternehmer sich auch mal ein bisschen ernsthafter mit den amerikanischen Lebens- und Arbeitsbedingungen beschäftigen, damit nicht immer nur der Satz kommt: In Amerika ist alles anders. Es ist gar nicht so ganz anders.“

Frau Simonis, das alte Sprichwort wird leider bestätigt: „Der Erfolg hat viele Väter. - In Notlagen lernt man die Qualität seiner Freunde kennen.“ Glauben Sie wirklich, dass solche Äußerungen dem Standort Motorola in Flensburg wirklich gut tun? Glauben Sie, dass Sie mit solchen Äußerungen weitere ausländische Investoren anlocken, wenn die sehen, dass man bei Erfolg bejubelt wird und bei nachlassendem Erfolg auch noch einen verbalen Tritt bekommt?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Im Interesse der Menschen in Flensburg fordere ich Sie auf, Frau Simonis, Ihre Zunge in Zaum zu halten und genau wie der Wirtschaftsminister das persönliche Gespräch zu suchen. Es reicht nicht, nur zum Tanzen nach Flensburg zu kommen, man muss auch dabei sein, wenn es wirklich einmal ernst wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Ich glaube nicht, dass die Mitarbeiter von Motorola bis heute das Gefühl haben, dass Sie persönlich sich sehr ernsthaft um sie kümmern wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es trifft eine Region, die ohnehin schon ganz besonders gebeutelt ist, aber ganz besonders sollten wir heute - und das wird aus den Beiträgen der Vorrednerin und des Vorredners klar - und müssen wir heute vor allem an die Mitarbeiter und an deren Familien denken. Denn da hängen noch mehr Schicksale dran, die Mitarbeiter haben Familien, Frauen, Kinder.

(Beifall im ganzen Hause)

Wenn wir an die Familien und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter denken, dann müssen wir, die wir hier Politik verantwortlich gestalten wollen, uns bei allen Entscheidungen, die wir treffen und die wir noch zu treffen haben, immer wieder fragen: Welche **Zukunftschancen** haben diese Menschen eigentlich in dieser Region; welche Zukunftschancen wollen wir ihnen in der Region, welche Zukunftschancen wollen wir den Menschen in Schleswig-Holstein in Zukunft eröffnen, oder welche verwehren wir ihnen möglicherweise durch eine bestimmte Politik, die das eine oder andere Mal in eine falsche Richtung gehen mag? Auch das klang bereits an, ob amerikanisches Unternehmen, ob die Mutter in den USA sitzt oder nicht, Motorola ist nicht der einzige Fall. Ich darf daran erinnern, dass wir uns allein hier in Kiel mit dem Fall HDW, mit Heidelberger Druck und mit Caterpillar beschäftigt haben. Deswegen stellt sich für mich heute auch die Frage: Tut diese Landesregierung tatsächlich genug, um die Rahmenbedingungen für Wirtschaft, für Unternehmen in Schleswig-Holstein wirklich optimal zu gestalten?

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von der SPD)

Ich will hier heute überhaupt keine ausgedehnte Regierungsschelte anstellen, weil ich denke, es ist weder die Zeit noch der richtige Moment dazu, aber man wird ja wohl fragen dürfen, ob das, was hier bisher unter Strukturpolitik gelaufen ist, so insgesamt richtig war, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich will Ihnen auch ganz deutlich sagen, ich finde einen Umweltstaatssekretär, der in einer Ausschusssitzung kund tut, er kämpfe gerade gegen ein **Gewerbegebiet**, etwas sehr merkwürdig.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich sage Ihnen für meine Fraktion, mir ist im Zweifel die Ausweisung von Gewerbegebieten, wo Menschen Arbeit finden, immer noch wichtiger als die Ausweisung von NATURA-2000-Gebieten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, appelliere ich dringen an alle, an die Landesregierung, an die sie tragenden Fraktionen, dass sich in der Einstellung wirklich etwas ändern muss.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Hay hat gesagt - und da sind wir völlig einer Meinung -, auch in Zukunft müsse aus **GA-Mitteln**, solange sie denn noch fließen mögen, Kollege Hay, auch in Arbeitsplätze investiert werden. Das ist völlig in Ordnung. Aber war es nicht gefährlich, den Menschen zu versprechen, man baue dort 3.000 Arbeitsplätze auf, wenn jetzt auf 1.200 Arbeitsplätze zurückgegangen werden soll?

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Richtig, aber ich habe niemanden aus der Landesregierung gehört, der diesen Aussagen widersprochen hätte.

(Unruhe - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des Präsidenten)

- Frau Heinold, Sie sind doch gleich dran!

Ich will ganz deutlich sagen, dass die Konzentration auf eine einzige Technologie offensichtlich die falsche strukturpolitische Entscheidung der Landesregierung war. Frau Heinold, deshalb war Ihr Durcheinandergerede völlig fehl am Platz!

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich hoffe und erwarte von der Landesregierung, dass sie hieraus ihre Lehre zieht und in Zukunft sowohl Hightech-Technologien als auch die so genannte **Lowtech-Technologie** - der Kollege Kayenburg nannte sie - fördert. Frau Schmitz-Hübsch, das erwarten Sie auch, nur haben Sie das jetzt infrage gestellt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Das ist wohl das Mindeste, was man nach diesem strukturpolitischen Desaster erwarten darf. Diese Forderung wird man wohl an die Landesregierung stellen dürfen, ohne dass man von dieser Seite des Hauses mit entsprechenden Zwischenrufen überzogen wird!

Ich bin fest davon überzeugt, dass den Menschen in dieser Region - insbesondere aber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - mit Beileidsbekundungen allein am wenigsten geholfen ist. Frau Ministerpräsidentin, ich hoffe und wünsche mir heute, dass von der

(Dr. Heiner Garg)

Landesregierung ein klares Signal kommt, dass für diese Menschen gesorgt wird.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Dr. Garg!

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident, ich bin am Ende meiner Ausführungen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Entlassungen von Motorola sind ein schwerer Schlag für die betroffenen Menschen, ihre Familien und die ganze Region. In dieser Stunde gehört natürlich ihnen und den Betriebsräten, die extra aus Flensburg gekommen sind und die ich herzlich begrüße, unsere Solidarität.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Meine Fraktion unterstützt die Bemühungen des Betriebsrates, der IG Metall und Minister Rohwers, eine **Auffanggesellschaft** für die vom Arbeitsplatzverlust betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bilden. Ich hoffe, dass es gelingt, von den **Subventionszahlungen** für Motorola einen wichtigen Teil der Mittel dafür einzusetzen, dass die Arbeitslosigkeit in Flensburg nicht erneut ruckartig an die Spitze des Landes rückt. Ich hoffe, dass es Möglichkeiten gibt, über den Zeitraum der nächsten zwei Jahre möglichst vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Firma über Umschulung oder andere Möglichkeiten eine Perspektive zu geben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Natürlich fragt man in einer solchen Situation, was und ob etwas falsch gemacht wurde. Herr Garg, so, wie Sie das angegangen sind, hat Ihre eigene Fraktion mit rotem Gesicht nach unten geguckt.

(Zurufe von der FDP)

Ich frage: War es falsch, Motorola nach Schleswig-Holstein zu holen? War es falsch, dass Heide Simonis nach Chicago gejettet ist, um das Werk zu retten?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Darum geht es doch gar nicht!)

Hätte Herr Kayenburg bei einem Glas Whisky mehr erreicht? Hätte Herr Garg in seiner Zukunftsweisheit von vornherein verhindert, dass 3.000 Arbeitsplätze angekündigt, jedoch nur 1.000 geschaffen werden? Ich denke, all diese Fragen können mit Nein beantwortet werden. Ich glaube, darin sind wir uns auch einig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zurufe von der FDP: Nein!)

Wir wissen, dass es in den internationalen Konzernen ein knochenhartes Management gibt. Dort wird jeder Standort jährlich überprüft. Wenn heute China billiger ist, dann wird die Produktion nach China verlagert. Darüber können wir noch soviel jammern; wir werden diese Dinge nicht ändern. Was wir ändern können, sind die **Rahmenbedingungen**. Darüber müssen wir uns Gedanken machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

70 % unserer Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein entstammen lokalen Dienstleistungen der Bereiche Gastronomie, Einzelhandel, Krankenhäuser, Handwerk oder öffentlicher Dienst. Die laufen nicht weg. Bei den Arbeitsplätzen aber, mit denen wir in unserem Land auf den internationalen Märkten Geld verdienen, damit wir uns all das leisten können, was im Ausland produziert wird, unterliegen wir in der Produktion dem Standortwettbewerb. Da müssen wir einfach Spitze sein, da hilft überhaupt nichts!

Von Motorola bleiben Teile. Es bleiben das Design, die Reparatur, der Vertrieb für Europa und die Entwicklung und Produktion von UMTS-Handys in Flensburg. Begründet wird dies damit, dass es in diesen Bereichen in Flensburg ein spezielles Know-how gibt. Design und Vertrieb müssen auf die lokalen Märkte und Vorlieben abgestimmt werden, und zwar von Sizilien bis ins rumänische Burgenland. Das geht in China nicht so gut. Bei der Entwicklung kommt es in hohem Maße auf den Forschungs- und Technologietransfer und auf die Zusammenarbeit mit den Hochschulen des Landes an. Herr Kayenburg, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann haben Sie gestern gefordert, wir sollten uns wieder auf den Mittelstand und auf die Werften besinnen; jedenfalls habe ich die gestrigen Zeitungsmeldungen so interpretiert. Ich sage Ihnen: Ich glaube, dass die heutige Diskussion ausgesprochen wichtig ist. Ich bin da anderer Auffassung als Sie. Wir stehen vor einer grundlegenden Debatte über die **Förderpolitik des**

(Karl-Martin Hentschel)

Landes. Herr Garg hat sie begonnen. Diese Debatte müssen wir offen führen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Überzeugung ist: Nur, wenn es gelingt, **modernste technologische Forschung** in unseren Hochschulen und den Forschungseinrichtungen mit den Betrieben im Land eng zu verzahnen und ein lebendiges Netzwerk von Technologiebetrieben, Zulieferern und Dienstleistern zu schaffen, können wir erfolgreich Betriebe im Land halten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

In den vergangenen Jahren sind in Schleswig-Holstein zigtausende von neuen Arbeitsplätzen durch die Entwicklung von neuen Technologien entstanden, und zwar von der Informationstechnologie über die Umwelt- und Energietechnik bis hin zu Bio- und Medizintechniken. Deswegen ist es grundfalsch, wenn jetzt von einigen Apologeten gesagt wird, der Weg zur Modernisierung sei gescheitert. Das Gegenteil ist der Fall: Wir investieren noch viel zu viel in die Erhaltung traditioneller Zweige. Die Zukunft braucht aber Hochschulen, Forschungsinstitute und Technologietransferexperten. Dennoch wird es schwer sein, Massenproduktion in Schleswig-Holstein zu halten. Das wissen wir alle. In der **Entwicklung von intelligenten Produkten** mit der Verbindung von Teilen der Produktion können wir aber ein guter Standort sein, wenn wir unsere Stärken richtig ausspielen und alle Anstrengungen unternehmen, um solche attraktiven Unternehmen zu halten.

Wir haben eine Chance! In den letzten Jahren haben wir in vielen Bereichen gezeigt, dass wir eine Chance haben. Wir kennen das Problem mit dem halben Glas. Auch Motorola zeigt, dass es gelungen ist, zumindest wesentliche Teile zu halten. Es ist ausgesprochen wichtig, dies festzuhalten, und nicht so zu tun, als seien alle Bereiche abgewandert. Daran müssen wir arbeiten. Wir müssen gerade die Vernetzung der Hochschulen mit dem Land stärken, denn nur ein Betrieb, der mit dem Land, mit den Institutionen des Landes, mit den Einrichtungen und Dienstleistern und so weiter vernetzt ist, hat eine hohe Motivation, hier zu bleiben.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wenn ich eine Werkhalle habe, die isoliert in der Landschaft steht, dann kann diese natürlich jederzeit an einen anderen Ort auf der Welt transferiert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Schlusssatz: Es muss jetzt alles getan werden, um den betroffenen Menschen zu helfen. Wir unterstützen alle Akteure. Ich weiß, der Herr Wirtschaftsminister ist an dem Thema dran. Ich bin sicher, dass alle Fraktionen des Landtags in dieser Frage hinter ihm stehen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Botschaft, dass Motorola in Flensburg ein Drittel der Arbeitsplätze abbaut, ist aus der Sicht des SSW nicht weniger als eine Katastrophe für Flensburg und für die gesamte Region. Der Kollege Hay hat dies bereits gesagt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Der Kollege Garg auch!)

Ende August hatte die Stadt Flensburg zirka 5.700 Arbeitslose. Durch den Abbau der Arbeitsplätze würde die Zahl der Arbeitslosen um über 10 % steigen. Dies ist besonders bitter, weil die Stadt Flensburg, das Land und der Bund die Ansiedlung von Motorola mit **öffentlichen Zuschüssen** von vielen Millionen Euro gefördert haben. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Beschäftigten von Motorola selber durch flexible Arbeitszeitmodelle, durch Weiterentwicklung der Handymodelle und durch viele andere Initiativen alles, was in ihrer Macht stand, getan haben, um die Firma wettbewerbsfähig zu halten.

Der SSW konnte sich bei einem Besuch im Mai mit eigenen Augen über das große Engagement, um nicht zu sagen: über die Aufopferung der Motorola-Beschäftigten für ihre Firma überzeugen. Zu Recht fragen sich diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was sie noch alles hätten tun sollen, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Der Produktionsablauf war so optimiert worden, dass nach Angaben eines Motorola Mitarbeiters „nicht einmal mehr die Zeit dafür blieb, aufs Klo zu gehen“. Auch die Lohnstückkosten waren

(Silke Hinrichsen)

durch optimale Ausnutzung von Arbeitszeit- und Schichtmodellen nicht mehr weiter zu reduzieren.

Es fällt mir deshalb sehr schwer zu akzeptieren, dass es einfach der gewöhnliche Gang der **Globalisierung** sein soll, dass Konzernzentralen anhand weniger Zahlen das Schicksal von so vielen Menschen bestimmen. Es ist nicht hinnehmbar, dass ausschließlich einige Cent Produktionskosten mehr oder weniger darüber entscheiden, wie viele Arbeitsplätze in Flensburg übrig bleiben. Man findet leider immer noch einen Flecken Erde, wo man die Arbeitskräfte noch schlechter bezahlen kann, um die Produktionskosten zu drücken. Das ist das ungeschminkte Gesicht der Globalisierung.

Es nützt uns nichts, auf die offensichtlichen **Fehler des Motorola-Managements in den USA** hinzuweisen, das sich überhaupt nicht um die Weiterentwicklung der Mobiltelefone für den europäischen Markt gekümmert hat. Wir dürfen dabei auch nicht vergessen, dass der Fortbestand der übrigen 1.200 Motorola-Arbeitsplätze weiterhin mit einiger Unsicherheit behaftet ist. Wir können es uns allerdings auch nicht leisten, einfach zu resignieren. Wir schulden den 600 Betroffenen und ihren Familien, dass wir schnell handeln und ihnen mit konkreten Maßnahmen helfen. Daher unterstützt der SSW die Forderung, eine **Beschäftigungsgesellschaft** zu errichten, die die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in einer Übergangsphase qualifiziert und weiterbildet und sie wieder in den ersten Arbeitsmarkt bringen kann. Diese Beschäftigungsgesellschaft sollte aber eine **Abfindung** der Betroffenen nicht ausschließen. Im Gegenteil. Aus unserer Sicht steht Motorola in der Pflicht, den Beschäftigten mit Ansprüchen auf Abfindung diese auch zu zahlen.

Natürlich sollen die **GA-Mittel**, die die Firma jetzt zurückzahlen muss, so weit wie möglich direkt für die Betroffenen verwendet werden. Leider wissen wir, dass dies vor dem Hintergrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht einfach sein wird. Wir erwarten, dass die Landesregierung flexibel und kreativ reagiert, damit diese Gelder den Motorola-Mitarbeitern zugute kommen. Allerdings ist auch zu fragen, wie sich in dieser Sache die vom Bund angekündigte Streichung der GA-Förderung für die westdeutschen Bundesländer auswirken wird. Der SSW wird die Landesregierung auf jeden Fall bei all ihren Initiativen in Sachen Motorola unterstützen.

Als Fazit bleibt: In der Wirtschaftspolitik muss es vor allem auch darum gehen, den Mittelstand zu fördern. Die kleinen und mittleren Unternehmen sind es, die die meisten Arbeitsplätze schaffen und dauerhaft erhalten. Für diese Mittelständler brauchen wir noch

eine stärkere einzelbetriebliche Förderung und weitere Förderprogramme für Existenzgründungen und Betriebsübernahmen. Dieses Geld ist allemal besser ausgegeben.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Ministerpräsidentin das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dort oben sitzen Mitarbeiter von Motorola, die sich darüber Gedanken machen, was ihnen, ihren Kollegen, die bleiben dürfen, und den Familien passiert. Sie müssen über die Beiträge von Herrn Garg und von Frau Schmitz-Hübsch genauso verblüfft gewesen sein wie ich. Herr Garg, hätten wir uns damals, als sich Motorola hier ansiedeln wollte, erst einmal die Produktionspalette zeigen lassen sollen? Und hätten wir, als diese nur aus einem Produkt bestand, sagen sollen: Auf Wiedersehen; wir wollen Sie nicht? Wir hätten drei solcher Sitzungen gehabt, wie wir sie gerade haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und was, Frau Schmitz-Hübsch, hätten Sie gesagt, wenn ich damals bei der Eröffnung - es war immerhin eine Investition von mehreren Millionen DM - angefangen hätte, die Amerikaner zu beschimpfen? Das wäre eine feine Schlagzeile geworden!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das machen Sie lieber hinterher!)

- Ganz ruhig, Herr Garg! Nicht wie ein Maikäfer pusten! - Wenn ich mir die von Ihnen genannten Betriebe anschau - HDW, Caterpillar, Heidelberger, Sony und Motorola -, ringe ich allerdings in der Tat nach Luft, wenn mir klar wird: Es handelt sich um eine 100-prozentige Eignerschaft irgendwo in fernen Landen. Persönliche Kontakte sind nicht möglich. Man kann nicht einfach zum Telefonhörer greifen, wie man das bei unseren Unternehmern hier machen kann. Es herrscht eine vollkommen andere **Unternehmensmentalität** des Dichtmachens, Wegschiebens, Aussiedelns, Umstrukturierens, Wegmachens, Plattmachens. Diese Kultur wird in Amerika bejubelt und bei uns Gott sei Dank als schmerzlich empfunden und nicht bejubelt. Deswegen sage ich Ihnen: Ich möchte gerne Mischformen haben. Heute ist aber

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

nicht der Zeitpunkt, über solche Philosophien zu reden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dies war nur ein Hinweis darauf, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort diese einsame Entscheidung der Konzernspitze auszubaden haben. Dennoch war es damals richtig, Motorola nach Schleswig-Holstein zu holen; denn das hat in dieser Region einen beachtlichen Wachstumsschub ausgelöst. Ende des Jahres 2000 waren 2.755 Menschen bei Motorola beschäftigt. Vorher waren es knapp 580. Nach einem früheren Arbeitsplätzeabbau kommt nun leider die Hiobsbotschaft für die ganze Region und für die Beschäftigten, dass nochmals 600 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen. Gott sei Dank bleiben noch 1.200 übrig. Anstatt uns gegenseitig Sachen um die Ohren zu hauen, die wenig hilfreich sind und die nicht meine Zukunftüberlegungen in wirtschaftlicher Hinsicht sind, sollten wir versuchen, unsere Unternehmen international stark zu machen, auf den internationalen Wettbewerb zuzugehen. Da können Sie wirklich etwas von den Amerikanern lernen. Jetzt kommt es darauf an, bei Motorola das Kompetenzzentrum für UMTS zu erhalten, damit hier noch eine Produktion auf ganz hohem technologischen Niveau stattfindet. Dies führt unter Umständen, wenn es besser werden sollte, dazu, dass man sich in Detroit überlegt, wieder neue Arbeitsplätze anzubieten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn es sein muss, werde ich, obgleich ich Bedenken habe, wieder dorthin fahren und dafür kämpfen, dass dieser Standort, der sich schon einmal gegenüber Schottland durchgesetzt hat, auch in Zukunft seine Chancen behält. -Dabei geht es nicht um den Standort an sich, meine sehr verehrten Damen und Herren, sondern um die Menschen, die in diesem Standort arbeiten und für ihre Familie sorgen wollen.

Es war richtig, dass wir dort 20 Millionen € aus **Mitteln** der **Gemeinschaftsaufgabe** investiert haben. Was hätten Sie denn gesagt, wenn wir es nicht getan hätten?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Gott, was hätten Sie uns hier durch den Kakao gezogen! Das, was Sie hier vortragen, ist doch beliebig. Wenn gemeinsame Aktivitäten zur Hilfe einer bedrohten Firma für Sie darin bestehen, dass Sie erzählen, wir hätten vor ein paar Jahren diesen und

jenen kein Geld geben dürfen, dann gehen Sie doch in den Betrieb und sagen es den Leuten dort. Für diese Leute ist das spannend. Ich habe mich schon daran gewöhnt, dass Sie manchmal komisch argumentieren. Aber sie müssen begreifen, dass die gemeinsame parlamentarische, überparteiliche Hilfe darin besteht, sich erst einmal die Klamotten um die Ohren zu hauen. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte jedenfalls, dass wir jetzt alle alles unternehmen, um den Mitarbeitern, denen gekündigt werden wird, schnell einen Wiedereinstieg ins Arbeitsleben zu ermöglichen, indem die Fähigkeiten, die sie haben, noch einmal geschult, gestärkt und geschärft werden. Ich möchte, dass die neuen Investitionen im Wirtschaftsraum Flensburg für die Campushalle, das kultur- und medienwirtschaftliche Dienstleistungszentrum Walzmühle und für die Gewerbegebieterschließung in Flensburg, Schleswig, Kropp oder Schuby nicht umsonst ausgegeben worden sind, sondern dass damit, so wie mit dem übrig bleibenden Unternehmen Motorola, **Kernzellen** einer neuen guten Entwicklung in dieser Region geschaffen werden. Dafür sollte man hier einmal darauf verzichten, einen Gag loszuwerden, und vielmehr versuchen, Mitleid mit den Menschen zu haben, die sich nun wirklich vor Weihnachten graulen müssen, weil sie arbeitslos werden. Das wäre sicherlich richtiger.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Franzen das Wort.

Ingrid Franzen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man wird bei dem Ablauf der Aktuellen Stunde ein bisschen nachdenklich. Wenn wir über Reformen sprechen, sollten wir vielleicht auch einmal darüber nachdenken, bei Aktuellen Stunden besser die Betroffenen reden zu lassen, als uns angesichts der Situation, die ich als Flensburger Abgeordnete noch einmal schildern möchte, in parlamentarisches Gezänk hineinzubegeben.

(Beifall bei SPD und SSW)

Lassen Sie mich zunächst das aufgreifen, was viele gesagt haben, auch Sie, Frau Schmitz-Hübisch. Ich habe durchaus zugehört. Das ist einfach mein Empfinden: Ich ziehe den Hut vor der Belegschaft von Motorola. Sie ist flexibel, weit über alle in der Dis-

(Ingrid Franzen)

kussion befindlichen Modelle hinaus. Auch Herr Hundt könnte und müsste sehr zufrieden sein. Sie ist im wahrsten Sinne des Wortes solidarisch, denn sie hat mit 27,8 Stunden pro Woche Entlassungen verhindert. Sie hat Durststrecken gemeinsam durchgestanden. Sie erfüllte und erfüllt alle Anforderungen der Firmenzentrale in den fernen USA, und es gelang ihr auch, die Stückkosten nicht nur so zu senken, wie sie sollte, sondern dies noch zu unterbieten. Derzeit - das ist uns vom Flensburger Chef noch einmal berichtet worden - steht diese Belegschaft vor dem stärksten Produktionsquartal, das sie überhaupt jemals erlebt hat. Das muss man sich einmal vorstellen: Diese 1.800 Menschen arbeiten - noch weiß keiner, wer zu den 600 gehört, die entlassen werden sollen - bis Weihnachten mit großer Power und wissen: Danach ist es womöglich vorbei. Meine Damen und Herren, das verdient unsere Hochachtung, unseren Applaus.

(Beifall bei SPD, CDU BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Lohn dafür - wir wissen es -: Ein Drittel der Beschäftigten wird entlassen. Noch weiß man nicht, wen es trifft. Ich zitiere abschließend dazu den Betriebsratsvorsitzenden, Herrn Dieter Neugebauer, aus dem „Flensburger Tageblatt“ vom 17. September 2003:

„Das ist ein Schlag ins Kontor. Man hat uns hinters Licht geführt.“

Ich kann diesen Mann gut verstehen.

Lassen Sie mich noch einmal darauf eingehen, ob es richtig war, Motorola zu fördern. - Es war richtig, Motorola zu fördern. Ich will noch einmal daran erinnern, in welcher Situation sich die Region befand. Die Stadt Flensburg war massiv von zeitgleichem Truppenabbau betroffen - Marinestützpunkt, Briesenkaserne seien genannt. Auch da hat sich die Ministerpräsidentin eingesetzt. Es hat nichts genützt, wie in vielen anderen Bereichen auch nicht - was ich nicht kritisieren -, aber es war schwer zu „wuppen“. Es ist für uns in Flensburg wirklich eine „Erlösung“ gewesen, so etwas „geschenkt“ zu bekommen, eine Ansiedlung in Europa für eine neue Technologie, gefördert von allen Beteiligten.

Frau Schmitz-Hübsch, ich kann beim allerbesten Willen nicht verstehen, warum Sie ausgerechnet die Ministerpräsidentin angreifen. Zitate lassen sich immer so hinsetzen, dass sie gut passen. Frau Simonis ist immer mit dabei gewesen und hat sehr früh - ich habe mir noch einmal die alten Presseberichte angesehen - erkannt, dass die Firmenzentrale in den USA etwas Fernes hat für den Norden. Sie hat sie nämlich als „Gott“ in den USA benannt, nachdem man ihr das Controlling geschildert hat. Sie ist in die USA, in die

Höhle des Löwen gefahren; sie hat die erneute Bereitschaft zum Verhandeln bekundet. Dagegen setzen Sie einen Brief von Herrn Börnsen, der nicht bei der Demonstration war, und Herr Kayenburg Diskussionsbeiträge, ob wir nicht die falsche Technik gefördert hätten. Das ist doch wirklich kein Angebot, das Sie uns machen!

(Beifall bei SPD)

Herr Kayenburg, es geht eben nicht nur um die Technik, die von hinten betrachtet anfällig ist, sondern es geht - und das wissen Sie doch als Wirtschaftsmann - auch darum, dass 500 weitere Arbeitsplätze in viel kleineren Firmen, die sich als Zulieferer und Partner in der Region gegründet haben, mit gefährdet sind. Nicht ansprechen möchte ich hier im Detail - weil das öffentlich nicht bekannt ist -, dass auch noch Hunderte von Leiharbeitern bei der Firma Mepower betroffen sind, entweder weil sie mitgehen müssen oder weil sie nicht kommen konnten, obwohl ihnen noch im Frühjahr ganz etwas anderes gesagt worden ist.

Zu Herrn Garg nur ganz kurz. Ich kann es mir eigentlich leicht machen - wer Lauenburg mit Flensburg gleichsetzt, ist eben nicht da gewesen, Herr Garg. So einfach ist das. Sie kennen das Firmengelände nicht, es ist riesig und hat Erweiterungsflächen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich kenne aber Ihre Politik, Frau Franzen!)

- Sie haben wirklich keine Ahnung. Ich sage das einmal so deutlich. Das ist auch nicht so schlimm. Die FDP gibt es in Flensburg seit Jahrzehnten nicht. Deswegen können Sie das vielleicht nicht wissen.

Es ist im Übrigen immer sehr leicht, von hinten her Prophet zu sein, von hinten her zu wissen, wie ist gelaufen wäre. Das ist etwas, was mich wirklich wahnsinnig beeindruckt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich möchte abschließend noch etwas zu China sagen, denn dieses Problem haben wir ja auch im Werftenbereich. Ist es wirklich so, dass die Belegschaft den Wettbewerb im Lohn verloren hat? Ist es überhaupt möglich, da zu verlieren? Das hieße doch auch, dass alle anderen Kosten für Miete, Ernährung, Auto, alles chinesisch sein müssten, wenn wir zu chinesischen Löhnen arbeiten sollten.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Oder liegt der Hauptgrund nicht vielmehr darin, dass dort

(Ingrid Franzen)

Überkapazitäten geschaffen wurden, für die wir bluten müssen?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort dem Herrn Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir nehmen die Sorgen der Mitarbeiter von Motorola und ihrer Familien ernst. Wir kümmern uns um die Familien derer, die von **Arbeitslosigkeit** bedroht sind. Das steht doch außer Zweifel. Frau Schmitz-Hübsch hat das hier auch deutlich gemacht.

Frau Simonis, wir sollten keine Geschichtsklitterung betreiben. Wir haben begrüßt, das Motorola in Flensburg angesiedelt wurde. Wir haben nicht kritisiert, dass 20 Millionen € an **GA-Mitteln** hineingeflossen sind. Wir haben aber - das sage ich genauso deutlich, ich komme darauf zurück - auch auf die Probleme aufmerksam gemacht. Nur das haben Sie nicht wahrhaben wollen.

Herr Hentschel, es reicht nicht, hier Solidaritätsadressen abzugeben. Die nützen überhaupt nichts. Was sollen denn **Beschäftigungsgesellschaften** nützen? Das ist keine Alternative, das ist keine Dauerlösung, das sind vor allen Dingen keine Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir brauchen, sind Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt, was wir brauchen, sind andere Rahmenbedingungen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Was wir dringend nötig haben, ist eine andere Politik in Schleswig-Holstein. Dann würden wir aus dieser Falle herauskommen, in die wir hineingekommen sind.

(Unruhe - Günter Neugebauer [SPD]: Chinesische Verhältnisse oder was wollen Sie?)

- Herr Neugebauer, da passen Sie hin, aber nicht wir.

Eines ist - glaube ich - mehr als deutlich, dass wir natürlich mit **Beschäftigungsgesellschaften** nicht weiterkommen. Vielmehr muss es um einen **Transfersozialplan** gehen, den das Unternehmen zu bezahlen hat und der nicht aus den Mitteln zu bezahlen ist, die von uns aufzubringen sind.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Hentschel, wenn Sie mir eben vorgeworfen haben, ich hätte deutlich auf den Mittelstand und die traditionellen Industriezweige hingewiesen - ich habe immer gesagt: Hightech ohne Lowtech geht nicht; das gilt auch umgekehrt. Wir brauchen moderne Technologien, wir brauchen aber auch traditionelle Zweige und wir brauchen den **Mittelstand**. Ich will Sie an die Debatte von 1999 erinnern, als der Kollege Eichelberg gesagt hat, dass es ein Glück sei, ein starkes mittelständiges Unternehmertum zu haben, und dass diese Produktionsstätten dauerhafter seien als die von Konzernen. An dieser Stelle heißt es im Plenarprotokoll: Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel. - Sie haben Recht, Herr Hentschel.

Sie hatten aber Unrecht, als Sie Frau Simonis zum Geburtstag gratuliert haben. Auch hier ein Zitat:

„Als du während eines USA-Besuchs erfuhrst, dass in Flensburg 2000 Menschen arbeitslos werden, und nachts im Gewittersturm nach Chicago flogst und - wie erzählt wird - bei einem Glas Wein mit dem Chef von Motorola das Werk gerettet hast, da erkannte ich: Du bist da, wenn man dich braucht.“

Frau Simonis, wo sind Sie denn jetzt? Wo waren Sie denn, als es um Panasonic ging? Wo waren Sie, als es um Heidelberger ging?

(Zuruf von der SPD)

Wo war die SPD, als es um Hagenuk ging? Haben Sie denn aus all dem nichts gelernt? Und wo war diese Regierung, als es um 1.800 Menschen beim Marinefliegergeschwader 2 gegangen ist? - Keiner war dort. Das ist doch das tatsächliche Problem!

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Simonis, dass wir Sie gewarnt haben, möchte ich gern unter Beweis stellen. Im Oktober 1998 habe ich Ihnen in diesem Hause gesagt, dass nach den Äußerungen des Chefs des internationalen Großkonzerns Motorola in der Vergangenheit in der „Wirtschaftswoche“ und im „Handelsblatt“ deutlich sei, dass dieses Unternehmen die Subventionen mitnehme, aber dann entscheide, wie es nach marktwirtschaftlichen Gesetzen erforderlich ist. Tun Sie doch nicht so, als ob amerikanische Unternehmer anders entscheiden als deutsche! Ein deutscher Großkonzern würde genauso nach Kostengesichtspunkten entscheiden, würde genauso verlagern. Das Problem hinter dieser Situation ist nicht die Unternehmenspolitik, das Problem

(Martin Kayenburg)

sind unsere hohen Arbeitskosten, sind die viel zu hohen Lohnzusatzkosten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wir haben 1999 gefragt: Wie wollen Sie Motorola ohne weitere EU-Mittel an Schleswig-Holstein binden? Genau dieses Problem ist nun aufgetreten. Die Erfolge der Fertigungsstätte - das hat auch der Kollege Eichelberg 1999 gesagt - werden jährlich neu im weltweiten Wettbewerb in der Konzernzentrale verglichen. Dass diese Ansiedlung nicht so viel Sicherheit bringt, wie die eines Mittelständlers, hat er damals gesagt. Dafür ist er beschimpft worden. Er hat damals auch auf eine örtliche Brauerei hingewiesen, die möglicherweise sichere Arbeitsplätze hätte. Der damalige Wirtschaftsminister hat zugehört. Er ist heute Vorstand einer Brauerei.

(Heiterkeit)

Zurück zu Motorola! Die gesamtwirtschaftliche Lage des Unternehmens ist überhaupt nicht schlecht. Den Beweis haben wir letzte Woche bekommen. Die Aktien sind um 9 % gestiegen, als der Firmenchef, Herr Galvin, zurückgetreten ist.

(Glocke des Präsidenten)

Die Entschädigungszahlungen, die wir zu bekommen haben, sollten eingesetzt werden für sinnvolle Projekte Frau Simonis, nicht für Beschäftigungsgesellschaften, sondern für Arbeitsplätze. Wenn Sie es nicht schaffen, das Unternehmen dazu zu bringen, im Bereich **Forschung** und Entwicklung, bei UMTS, mehr zu tun als in der Vergangenheit in dem anderen Sektor, dann wird dieser Betrieb aufgrund der Kostensituation weiter Arbeitsplätze verlieren. Dann wird uns China den Rang ablaufen und dann werden wir in Flensburg erneut vor Problemen stehen. Frau Simonis, Ihre Aufgabe ist es, sich um diese Probleme zu kümmern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte um Motorola ist in der Tat etwas merkwürdig. Ich höre nämlich aus verschiedenen Fraktionen immer wieder, was Unternehmen so zu tun haben, so als könnten wir - -

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben damit angefangen!)

- Frau Kollegin Birk, ich fange jetzt meine Rede an. Ich weiß nicht, mit wem Sie mich gerade verwechselt haben. Geklont sind wir noch nicht. Vielleicht hören Sie meinen Worten zu und nicht den anderen.

(Heiterkeit - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vorher hat die Debatte natürlich nicht stattgefunden!)

- Das liegt daran, dass die alternden Sozialdemokraten und die alternden Grünen auch schon Schwierigkeiten mit den Augen haben.

Es ist nicht unsere Aufgabe oder Aufgabe des Staates, Unternehmensleitungen, solange sie privatwirtschaftlich organisiert sind, zu sagen, was sie zu tun haben und was sie lassen sollen. Herr Kayenburg, weder haben wir ihnen zu sagen, wo sie forschen sollen - das wissen sie im Zweifel viel besser als wir, weil sie Marktchancen wahrnehmen wollen -, noch müssen wir oder können wir ihnen sagen oder vorschreiben - gegebenenfalls können wir sie bitten -, wie sie unternehmerische Entscheidungen zu treffen haben.

Ich habe dem Beitrag des Kollegen Hentschel sehr genau zugehört. Ich stimme Ihnen zu. Das Einzige, was wir als Staat, als Parlament, als Regierung leisten können, ist, **Rahmendaten** zu schaffen, um es Unternehmen in unserem Bereich möglich zu machen, an dem internationalen Wettbewerb teilzunehmen. Die **Globalisierung** findet statt - ob uns das passt oder nicht.

Frau Kollegin Hinrichsen, nach welchen Kriterien soll ein Unternehmen eigentlich entscheiden, wenn nicht nach den Kriterien von Kosten und Gewinn? Sie sagen, wenn ein Objekt ein Cent mehr kostet, kann das keine Entscheidungsgrundlage dafür sein, einen Standort zu wählen. Wonach sonst soll ein Unternehmen das machen, das im Wettbewerb steht? Wenn ein Unternehmen darauf verzichtet, seine Strukturen entsprechend anzupassen, wird es über kurz oder lang vom Markt verschwinden. Da können wir als öffentliche Hand gar nicht gegenanfordern. Das muss man einfach wissen und begreifen.

(Zuruf von der CDU: Konjunkturabhängige Elemente!)

Jetzt will ich einmal fragen: Was tun wir eigentlich für unseren Standort? Damit meine ich nicht nur den Standort Schleswig-Holstein, sondern auch den Standort Deutschland. Das Mitleid, das wir alle mit den Beschäftigungslosen oder denen, die vor Beschäftigungslosigkeit stehen, haben, hilft ihnen nicht weiter. Das hilft vielleicht, unser schlechtes Gewissen zu beruhigen. Jeder einzelne Arbeitslose ist ein Ar-

(Wolfgang Kubicki)

beitsloser zu viel. Jeder Arbeitsplatz, der nicht entsteht oder vernichtet wird, ist ein Arbeitsplatz, der uns fehlt.

Was tun wir dafür, die **Standortbedingungen** so zu schaffen, dass unsere Unternehmen, und zwar nicht nur die mit ausländischen Kapitalanteilen, sondern auch die mit deutschen Kapitalanteilen, im Wettbewerb bestehen können? Frau Simonis, ich nehme an, Sie haben Herrn von Pierer gehört. Siemens verhält sich nicht anders als Motorola. Daimler-Benz verhält sich nicht anders als Motorola. Das können sie auch gar nicht, weil sie sonst über kurz oder lang wegen der Schere keinen Umsatz mehr machen. Umsatz minus Kosten ist Gewinn. Und dann, wenn man keinen Umsatz macht, auch wenn man die Kosten noch so sehr zusammenstreicht, macht man keinen Gewinn und landet irgendwann beim Konkursverwalter. Das kann es doch nicht sein.

Was haben wir in den letzten Jahren getan? Ich stelle ganz einfach fest - ich betreibe hier keine Schuldzuweisungen -, dass in Schleswig-Holstein die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit seit 15 Jahren in Relation zu allen anderen Bundesländern zurückgeht. Ich stelle fest, dass wir bundesweit Debatten führen, der jeden Investor, jeden, der sein eigenes, privates Geld einsetzen soll, jeden Aktionär, der darauf vertraut, dass sein Geld eine entsprechende Rendite bringt, zunächst einmal nicht begeistern kann, was den Standort Deutschland angeht. Wir führen Diskussionen über Steuererhöhungen statt Steuersenkungen. Ich habe gehört, dass Herr Müller - Müller-Milch, nicht Müller (SPD), obwohl das bei ihm auch so sein könnte; wenn er es könnte, würde er es im Zweifel auch tun - Deutschland verlassen will, weil ihm die Erbschaftsteuerdiskussion langsam auf den Sack geht und er sagt: Ich will nicht das Risiko eingehen, dass mein Unternehmen zerschlagen wird, wenn ich sterbe; also verlasse ich Deutschland. Ich höre, dass andere Unternehmen entsprechende Verlagerungen vornehmen, weil sie nicht sicher sind, dass sie für ihre Investitionsentscheidungen eine Renditesicherheit bekommen.

(Zuruf von der SPD: Boris Becker!)

Seit Jahren führen wir Diskussionen über die Frage unserer Innovationsfähigkeit. Wir alle haben - einige mehr als andere - zunächst vor den Risiken neuer Technologien gewarnt, statt die Chancen zu nutzen. Heute sehen wir, dass andere Länder bereits in den Markt eingetreten sind. Während wir immer noch unsere großen Risikodiskussionen führen und Risikofolgenabschätzungen durchführen, verdienen andere ihr Geld damit.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Nein, nein, nein. Ich höre den Kollegen Hentschel, der sagt, wir brauchten eine stärkere Vernetzung und Verzahnung von Wirtschaft mit **Bildung** und Schule. Ich höre, dass uns die OECD sagt - was wir alle eigentlich wissen -: Je schlechter die Leute ausgebildet sind, desto schlechter ist später auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt.

Was tun wir in Schleswig-Holstein? Wir streichen die Mittel.

Wir stellen fest, wir haben ein Defizit an Ausbildungskapazitäten für Studierende - und wir streichen in Schleswig-Holstein Ausbildungskapazitäten für Studierende.

Ich stelle fest: Wir diskutieren seit zehn, 15 Jahren über Unterrichtsausfall und er ist immer noch da und ich höre jedes Jahr von einem neuen Programm der Regierung, dem Unterrichtsausfall endlich wirksam zu begegnen. Aber er ist immer noch da.

Das bedeutet doch offensichtlich, dass in erster Linie die Regierung ihre Hausaufgaben nicht richtig gemacht hat und Motorola kein Einzelfall bleiben wird, weil sich das fortsetzen wird, weil wir mit der Geschwindigkeit unserer Reformbemühungen zu langsam sind, weil ihr zu langsam seid, das entsprechend umzusetzen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Statt jetzt wenigstens - das wäre wenig genug - den Genossen Schröder bei seinen Bemühungen zur Umsetzung der Reformagenda 2010 zu unterstützen

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, das ist mein letzter Satz -, kommt aus Schleswig-Holstein genau das gegenteilige Signal, wird Sand ins Getriebe gestreut mit der Folge, dass Unternehmen wiederum keine Planungssicherheit für ihre künftigen Investitionsentscheidungen bekommen mit der Folge, dass sie unterbleiben mit der Folge, dass Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein nicht entstehen oder verloren gehen. Das darf nicht sein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es ganz gut, dass wir doch noch in eine

(Karl-Martin Hentschel)

rationale Debatte darüber kommen, was Wirtschaftspolitik ausmacht und was Wirtschaftspolitik bewirken kann. Ich glaube, es ist sinnvoll, dass man das in einer solchen Stunde tut. Solidarität ist das eine, zu überlegen, was man tun kann, wie Wirtschaftspolitik orientiert werden muss, ist das andere. Gerade in einer solchen Stunde bietet es sich an, auch über solche Fragen zu reden.

Ich möchte auf vier Punkte eingehen.

Erstens. Bildung. Herr Kubicki, Sie haben Recht. **Bildung** ist das Zentrale in einer Gesellschaft, in der wir leben, in der es wenig Rohstoffe gibt. Davon hängt unsere gesamte Zukunft ab. Deswegen ist es so, dass dieses Land, obwohl wir das ärmste der westdeutschen Bundesländer sind, jedes Jahr mehr für Bildung ausgegeben hat und jedes Jahr den Anteil an Ausgaben für Bildung gesteigert hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Das steht im deutlichen Unterschied zu Hamburg, wo die Regierung gewechselt hat und seit dem Regierungswechsel der Anteil am Bildungshaushalt jedes Jahr heruntergefahren worden ist - das nur einmal als Anmerkung.

Zweitens. **Hightech** oder **Lowtech**, Herr Kayenburg. Meine Überzeugung ist: Zurzeit geben wir bestimmt über 95 % unserer Fördermittel für Lowtech aus. Das stellen wir fest, wenn wir sehen, was tatsächlich die Technologie-Stiftung, die tz oder ähnliche Organisationen, zur Verfügung haben, und sehen, was in andere Bereiche, Landwirtschaft, Straßenbau, Werften - wobei hier zum Teil auch Hightech berührt ist -, Uferpromenaden und Tourismus - was alles wichtig ist, das bestreite ich nicht - fließt. Dann kommen wir nämlich zu dem Ergebnis, dass wir etwa 95 % unserer Fördermittel im Land für Lowtech und vielleicht 5 % für Hightech ausgeben, wenn wir das realistisch betrachten.

In einer solchen Situation zu sagen, wir sollten auch wieder einmal Lowtech fördern, halte ich für absurd.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Im Gegenteil, wir müssen uns überlegen, ob wir nicht noch viel mehr Mittel auf die technologisch interessanten Dinge, auch auf die Verknüpfung von Hochschulen und Betrieben konzentrieren. Dort spielt die Musik der Zukunft.

Drittens. Zur Frage der **Lohnkosten** und Motorola. Die Wahrheit ist doch, dass - wie mir von den Betriebsräten gesagt wurde - der Anteil der Lohnkosten

an der Endproduktion bei 6 % des Produkts liegt. Das sind wahrscheinlich 2 oder 3 € von den 28 €, die das Produkt kostet. Mit Verpackung und allem drum und dran liegen sie bei 31 €. Der Rest ist Handel.

(Thomas Stritzl [CDU]: Stückzahlen!)

Jetzt kommen wir zu den Lohnkosten. Wir können nicht die gesamte Produktionspalette in Deutschland halten. Das ist auch nie diskutiert worden. Es ging immer darum, dass Teile der Produktionspalette in Deutschland gehalten werden. Das gilt für die Entwicklung. Das gilt für den Vertrieb. Das gilt auch für die Produktion. Wir haben viele Hightech-Produktionen und Massenproduktionen in Deutschland, bei denen Vorfertigungen im Ausland stattfinden, ein wesentlicher Teil der Produktion aber in Deutschland durchgeführt wird. Das muss ein **Mix** werden, wie Frau Simonis das eben auch dargestellt hat. Diesen Mix müssen wir konstruieren. Wir können ihn nur konstruieren, wenn wir den entsprechenden technologischen Background geben, wenn eine Verknüpfung mit Hochschulen und Dienstleistern vor Ort, mit attraktiven Arbeitsplätzen vor Ort und natürlich auch mit einer schönen Umwelt - das sollte man nicht vergessen - so attraktiv ist, dass Firmen hier bleiben und diesen Standort halten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Als Grüner muss ich natürlich auf die Anmerkung von Herrn Garg über das **Gewerbegebiet** in Lauenburg eingehen. Sie hätten sich wenigstens informieren sollen, Herr Garg. In Lauenburg geht es überhaupt nicht um die Frage des Naturschutzes, sondern um die Frage des Deichschutzes, des Wasserschutzes. Das Gewerbegebiet liegt in einem Überschwemmungsgebiet,

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

das bei Hochwasser der Elbe kaum zu halten ist, wie wir bei der letzten Flut erlebt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg
[FDP])

- Natürlich ist es so. Es liegt in einer Senke direkt hinter dem Deich. Es ist problematisch. Die Frage ist, ob man in dieses Gewerbegebiet weiter investiert oder nicht auf eine höhere Lage geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist doch gerade nach den Erfahrungen vom letzten Jahr mit der Elbe sinnvoll, darüber nachzudenken.

(Karl-Martin Hentschel)

Diesbezüglich jetzt eine Naturschutzdebatte zu beginnen, halte ich für absurd, Herr Garg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Aber es gibt noch einen anderen Punkt, der zu bedenken ist. Wenn Sie sich einmal anschauen, warum sie aus der Wirtschaft nach Schleswig-Holstein kommen und warum Spitzenkräfte aus Schleswig-Holstein kaum abzuwerben sind, obwohl hier durchschnittlich um 20 % niedrigere Gehälter gezahlt werden, dann werden Sie feststellen - das ist eine interessante Aussage aus dem letzten Wirtschaftsbericht des Wirtschaftsministers, die auf Umfragen in Firmen beruht -, dass das darauf zurückzuführen ist, dass die Familien dieser Spitzenmanager sich in Schleswig-Holstein wohlfühlen und hier nicht weg wollen. Das hängt mit unserer Natur und mit dem Segelboot vor der Tür zusammen. Das hängt mit den Stränden und mit unserer schönen Umwelt zusammen. Es ist in allen Wirtschaftsanalysen nachzulesen, Herr Kayenburg: Die Umwelt ist wesentlicher Teil eines sanften Wirtschaftsfaktors. Ihn müssen wir bewahren. Daher ist es unsinnig, Herr Garg, Umweltschutz gegen Gewerbegebiete auszuspielen. Wir haben in Schleswig-Holstein massenhaft Gewerbegebiete. Das ist nicht unser Problem.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, bitte kommen Sie zum Schluss.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir müssen an allen Produktionsfaktoren arbeiten; das ist richtig. Dazu gehört auch die Umwelt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich liebe Debatten, in denen über alles geredet wird. Ich liebe auch Debatten, in denen einige immer wieder so tun, als hätten sie die Weisheit mit Löffeln gefressen. Ich finde Debatten schön, in denen rückblickend dargestellt wird, wie Geschichte eigentlich gewesen ist. Das ist ungefährlich. Das ist aber auch unredlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn was bleibt unter dem Strich? Das Parlament beschäftigt sich einmal wieder eher mit sich selbst.

(Zuruf von der CDU: Das unterstellen Sie einfach!)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie war denn die Situation in Flensburg nach dem Rückzug der Bundeswehr? Die Kollegin Franzen hat es dankenswerterweise noch einmal deutlich gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Nein, ich rufe in Erinnerung, wie die Situation war.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee! Das ist nicht Vergangenheit?)

- Ich habe ein Stichwort dazu genannt. Ich habe nicht gesagt, dass alles falsch gemacht worden ist, lieber Kollege Kayenburg. Das ist ein Unterschied. Die Kollegin Schmitz-Hübsch hat gesagt, damals sei alles falsch gemacht worden.

(Zurufe von der CDU: Das stimmt ja gar nicht!)

Es war damals wichtig zu sagen, dass Motorola nach Flensburg geholt werden muss. Es ist wichtig, noch einmal festzuhalten, dass von allen Seiten - vonseiten des Landes, der Stadt und der Region - wirklich alles getan worden ist, um dieses Unternehmen nach Flensburg zu holen. Es gab auch keine Alternative.

Was aktuell zu der heutigen Situation zu sagen ist, hat meine Kollegin Silke Hinrichsen bereits ausgeführt. Ich wollte noch etwas zu dem Stichwort „Rahmenbedingungen“ sagen. Wir sagen, wir müssen bessere **Rahmenbedingungen** für die Wirtschaft schaffen. Die **Lohnnebenkosten** müssen gesenkt werden. Dieser Meinung sind wir auch. Ich möchte aber in Erinnerung rufen, dass wir im Parlament zusammen mit anderen auch gesagt haben: Dann lasst uns doch einmal einen gemeinsamen Vorstoß machen. Lasst uns doch einmal sagen, dass wir für eine maßvolle Erhöhung der Mehrwertsteuer eintreten, damit die Lohnnebenkosten gesenkt werden können. Das wäre einmal eine gemeinsame Initiative in diesem Parlament. Lasst uns das doch einmal machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das soll nicht heißen, dass wir die Lohnnebenkosten so stark senken könnten, dass wir mit China konkurrieren könnten. Das ist nicht machbar. Das können

(Anke Spoorendonk)

wir nicht, das wollen wir nicht und das sollten wir auch nicht tun.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erwarten natürlich von den Unternehmen in diesem Land - auch wir als Politiker und Politikerinnen stehen diesbezüglich in der Pflicht -, dass man sich Gedanken darüber macht, welche strategischen Überlegungen man jetzt verstärkt anstellen will.

Da teile ich die Auffassung derer, die das angeführt haben. Allerdings fehlt in der Debatte immer wieder folgende Problemstellung: Wir vergessen immer wieder, dass wir nicht nur steigende **Arbeitslosenzahlen** haben, sondern dass auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen vergleichsweise stärker gestiegen ist als die Arbeitslosigkeit. Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir, wenn wir uns über Strukturpolitik, Wirtschaftspolitik und Unternehmenspolitik unterhalten, ganz klar sagen: Es muss eine gezielte **Weiterbildung** der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der arbeitslosen Menschen geben; denn nur so werden wir auf Dauer neue Arbeitsplätze schaffen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch im Rahmen dieser Plenarsitzung werden wir uns wieder über Reformvorhaben und Bundespolitik unterhalten; darüber diskutieren wir immer wieder. Dabei vergessen wir aber, dass im Mittelpunkt all dieser Diskussionen eigentlich die Massenarbeitslosigkeit in dieser Republik stehen sollte. Es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, dass wir über Jahre eine so hohe Arbeitslosigkeit haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können nicht über Reformvorhaben unter dem Blickwinkel diskutieren, was wir dadurch letztlich einsparen können. Vielmehr müssen wir unseren Blick darauf fokussieren, inwieweit wir mit unseren Reformvorhaben eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit erreichen können.

(Veronika Kolb [FDP]: Das ist alles Theorie!)

Es ist natürlich richtig - das will ich gern einräumen -, dass wir uns als Schlussfolgerung aus dieser Debatte auch über die Strukturpolitik in diesem Lande Gedanken machen müssen. Ich begrüße ausdrücklich, dass der Wirtschaftsminister diese Diskussion jetzt wieder angestoßen hat. Ich teile nicht immer seine Auffassung im Einzelnen. Aber ich diskutiere gern mit ihm. Ich finde, es ist richtig und sehr fruchtbar, dass die Diskussion, welche strategischen Überlegun-

gen wir anstellen wollen, jetzt wieder in Gang kommt.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Spoorendonk, bitte kommen Sie zu Schluss.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Aber unmittelbar!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Es bleibt festzuhalten, dass in der aktuellen Situation von allen gemeinsam gefordert werden muss - dies klang in der Debatte schon an -, dass den Menschen in Flensburg, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei Motorola jetzt gezielt dadurch **Unterstützung vonseiten des Landes** gewährt werden muss, dass Mittel eingesetzt werden und die **GA-Mittel** erhalten bleiben. Längerfristig müssen wir natürlich sehen, wie wir zu einem strategischen **Mix von großen Konzernen und Mittelstand** in Schleswig-Holstein kommen, wobei in unserer Region natürlich die Mittelstandsförderung im Mittelpunkt zu stehen hat.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Dr. Rohwer das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier sitzen heute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Motorola, die sicherlich wissen wollen, was wir im Großen und Ganzen über Wirtschaftspolitik denken. Aber ich glaube, sie wollen vor allem wissen, ob das, was in Sachen Motorola bisher passiert ist, richtig war und wie wir weiter vorgehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sage ich klipp und klar - da nützt der größte Optimismus, was andere Bereiche angeht, auch nichts -: Die in Schleswig-Holstein verfolgte Strategie, die zum Ziel hat, den richtigen Mix von Großen und Kleinen herzustellen, war auch in Bezug auf Motorola

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

richtig. Darüber sollten wir keine neue Diskussion führen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer der Ministerpräsidentin oder anderen vorwirft, sich nicht genügend für Motorola eingesetzt zu haben, der geht an der Debatte völlig vorbei.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

Lieber Herr Kayenburg, ich erinnere gern ein bisschen an unsere Debatte über Mobilcom. Das klingt heute ein wenig durch. Wenn ich Ihre Worte noch richtig im Ohr habe, dann wäre es am besten gewesen, wir hätten damals für Mobilcom gar nichts gemacht. Heute sieht die Sache etwas anders aus. Heute zeigt sich nämlich, dass mit einem guten Management und einem guten Restrukturierungskonzept ein Konzern wie Mobilcom in Schleswig-Holstein Zukunftschancen hat. So etwas sollten wir uns nicht durch opportunistische Schwarzmalerei zerreden lassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Entscheidend für Motorola ist, dass wir uns fragen, was wir tun können. Ich rede jetzt nicht über die **Beschäftigungsgesellschaft**. Ich glaube, da müssen die Verhandlungen zwischen Konzern und Betriebsräten zu einem vernünftigen Ergebnis führen. Das werden wir mit entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen begleiten. Vielmehr geht es mir jetzt darum, dass wir für die 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - es können auch mal wieder mehr werden - vernünftige **Zukunftsperspektiven** schaffen. Diese lasse ich mir nicht dadurch zerreden, dass hier eine Diskussion über Hightech oder Lowtech geführt wird. Die Strategie in Schleswig-Holstein steht seit Jahren und zwar mit Erfolg. Wir haben in Schleswig-Holstein nur dann eine Chance, wenn wir **Rahmenbedingungen für Hightech und Lowtech** schaffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Kayenburg, was ist denn der Schiffbau in Schleswig-Holstein? Ist das Hightech oder Lowtech? Das ist in einigen Bereichen natürlich auch Hightech. Deswegen fördern wir ihn doch auch mit den entsprechenden Ausstrahlungseffekten.

(Zuruf von der SPD)

Führen Sie diese Diskussion also bitte etwas sachlicher. Ich habe ja bisher Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz immer sehr geschätzt, weil Sie dem Wirt-

schaftsminister in den wichtigen Punkten zugestimmt haben.

(Lachen bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

Wichtig ist, dass Sie die wirtschaftspolitische Kompetenz auch nutzen, um diese Debatte jetzt konstruktiv weiter zu führen.

Ich sage noch einmal in Richtung Motorola: Wir werden als Landesregierung erstens die zurückfließenden **Fördermittel** nicht im Haushalt verschwinden lassen, sondern wir werden sie erstens einsetzen, um UMTS nicht nur als Kompetenzschwerpunkt auszubauen, sondern auch, um so viel wie möglich in Sachen Produktion bei UMTS zu halten und zu schaffen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Genau das habe ich gesagt!)

Zweitens werden wir die Mittel einsetzen, um den Bereich Design zu stärken, und wir werden drittens die Mittel einsetzen, um möglichst auch im Bereich Logistik das zentrale Distributionscenter von Motorola für Europa in Flensburg zu halten. Das müssen unsere Gespräche sein, dafür müssen wir qualifizieren, dies müssen wir ausweiten. Ich bitte Sie dabei alle auch um Unterstützung.

Meine Damen und Herren, die Diskussion, die wir heute führen - richtig oder falsch, groß oder klein, Hightech oder Lowtech -, sollten wir eigentlich einmal beiseite schieben. Das ist für mich nämlich wieder Opportunismus, was hier stattfindet. Es geht darum - ich wiederhole mich -, die Rahmenbedingungen für beides, den richtigen Mix von Großen und Kleinen, den richtigen Mix von neuen Technologiekonzernen im Bereich Schwerpunkt Technologien zu finden, aber auch darum, den **Mittelstand** dabei mitzunehmen. Wo liegt denn unser Problem? - Unser Problem liegt darin, dass unsere Mittelständler eine niedrigere F- und E-Quote haben, eine niedrigere Patentquote haben. Wir brauchen beides: Wir brauchen diejenigen, die in den Mittelstand ausstrahlen, aber wir brauchen natürlich auch gute Rahmenbedingungen für den Mittelstand. Das lasse ich mir hier von niemandem zerreden!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Lieber Herr Kubicki, Sie haben schon einen wichtigen Punkt angesprochen: Wie sind die richtigen **Rahmenbedingungen**? Da sind wir jetzt auch in Sachen Bund gefordert, Farbe zu bekennen. Ich bitte jetzt einmal alle die, die auf Bundesebene Verantwortung zeigen müssen, diese auch wahrzunehmen. Die

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Vorschläge der SPD und der Grünen, der Koalition in Berlin, liegen vor. Nicht ohne Grund hat Herr Rogowski die CDU aufgefordert, dem endlich zuzustimmen. Das heißt, hier geht es darum, auf Bundesebene Farbe zu bekennen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wenn Sie, lieber Herr Kayenburg, die Worte von Herrn Rogowski gehört haben, dann wissen Sie, dass das einen vernichtenden Schlag gegen die wirtschaftspolitische Kompetenz der CDU in Berlin bedeutet. Sie müssen das einmal nachlesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Herr Kubicki, ich möchte auf einen Vorwurf von Ihnen an dieser Stelle kurz eingehen. Ich habe zu Motorola - so glaube ich - klar gesagt, wie ich mir das vorstelle, aber ich möchte auch etwas zu dem sagen, was Sie hier seit einigen Sitzungen wiederholen, wir würden strukturell zurückfallen. Nehmen Sie bitte nicht nur den Zeitraum, der auch von der Vereins- und Westbank genommen wird, von 1995 bis 2002.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Von 1990!)

- Nein, nein. Nehmen Sie bitte einmal den Zeitraum von Mitte der 80er-Jahre, nehmen Sie einmal den Zeitraum der letzten 15 bis 18 Jahre! Was werden Sie feststellen? - Wachstumstrend gleich, bei den Erwerbstätigenzahlen sind wir besser als der Bund gewesen, wir haben die Differenz der Arbeitslosigkeit reduziert und wir haben die Exportquotendifferenz reduziert.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Jawohl.

Schauen Sie sich einmal diese Zahlen an! Wenn Sie das tun, werden Sie feststellen, dass Schleswig-Holstein sicherlich vom Boom der deutschen Einheit etwas profitiert hat und danach auch entsprechend etwas. Ich bitte, diese Diskussion, die Sie versucht haben sehr solide zu führen, auch dadurch zu bereichern, dass Sie sich einmal die Zahlen seit 1985 ansehen. Tun Sie das, werden wir - so glaube ich - gemeinsam sicherlich zu anderen Ergebnissen kommen.

Ich komme zum Fazit: Es gibt nur eines: Wir müssen Motorola jetzt mit allen Möglichkeiten helfen, wir müssen unsere wirtschaftspolitische Strategie, die wir hier seit Jahren fahren, in Richtung Technologiepolitik, in Richtung Mittelstandsförderung, in Richtung Strukturpolitik, Infrastrukturpolitik konsequent fortsetzen und dürfen das nicht mit opportunistischen Nebenkriegsschauplätzen wieder infrage stellen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Kötschau das Wort.

Dr. Gabriele Kötschau [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte mir stellenweise ein anderes Niveau und konstruktivere Beiträge zu diesem Thema gewünscht.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Bernd Schröder [SPD] - Martin Kayenburg [CDU]: Dann versuchen Sie das einmal!)

Unsere Sympathie und Unterstützung gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Firma Motorola und ihren Familien. Beides, neue und alte Technologien, Hightech und Lowtech, brauchen wir; wir können sie doch nicht gegeneinander ausspielen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Genau das habe ich gesagt!)

Ich wünsche mir die **Verantwortung der Konzernspitze** für ihre hoch motivierten und qualifizierten Arbeitskräfte bei Motorola in Flensburg. Ich nenne diese Hire- und Fire-Mentalität schlichtweg unanständig. Es gibt auch eine soziale Verantwortung und die erwarte ich auch von einer Konzernspitze.

Ich wünsche mir bei der erforderlichen Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch den Blick auf **alternative Arbeitsplätze in der Region**. Auch hier brauchen wir beides: Wir brauchen eine Qualifizierung und wir brauchen Arbeitsplätze in der Region und eine Sicherheit für die 1.200 verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ich wünsche mir weiterhin eine enge Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in der Region - von der Wirtschaft über die Wissenschaft bis zu den politisch

(Dr. Gabriele Kötschau)

Verantwortlichen. Hier wünsche ich mir ein hohes Maß an Engagement,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

an Kreativität und Flexibilität aller Verantwortlichen in der Region.

Es ist jetzt unsere gemeinsame Aufgabe - von Land und Region -, hier Hilfe zu geben, zu unterstützen und Maßnahmen zu fördern.

Eines möchte ich sehr deutlich sagen: Bei dem bisherigen Verlauf fühle ich mich bei dieser Landesregierung ausgesprochen gut und positiv aufgehoben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Das war vielleicht ein Niveau! Echt hohes Niveau!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Eichelberg das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich selber habe mein Berufsleben in einem Konzern verbracht und eines meiner Kinder leidet jetzt selber unter einer solchen Situation, die vielen Beschäftigten am Ende dieses Jahres droht. Ich muss Ihnen sagen, globaler Wettbewerb hat seine eigenen Gesetze; die wurden von Herrn Kubicki auch sehr deutlich dargelegt. Es hat keinen Zweck, in einer solchen Stunde, in der das Mitgefühl mit den Mitarbeitern und ihren Familien natürlich in unser aller Herzen ist - jeder kann betroffen sein -, die Augen davor zu verschließen, dass ein Konzern dieser Größenordnung immer Risiken in sich birgt. Deswegen werfen wir nicht vor, dass wir Motorola nach Flensburg geholt haben - Herr Kayenburg hat das sehr richtig gesagt -, wir werfen auch nicht die Förderung vor, nein, das alles war richtig. Ich sage das so deutlich, damit das keiner in den falschen Hals bekommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Meine Damen und Herren, es geht nur darum, dass man eine bestimmte Region nicht von einem einzelnen Konzern „überabhängig“ macht, dass über 30 % aller Arbeitsplätze in der Region von einem Konzern abhängen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Frau Franzen, wenn Sie als Flensburgerin ehrlich sind, dann wissen Sie ganz genau, dass damals viele mittelständische Betriebe wegen der hohen Löhne, die Motorola gezahlt hat, schweren Herzens Mitarbeiter abgeben mussten - das hat ja stattgefunden -, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das muss man auch mit berücksichtigen.

Es liegt jetzt wirklich an uns, klar zu sagen, ein Konzern solcher Größe bringt Gefahren mit sich, und es wäre falsch, wenn man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den verbleibenden 1.200 Beschäftigten, sagen würde, dass ihre Existenz gesichert sei.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Eichelberg, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Spoorendonk?

Uwe Eichelberg [CDU]:

Nein, in dieser Situation nicht. Ich habe nur ein paar Minuten zur Verfügung.

Es geht darum klarzustellen, dass die Produktion von Massengütern in Deutschland auf Dauer nicht gelingen kann. Wir müssen versuchen, in der Wirtschaft, gerade in dieser Region, **alternative Strukturen** aufzubauen. Ich will ja niemandem einen Vorwurf machen, aber vielleicht haben alle gemeinsam Fehler gemacht, indem wir die ganze Zeit in der Hoffnung abgewartet haben, dass Motorola halten werde. Natürlich muss man in der Wirtschaft auch Hoffnung haben, aber eine einseitige **Abhängigkeit von einem Konzern** darf nicht gegeben sein. Ein großer Konzern ist in einer Region das Sahnehäubchen, aber er darf nicht die Grundstruktur einer Region ausmachen. Daraus müssen wir lernen.

(Beifall bei der CDU)

Wie wir von solchen Konzernen und ihren Entscheidungen abhängig sind, haben wir doch auch bei der potenziellen Ansiedlung des Chipswerkes in Itzehoe gesehen. Von heute auf morgen wurde dort das Projekt gestrichen. Wir hatten dort schon Tausende von neuen Arbeitsplätzen „verkauft“. Das war doch völliger Quatsch. Solche Konzerne haben ihre eigenen Strukturen. Vielleicht sind wir aber mitunter auch einfach ein bisschen einfältig bei den Strategien, wie man mit solchen Firmen umgeht.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen - Opposition ist ja nicht nur dazu da, das zu kritisieren, was die Regierung gemacht hat -, lieber Herr Rohwer, wir müssen uns aber fragen, ob diese **einseitige Förderung** von I- und K-Technologien, nachdem alle anderen Regionen hier schon stark vorangeschritten waren, noch der

(Uwe Eichelberg)

richtige Weg gewesen ist. Wir haben ja inzwischen wirklich schon eine platte Nase bekommen. Wen haben wir nicht alles verloren? - Motorola in Schwierigkeiten, Mobilcom in Schwierigkeiten, ision in Konkurs, Micrologica in Konkurs, Basler in großen Schwierigkeiten und der Multi Media Campus - in Hamburg wird ein neuer gebaut - wird bei uns vielleicht ein „An“-Institut. Wir sind auf einem falschen Weg, wir müssen versuchen, das Steuer wieder herumzureißen. Technologie ist vielfältig und Lowtech gibt es gar nicht mehr, weil Lowtech nur mit High-tech zusammen den Marktanforderungen Rechnung tragen kann.

(Beifall bei der CDU)

Auch in der Ernährungswirtschaft sind Betriebe kaputtgegangen, und in der Bauwirtschaft - wir reden heute bei Motorola von 600 Arbeitsplätzen - sind in den acht letzten Jahren nahezu 25.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Danach kräht kein Hahn!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir müssen das gesamte wirtschaftspolitische Konzept infrage stellen. Die **Rahmenbedingungen** in Schleswig-Holstein sind nicht so. Dennoch: Unsere ganze Kraft gilt jetzt dem Raum Flensburg. In den paar Jahren, die wir noch Mittel aus der EU-Förderung haben werden, müssen wir diesen Raum konkret in seinen Stärken fördern und voranbringen. Da bieten sich viele Möglichkeiten für **alternative Arbeitsplätze**, die eine Zukunft haben. In diesem Sinne wollen wir hier auch gemeinsam zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich neue Gäste auf der Tribüne begrüßen. Dort haben Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Pinneberg Nord und aus der Stadt Elmshorn sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer einesurses der Firma NewStart in Rendsburg Platz genommen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Gebietsmeldungen nach FFH- und Vogelschutzrichtlinie der EU

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2911

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/2931

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile Frau Abgeordneter Todsens-Reese das Wort.

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! NATURA 2000 - das Thema steht landauf, landab auf der Tagesordnung fast aller kommunalen Gremien - von Lübeck bis Helgoland, von Lauenburg bis Westerland und von Fehmarn und Neustadt bis Husum. Die beteiligten und betroffenen Menschen haben Probleme mit dieser fachlich und rechtlich schwierigen Materie. Die vordergründigen **Auswirkungen von NATURA 2000** aber begreifen sie sehr wohl. Sie empfinden sie als Bevormundung, als Einschränkung der kommunalen Planungshoheit, als Nutzungseinschränkung, Entwicklungshemmnis und überzogene Bürokratie - um nur einige Punkte zu nennen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Es verunsichert die Menschen und es macht sie zornig zugleich, dass ihnen niemand reinen Wein einschenkt und erklären kann, was ganz konkret mit der jeweiligen **Schutzgebietsmeldung** auf sie zukommt. Wenn ich mir die Bekanntmachung im Amtsblatt ansehe und vergleiche, was dazu im Internet zu finden ist und ich feststellen muss, dass es hier bei zwei wichtigen Informationsquellen der Beteiligten bis zu 83 unterschiedliche Angaben gibt, dann denke ich, ist das nicht in Ordnung. Hier ist einfach schlampig gearbeitet worden und den Bürgern sind nicht die gleichen Informationen mitgeteilt worden, lieber Lars Harms.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms
[SSW])

Das kannst du gern überprüfen.

Viele verstehen die Welt nicht mehr, wenn angesichts der schwierigen Wirtschaftslage und steigender Arbeitslosigkeit auch dort FFH- und Vogelschutzgebiete gemeldet werden müssen, wo der Konflikt mit anderen Nutzungsinteressen bereits bekannt und damit vorprogrammiert ist, wie zum Beispiel bei der A 20 oder im Bereich des **Gewerbegebietes in Lauenburg**.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber mit Einsicht und mit Verständnis dieser rotgrünen Landesregierung kann man leider nicht rechnen. Das hat Ihr Staatssekretär Knitsch, Herr Minister

(Herlich Marie Todsens-Reese)

Müller, in großer Ehrlichkeit in der letzten Umweltausschusssitzung deutlich gemacht. Er hat die Katze aus dem Sack gelassen, als wir über den Hochwasserschutzbericht diskutiert haben. Und ich zitiere aus der unkorrigierten Niederschrift:

„... keiner wolle das Gewerbegebiet abtragen; man habe schon genug Last damit, dafür zu sorgen, dass es nicht erweitert wird.“

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist das wahre Gesicht!)

Diese klare Aussage, Herr Minister Müller, wird eigentlich nur noch von Ihnen persönlich getoppt, nämlich durch Ihre Bemerkung beim Grußwort zur Eröffnung der NORLA in der letzten Woche, dass man überlegen müsse, wie viel unternehmerische Freiheit noch zugelassen werden könne.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Lachen bei der FDP)

Beide Aussagen sind ein klarer Beleg dafür, dass diese rot-grüne Landesregierung zum einen in ihrem Regierungshandeln einen absolut obrigkeitsstaatlichen Ansatz verfolgt und dass sie zum anderen ganz eindeutig die **Meldung von FFH-Gebieten** auch dazu missbraucht, um - wie im Fall des Gewerbegebietes Lauenburg - wichtige Infrastruktur- und Wirtschaftsprjekte zu verhindern.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Natürlich wird das dann stramm abgestritten - so wie jetzt auch hier. Für alles, was mit der Umsetzung von NATURA 2000 zusammenhängt, machen Sie ausschließlich Europa beziehungsweise die EU-Kommission verantwortlich und tun so, als wenn Sie als Landesregierung keinerlei Einflussmöglichkeiten hätten. Aber auch da sind Sie schief gewickelt. Das hat Ihnen sogar Ihr eigener Europaabgeordneter und früherer SPD-Landesvorsitzender Willi Piecyk erst kürzlich bescheinigt. In den „Lübecker Nachrichten“ vom 14. September 2003 findet sich seine klare Aussage:

„Brüssel sagt doch nicht, an der Stelle muss ein Naturschutzgebiet sein.“

Sein Appell an seine Parteifreunde:

„Macht dafür Europa nicht verantwortlich.“

Er erklärt, das Projekt NATURA 2000 sei eine vernünftige Sache, aber wie es hier umgesetzt werde, liege in der Verantwortung der Landesregierung. „Mit denen solltet ihr gern streiten“, forderte Piecyk die Delegierten auf.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also, meine Damen und Herren von Rot-Grün, hören Sie auf, den schwarzen Peter nach Straßburg und Brüssel zu schieben und nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

Die Hütte brennt und die Landesregierung gießt noch weiter Öl ins Feuer - Sie sollten wirklich lieber löschen.

Dabei soll NATURA 2000 eigentlich eine große Erfolgsstory für den Naturschutz in Europa werden. Mit Hilfe der besonderen Schutzgebiete nach der Flora-, Fauna-, Habitat-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie der EU soll ein europaweites kohärentes ökologisches Netz aufgebaut und das Europäische Naturerbe gewahrt werden. Unstrittiges Ziel ist, die Artenvielfalt durch Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen europaweit zu erhalten und wieder herzustellen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

NATURA 2000 gehört zweifelsohne zu den großen und bedeutendsten Naturschutzprojekten der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Und ich freue mich, dass wir uns in dieser Frage einig sind.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Und ich sage deutlich: Ich kenne keinen ernstzunehmenden und verantwortungsbewussten Politiker, der sich heute vom Grundsatz her gegen dieses europaweite Naturschutzprojekt aussprechen würde. Aber ich kenne inzwischen viele Menschen in unserem Land, die massive Kritik an der Art und Weise üben, wie die EU-Kommission ihnen NATURA 2000 überstülpt und wie NATURA 2000 von der rot-grünen Landesregierung umgesetzt wird. NATURA 2000 ist damit leider - und ich sage bewusst: leider - zum Schreckgespenst geworden. Das ist für den Naturschutz ein Rückschlag, und den hat diese Landesregierung zu verantworten.

(Widerspruch des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lieber Herr Matthiessen, verantwortliche Politiker unterschiedlicher Parteien in unseren Kreisen, Städten, Ämtern und Gemeinden befürchten, dass kommunale Entwicklungen und konkrete Wirtschafts- und

(Herlich Marie Todsens-Reese)

Infrastrukturprojekte durch die neuen Schutzgebiete mit dem so genannten Verschlechterungsverbot und weitergehenden Nutzungseinschränkungen behindert, wenn nicht sogar verhindert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Matthiessen, prominentestes Beispiel ist die harsche Kritik von SPD-Bürgermeister Saxe aus **Lübeck**. Der sorgt sich um den Flugplatz und um den Hafen. Er sagt:

„Wir fühlen uns in der Entwicklung behindert und förmlich stranguliert ... Für eine Großstadt, die wachsen muss, ein Bremsklotz...“

- so Bürgermeister Saxe in der „Landeszeitung“.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zurufe)

Oder hören Sie auch den Appell des Bürgermeisters von **Helgoland**, Frank Botter. Hier geht es um die Düne, für die Helgoländer und die Gäste das Herzstück des Tourismus. Das ist nun wirklich kein CDU-Mann, Sie wissen genau, dass es einer aus Ihren Reihen ist. Von den rund 52 ha sollen jetzt 40 ha FFH-Gebiet werden. Und man vermutet, dass noch eine weitere Meldung als Vogelschutzgebiet dazukommt.

Auch die Helgoländer verstehen die Welt nicht mehr. 1961 hat das Land Schleswig-Holstein mit der Gemeinde Helgoland einen Überlassungsvertrag abgeschlossen und der Gemeinde die Düne unentgeltlich überlassen. Auf der Düne ist dann auch ein Flugplatz entstanden, er gehört zu den wesentlichen Voraussetzungen für den Tourismus. Die Landebahn dieses Flugplatzes muss nun - Ironie des Schicksals - nach einer weiteren EU-Richtlinie für den gewerblichen Flugverkehr - genannt JAR-OPS 1 - schnellstmöglich verlängert werden, damit dieser Flugplatz auch über den 1. Januar 2005 hinaus durch den gewerblichen Flugverkehr genutzt werden kann. Darf der Flugplatz nun erweitert werden, wie dringend benötigt, oder blockieren sich hier zwei EU-Richtlinien gegenseitig?

Dann kommt noch etwas Besonderes hinzu. Der Innenminister des Landes muss nämlich aus einem ganz anderen Grund erwarten, dass die Helgoländer jede Einnahmemöglichkeit möglichst intensiv ausschöpfen, damit er weniger zahlen muss. Sie wissen, Herr Minister, warum das so ist. § 11 FAG enthält eine spezielle lex Helgoland. Danach muss das Land Schleswig-Holstein in jedem Jahr den Haushalt der Gemeinde Helgoland ausgleichen. Fazit: Kutscher Klaus Buß sagt natürlich: Hüh, voran Gemeinde Helgoland, verdiene Geld! Dafür ist der Flugplatz mit der erforderlichen Erweiterung - sage ich - zwingend er-

forderlich. Und Bremser Klaus Müller legt den Rückwärtsgang ein. So ist das eben mit Klaus und Klaus!

(Beifall bei der CDU)

Grundeigentümer haben die verständliche Sorge, dass sie ihre privaten Flächen nicht mehr so nutzen können, wie es neben der unbestrittenen Notwendigkeit, die **Grundsätze der Nachhaltigkeit** anzuwenden, erforderlich ist. Sie fühlen sich in ihren Eigentumsrechten verletzt und empfinden eine zunehmende Ohnmacht gegenüber einer überbordenden Bürokratie der EU-Kommission und der rot-grünen Landesregierung. In einem solchen Klima kann eine erfolgreiche nachhaltige Naturschutzarbeit nicht gedeihen. Und auch dafür gibt es eine Fülle von Beispielen im Land.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nehmen wir das **Breitenburger Moor** im Kreis Steinburg, in der NDR-Fernsehsendung „NDR aktuell“ ausführlich dargestellt und den Bauern, der sagt: Ich kann überhaupt nicht erkennen, was hier auf einem Maisfeld Schützenswertes sein soll. Es war einmal ein Moor, in der Nachkriegszeit ist es dann melioriert worden und wird heute bewirtschaftet. Auf einem Maisacker FFH - die Menschen verstehen es nicht mehr.

Und dann sagt ein Heimatvertriebener: Soll ich denn ein zweites Mal vertrieben werden?

(Zurufe von der SPD)

Sie können es nachlesen. Wenn Sie darüber lachen, Herr Nabel, wenn Sie über solche Sorgen und Kümernisse von Menschen lachen, dann sind Sie hier absolut verkehrt am Platze.

(Beifall bei CDU und FDP)

Auch hier verstehen die Menschen offensichtlich die Welt nicht mehr.

Ich kann nur fragen: Haben Sie Ihre Ohren auf Durchzug gestellt? Um auch dieses hier gleich noch zu sagen: Hier geht es nicht darum, dass irgendjemand an der Basis Stimmung gemacht hat, sondern hier geht es um ernst zu nehmende Sorgen und Nöte. Setzen Sie sich bitte mit Ihren eigenen Kommunalpolitikern aus der SPD auseinander. Ich habe heute nämlich nur diese zitiert. Ich denke, Sie sollten sie ein bisschen ernster nehmen, als Sie das durch Ihr Gelächter hier eben zum Ausdruck gebracht haben.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Alle diese Beispiele machen deutlich, dass die von der Landesregierung vorgenommene naturschutzfachliche Bewertung und die Abgrenzung der Gebietsvor-

(Herlich Marie Todsens-Reese)

schläge in jedem Fall kritisch zu hinterfragen ist, da wir es zum Teil mit veralteten Daten zu tun haben.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Bei jedem FFH-Vorschlag ist zu prüfen, ob das Land seine fachlichen Auswahlspielräume sachlich genutzt hat. Die Richtlinie gehört auf den Prüfstand mit dem Ziel, dass auch schon in der Vorbereitungsphase mehr Flexibilität erforderlich ist. Darum bringen wir heute unseren Antrag ein. Ich bitte, dass darüber in der Sache entschieden wird. Ich bin gespannt, wie Sie sich einlassen werden zur zentralen Forderung nach einer öffentlichen Anhörung.

Eine allerletzte Anmerkung, wenn ich darf Herr Präsident. - Herr Minister, zu der Fristverlängerung, die Sie gestern im Kabinett verkündet haben. Meine Recherchen haben dazu ergeben, der eigentliche Termin war für Anfang Oktober festgesetzt. Der nächste Termin war für Ende November festgesetzt, und jetzt ist der Termin kurzfristig auf Ende Januar verschoben worden. Sie gestehen der kommunalen Familie gerade zwei kümmerliche Wochen zu. Ich finde dieses unerhört, das ist ein Witz, das ist eine Missachtung der kommunalen Familie, und dieses werden wir so nicht akzeptieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU hat die Kolleginnen und Kollegen eben aus dem Saal getrieben, ich freue mich aber, dass der Kollege Baasch hier geblieben ist.

Die CDU versucht mit ihrem Antrag aus Drucksache 15/2911 den Eindruck zu erwecken, das schleswig-holsteinische Verfahren zur **Nachmeldung** von FFH-Gebieten sei intransparent, willkürlich, die Betroffenen würden nicht informiert und beteiligt, und die Landesregierung gehe von mangelhaften wissenschaftlichen Grundlagen aus.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sehr gut beschrieben! Genau!)

Ein Ermessensspielraum des Landes und ein Abwägungsgebot gegenüber gemeindlichen und wirtschaft-

lichen Entwicklungen werden suggeriert. All dieses ist falsch.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Auch die heute vorgetragene Begründung lässt mich eher zu dem Schluss kommen, dass die schleswig-holsteinische CDU sich die Lektüre der Europäischen Richtlinie, des Bundes- und des Landesnaturschutzgesetzes entschieden zu leicht gemacht hat und versucht,

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

die im Lande vielleicht auch nicht ohne ihr Zutun entstandene negative Stimmung gegen die Europäische Richtlinie und gegen den Naturschutz im Allgemeinen zu schüren und anzuheizen.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Es ist das gleiche Spiel, Frau Kollegin Todsens-Reese, wie bei den früheren Tranchen zu NATURA 2000, wie beim Landschaftsprogramm oder wie beim Nationalparkgesetz.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Trotz aller Lippenbekenntnisse zum europäischen Netz NATURA 2000 muss festgestellt werden, dass sich die CDU nach wie vor eher von Einzelinteressen als von der gesamteuropäischen Verpflichtung zum Arten-, Biotop- und Naturschutz - leiten lässt.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Einen Moment, Herr Abgeordneter! - Frau Abgeordnete Todsens-Reese, Zwischenrufe sind guter parlamentarischer Brauch, Zwischenreden nicht.

Konrad Nabel [SPD]:

Sie kosten vor allem meine Redezeit. - Seit Ende der 80er-Jahre trieb der damalige Umweltminister Klaus Töpfer mit Billigung der schwarz-gelben Bundesregierung unter Helmut Kohl angesichts des europaweit anhaltenden Artenrückgangs die europäische Einigung auf ein kohärentes Naturschutznetz voran. Nachdem die Vogelschutzrichtlinie bereits 1979 verabschiedet wurde, gilt die 1992 im Jahre der Rio-Konferenz und von der Agenda 21 von allen Mitgliedstaaten der EU einstimmig verabschiedete Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume so-

(Konrad Nabel)

wie der wildlebenden Tiere und Pflanzen - Flora-, Fauna-, Habitatrichtlinie: auch und vor allem Töpfers Werk - und auch die CDU-geführte Regierung und die deutschen Bundesländer stimmten der FFH-Richtlinie zu. Seitdem, aber zumindest seit der nach jahrelangem Verzögern im Frühjahr 1998 durch die damalige Umweltministerin Merkel endlich erfolgten Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes sind die Regelungen und Verfahren der europäischen Naturschutzrichtlinie bekannt und müssen auch Ihnen bekannt sein, Frau Todsens-Reese. Sie sind in zahlreichen Workshops und Parlamentsdebatten ausdiskutiert und von vielen europäischen Gerichten auch juristisch nach allen Seiten abgeklopft worden. Die CDU hätte also genug Zeit gehabt, sich umfassend zu informieren. Statt aber die in das neue Landesnaturschutzgesetz übernommenen bundeseinheitlichen Regelungen über die **Meldung der FFH-Gebiete** zur Kenntnis zu nehmen, werden Nebelkerzen geworfen und negative Stimmungen angeheizt.

Was den Deich und das **Gewerbegebiet in Lauenburg** angeht, Frau Kollegin, hätten Sie das Protokoll zu Ende lesen sollen, das Ihnen vorliegt. Staatssekretär Knitsch hat deutlich gemacht, dass es in der Frage Lauenburg um Hochwasserschutz geht und nicht um ein FFH-Gebiet. Ich denke, der Minister wird darauf noch etwas erwidern.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schaffung des **Biotop-Verbundsystems NATURA 2000** ist die wichtigste Maßnahme des beginnenden 21. Jahrhunderts, um unser bedrohtes europäisches Naturerbe, die natürlichen Lebensräume und die gefährdeten wildlebenden Tiere und Pflanzen dauerhaft zu schützen und weiterzuentwickeln. Die FFH-Richtlinie sieht dazu vor allem die **Einrichtung von Schutzgebieten** vor, die mit den nach der Vogelschutzrichtlinie auszuweisenden Vogelschutzgebieten das zusammenhängende kohärente ökologische Netz NATURA 2000 bilden. Alle Mitgliedsländer der EU haben sich verpflichtet, dazu Beiträge zu leisten. In der Bundesrepublik Deutschland sind dafür die Länder zuständig.

Die SPD-Landtagsfraktion bekennt sich zur Verantwortung, das europäische Naturerbe in Schleswig-Holstein durch die Meldung von NATURA 2000-Gebieten zu schützen. Wir fordern die Landesregierung auf, für eine vollständige und abschließende Meldung von FFH- und Vogelschutzgebieten zu sorgen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kriterien für die **Auswahl** der Gebiete ergeben sich rechtlich bindend aus dem Anhang 3 der FFH-Richtlinie. Für bestimmte Lebensraumtypen müssen etwa die Gebiete ausgewählt werden, die besonders charakteristisch ausgeprägt sind. Im Bereich des Artenschutzes soll durch die Gebietsauswahl zum Beispiel einer weiteren Verinselung der Bestände wildlebender Arten vorgebeugt werden. Weder die Verfahren, Frau Kollegin Todsens-Reese, noch die naturschutzfachlichen Kriterien für die Auswahl der Gebiete wurden von der rot-grünen Landesregierung, sondern von der Regierung Kohl auf europäischer Ebene mit ausgehandelt.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei ist seinerzeit - das müssen Sie sich einmal hinter die Ohren schreiben - kein formales **Beteiligungsverfahren** festgelegt worden. Dennoch führt die Landesregierung im Sinne eines breit angelegten gesellschaftlichen Konsenses auf freiwilliger Basis seit der zweiten Tranche ein Informations- und Beteiligungsverfahren durch. Dafür herzlichen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben der Verbändebeteiligung können alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes die Vorschläge, vorkommende Lebensraumtypen und Arten sowie Abgrenzung einzelner Flächen einsehen und eigene fachliche Vorschläge für neue Gebiete einreichen.

Der **Europäische Gerichtshof** hat im September 2001 die Bundesrepublik Deutschland wegen unzureichender Meldungen von FFH-Vorschlagsgebieten verurteilt und erhebliche Vertragsstrafen angedroht. In dem Urteil wird deutlich, dass die Länder lediglich im Naturschutzfachlichen einen Ermessensspielraum haben. Dieser **Ermessensspielraum** wird in Schleswig-Holstein so ausgenutzt, dass nicht alle Vorkommen von Lebensraumtypen oder -arten gemeldet werden sollen, sondern ein besonders repräsentativer Anteil. Ein entsprechendes naturschutzfachliches Ermessen liegt der jetzt vorliegenden Auswahl zur Nachmeldung der dritten Tranche zugrunde. Natürlich wurden dabei die Gebiete besonders berücksichtigt, die sich im Landes- und Kommunalbesitz sowie im Besitz der Stiftung Naturschutz befinden. Mit über 10.300 ha Fläche gehört mehr als die Hälfte des Stiftungslandes, genau 53 %, zu den gemeldeten FFH-Gebieten.

Bis zum Jahre 2000 wurden der EU-Kommission von Schleswig-Holstein 123 Gebiete über das Bundesumweltministerium vorgeschlagen. Die fachliche

(Konrad Nabel)

Bewertung dieser Gebietsmeldungen erfolgte im Auftrag der EU-Kommission durch das European Topic Center on Nature Protection and Biodiversity (ETC). Das wissenschaftliche Seminar im Juni 2002 für die atlantische biogeografische Region stufte von 64 bewerteten Lebensraumtypen lediglich für 29, also weniger als die Hälfte, die bislang gemeldeten Gebiete als ausreichend ein. Von 50 bewerteten Arten wurden lediglich für 15 die bislang gemeldeten Gebiete als ausreichend angesehen.

(Zuruf)

- Nein, Herr Kollege, das stimmt nicht, es geht um die atlantische biogeografische Region, und Bayern gehört dazu beispielsweise nicht.

Ähnliche Ergebnisse wurden auch für die zweite uns betreffende Region, die kontinentale biogeografische Region, ermittelt. Die Seminarergebnisse insgesamt führen dazu, dass die Bundesrepublik insgesamt - auch NRW - zu erheblichen Nachmeldungen aufgefordert wurde. Über NRW geistert immer durch die Welt, dass man dort besonders gut sei. Die sind nur besonders spät dran.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wollte ich ausführen!)

Um einer Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof mit erheblichen **Zwangsgeldzahlungen** und dem damit verbundenen Ausfall von EU-Fördermitteln vorzubeugen, hat die Landesregierung in einer dritten Tranche insgesamt 240 Gebiete zur Nachmeldung ausgewiesen. Was ein Zwangsgeld von 700.000 € pro Tag für die Bundesrepublik auf Schleswig-Holstein umgerechnet bedeutet, können Sie ausrechnen. Im Gegenzug hat die Kommission versprochen, das laufende Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland zunächst auszusetzen. Das Umweltministerium hat durch Zuleitung umfangreicher Unterlagen an alle Abgeordneten, durch eine vorbildliche Internetpräsenz sowie durch umfassende Informationen im Umweltausschuss die Inhalte der dritten Tranche und das weitere Verfahren im Bereich FFH erläutert. Wir begrüßen, dass die Anhörungsfrist im öffentlichen Informationsverfahren bis zum 31. Oktober verlängert worden ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die **Gebietsvorschläge** in der Größenordnung von zirka 51.000 ha wurden auf der Grundlage einer vom Bundesamt für Naturschutz erarbeiteten und in allen Ländern der Bundesrepublik angewendeten Methodik erarbeitet. Dies hat zur Folge, dass der Anteil der FFH-Gebiete an der Landesfläche um 3,2 % auf zirka

7 % erhöht wird. Zugleich laufen die Vorbereitungen für die Nachmeldung weiterer Gebiete, die die fachlichen Voraussetzungen der Vogelschutzrichtlinien erfüllen, für die die EU ebenfalls weitere Gebietsvorschläge angemahnt hat. Im LANU werden die von der Kommission direkt benannten Gebiete wissenschaftlich bewertet. Ferner werden naturschutzfachlich begründete Abgrenzungsvorschläge erarbeitet. Dieses Vorgehen wurde im Übrigen von einer Delegation des Umweltministeriums mit der EU-Kommission abgestimmt.

Mit diesen **Nachmeldungen** korrigiert die Landesregierung die Versäumnisse früherer Jahre, als Warnungen von Naturschutzfachleuten über Abweichungen von den von der EU verlangten Kriterien nicht genügend Gehör fanden. Das ist aber nicht allein ein schleswig-holsteinisches Problem; alle Länder der Bundesrepublik sind davon gleichermaßen betroffen.

Wir wissen, dass für die NATURA 2000-Gebiete ein **Verschlechterungsverbot** gelten wird. Dies beinhaltet, dass sich die Situation der zu schützenden Lebensräume und Arten nicht verschlechtern darf. Zugleich gilt aber, dass die bisherigen ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen, wirtschaftlichen, touristischen und sportlichen Aktivitäten - einschließlich des Küstenschutzes - weiterhin ausgeübt werden dürfen. Frau Kollegin, das versuchen Sie zu vernebeln.

(Martin Kayenburg [CDU]: Damit schließen Sie jede Entwicklung aus!)

In Städten und Gemeinden genießen alle Planungen aufgrund rechtskräftiger Bebauungspläne Bestandsschutz.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kayenburg, irgendwann müssen Sie doch mal begreifen!)

Die Gebiete, die von der EU in die Liste der **Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung** aufgenommen werden, sind innerhalb von sechs Jahren - und nicht wie Sie, Frau Todsens-Reese, immer behaupten, bis zum Jahre 2004 - dauerhaft zu sichern. Dies kann durch Maßnahmen wie Schutzgebietsausweisung oder Vertragsnaturschutz geschehen. Wenn Schutzgebiete ausgewiesen werden, dann ist es völlig klar, dass in jedem Einzelfall die nach Landesrecht vorgesehenen Beteiligungsverfahren durchgeführt werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Nabel, bitte kommen Sie zum Schluss.

Konrad Nabel [SPD]:

- Ich komme zum Schluss. - Dabei kann es natürlich sein, dass für nicht mehr durchzuführende Nutzungen Entschädigungsansprüche entstehen. Es handelt sich bei diesem Vorgehen also keineswegs um eine kalte Enteignung, wie Sie versuchen, es im Lande zu behaupten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Wir fordern die Landesregierung mit unserem Antrag auf, dass auch der Vertragsnaturschutz anerkannt wird.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das kommt Ihnen schwer über die Lippen!)

- Das kommt mir gar nicht schwer über die Lippen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, ich hatte Sie gebeten, zum Schluss zu kommen.

Konrad Nabel [SPD]:

Sie sehen, der CDU-Antrag ist in mancher Hinsicht heiße Luft. In anderer Hinsicht ist er eher geeignet, Sachverhalte zu verbiegen, statt sie aufzuklären. Ich hoffe, die heutige Debatte trägt dazu bei, die Debatte wieder zu versachlichen. Wir sind nicht nur in unseren Wahlkreisen, sondern auch im ganzen Land aufgefordert, an dieser **Versachlichung** mitzuwirken, und so Schleswig-Holstein auch in diesem Bereich vorbildlich und vor allem für die Zukunft unserer Kinder sicher und schön zu machen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute reden wir nicht nur über die Anmeldung von NATURA 2000-Gebieten. Nein, heute reden wir insbesondere auch über die zukünftigen **Chancen einer wirtschaftlichen Entwicklung** Schleswig-Holsteins. In der Aktuellen Stunde haben wir das sehr ausführlich gemacht. Wir werden das jetzt weiterführen. Wie wir in den letzten Wochen erfahren mussten, drohen diese Chancen durch eine verbandshörige, lobbyistische

und scheinheilige Umweltpolitik der Grünen nachhaltig zunichte gemacht zu werden.

Wenn wir über NATURA 2000-Gebiete reden, dann reden wir nicht nur über die Gattung des schützenswerten Darmatmers, die Armleuchteralge oder den Borstgrasrasen erster Güte. Wir reden auch über die Landwirte, über die Binnenfischer, über Infrastrukturmaßnahmen und über die Möglichkeit, auch zukünftig Gewerbegebiete ausweisen zu können. Es ist den Menschen nicht vermittelbar, wenn durch eine - hauptsächlich von den Grünen betriebene - überzogene Umweltpolitik Chancen für zukünftige Arbeitsplätze zunichte gemacht werden. In Schleswig-Holstein sind zurzeit 130.000 Menschen ohne Arbeit. Da dürfen wir es nicht zulassen, dass durch die Strangulation bestehender **Gewerbegebiete** oder die Verhinderung zukünftiger Infrastrukturmaßnahmen weitere Menschen aus dem ersten Arbeitsmarkt verschwinden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Dabei muss man sich die Auswirkungen vor Augen führen, die die Ausweisung von FFH-Gebieten für die Weiterentwicklung von Wirtschaftsstandorten haben kann. Zwar haben zum Beispiel Wirtschaftsbetriebe oder die Bewirtschaftungsart auf landwirtschaftlichen Flächen in der Nachbarschaft oder in NATURA 2000-Gebieten grundsätzlich **Bestandsschutz**; eine Ausweitung eines Betriebes oder eine andere Nutzung - zum Beispiel einer Wiese - wird in einem FFH-Gebiet oder in seiner 100 m breiten Pufferzone im Sinne des **Verschlechterungsverbot**es grundsätzlich unzulässig sein. Für betroffene expandierende Betriebe ist dies unmittelbar Anlass, den Standort - und damit häufig auch die Region - zu verlassen. Das hat mit einer nachhaltigen Entwicklung unseres Landes nichts mehr zu tun!

(Beifall bei der FDP)

Nur zur Erinnerung: Auf der historischen Umweltkonferenz in Rio wurde die **Agenda 21** verabschiedet. Diese Agenda 21 steht unter dem **Leitgedanken der Nachhaltigkeit**. Noch im Bericht der Landesregierung zu ihrer Nachhaltigkeitsstrategie für ein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein schrieb die Landesregierung wörtlich:

„Der Leitgedanke einer nachhaltigen Entwicklung richtet sich nicht ausschließlich an die Umweltpolitik, sondern versteht auch wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Sicherheit und Stabilisierung der ökologischen Systeme als drei unverzichtbare Ziele gesellschaftlicher Entwicklung.“

(Günther Hildebrand)

Ich stelle hiermit fest, dass den Zielen „wirtschaftlicher Wohlstand“ und „soziale Sicherheit“ die grüne Umwelt- und NATURA 2000-Politik dieses Umweltministers nicht im Geringsten gerecht wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich nenne Ihnen hierzu einige Beispiele. Frau Todsen-Reese hat das Beispiel Lübeck auch schon angeführt: **Lübeck** steht nach der Anmeldung weiterer FFH-Gebiete zu 48,8 % unter Naturschutz. Dabei konnten wir vor kurzem noch folgende Schlagzeilen über Lübeck lesen:

„Boom in Lübecks Hafen: Immer mehr Fährlinien. Drei Reedereien starten neue Fährverbindungen.“

„Lübecker Nachrichten“ vom 13. September 2003.

Oder:

„Flughafen bringt Lübeck 30.000 Touristen. Die Zahl der Übernachtungen in Lübecker Hotels schnellte nach dem Start der Pisa-Linie von 3.000 auf 4.700 Übernachtungen an.“

„Lübecker Nachrichten“ vom 12. September 2003.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es sind aber genau diese expandierenden Wirtschaftszweige, die nun durch die Ausweisung von FFH-Gebieten ausgebremst werden.

(Konrad Nabel [SPD]: Quatsch!)

So sind FFH-Gebiete in Lübecks Hafen genau dort angemeldet worden, wo die Stadt nach Auskunft des Bürgermeisters Saxe zukünftig den Hafen weiterentwickeln wollte. Auch der Flughafen Lübeck ist durch die Ausweisung eines FFH-Gebietes praktisch eingemauert. Bürgermeister Saxe sagte hierzu:

„Es fällt schon auf, dass die Naturschutzausweisungen immer dort sind, wo Entwicklungspotenziale stecken.“

Wir teilen diese Einschätzung.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch euer Bürgermeister!)

Beispiel **Gewerbegebiet Lauenburg**: Dort bedroht anscheinend ein Gewerbegebiet die Brenndolde, obwohl beide bisher offensichtlich in Koexistenz gut miteinander auskamen. Nun aber wurden FFH-Gebiete rund um den Gewerbepark angemeldet, um der Brenndolde auch weiterhin ein artgerechtes Leben

zu ermöglichen. Für dort ansässige Unternehmen ist dies die unmissverständliche Aufforderung, für mögliche Erweiterungen einen anderen Standort zu suchen.

Bemerkenswert ist, dass die vorgesehenen Flächen während der Hochwasserbekämpfung mit schwerstem Gerät durchpflügt wurden. Die Brenndolde dürfte - so sie es denn überlebt hat - zurzeit nur unter 6 m hohen Kleierdehaufen zu finden sein. Auch ist die Brenndolde keine prioritäre Art der FFH-Richtlinie. Sie ist in keinem Anhang der FFH-Richtlinie als besonders schützenswerte Art ausgewiesen.

Es ist ebenso eine Tatsache, dass Herr Staatssekretär Knitsch, angesprochen auf das Gewerbegebiet in Lauenburg, letzte Woche im Umweltausschuss ausgeführt hat, man habe schon genug Last damit, dafür zu sorgen, dass es nicht erweitert werde. Wenn jetzt entgegnet wird, er habe dies im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz gesagt, können wir hoffentlich alle zusammen davon ausgehen, dass die augenblicklich durchgeführte Deichverstärkung eben auch dieses Gewerbegebiet schützen soll und damit auch einer möglichen Erweiterung des Gewerbegebietes Schutz bietet.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insofern zieht das einfach nicht. Diese Aussage spricht Bände, meine Damen und Herren, und verdeutlicht uns, wes Geistes Kinder im Umweltministerium regieren.

(Beifall bei der FDP)

Hier wird NATURA 2000 als Vehikel benutzt, um ganz andere Ziele zu verfolgen.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist das!)

Dies ist ein Bärenienst für den Umwelt- und Naturschutz. Ein anderes Beispiel ist die **Haseldorfer Marsch**. Die hier bis zur zweiten Deichlinie vorgesehenen FFH-Gebiete werden von den Gemeinden akzeptiert. Der 100 m breite angrenzende Schutzstreifen überdeckt aber eine Fläche nach § 34 des Baugesetzes. Dieser Paragraph betrifft die im Zusammenhang bebaute Ortsfläche.

(Ursula Kähler [SPD]: Das kennen wir!)

- Das kennen Sie. Es ist in Ordnung. - Kann hier noch eine weitere Dorfentwicklung stattfinden, wenn diese Zone in dem 100 m breiten Randstreifen liegt?

Meine Damen und Herren, es ist doch seltsam, wie die EU dazu kommt, in Schleswig-Holstein FFH-

(Günther Hildebrand)

Gebieten nachzufordern. Woher hat die EU-Kommission eigentlich die Kenntnisse über anscheinend schützenswerte, aber noch nicht ausgewiesene NATURA-2000-Gebiete? Das hat System. Da gibt es eine klare Rollenverteilung. Neben der Landesregierung haben auch die Umweltverbände entsprechende Gebiete ermittelt und nach Brüssel gemeldet.

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist ihr gutes Recht!)

Das sind die so genannten Schattenlisten. Dort werden nun die entsprechenden Anmeldungen abgeglichen, und bei Abweichungen werden Nachforderungen erhoben. Die Landesregierung reicht also zum Beispiel eine erste und eine zweite Tranche mit restriktiven Flächenausweisungen ein, Brüssel fordert aufgrund der **Schattenliste** weitere Gebiete, und die Landesregierung muss anschließend „bedauerlicherweise“ nachlegen. Dass dieses Verfahren systematisch abläuft und zum Teil auch direkt die Landesregierung mit einbezieht, belegt eine Pressemitteilung vom 27. Juli der Bündnisgrünen aus dem Herzogtum Lauenburg. Darin steht:

„Außerdem stellte er“

- der so genannte Arbeitskreis NATURA 2000 -

„eine Schattenliste für NATURA-2000-Gebiete zusammen, die sie der Landesregierung übergaben. Diese Liste wurde von der zuständigen Behörde wohlwollend aufgenommen und zur Auswahl mit herangezogen.“

Die Grünen forcieren also selbst die Neuausweisung von NATURA-2000-Gebieten. Vor dem Hintergrund dieser Pressemitteilung eines grünen Kreisverbandes erscheint es mir geradezu scheinheilig, wenn der Umweltminister durch die Lande tingelt, ein wehmütiges Gesicht aufsetzt und die Verantwortung immer nach Brüssel schiebt. Dazu erzählt der Umweltminister auch noch auf jeder Veranstaltung von circa 750.000 € pro Tag, die Schleswig-Holstein an die EU zahlen müsste, wenn das Land den Gebietsmeldungen nicht in ausreichendem Maße nachkäme.

Zu den **Vogelschutzgebieten** kann ich Folgendes sagen. Sie, Herr Umweltminister, haben uns vor einigen Wochen dankenswerterweise eine Kopie eines Telefax aus Brüssel an das Auswärtige Amt zukommen lassen, welches das Vertragsverletzungsverfahren bezüglich nicht ausgewiesener Vogelschutzgebiete betraf. Dort steht auf Seite 7 zur Erfüllung der Ausweisungspflicht Schleswig-Holsteins, die Situation sei unklar; die Bundesregierung gehe von einem hinreichenden Schutz aus. Es ist aber der Bund, der

gegenüber der EU für **Vertragsverletzungen** haftet. Wieso muss eigentlich das Land zahlen, wenn der Bund davon ausgeht, dass Schleswig-Holstein genügend Vogelschutzgebiete ausgewiesen hat?

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad Nabel [SPD])

Ein Letztes. Bei einigen FFH-Anmeldungen scheinen die **fachlichen Voraussetzungen** für eine Ausweisung nicht oder nicht mehr vorzuliegen. Hat das Umweltministerium im Vorwege geprüft, ob die angegebenen fachlichen Kriterien überhaupt vorliegen beziehungsweise noch vorliegen? Oder wird erst geprüft, wenn in einer Region massive Proteste entstehen? Das kann allerdings nicht der richtige Weg sein, denn das verunsichert die Bürgerinnen und Bürger in höchstem Maße.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, bitten kommen Sie zum Schluss!

Günther Hildebrand [FDP]:

- Ich komme zum Schluss. Es erzeugt und bestätigt Misstrauen in staatliches Handeln.

Es bleibt dabei: Naturschutz muss heute mehr denn je mit und nicht gegen die Menschen gemacht werden. Alles andere schadet letztlich dem Naturschutz und auch konkret dem Projekt NATURA 2000. Wir stimmen dem CDU-Antrag zu. Die im Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD angesprochenen Dinge sind im Prinzip rechtlich geregelt und brauchen keine besonderen Bestätigung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Abgeordneten Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Um es vorwegzunehmen: Wir wollen das NATURA-2000-Programm der Europäischen Union nicht nur umsetzen, weil die Vorschriften der EU dies erzwingen. Wir wollen es umsetzen, weil Naturschutz wichtig und richtig für unser Land Schleswig-Holstein ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

(Detlef Matthiessen)

Die **langfristige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen** ist eine ständige und bedeutende Aufgabe für eine Politik, die sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert. Deutschland hat sich zusammen mit 170 Staaten im Rahmen der Arbeit der Vereinten Nationen hierzu verpflichtet. Die EU hat in diesem Rahmen die Umsetzung eines Programms zur Sicherung der Artenvielfalt und der natürlichen Lebensräume beschlossen, nämlich das Programm **NATURA 2000** mit der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, der FFH-Richtlinie, und der Vogelschutzrichtlinie. Dazu bekennen wir uns in Schleswig-Holstein. Dies ist unsere Aufgabe aus tiefster Überzeugung. Wir tun unserem Land Gutes damit, wir tun Gutes nicht nur für die Natur, sondern auch für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein.

Artenschwund und Flächenverbrauch interessieren die CDU offenbar nicht die Bohne. Bei der CDU vermisste ich das Bekenntnis zur Notwendigkeit des Naturschutzes, natürlich mit den Konsequenzen, die dies beinhaltet. Schutz bedeutet natürlich auch Schutz vor überbordenden wirtschaftlichen Aktivitäten. Sonst könnten wir uns das Ganze ja sparen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wo im Lande gibt es denn überbordende wirtschaftliche Aktivitäten?)

Die FDP verdient mit ihrem ungezügelten Wirtschaftsneoliberalismus in diesem Zusammenhang sowieso keine Erwähnung. Herr Garg wollte ja sogar Motorola in Flensburg ein FFH-Gebiet andichten.

(Veronika Kolb [FDP]: Ihnen fällt auch nichts Neues ein!)

Herr Hildebrand, was will die FDP eigentlich konkret in der Naturschutzpolitik anders machen? Haben wir in Ihrem Beitrag irgendein Stichwort dazu gehört, dass wir eine Durchführung anders machen sollen, dass wir ein fachliches Kriterium anders interpretieren sollen und so weiter? Wenn Sie Ihre Rede als Aufsatz eingereicht hätten, würde ein Deutschlehrer sagen: Thema verfehlt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Veronika Kolb [FDP]: Und weiter?)

Dieses Bekenntnis vermisste ich also bei der CDU. Ich höre sie schon sagen: Wieso? Das sagen wir doch! - Meine Damen und Herren, natürlich sagen Sie das in Ihrer Presseerklärung, und Sie haben es auch hier gesagt. Man nennt so etwas Lippenbekenntnisse oder Pharisäertum. Im psychologischen Kontext würde man von Schizophrenie reden. Es ist doppelzünftig, doppelbödig.

(Lachen bei der FDP)

In Wirklichkeit behindern Sie - verhindern können Sie es nicht -, wo Sie irgend können, wenn Sie sagen - ich zitiere die umweltpolitische Sprecherin -, NATURA 2000 gehöre zu den bedeutendsten Naturschutzprojekte der nächsten Jahre. Artenvielfalt, natürliche Lebensräume, die Bewahrung wild lebender Tiere und Pflanzen, ja sogar ein Wiederherstellen der Lebensräume erwähnt die umweltpolitische Sprecherin. Wenn Sie das sagen, so ist das lediglich der verbale Auftakt, genau diese Ziele bei der Umsetzung zu konterkarieren. Parolen wie „Naturschutz nur mit den Menschen“ heißen bei Ihnen: Wasch mir den Pelz, doch mach mich nicht nass. Transparenz und Partizipation, die Sie von der Landesregierung fordern, heißen bei Ihnen: Vor Ort werden wir es schon schaffen, Ressentiments zu wecken, vor Ort werden wir es schaffen, Aufstände zu organisieren, Ängste zu schüren und unsere vermeintliche Klientelpolitik umzusetzen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Mehr Augenmaß heißt bei Ihnen: Lieber gar nicht. Diese Scheinparolen zum Naturschutz in Schleswig-Holstein, diese Doppelbotschaften haben Sie auch in einer großen Pressekonferenz verkündet und dort geäußert, in einem „solchen Klima“ könne eine nachhaltige, erfolgreiche Naturschutzpolitik nicht gedeihen. Das ist das Klima, das Ihre Parteigänger hier im Lande bemüht sind, zu erzeugen, wo sie nur können. Insofern ist das zumindest in dem Sinne transparent, als es leicht durchschaubar ist. Die armen Journalisten haben sich wacker bemüht, von dieser Pressekonferenz zu berichten, wussten aber auch nicht so recht, was sie schreiben sollten, weil nicht klar war, was die CDU eigentlich will.

Was will die CDU? Halten wir uns an Ihren Text. Sie fordern Transparenz. Das ist in § 20 b und c des neuen Landesnaturschutzgesetzes geregelt. Dieser Bestimmung zufolge wird ohne rechtliche Verpflichtung verfahren. Kreise, kreisfreie Städte, Gemeinden, Ämter und Verbände können zu den Gebietsvorschlägen Stellung nehmen. Bürger können diese in den Ämtern einsehen, Kartenmaterial steht zur Verfügung, Begründungstexte können gelesen werden, und es findet sich garantiert auch ein freundlicher Beamter, der dies erläutern kann.

Jedermann kann sich im Internet unter „www.natura2000-sh.de“ informieren. Jeder Bürger kann sich äußern. Was wollen Sie noch? Ist das nicht

(Detlef Matthiessen)

transparent genug? Machen Sie einmal einen konkreten Vorschlag.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Gucken Sie sich doch mal die Fehler an, die darin stecken!)

Sie wollen eine **Fristverlängerung**. Ja, die Frist zur Abgabe von Stellungnahmen wird verlängert. Sie wollen, dass nur Gebiete gemeldet werden, die tatsächlich den **naturschutzfachlichen Kriterien** entsprechen, wie es die Richtlinie fordert. Das ist der gesetzliche Auftrag und nichts anderes wird gemacht. Oder wollen Sie etwas anderes unterstellen, Frau Todsens-Reese? Dann sagen Sie auch, was und wo etwas nicht an fachlichen Kriterien ausgerichtet ist!

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Meine Damen und Herren, Sie haben schon in den ersten Meldungen deutlich gemacht, was Sie heute machen: Sie haben gegen den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer mobil gemacht, der heute ein wirtschaftlicher Verkaufsschlager ist und bei dem sich niemand über Nachteile beschwert.

(Veronika Kolb [FDP]: Auch das stimmt nicht!)

Die CDU muss sich sortieren, nicht die Landesregierung. Die CDU muss sich überlegen, ob Obstruktionspolitik wirklich ein Erfolgskurs ist.

(Zurufe von der CDU)

Das ist Ihr inneres Problem - wobei wir uns natürlich freuen, Herr Maurus, dass Sie diesen Antrag gestellt und uns damit Gelegenheit zu dieser Debatte gegeben haben. Unsere Naturschutzpolitik braucht sich nicht zu verstecken. Unsere Naturschutzpolitik ist ein Erfolg für die Zukunft unseres Landes. Davon profitieren nicht nur der Tourismus, nicht nur die zukünftigen Generationen, sondern er ist auch insgesamt ein positiver Standortfaktor für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussionen um NATURA 2000-Schutzgebiete sind in den letzten Monaten völlig fehlgeleitet geführt worden. Die Rede der Kollegin Todsens-Reese war gerade wieder ein Beweis dafür. Ich hätte wirklich nie gedacht, dass ich in meinem Leben die Kollegin Happach-Kasan in diesem Hause vermissen würde, aber bei der Rede von Herrn Hildebrand habe ich sie schmerzlich vermisst.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist völlig unerheblich, ob man die Ausweisung von Schutzgebieten gut findet oder nicht. Einzig und allein maßgebend ist, dass es eine **Pflicht zur Ausweisung** von Schutzgebieten nach naturschutzfachlichen Kriterien gibt. Wirtschaftliche Kriterien spielen dabei keine Rolle. Daher werden auch Argumentationen, die sich auf die wirtschaftliche Nutzung von Gebieten oder auf Eigentumsverhältnisse beziehen, von der EU nicht anerkannt. Es geht also nicht um das Ob, sondern um das Wie, wenn man sich mit der Ausweisung der Gebiete befasst. Deshalb ist es nicht in Ordnung, dass die CDU in ihrem Antrag suggerieren will, dass man hier noch etwas drehen könnte. Im vorletzten Punkt des Antrages fordert die CDU sogar - freundlich formuliert - zum Umgehen der Rechtslage auf, indem sie fordert, Gebiete nicht auszuweisen, weil wirtschaftliche Interessen einer Ausweisung entgegenstehen. Damit wird den Betroffenen nur Sand in die Augen gestreut.

Die Regierung Kohl ist 1992 die Verpflichtungen hinsichtlich der NATURA 2000-Gebiete eingegangen und heute kann man sich diesen Verpflichtungen nicht mehr entziehen. Wenn man so will, kämpft die CDU gegen die Geister, die ihr Kanzler vor mehr als einem Jahrzehnt selber rief.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausschließlich maßgeblich für die Ausweisung von Schutzgebieten sind nur **naturschutzfachliche Kriterien**. Daran wird auch manche gut gemeinte Kritik nichts ändern. Erst nachdem NATURA 2000-Gebiete nach naturschutzfachlichen Kriterien ausgewiesen worden sind, ist es möglich, eine andere als die heutige Nutzung zu beantragen. Das Beispiel „Mühlenberger Loch“ hat auch deutlich gemacht, dass die EU-Kommission sogar im großen Stil bereit ist, wirtschaftlichen Interessen entgegenzukommen. Ein gesamtes NATURA 2000-Gebiet wurde dort für die wirtschaftliche Nutzung, zum Bau des Airbus, freigegeben. Das ist der Beweis, dass es geht. Allerdings

(Lars Harms)

geht es bloß auf Antrag, nach Ausweisung als NATURA 2000-Gebiet und mit einer guten, in sich schlüssigen Argumentation. Was auf keinen Fall geht, ist, dass man nur Landesflächen oder Flächen, die sich im Besitz der Stiftung Naturschutz befinden, meldet. Bei der Prüfung der Notwendigkeit der Meldung geht es nur um die naturschutzfachliche Prüfung. Sollten Flächen außerhalb des Landesbesitzes meldepflichtig sein, so kann man sich der Meldung dieser Flächen nicht verschließen. Dies wird in der Aufforderung an das Umweltministerium zur Ausweisung weiterer Flächen auch deutlich. Hier werden dezidiert Regionen genannt, die aus naturschutzfachlicher Sicht nachgemeldet werden müssen. Es gilt jetzt, die naturschutzfachliche Argumentation zu überprüfen und dann nach genauen Kriterien nachzumelden. An dieser Vorgehensweise kommen wir nicht vorbei.

Jetzt kommt es darauf an, die Umsetzung der Ausweisung so zu gestalten, dass man vor Ort mit dem NATURA 2000-Netz leben kann. Zwar gibt es eine Bestimmung, die vorschreibt, dass sich die ökologische Wertigkeit von betroffenen Flächen nicht verschlechtern dürfe und man somit weiterhin die Flächen genauso nutzen dürfe wie bisher. Aber es wird auch vorgeschrieben, dass die betroffenen Flächen später einen rechtlichen Schutzstatus erhalten sollen. Die EU versteht darunter vornehmlich die Ausweisung von Nationalparks und Naturschutzgebieten sowie von Biosphärenreservaten. Genau hier müssen wir ansetzen, wenn wir den Menschen vor Ort wirklich einen Weg aufzeigen wollen, wie sie mit den NATURA 2000-Gebieten trotzdem gut leben können. Während die Einrichtung eines Nationalparks sicherlich nicht zur Debatte steht, sind Naturschutzgebiete durchaus realistisch. Bei den Flächen, die ohnehin nicht einer Nutzung unterliegen und wirklich nur dem reinen Naturschutz dienen, sollte die Einrichtung von Naturschutzgebieten auch kein Problem sein. Schwierig wird es mit noch genutzten Flächen. Hier befürchtet man schon mittelfristig **Einschränkungen der Nutzung**, wenn Naturschutzgebiete ausgewiesen werden. Diese Befürchtungen sind auch nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen.

Nicht viel leichter wird es da mit der Ausweisung von Biosphärenreservaten. Solche Reservate können auch so genannte **Pufferzonen** enthalten. Das heißt, es werden hier über die eigentlich zu schützende Fläche hinaus weitere Bereiche unter zumindest teilweisen Schutz gestellt. Dass Landnutzer, deren Flächen an NATURA 2000-Gebiete angrenzen, mit solchen Pufferzonen nicht einverstanden sein können, ist klar. Die von der EU favorisierten Arten des **rechtlichen Schutzstatus** sind somit wirklich nur im Ausnahme-

fall akzeptable Lösungen. Im Regelfall verhindern sie die Akzeptanz von Naturschutz, was uns allen nicht recht sein kann.

Unser Vorschlag in unserem gemeinsamen Antrag mit Rot-Grün stellt darauf ab, dass durch den **Vertragsnaturschutz** genau dieser rechtliche Schutzstatus gewährleistet werden kann. In solchen Verträgen könnten entsprechende finanzielle Regelungen zugunsten der Landbesitzer und Landnutzer genauso festgeschrieben werden wie auch die zukünftige weitere Nutzung von Flächen, sodass sich niemand Sorgen um diese Nutzung machen muss. Wichtig für uns ist, dass solche Regelungen verlässlich sind und wir für die Betroffenen **Planungssicherheit** schaffen.

Bisher gibt es keine Aussage seitens der EU-Kommission, die den Vertragsnaturschutz in diesem Zusammenhang ausschließt. Auch der Europäische Gerichtshof hat sich hierzu noch nicht abschließend geäußert. Daher besteht die Möglichkeit, den **Vertragsnaturschutz** als erlaubten rechtlichen Schutzstatus festzuschreiben. Der Vertragsnaturschutz hat sicherlich mehr Akzeptanz in der Bevölkerung als die neuerliche Ausweisung von starren Naturschutzgebieten, Nationalparks oder Biosphärenreservaten. Außerdem sind die Gestaltungsmöglichkeiten im Vertragsnaturschutz so vielfältig, dass man hierdurch den betroffenen Landbesitzern und Landnutzern am besten entgegenkommen kann. Deshalb muss die Landesregierung mit der EU-Kommission eine Regelung herbeiführen, die den Vertragsnaturschutz im Rahmen der NATURA 2000-Umsetzung ausdrücklich erlaubt. Ich bin mir sicher, dass dies möglich sein wird.

Hier möchte ich ebenfalls auf den von der Kollegin Todsén-Reese gerade vorgetragenen Fall eingehen und zeigen, wie gerade der Vertragsnaturschutz in diesem Fall helfen kann. Aus dem Kurzbericht zum Gebietsvorschlag „Helgoländer Düne“ geht hervor, dass unter anderem der Strandbereich im Norden der Inselfläche als Setz- und Liegeplatz für Kegelrobben auszuweisen ist. Daran führt kein Weg vorbei. Als Einflüsse und Nutzung werden im Kurzbericht der Tourismus und der Badebetrieb angegeben und man ist auf **Helgoland** in Sorge, dass auch die Küstenschutzmaßnahmen zum Erhalt der Düne eingeschränkt werden könnten. Nun kann man die touristische Nutzung - die für Helgoland nicht unerheblich ist - natürlich als negativen Einfluss auf das Verhalten der Kegelrobben ansehen. Doch sollte man hierbei bedenken, dass Kegelrobben ihre Jungen im Dezember am Strand zur Welt bringen, also in einer Zeit, in der der touristische Einfluss auf diese Tiere nicht besonders hoch ist. Hier muss es daher nach Auffassung des SSW Möglichkeiten geben, wie man den

(Lars Harms)

Schutz dieser Tiere, die touristischen Interessen und das Küstenschutzinteresse der Gemeinde Helgoland im Rahmen von NATURA 2000 unter einen Hut bringen kann.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau da kann der Vertragsnaturschutz die Lösung sein. Das sehen die Helgoländer im Übrigen genauso.

Wenn dann dabei nun auch noch die Anhörungsfrist für die Betroffenen verlängert wird, so sind eigentlich alle Möglichkeiten unsererseits ausgeschöpft. Eine **Anhörung** vor den Ausschüssen des Landtags macht wenig Sinn, weil schon Anhörungen stattgefunden haben - nicht nur hier, sondern auch in den einzelnen Kreisen. Diese öffentlichen Veranstaltungen auf Kreisebene waren nicht nur stets sehr gut besucht, sondern wurden auch aktiv vom Umweltministerium unterstützt. Die notwendigen Informationen sind somit schon lange in die breite Fläche getragen worden. Die ersten Stellungnahmen zu den Gebietsausweisungen zeigen ja auch, dass man sich auf kommunaler Ebene mit dem Thema durchaus vernünftig auseinandergesetzt hat.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU will immer noch Öl ins Feuer gießen und hofft so, politisch punkten zu können. So ist zwar das politische Spiel, trotzdem sollte man sich dabei an den Fakten orientieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fakt ist, dass Gebiete ausgewiesen werden müssen, dass das Verfahren hierzu transparent war und ist und dass man die Bürgerinnen und Bürger im Land so gut wie möglich informiert hat.

Unser Wunsch ist, dass wir uns mehr mit der eigentlichen konkreten Umsetzung von NATURA 2000 beschäftigen, als weiter ideologische Auseinandersetzungen zu führen, die nichts bringen.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wahrscheinlich haben Herr Kohl und seine damalige Regierung nicht gewusst, was sie taten, als sie die Übernahme der NATURA 2000-Verpflichtungen auch für Deutschland festgeschrieben haben. Trotz oder gerade wegen ihrer Unwissenheit haben sie damals genau das Richtige getan,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

um den Weg hin zur Erhaltung unserer Naturlandschaft zu ebnen. Wir sollten diesen Weg im Einklang mit den Betroffenen weitergehen. Das sind wir auch den kommenden Generationen schuldig.

Deshalb heißt unsere Devise nicht, NATURA 2000 aus bloßem Populismus abzulehnen, sondern aktiv und konstruktiv an der bürgernahen Entwicklung von NATURA 2000 weiterzuarbeiten.

Zum Schluss möchte ich mich bei den Kollegen Nabel und Matthiessen und beim Umweltministerium für die gute Zusammenarbeit bedanken. Vor allem aber will ich mich bei dem Kollegen Willi Malerius bedanken, der sich sehr dafür eingesetzt hat, dass wir einen solchen bürgernahen und zukunftsorientierten Antrag stellen. Willi, es macht immer wieder Spaß, mit dir zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der SSW tritt im Süden Dithmarschens nicht mit einem Direktkandidaten an. In Bezug auf die Direktkandidatur kann ich nur sagen: Willi wählen!

(Heiterkeit und Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Thema lautet FFH.

(Heiterkeit)

Ich habe jetzt drei Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vorliegen, und zwar von dem Kollegen Klinckhamer, dem Kollegen Schlie und dem Kollegen Geißler. Danach erhält die Regierung das Wort. - Kollege Klaus Klinckhamer, bitte.

Klaus Klinckhamer [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben in der Debatte gehört: Die Unruhe in Schleswig-Holstein ist groß. So auch in Ostholstein und speziell auf der Insel Fehmarn.

Lassen Sie mich einige konkrete Beispiele nennen, die die Fehmaraner besonders beunruhigen. Drei Viertel der gesamten Küste der Insel **Fehmarn** sind als Schutzgebiet ausgewiesen. 30 ha im Fehmarnsund sind in vorhandene B-Pläne hinein ausgewiesen worden, nur weil man eine seltene Pflanze - sie soll Kriechender Scheiberich heißen; das habe ich bis gestern auch noch nicht gewusst - gefunden hat.

Campingplätze, im B-Plan festgestellt, sind vollends überplant, teilweise ist bis an die Campingplätze her-

(Klaus Klinckhamer)

an überplant. Die Betreiber auf der Insel bangen darum, dass sie notwendige Erweiterungen nicht mehr durchführen können, die sie brauchen, um wirtschaftlich überleben zu können.

Teiche mit vorhandener Karpfenzucht - ebenfalls Schutzgebietsausweisung. Was passiert mit der Teichwirtschaft?

An der Nordwestküste hat man die Ausweisung mit der Begründung vorgenommen - man halte sich fest -, hier seien einmal Schweinswale durchgeschwommen.

Wenn man solche Begründungen findet, ist es verständlich, dass die Unruhe in der Bevölkerung groß ist.

Herr Minister, die Ausweisungen auf der Insel Fehmarn werden parteiübergreifend von der gesamten Vertretung kritisiert und abgelehnt. Ebenfalls einhellige Kritik und Entrüstung hat es auf einer Bürgerversammlung gegeben. Auf der Insel Fehmarn wie auch anderswo hat man große Angst vor **Beeinträchtigungen** der Entwicklung **in den Hauptwirtschaftszweigen**, vor allen Dingen in der Landwirtschaft und im Tourismus.

Ich meine, in der EU-Präambel steht, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fakten sollten berücksichtigt werden. Ich frage Sie, Herr Minister: Wo bleibt die Abwägung? Oder ist die Abwägung die, dass man Bettenburgen nicht, aber die unbebaute Küste vollends überplant hat? Wie soll sich hier der so genannte sanfte Tourismus entwickeln?

Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie die Kommunen vor Ort und ihre Bürger ernst. Suchen Sie das Gespräch mit ihnen. Geben Sie ihnen die notwendige Zeit zur Stellungnahme.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat jetzt der Kollege Klaus Schlie.

Klaus Schlie [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem **Gewerbegebiet Lauenburg** handelt es sich eindeutig nicht um ein Gebiet nach der Vogelschutzrichtlinie, sondern um ein FFH-Gebiet. Da nach der Auskunft eines Mitarbeiters Ihres Hauses, Herr Minister, die angebliche naturschutzfachliche Überprüfung dieses Gebietes durch das Landesamt für Natur und Umwelt 1994 stattgefunden hat, frage ich mich, warum wir dieses Gebiet nicht in der ersten Tranche 1996 und nicht in der zweiten Tranche 1999

genannt haben. Warum ist das nicht geschehen, wenn Sie bereits 1994 naturschutzfachlich festgestellt haben, dass es sich um ein meldepflichtiges Gebiet handelt?

(Beifall bei CDU und FDP)

Was ist das jetzt für ein Geschnacke, dass Sie jetzt melden müssten? Sie hätten dann nämlich schon damals melden müssen, wenn Ihr Landesamt diese Kenntnis gehabt hat.

(Werner Kalinka [CDU]: So ist es!)

Wenn es darum geht, dass jetzt überprüft werden müsste, dann bitte überprüfen Sie im LANU mit seinen 300 Mitarbeitern und den 108 Leuten im höheren Dienst doch dieses Gebiet einmal und schauen Sie sich einmal an, was nach dem letzten Jahr aus naturschutzfachlicher Sicht - mir geht es ausschließlich um diesen Punkt - überhaupt noch los ist.

Ich halte es schon für etwas abartig, wenn beispielsweise ein Mitarbeiter Ihres Hauses bei einer Bürgerveranstaltung der Stadt Lauenburg sagt, es sei ja wohl überhaupt nicht fassbar, dass über dieses ganze schöne Naturschutzgebiet hinweg ein Deichverteidigungsweg gebaut werde. Es ist pervers, Herr Minister, wenn ein Mitarbeiter Ihres Hauses das sagt - offensichtlich mit Ihrer politischen Zustimmung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Menschen dort haben Angst gehabt. Sie haben wirklich Sorge gehabt, dass das Wasser über den Deich schwappt. Sie haben nur eine Zielsetzung bei diesem Gebiet. Das ist das Problem. Das hat die Ministerpräsidentin bereits in ihrer Regierungserklärung am 12. November 2002 zum Ausdruck gebracht. Es geht darum, eine Ausweitung zu verhindern. Sie hat auch ihr Unverständnis des Gewerbes zum Ausdruck gebracht, dass es dort Gewerbebetriebe gibt.

(Zuruf)

- Nein, Sie hat nicht Recht. Sie hat offensichtlich keine Ahnung, wie in diesem Land Schleswig-Holstein Arbeitsplätze geschaffen werden,

(Beifall bei CDU und FDP)

wie man Voraussetzungen dafür schafft, um Gewerbegebiete überhaupt herzubekommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

1.000 Arbeitsplätze im Lauenburger Gewerbegebiet. 1.000 Arbeitsplätze. Da geht es um Verpackungsindustrie. Da geht es um eine zertifizierte und mit Umweltpreisen anerkannte chemische Industrie. Da geht es um Glasrecyclingindustrie. Und Sie sagen, Sie

(Klaus Schlie)

wollen diese 1.000 Arbeitsplätze dort nicht haben. Sie geben überhaupt keine Chance, dass sich das Gebiet erweitern kann.

(Zuruf)

- Das ist Quatsch.

Auch Sie wissen, dass, falls es zu dieser Gebietsausweisung kommt, noch wesentlich strengere Maßstäbe an eine mögliche Erweiterung dieser Betriebe angelegt werden, als sie bisher schon gelten. Die Betriebsinhaber und die Verantwortlichen haben Ihnen auf öffentlichen Veranstaltungen bereits erklärt, dass sie in den konjunkturell schwierigen Zeiten und unter den anderen schwierigen Rahmenbedingungen in diesem Gebiet das schwierige Antragsverfahren nicht mitmachen. Sie wandern lieber nach Mecklenburg-Vorpommern ab. Das ist 5 km entfernt. Bei der **GA-Förderkulisse**, die dort herrscht, ist das überhaupt kein Problem, Herr Minister. Sie vernichten Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein, wenn Sie nicht naturschutzfachlich noch einmal überprüfen, ob es notwendig ist, dieses Gebiet überhaupt auszuweisen.

(Zuruf)

- Nein, Herr Minister, Sie benutzen NATURA 2000 leider als Vehikel, um Ihre gegen die Menschen gerichtete Naturschutzpolitik umzusetzen. Das ist das Problem.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage Ihnen, dass das kein Mensch verstehen wird. Wir haben heute Morgen über den Verlust von 600 Arbeitsplätzen in Flensburg diskutiert. Das ist eine Katastrophe. Hier spielen Sie mit 1.000 weiteren Arbeitsplätzen. Angesichts dessen lassen wir uns weder von Herrn Nabel noch von Herrn Matthiessen erzählen, dass wir durch unseren Antrag in irgendeiner Form das Projekt NATURA 2000 gefährden würden. Wissen Sie, anstelle der Schnackerei, die Sie hier veranstalten, sollten Sie sich lieber einmal angucken, was beispielsweise im Kreis Herzogtum Lauenburg mit dem Schaalsee-Projekt gemacht wird. Ich habe in den sechs Jahren, in denen ich dort mitarbeite, mehr Flächen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes für den Naturschutz zur Verfügung gestellt als Sie durch Ihre ganze ideologische Plapperei in diesem Haus.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Thorsten Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Matthiessen hat in seinem Redebeitrag einen Schutz vor den überbordenden wirtschaftlichen Aktivitäten in unserem Land angemahnt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich!)

Herr Kollege Matthiessen, ich frage mich, wo Sie eigentlich heute Morgen waren, als wir über die Probleme in der Region Flensburg diskutiert haben. Ich kenne niemanden außer Ihnen, der sich vor überbordenden wirtschaftlichen Aktivitäten in diesem Land fürchtet. Ich kenne aber viele Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder fürchten, ihn zu verlieren. Das müssen wir ernst nehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich weise mit Nachdruck den Vorwurf zurück, wir würden versuchen, die Ziele von NATURA 2000 zu konterkarieren. Das Gegenteil ist der Fall.

(Zuruf von der SPD)

Ich unterstreiche die Worte von Frau Todsens-Reese. Wir bekennen uns dazu. Wären wir in der Verantwortung, so würden wir dieses Programm doch nicht ignorieren. Wir könnten es nicht und wir wollten es auch gar nicht. Aber wir würden anders damit umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir würden einen **partnerschaftlichen Dialog** organisieren. Wir würden die Sorgen der Menschen, der Verbände und der Kommunen ernst nehmen. Wir würden uns mit den Argumenten auseinander setzen und nach Lösungen suchen, die vor Ort auf Akzeptanz stoßen. Ein solcher partnerschaftlicher Dialog ist mehr, als Amtsblätter vollzuschreiben, im Internet Informationen zu liefern und Anhörungen durchzuführen, von denen Kommunalpolitiker zurückkehren und sagen: Wir wurden von hoch kompetenten Beamten aus den Kreisen und Städten begleitet und haben den Eindruck, dass wir oberlehrerhaft abgekanzelt und mit unseren Argumenten nicht ernst genommen worden sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir schüren auch keine Ängste, Herr Kollege Matthiessen.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wenn sozialdemokratische **Kommunalpolitiker** vor Ort aufschreien, Kollege Astrup, und protestieren, dann tun sie das doch nicht deshalb, weil wir sie dazu

(Thorsten Geißler)

auffordern. Da unterschätzen Sie Ihre Kollegen vor Ort; vielmehr geschieht das, weil diese Kommunalpolitiker die Sorgen der Menschen in unseren Städten und Gemeinden ernst nehmen. Der Bürgermeister Saxe ist bereits zitiert worden. Ich brauche das, was der Kollege Hildebrand dankenswerterweise zu Protokoll gegeben hat, nicht zu wiederholen.

Es ist doch in vielen Städten und Gemeinden so, dass sich Sozialdemokraten, Christdemokraten und Freie Demokraten gleichermaßen kritisch über diese Landesregierung äußern. Sie fürchten um ihre Planungshoheit, um Arbeitsplätze und auch um eine geordnete Entwicklung des Naturschutzes. Das sollten auch Sie ernst nehmen, meine Damen und Herren.

(Günter Neugebauer [SPD]: Denken Sie an Ihren Adrenalinpiegel!)

- Vielen Dank, Herr Kollege Neugebauer. Da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Ein bisschen Konfliktfähigkeit gehört zur Politik schon dazu.

Nach den Worten der Ministerpräsidentin konnten die Sozialdemokraten ebenso wie wir vor Ort davon ausgehen, dass mit der Meldung der zweiten Tranche Schluss sein würde. Das hat sich nach Ihren Worten nicht als sachgerecht erwiesen. Umso mehr wären Sie verpflichtet gewesen, das weitere Verfahren geordnet und partnerschaftlich zu organisieren. Das haben Sie nicht getan. Das ist Ihr großer Fehler.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir wissen, dass bei der Ausweisung **naturschutzfachliche Kriterien** anzulegen sind. Aber es gibt unterschiedliche Bewertungen. Es wird die Aktualität von Zahlen in Zweifel gezogen. Es muss sehr sorgfältig gearbeitet werden, damit die Lösungen auch sachgerecht und tragfähig sind.

Kollege Nabel hat dankenswerterweise gesagt, dass es einen **fachlichen Auswahlspielraum** bei der Meldung von Gebieten gibt. Es ist nämlich nur ein repräsentativer Anteil zu melden. Ich habe sehr genau zugehört, Herr Nabel; da haben Sie Recht. Gerade das zwingt uns, hier nicht einfach vollendete Tatsachen zu schaffen, sondern sorgfältig den repräsentativen Anteil zu melden und den fachlichen Auswahlspielraum auch auszunutzen, Herr Minister. Dazu fordere ich Sie nachdrücklich auf.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend möchte ich noch ein Wort an meine sozialdemokratischen Kollegen in **Lübeck** richten. Es liegt ein Antrag Ihrer Fraktion vor, der gemeinsam mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Abgeordneten des SSW eingebracht worden ist. Danach soll

die **Anhørungsfrist** nur bis zum 31. Oktober verlängert werden. Das ist ein lächerlich geringer Zeitraum. Dann sollen Fakten geschaffen werden. Es wird eine vollständige und abschließende Meldung von FFH-Gebieten angemahnt. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen aus Lübeck, das ist das Gegenteil dessen, was die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker aus Lübeck - diese sind sich da völlig einig mit uns - anmahnen. Sie wollen einen partnerschaftlichen Dialog. Sie wollen keinen Zeitdruck, sondern eine sachgerechte Erörterung. Ich habe die herzliche Bitte, dass wir hier - gerade auch aus örtlicher Sicht - einmal mit einer Zunge sprechen. Das muss sich auch in unserem Abstimmungsverhalten ausdrücken. Ich habe die herzliche Bitte an Sie, deutlich zu machen, dass Sie das nicht mittragen, und das auch in Ihrem Stimmverhalten zum Ausdruck bringen. Ich glaube, dann können Sie hochoberhöhen Hauptes nach Lübeck zurückkehren. Das wünsche ich Ihnen auch.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Morgen eine sehr ernstzunehmende Debatte über die schleswig-holsteinischen Standortbedingungen geführt und uns darüber unterhalten, wie eigentlich die Denkrichtung in diesem Land im Hinblick auf Investitionsfreudigkeit, Innovationsfreudigkeit und Unternehmenskultur ist. Ich appelliere insbesondere an die Sozialdemokraten als klassische Arbeitnehmerpartei, einmal ein bisschen innezuhalten und sich zu fragen, ob wir uns auf dem richtigen Weg befinden oder ob wir heute einige Sachen anders als noch vor einigen Jahren bewerten müssen. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Dieses Beispiel zeigt, dass man den Menschen bestimmte Sachen gar nicht mehr vermitteln kann; denn es fällt einem selbst schwer zu glauben, dass das die Wirklichkeit von heute ist.

Die Gemeinde **Büchen** will einen bestehenden Bebauungsplan verändern, weil sie ein Tierheim errichten will. Sie bekommt von der unteren Landschaftspflegebehörde im Rahmen einer Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange die Auflage, durch einen landschaftspflegerischen Fachbeitrag und eine FFH-Verträglichkeitsprüfung festzustellen, dass der Schattenfall der Bebauung das Biotop der dort möglichen

(Wolfgang Kubicki)

cherweise vorkommenden Zauneidechse nicht beeinträchtigt.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Ich zitiere einmal aus der Stellungnahme, die 14.000 € gekostet hat. Ich sage gleich dazu: Die Gemeinde wird möglicherweise ihre VHS schließen müssen, weil sie 2.500 € nicht aufbringen kann, die erforderlich sind, um die VHS weiter zu betreiben.

(Werner Kalinka [CDU]: So ist die Situation!)

Ich sage dies nur einmal, um die Relation deutlich zu machen. Die Stellungnahme - ich bin gern bereit, das allen zur Verfügung zu stellen - lautet:

„Aufgrund der Störungsintensität wird der Bereich während der Bauphase sicherlich nur bedingt geeignet für Zauneidechsen sein.“

Dafür werden 14.000 € ausgegeben. Ich hätte mir auch selbst denken können, dass Lärm Zauneidechsen vertreiben kann. - Weiter heißt es:

„Aus der Umgebung der Nassauer Heide wird zum Beispiel berichtet, dass die Zauneidechsen sich auch in vergleichsweise störungsreichen Hausgärten an geeigneten Stellen aufhalten, beispielsweise auf der Terrasse sonnen.“

Dann kommt die Empfehlung:

„Daher ist auf die Einhaltung des mindestens 10 m breiten Knickschutzstreifens im Norden besonders zu achten. Die Bebauung sollte so erfolgen, dass kein starker Schattenwurf die sonnenreiche Fläche beeinträchtigt.“

Wenn ich den Menschen des Landes erklären soll, dass 14.000 € ihrer Steuergelder für so etwas ausgegeben werden müssen, weil Mitarbeiter in Behörden sitzen, die alles andere im Kopf haben, nur keine ordentliche weitere Entwicklung,

(Beifall bei FDP und CDU)

dann sage ich Ihnen voraus: Wenn Sie das nicht stoppen, dann werden Sie aus dem Amt gejagt. Es werden 14.000 € dafür ausgegeben, dass die Zauneidechse sich sonnen kann. Es ist drei Jahre lang keine Investition möglich, um ein Tierheim zu bauen mit der Folge, dass die Tiere anderswo untergebracht werden müssen. Das ist das Gegenteil von ökologischer Verantwortlichkeit. Das hier festzustellen, war meine Aufgabe.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Jutta Scheicht.

Jutta Scheicht [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zauneidechse, Armeleuchteralge - welche Probleme haben wir eigentlich noch? Das fragen sich die Leute vor Ort. Wir fragen uns in **Lübeck** schon lange, was wir eigentlich verkehrt machen. Jetzt haben wir so viele Abgeordnete hier im Landtag, aber trotzdem gibt es diese Probleme.

Ich habe eine Niederschrift des Umweltausschusses herausgesucht. Ich möchte daraus zitieren, weil das auch etwas zur Planungssicherheit für Lübeck aussagt. In der Niederschrift vom 21. Mai heißt es - das ist die Antwort auf eine Frage, die wir als CDU-Abgeordnete gestellt haben -:

„Bezüglich Lübeck-Blankensee legt der Minister dar, dass es derzeit noch keine abgestimmte Meinung in der Landesregierung gebe. Sobald diese vorhanden sei, sei er gern bereit, dem Ausschuss darüber zu berichten.“

Wie gesagt: Das war am 21. Mai!

Im Protokoll vom 4. Juni ist zu lesen:

„Weiter weist M Müller darauf hin, dass das Kabinett jetzt einen Beschluss gefasst habe, und zwar mit der Stimme des Wirtschaftsministers.“

(Zurufe von der CDU: Oi, oi!)

Ich sage Ihnen dazu Folgendes: Ich habe den Wirtschaftsminister und auch Herrn Müller an dem Tag gesprochen. Herr Müller sagte mir, er sei gar nicht begeistert davon. Was habe eigentlich der Wirtschaftsminister damit zu tun? „Wenn ich etwas sage, dann ist es so.“

(Zurufe von der CDU: Aha, aha!)

Herr Minister, das kann ich in Lübeck nicht vermitteln. Daraufhin sage ich jetzt noch einmal ganz klar und deutlich: In Lübeck will man Antworten von den Abgeordneten haben. Man soll uns dort auch ernst nehmen.

Und noch ein Zitat:

„Die Beschlussfassung im Kabinett sei einstimmig erfolgt. Insofern habe auch der Wirtschaftsminister seine Zustimmung erteilt.“

(Jutta Scheicht)

Daraufhin wurden dann unser Segelflugplatz und der Borstgrasrasen in einer nicht ausreichenden Menge an anderer Stelle gemeldet. Es hieß, dort könnten wir bauen. Es hieß also: Klar Schiff für Blankensee!

Herr Rohwer, ich habe Sie nach der Landtagsitzung gefragt, ob ich das so in Lübeck sagen könne. Sie antworteten: Alles in Ordnung!

Im August kommt dann eine Kleine Anfrage von Herrn Hildebrand. Ich will die Antwort nicht ganz vorlesen, aber ich möchte dazu einen Satz oder zwei Sätze sagen. Er fragte noch einmal nach, ob irgendwelche Auswirkungen auf Möglichkeiten der baulichen Erweiterung des Flugplatzes in Lübeck bestünden oder ob man irgendetwas anderes zu befürchten habe. - „Ja“, steht in der Antwort. Dem habe ich nichts „hinzuzufürchten“.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Konrad Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Solch ein Beispiel, wie es Herr Kubicki hier gefunden hat, findet sich in jedem Bereich.

(Zurufe von der FDP: Na, na! - Zurufe von der CDU)

Ich könnte jetzt über schwarze Schafe im Bereich der Juristen genauso berichten wie über Wirtschaftskriminelle oder über Sozialhilfeabzocker, die Sie an anderer Stelle auch immer so gern zitieren.

Meine Damen und Herren, das ist aber nicht repräsentativ und es ist unfair und nicht in Ordnung, hier in dieser Art und Weise eine Diskussion zu führen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist genau das, was ich nicht unbedingt Ihnen, Herr Kubicki, sondern vor allem der Frau Todsensee und der CDU im Land im Verbund mit dem Bauernverband vorwerfe.

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

Es wird bei aller Doppelzüngigkeit - so hat es der Kollege Matthiessen genannt -, bei allen Lippenbekenntnissen - so habe ich es genannt - zu NATURA 2000 doch immer wieder versucht, bei Dingen, die nicht in der Richtlinie stehen, zu suggerieren, sie stünden darin. Ich nenne zum Beispiel die immer

wieder in allen Reden der Oppositionspolitikerinnen und -politiker durchscheinenden Möglichkeiten der Abwägung vor der Meldung der Gebiete.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, diese **Abwägungsmöglichkeiten** gibt es nicht. Das mag unserem deutschen Recht fremd sein, aber es ist so. Dem haben Kohl und die Bundesregierung 1992 zugestimmt. Es ist eine andere Art der Rechtssystematik. Kollege Kubicki, Sie als Jurist müssten das wahrscheinlich an verschiedenen Stellen auch schon einmal untersucht haben.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist eine dem normalen deutschen Grundverständnis von Recht fremde Art und Weise.

Meine Damen und Herren, viele von Ihnen haben doch unseren damaligen Wirtschaftsminister Steinbrück in seinem Vorgehen, was die Wakenitz-Querung angeht, unterstützt. Herr Steinbrück hat da genau das gemacht, er hat nämlich versucht, das europäische Recht in seinem Kopf so zu bewegen, dass er es dann auch erfolgreich anwenden konnte. Er hat nämlich das Wakenitz-Gebiet so behandelt, als wäre es ein ausgewiesenes und von der Kommission festgestelltes FFH-Gebiet. Damit hatte er den Erfolg, weil er dann die Abwägung zwischen den wirtschaftlichen und den gesamtstaatlichen Interessen einer Autobahnquerung durch ein wirklich tolles Naturareal machen konnte, das im Bereich der Bundesrepublik seinesgleichen sucht.

Diese Prinzipien müssten Sie endlich einmal lernen anzuwenden, damit Sie mit der FFH-Richtlinie und mit anderen kommenden Richtlinien der Europäischen Union überhaupt zurechtkommen. Sie sind eigentlich nicht geeignet, Politik in Schleswig-Holstein zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung erhält jetzt Herr Umweltminister Müller.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Ich will in aller Ruhe noch einmal begründen, warum NATURA 2000 wichtig ist. Dazu haben sich hier zwar viele Sprecherinnen und Sprecher bekannt - Herr Hildebrand nicht; darauf habe ich lange gewartet. Aber außer der FDP haben sich hier alle

(Minister Klaus Müller)

Fraktionen zu NATURA 2000 bekannt. Das ist auch richtig, weil wir in der Tat NATURA 2000 nicht nur umsetzen, weil das so in irgendwelchen europäischen Richtlinien steht, sondern weil es auch unserem Auftrag nach dem Landesnaturschutzgesetz und dem Grundgesetz vom Kern her entspricht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in unserem Land ein Problem, dass **Artensterben**, Artenschwund nach wie vor auf der Tagesordnung stehen. Das sind die Fakten und die Realität. Wir haben das Problem, dass wir Flächen zunehmend versiegeln, und zwar aus vielen guten Gründen. Ob das das Häuslebauen, manchmal auch der Straßenbau, oder ob das die Ausweisung von Gewerbegebieten ist. Das mag in jedem Einzelfall richtig sein, aber Tag für Tag drängt es Natur, drängt es Artenvielfalt zurück. Das ist in diesem Land Fakt.

Darum ist es richtig, dass wir nicht nur für Schleswig-Holstein, nicht nur für die Bundesrepublik, sondern bewusst auch von Portugal bis Finnland das so gesagt haben. Demnächst wird das auch für alle osteuropäischen Beitrittsländer gelten. Hier müssen die gleichen Kriterien gelten. Darauf muss europaweit hingewirkt werden - gerade vor dem Hintergrund von Wettbewerbsgleichheit und Wettbewerbsgerechtigkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Es geht also um unser **Naturerbe**, es geht um eine **gemeinsame Verantwortung**, die wir tragen. Es geht nicht darum, dass es nur einem Schmetterling oder nur einer Pflanzenart nutzen würde, sondern es nutzt uns Menschen, wenn wir verhindern, ärmer zu werden. Wir können uns in vielen Debatten über Technologiepolitik gegenseitig bescheinigen, wie viele neue moderne technologische Entwicklungen daraus resultieren, dass wir von der Natur lernen können. Wir ziehen unseren Fortschritt, unseren medizinischen Fortschritt, unseren technologischen Fortschritt aus der Kenntnis vieler Tier- und Pflanzenarten, die Fähigkeiten in ihrer Evolution entwickelt haben, die wir vielleicht heute noch gar nicht kennen. Darum ist der Schutz unserer Natur ganz elementar auch im ureigensten Interesse von uns Menschen und darum schützen wir die Natur.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Verehrte Damen und Herren, ich weiß mich zumindest unter vier Augen mit der Kollegin Todsens-Reese an der Stelle auch einig

(Zurufe von der FDP: Oh, oh!)

und ich finde es schade, dass dies in ihrem Wortbeitrag nicht klarer und deutlicher zum Ausdruck gekommen ist. In Ihrer Presseerklärung vom 13. September haben Sie Zustimmung zu den Zielen der Richtlinie erkennen lassen. Ich kann nur unterstreichen: Dr. Helmut Kohl und Genscher - ich glaube, der kam von der FDP - haben diese Richtlinie ermöglicht. Der Bundestag hat dem zugestimmt. Da kann sich die FDP nicht „herausgeklaut“ haben. Insofern glaube ich, ist es wichtig, dies an der Stelle festzuhalten.

Nun zu dem **Antrag**, den uns die **CDU** heute vorgelegt hat. Worum geht es? - Sie fordern uns dazu auf, betroffene Bürgerinnen und Bürger anzuhören. - Das tun wir. Sie fordern uns auf, Gebiete zu melden, die tatsächlich den strengen naturschutzfachlichen Kriterien unterliegen. - Das erfüllen wir.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Das Wattenmeer!)

- Das Wattenmeer ist schon gemeldet.

(Zurufe des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Das wissen Sie doch.

Sie fordern uns dazu auf, die Gebiete, die gemeldet werden sollen, schnellstmöglich der Öffentlichkeit bekannt zu geben. - Auch das haben wir getan. Sie fordern uns dazu auf, die Erhaltungsziele zu definieren. - Das wird gemacht. Sie können das in dem Kurzgutachten nachlesen.

Sie haben uns dann dazu aufgefordert, Flächen zu melden, vorrangig im Besitz des Bundes, des Landes und der Stiftung Naturschutz. - Das ist wider die Logik. Das wissen Sie auch; denn es geht nicht nach Eigentumsverhältnissen, sondern nach dem, was naturschutzfachlich richtig ist. Und wenn Sie sich das einmal angucken, werden Sie feststellen, dass da schon ganz viel geschehen ist.

Mir stellt sich die Frage, ob Sie mit Ihrem Antrag eigentlich einen sachlichen Beitrag zur Debatte leisten wollen. Ich glaube, das muss man leider nach den Debattenbeiträgen von heute mit Nein beantworten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Verehrte Damen und Herren, als Folge vielfältiger Informationen und Redebeiträge - der Kollege Nabel wird nie müde darauf hinzuweisen - hat dieses Parlament gegen die Stimmen der Opposition im Mai dieses Jahres das neue Landesnaturschutzgesetz be-

(Minister Klaus Müller)

schlossen und damit erstmals die Beteiligung der Betroffenen rechtlich verankert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, es ist hier überhaupt keine Gestaltungsfrage mehr, ob ich darauf verzichten würde. Dieses Parlament hat klar gesagt, was es will, und natürlich setzt die Landesregierung das dementsprechend um.

Das stößt auf vielfältigstes Interesse. Schon heute wissen wir das von den über 60 Veranstaltungen quer durch das Land, auf denen meine Mitarbeiter und zum Teil ich persönlich Rede und Antwort stehen. Wir drücken uns vor keinem der Betroffenen, wir diskutieren mit ihnen. Das ist schwer, das ist manchmal hart und da geht es auch um Existenzen; das ist richtig.

(Zurufe)

Aber wenn man mit den Leuten argumentiert, dann stellt man fest, dass wir die Hälfte bis zwei Drittel der Probleme ausräumen können, dann merken wir, dass es hier zwar Bedenken gibt, wie auch in dem heutigen Antrag von SPD, Grüne und SSW dargelegt, dass aber weiterhin ganz viel möglich ist.

NATURA 2000 bedeutet eben nicht, dass damit alles verhindert wird, dass jeder ausgesperrt wird. Das ist nicht NATURA 2000. Aber ich gebe zu, dass mancher im ehrenamtlichen Naturschutz sich das vielleicht so wünscht. Aber das ist NATURA 2000 nicht. Und es gehört auch zu Ihrer Verantwortung, den Menschen ehrlich zu sagen, was NATURA 2000 ist und was nicht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will gern einräumen, dass der, der arbeitet, auch Fehler macht. Wir haben 240 Gebietsvorschläge auf den Tisch gelegt, da können uns Fehler unterlaufen sein. Dazu stehen wir. Das würde übrigens keinem von Ihnen anders gehen, wenn er in meiner Position wäre. Und genau dafür gibt es ein Beteiligungsverfahren. Und ich sage deutlich, dass ich nicht davon ausgehe, dass ich mit dem Vorschlag, den das gesamte Kabinett gebilligt hat, ein weiteres Mal ins Kabinett gehen werde. Denn wir lernen aus diesem Beteiligungsverfahren. Wir sind dankbar dafür, dass uns viele naturschutzfachlich kompetente Stellungnahmen erreicht haben, die wir einarbeiten und gemeinsam bewerten können. Und ich gehe davon aus, dass der abschließende Vorschlag dieser Landesregierung ein naturschutzfachlich besserer und damit auch anderer sein wird, denn eine Verwaltung, die nicht lernfähig wäre, wäre eine schlechte Verwaltung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das Bundesumweltministerium hat uns mit Schreiben vom 26. August dieses Jahres darüber in Kenntnis gesetzt, dass die EU-Kommission fernmündlich mitgeteilt hat, ihr vorgesehene **bilaterales Konsultationsverfahren** mit den Bundesländern zu verschieben, voraussichtlich auf Januar 2004. Das haben wir nicht schriftlich. Das ist immer risikoreich. Trotzdem sagen wir - und das hat das Kabinett am Dienstag beschlossen -, dass die **Frist** für die naturschutzfachlichen Stellungnahmen um zwei Wochen verlängert werden kann. Das heißt, wir haben jetzt nicht nur die Zeit der Sommerferien genutzt, die laut Landesnaturschutzgesetz nicht mitzählt, aber die vielen Kommunen die Möglichkeit gegeben hat, sich damit zu beschäftigen. Wir haben neun Wochen und noch einmal zwei Wochen obendrauf. Wir haben 18 Wochen Beteiligungs- und Informationsverfahren in Schleswig-Holstein. Und ich glaube, das ist fair, das ist kompetent und für die zuständigen Kommunen auch managbar.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Lars Harms [SSW])

Ich möchte noch etwas zu den Brennpunkten sagen. Ja, wir haben Brennpunkte, auf die sich die Diskussion besonders konzentriert. Das ist erstens **Nordfriesland**. Ich glaube, wir sind dort in der Lage, durch viele Diskussionen vor Ort viele Befürchtungen zu zerstreuen, die es gibt. Gerade im Bereich des Küstenschutzes ist viel möglich. Ja, wir haben einen weiteren Brennpunkt in **Lauenburg**, das ist richtig. Und ich möchte auch deutlich sagen, dass wir in Lauenburg deshalb eine schwierige Diskussion haben, weil es dort gleichzeitig die Pläne und Wünsche gibt, ein Gewerbegebiet zu erweitern. Wir haben dort ein Problem im Bereich des Überschwemmungs-, des Hochwasserschutzes. Und obwohl wir dort einen Deich bauen und obwohl wir den von Landesseite so finanzieren, wie an praktisch keiner anderen Stelle hier im Land - das wissen Sie auch, Herr Schlie -,

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist völlig in Ordnung, einverstanden!)

muss man diese Debatte besonders sorgfältig führen. Sie wissen ganz genau, wir schützen dort nach NATURA 2000 die Brenndolde. Das heißt, all unsere Intentionen mit dem FFH-Gebiet, was dort nachher zu schützen ist, bedeuten nicht, dass keiner mehr das Gebiet betreten darf, bedeuten nicht, dass dort nichts zu verwirklichen ist, sondern es bedeutet, dass es

(Minister Klaus Müller)

wegen der Brennholde, wegen dieser Pflanze, bestimmte Dinge zu prüfen gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Und wenn man feststellt, dass diese Pflanze dort weiterhin mit bestimmten und vielen Aktivitäten gut zurechtkommt, dann sind diese auch möglich. Und wenn man feststellt, dass bestimmte Erweiterungen der Brennholde nicht schaden, sind diese auch weiterhin möglich.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist der Kern von NATURA 2000 und nicht, dass dort nichts mehr möglich und alles verboten ist. Das ist einfach nicht wahr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Ich sage ungern, dass es ein Beispiel gibt. Sie wissen, warum mir das schwer fällt. Aber die Diskussionen über das Mühlenberger Loch machen deutlich, was NATURA 2000 auch ist. Und damit komme ich zu Lübeck. Wir haben um die Lübecker Gebietsbegrenzung gerungen wie um kaum etwas Anderes, weil uns **Lübeck** lieb und teuer und sehr viel wert ist. Wir befinden uns mit dem Bürgermeister dort in einer guten und vertrauensvollen Diskussion. Wir schauen, so es Probleme gibt und wie man diese Probleme vielleicht gleich aus dem Weg räumen kann. Ich sage Ihnen zu den Erfahrungen rund um das Mühlenberger Loch: Hamburg hat sorgfältig gemeldet, ohne dieses Tamtam, das wir hier im Parlament hören mussten. Hamburg hat dann sorgfältig begründete Ausnahmeanträge für wichtige Infrastrukturprojekte gestellt, wie es sie analog auch in Lübeck geben könnte. Und ich glaube, dass die EU-Kommission in diesem Fall dann ganz genau so entscheiden würde. Ein bisschen mehr hanseatische Gelassenheit täte uns an dieser Stelle - glaube ich - gut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

In der Debatte kamen eben viele falsche Vorwürfe. Frau Todsen-Reese, ich kenne meine Rede von der NORLA sehr genau. Ich habe nicht gesagt, dass die unternehmerische Freiheit eingeschränkt wird. Ganz im Gegenteil, ich habe gesagt, durch die landwirtschaftlichen Reformen - die hiermit jetzt gar nichts zu tun haben - wird mehr unternehmerische Freiheit möglich. Das ist aber eine andere Debatte. Hören Sie mir bitte beim nächsten Mal genau zu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Dann kam hier der Vorwurf zum **Breitenburger Moor** - das haben Sie eben zitiert. Wenn Sie kompetent wären und sich informiert hätten, wüssten Sie, dass es die Ausgleichsflächen für den A 380 sind, um die es dabei geht. Die sollen weiterentwickelt werden. An der Stelle geht es um Ausgleichsflächen, die wirtschaftliche Entwicklungen ermöglichen, von denen Hamburg und Schleswig-Holstein profitieren. Das sind die Fakten, verehrte Damen und Herren!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann wird immer wieder behauptet, **Lübeck** stehe zu 48 % unter Naturschutz. Ich habe Bernd Saxe gebeten, mir die Zahlen dazu vorzulegen. Das hat er mir zugesagt. Herr Hildebrand, sind Sie sicher und haben Sie sich einmal die Mühe gemacht, das nachzurechnen? Könnte es nicht sein, dass auch Ihnen der Fehler unterlaufen ist, einfach die erste Tranche zur zweiten Tranche und zur dritten Tranche hinzuzurechnen, alles hoch zu addieren, obwohl das teilweise die gleichen Flächen sind? Insofern bitte ich Sie, bevor Sie hier im Parlament solche Aussagen wiederholen, einmal kritisch nachzufragen, ob sich nicht auch in Lübeck inzwischen der eine oder andere wünscht, diese Zahlen nicht öffentlich in Umlauf gesetzt zu haben, bevor er sie noch einmal selbst nachgerechnet hat.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Zahlungen von bis zu 790.000 € pro Tag laut Aussagen der Bundesregierung wird nicht Hans Eichel tragen. Ein Blick ins Grundgesetz hilft. Zuständig sind laut Grundgesetz dafür die Bundesländer. Und alle Bundesländer wissen das. Was meinen Sie, warum der Kollege Schnappauf in Bayern noch vor der Landtagswahl in den letzten Monaten Gebiete nachgemeldet hat und heilfroh ist, dass er jetzt damit in der Alpenregion endlich durch ist. Er hat das auch nicht einfach gern gemacht, sondern weil er das genau weiß und auch so von seinem Finanzminister mitgeteilt bekommen hat. Weder die bayerische Staatsregierung noch die Landesregierung Schleswig-Holstein können sich freiwillig irgendeiner Straftat aussetzen. Das wäre in der Tat unverantwortlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Minister, darf ich an die vereinbarte Redezeit erinnern?

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft:

Ich komme zum Schluss.

Herr Abgeordneter Kubicki, die Frage, ob irgendeine Gemeinde 14.000 € für eine Stellungnahme ausgegeben hat, hat rein gar nichts mit dem Thema NATURA 2000 zu tun. Weder schreibt NATURA 2000 vor, dass 14.000 € für irgendeine Stellungnahme auszugeben sind, noch kann ich irgendetwas zu der Frage der Tarife sagen, die hier irgendein Gutachter genommen hat. Zu suggerieren, das wäre eine Verpflichtung von NATURA 2000, ist schlichtweg nicht wahr und das wissen Sie.

(Zurufe von FDP und CDU)

Das ist eine Regelung, die in unserem Landesnaturschutzgesetz zusätzlich zu vielen anderen Problemen zu berücksichtigen ist, wenn es um **Abwägungsprozesse** im Naturschutz geht. Das war aber immer ein Konsens in diesem hohen Haus, der auch mitgetragen worden ist von Frau Happach-Kasan. Das kann sich jetzt ja geändert haben.

(Zurufe von der FDP)

Es war immer Konsens, dass Naturschutz in seinen Auswirkungen genau überprüft sein will. Insofern bitte ich, hier für eine faire Debatte zu sorgen. NATURA 2000 heißt nicht, dass der Prozess an diesem Land spurlos vorbeigeht. Ja, NATURA 2000 kann auch zu Einschränkungen führen. Unser Ziel ist es jetzt, das in erster Linie über den freiwilligen **Vertragsnaturschutz** umzusetzen. Wir werden aber notfalls auch anders unseren europäischen Verpflichtungen gerecht werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Bevor ich jetzt zwei weitere Kurzbeiträge aufrufe, möchte ich Sie auf § 56 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung hinweisen. Er lautet:

„Überschreitet die Landesregierung die von ihr angemeldeten Redezeiten, so verlängert sich die Redezeit jeder Fraktion um die Dauer der Überschreitung.“

Das ist keine Kritik an der Landesregierung, das ist keine Provokation im Hinblick auf die Wortmeldun-

gen, aber es ist so, dass damit jeder Fraktion weitere drei Minuten Redezeit zustehen. Ich sage das vor dem Hintergrund, dass wir jetzt noch zwei weitere Kurzbeiträge angemeldet haben. Zunächst wäre das dann auf die ordentliche Redezeit - sofern das gewünscht ist - für die Fraktionen anzurechnen. Ich bitte Sie, sich in den Fraktionen entsprechend zu verhalten. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Wir haben jetzt bereits 12:45 Uhr.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, es ist Viertel vor eins. Das Präsidium ist dahingehend informiert, dass der Herr Finanzminister heute noch in den Vermittlungsausschuss muss. Das bedeutet, dass der Punkt 13, LEG, nach dem Tagesordnungspunkt 29 aufgerufen werden muss. Das bedeutet weiter, dass wir die ursprüngliche Planung, um 13 Uhr in die Mittagspause einzutreten, so nicht werden halten können. Das bedeutet auch, dass die Übergabe der Erntekrone nicht im Beisein aller Abgeordneter erfolgen kann, wie es einmal geplant war. Ich bitte Sie, sich persönlich darauf einzurichten. Wir werden dann also nach Beendigung des Tagesordnungspunktes 29 den Tagesordnungspunkt 13 aufrufen. Ist das so verstanden? - Ich bedanke mich.

Dann darf ich zunächst für einen Kurzbeitrag - oder soll es Fraktionsredezeit sein - Herrn Abgeordneten Peter Eichstädt das Wort geben.

(Zuruf: Fraktionsredezeit!)

Fraktionsredezeit drei Minuten. Herr Abgeordneter Peter Eichstädt, bitte.

Peter Eichstädt [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der doch sehr sachliche Beitrag des Ministers hat mich hier noch einmal nach vorne getrieben,

(Lachen bei CDU und FDP)

weil ich die Worte des Kollegen Schlie noch in Erinnerung habe. Einiges hat mich da doch überrascht, Herr Schlie. Wir haben ja im Kreis Herzogtum Lauenburg die Gewohnheit, auch in Fragen des Naturschutzes den Ball normalerweise etwas flacher zu halten. Wir haben dort, wie ich denke, über die Parteigrenzen hinweg einige Erfolge erzielt. Nachdem ich aber nun zu meinem großen Erstaunen gehört habe, dass im **Schaalseegebiet** gerade Sie es waren, der sich durch den Vertragsnaturschutz in besonderer Weise ausgezeichnet hat, muss ich doch darauf hinweisen, dass dies bei allen Ihren anzuerkennenden

(Peter Eichstädt)

Leistungen sicher nicht allein Ihr Verdienst war, sondern dass eine ganze Menge anderer Leute daran mitgearbeitet hat. Herr Schlie, der wesentliche Grund: Es hat auch dort eine Entwicklung gegeben, die symptomatisch gewesen ist für das, was wir hier heute erleben und was wir in den letzten Tagen und Wochen auch im Kreis Herzogtum Lauenburg erlebt haben. Gerade in diesem Bereich des Schaalsees, worüber Sie gesprochen haben, haben wir vor einigen Jahren eine Diskussion gehabt, in der es darum ging, ein Biosphärenreservat auszuweisen

(Klaus Schlie [CDU]: Das habe ich erfolgreich verhindert!)

- ob das erfolgreich war, darauf werde ich kommen -, und in der Sie, Herr Schlie, als CDU-Abgeordneter vorneweg dafür gesorgt haben, dass dieses nicht eingerichtet werden konnte. Heute haben wir genau das Ergebnis, dass nur wenige Kilometer weiter auf mecklenburgischer Seite dieses Biosphärenreservat ausgewiesen worden ist und dort mit dem Naturschutz und den damit verbundenen Maßnahmen und mit Förderung im Bereich des Tourismus Wirtschaftspolitik gemacht wird. Dieser Entwicklung laufen wir im Kreis Herzogtum Lauenburg hinterher. Genau das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau diese Politik, Herr Schlie, setzen Sie im Bereich Lauenburg fort.

Lassen Sie uns nun etwas ruhiger werden und versuchen, in guter lauenburgischer Art die Sache gemeinsam anzupacken. Es kann doch wirklich nicht Ihr Ernst sein, Herr Schlie, dass wir uns hier gegenseitig vorhalten, wer denn in der Lage und bemüht ist, diese tausend Arbeitsplätze in Lauenburg zu erhalten.

(Zuruf von der CDU)

Wir haben in der letzten Woche dazu eine Diskussion im lauenburgischen Kreistag gehabt, und wir waren uns fraktionsübergreifend darin einig, dass es gilt, alles zu tun, um die Arbeitsplätze zu erhalten.

(Klaus Schlie [CDU]: Da haben Sie auch anders geredet als hier in der Fraktion!)

Nein, ich habe genau so geredet, Herr Schlie, und ich habe Ihrer Fraktion im Namen meiner Fraktion dort ein Angebot gemacht. Dieses Angebot knüpft genau da an, wo der Minister hier seine Ausführungen gemacht hat. Wir haben Ihnen nämlich gesagt, wir wollen genau wie Sie dafür sorgen, dass alles möglich gemacht wird, damit die **Arbeitsplätze in Lauenburg** erhalten werden. Das gilt für Frau Kruse genau

so wie für alle anderen Abgeordneten dort. Wir haben Ihnen angeboten, per Antrag zu sagen, wir wollen für die vier Gebiete, die bei uns kritisch sind, unter anderem auch das lauenburgische - es sind ja viel mehr genannt worden, es sind 26, und die meisten sind unstrittig -, vom Minister und dem Ministerium eine genaue Darlegung der Gründe haben, und wir möchten gerne per Kreistagsbeschluss den Minister auffordern, zu uns zu kommen und auch unter rechtlichen Gesichtspunkten zu begründen, warum diese Auswahl notwendig und unausweichlich ist. Diesen Antrag - und das ist das Entscheidende -, der auf Konsens ausgerichtet war, haben Sie mit Ihrer Fraktion und auch Sie abgelehnt.

(Widerspruch bei der CDU)

Aber selbstverständlich, Sie haben einen anderen Antrag gewählt, der besagte, Sie lehnten es ab, überhaupt über diesen Antrag weiter zu reden. Sie sind unserem Vorschlag nicht gefolgt, Herr Schlie. Deshalb wird dieses auch so jetzt nicht durchgeführt werden. Stattdessen haben Sie in Ihrer Debatte ein anderes Wort in den Raum gestellt, und das ist, wie ich denke, entlarvend und hat sich hier auch fortgesetzt. Sie haben gesagt: Wir wollen die Ökodiktatur, die in unserem Lande herrscht, vermeiden. Statt sauber mit uns abzuprüfen, was zu unternehmen ist, um in Lauenburg zum Erfolg zu kommen und zu verhindern, dass dieses Gebiet zu Unrecht unter NATURA-2000-Schutz gestellt wird, haben Sie sich verweigert und haben die Arbeit uns allein überlassen. Seien Sie getrost, wir werden sie auch ohne Sie machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der CDU erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Claus Ehlers.

Claus Ehlers [CDU]:

Herr Minister, der Wahrheit die Ehre. Ich darf Ihnen vorhalten, was Sie im Rahmen Ihrer Eröffnungsrede auf dem Bauerntag gesagt haben, um das hier einmal klarzustellen: Sie sagten, man müsse überlegen, wie viel unternehmerische Freiheit noch zugelassen werden könne.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das kommt dabei heraus, wenn man seine Reden überwiegend frei hält. Dann passieren einem solche Fehler, aber dann sollte man auch dazu stehen.

(Minister Klaus Müller: Zitieren Sie vollständig!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Gibt es nach diesem Kurzbeitrag noch weitere Beiträge? - Herr Kollege Kubicki, drei Minuten für die FDP-Fraktion!

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Astrup, ich kann mir vorstellen, dass das den Sozialdemokraten langsam aber sicher unangenehm wird, weil die Sozialdemokraten übrigens auch als Kommunalpolitiker vor Ort immer wieder erklären müssen, was sie so treiben.

(Zuruf von der SPD)

Es sind noch eineinhalb Jahre, bis die Wählerinnen und Wähler in Schleswig-Holstein die Möglichkeit haben, das Ihre dazu zu sagen, und sie werden es tun. Da bin ich ganz ruhig und gelassen.

Herr Minister, Sie müssen nicht bedauern, dass Frau Happach-Kasan nicht mehr hier ist. Sie würde ihnen in dieser Frage - wir haben lange darüber gesprochen - die Ohren lang ziehen,

(Beifall bei der FDP)

und zwar deshalb, weil Sie mit Ihrer Umsetzung in Schleswig-Holstein wirklich alle gegen sich aufbringen, auch die, die wohlmeinend sind im Blick auf FFH und NATURA 2000.

(Beifall bei der FDP)

Sie sind wieder dabei, die Kluft zwischen denen, die Entscheidungen treffen, und denen, die davon betroffen sind, zu vergrößern, statt sie einzuebrennen. Sie sollten bei der Wahrheit bleiben. In **Büchen** ging es nicht um allgemeine naturschutzrechtliche Fragen. Es war eine **FFH-Verträglichkeitsprüfung** angeordnet worden.

(Widerspruch von Minister Klaus Müller)

- Nein, eine FFH-Verträglichkeitsprüfung. Ich kann es Ihnen zeigen, es steht da drauf. Ihr Beitrag hat mir gezeigt, dass Sie gar nicht begreifen, worum es geht. Wir diskutieren über Standort und Kosten. Allein die zeitliche Verzögerung wird die Investoren davon abhalten, ihre Betriebe dort zu erweitern. Die zusätzlichen Kosten trägt entweder der Investor oder die Gemeinde, die im Zweifel dafür Anderes nicht erledigen kann.

(Zuruf von der SPD)

- Wir können ganz Schleswig-Holstein flächendeckend so verarbeiten, dass jeder, der etwas tun muss, erst einmal ein Gutachten in Auftrag geben muss.

Dazu kann ich Ihnen sagen, dann passiert in Schleswig-Holstein gar nichts mehr. Sozialdemokraten haben das zu verantworten. Man kann sich nicht hinstellen und sagen, wir wollen etwas für die Menschen, für die Arbeitsplätze, für die Entwicklung, für Wohlstand tun und gleichzeitig in diesem Bereich mit noch so guten Argumenten das genaue Gegenteil organisieren. Das heißt sich.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb sagen wir, bevor wir die Menschen in dem Glauben wiegen, den der Minister streut, weitere Entwicklung sei möglich, müssen wir sagen, dass die weitere Entwicklung in solchen Gebieten faktisch ausgeschlossen ist durch die zeitliche Verzögerung und durch die zusätzlichen Kosten, die durch entsprechende Begutachtungen entstehen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen. Wenn ich das richtig verstanden habe, ist Abstimmung in der Sache beantragt. Wenn ich weiter richtig verstanden habe, ist alternative Abstimmung zwischen den Anträgen gewünscht.

Wir haben zunächst einmal den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2911. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Das sind die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimmen der Fraktion der FDP.

Dann darf ich jetzt den Antrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW, Drucksache 15/2931, zur Abstimmung stellen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Das sind die Stimmen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Damit ist der Antrag Drucksache 15/2931 vom Hause angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 29 ist damit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Veräußerung der Anteile des Landes an der LEG Immobiliengesellschaft mbH (LEG)

Antrag der Landesregierung
Drucksache 15/2840

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2929

Angemeldete Redezeit insgesamt 60 Minuten! Ich möchte das nur für die Mittagsplanung sagen. Zur

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Begründung erteile ich Herrn Finanzminister Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner, Finanzminister:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wer in der Verantwortung steht, Politik zu gestalten und Politik zu ermöglichen, agiert nicht im luftleeren Raum. Der kann es sich - auch wenn es manchmal angenehmer wäre - nicht leisten, auf alten Positionen zu beharren, wenn sich die Rahmenbedingungen entscheidend verändert haben. So bittet die Landesregierung heute den Landtag um Zustimmung zur **Veräußerung** des restlichen Anteils des Landes an der **LEG Immobiliengesellschaft** mbH, obwohl wir noch vor zwei Jahren gemeinsam mehrheitlich nur einen Teilverkauf für vertretbar gehalten haben. Ich weiß, wie schwer es einigen - insbesondere auf der linken Seite dieses Hauses - fallen wird, dem zuzustimmen. Daher möchte ich zunächst darstellen, warum sich die Landesregierung doch zu diesem Schritt entschlossen hat und warum dieser auch nach meiner Auffassung vertretbar ist.

Natürlich stehen **finanzielle Gründe** am Anfang dieser Entscheidung. Vermögensverkäufe dienen immer auch der Finanzierung anderer öffentlicher Aufgaben. Die ordnungspolitischen Aspekte betrachte ich deutlich weniger ideologisch, als der eine oder andere es tut, wenn er sich zu solchen Fragestellungen äußert. Dass man dies tun muss, ist in Bayern nicht anders als in Hamburg, ist in Rheinland-Pfalz nicht anders als in Schleswig-Holstein. Die zugespitzte finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte erfordert nach drei Jahren Stagnation immer zusätzliche Runden der Überprüfung, welche Aufgaben der Staat noch leisten soll und kann und ob es nicht noch effizientere Organisationsmöglichkeiten für die Aufgaben gibt, die in dem Raster hängen bleiben. Das ist ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik.

Vor die Alternative gestellt, auf der einen Seite weniger Polizisten und Lehrer einzustellen, als notwendig wären, bei der Kinderbetreuung drastisch zu kürzen oder auf der anderen Seite die restlichen Anteile an der LEG zu verkaufen, ist der Verkauf der letzten LEG-Anteile nach meiner Auffassung die bessere Lösung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was für eine Begründung!)

- Herr Abgeordneter, zu Ihnen komme ich noch! Die Nachfrage nach Kinderbetreuungsangeboten steigt eher an. Der Wohnungsmarkt hat sich dagegen deutlich entspannt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, zu Ihren Rechenkünsten komme ich auch noch! Die neu angestellten Lehrerinnen und Lehrer sind für eine verbesserte Bildung unverzichtbar. Demgegenüber schützt das Mietrecht die Mieterinnen und Mieter, und zwar unabhängig von Eigentümer und Wohnung.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das war vor zwei Jahren anders?)

- Sie haben doch im Bundestag gegen die Mietrechtsnovelle gestimmt, also reden Sie nicht solch einen Unfug! Sie wissen das doch ganz genau!

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Heften Sie sich doch nicht Federn an Ihren Hut, die nicht Ihre sind!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

- Ja, das würde zieren! Ich gehe darauf nachher noch ein. Die Themen des **Mieterschutzes** oder eines **ausreichenden Angebots an günstigen Wohnungen** haben nicht an Bedeutung verloren. Insofern sind wir da anderer Auffassung als Sie. Wir glauben aber, landeseigene Wohnungen sind zur Gewährung dieser Ziele heute nicht mehr unbedingt notwendig.

Nun komme ich zu Ihnen, Sie waren ja schon ganz ungeduldig. Ich komme zu einer Partei, deren ökonomisches Weltbild - wie wir immer wieder erleben dürfen - von geschichtslosen und gleichen Akteuren ausgeht, die in einem idealen Markt agieren; einer Partei, die nie die Notwendigkeit staatlicher Regulierung sieht, es sei denn, es geht darum, Lobbyinteressen von Klientelteilen zu verteidigen und zu sichern, denn sonst sind Sie immer gegen staatliche Regelungen. Es ist so, dass man solche Veränderungen von Rahmenbedingungen natürlich nicht nachvollziehen kann, wenn man in dieser Frage ohnehin eine ideologische Position hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Davon verstehen Sie unglaublich viel!)

- Ich freue mich, dass ich Ihnen mit dem, was ich hier vortrage, so viel Spaß bereite. Anders als für eine kleine Klientelpartei ist es aber beispielsweise für die Sozialdemokraten - das würde ich jetzt für die regierungstragenden Fraktionen insgesamt sagen wollen - ein wichtiger Punkt, die Sorgen der Menschen aufzugreifen und sie bei Veränderungen mitzunehmen. Auch nach dem Sonntag, der für uns nicht so schön war, sage ich: 18 % sind für uns nicht - wie bei

(Minister Dr. Ralf Stegner)

Ihnen - ein unerreichbares Ziel, sondern eine deutliche Warnung, sich an dem zu orientieren, was die Menschen in ihren Sorgen umtreibt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das haben wir heute Morgen gesehen!)

Das, was Sie heute Morgen zu diesem Thema geboten haben, war wahrlich keine Stunde, auf die Sie stolz sein sollten. Das will ich Ihnen deutlich sagen!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Auf der Tribüne ist es genauso wahrgenommen worden. Reden Sie einmal mit den Menschen, dann wird Ihnen das vielleicht auch gesagt. Dies kann auch dazu führen, dass nicht immer der unter Haushaltsgesichtspunkten effizienteste Weg beschritten werden kann, sondern manchmal ein Weg gewählt wird, der mehr Zeit braucht, der kleinere Schritte fordert, dafür aber die Zustimmung der Mehrheit hier im Landtag und vor allem in der Bevölkerung finden kann.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der viel Geld kostet!)

Herr Dr. Garg, vielleicht haben Sie ja sogar Recht, wenn Sie sagen, dass der **Komplettverkauf** der LEG im Jahre 2001 finanziell einen besseren Preis hätte Erlösen können. Unabhängig davon, dass man hinterher immer schlauer ist, was bei Ihnen in der Regel nicht einmal zutrifft - -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir haben es Ihnen vorher gesagt!)

- Regen Sie sich doch nicht so auf! Sie können das nachher in Ruhe darstellen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie sollen nicht die Unwahrheit sagen!)

- Sie sollten vielleicht etwas essen, dann wird es Ihnen besser gehen. Das ist der Magen, der bei Ihnen knurrt. Sie sind so furchtbar aufgeregt.

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Kommen Sie doch nachher her und sagen Sie das in Ruhe. Lassen Sie mich erst einmal ausreden, ich höre Ihnen nachher auch zu. Wollen wir uns so verständigen? - Das wäre doch prima. Es mag sein, dass es damals einen finanziell besseren Preis gegeben hätte. Aber unabhängig davon, dass man hinterher schlauer ist, liegt der heute möglicherweise geringere Betrag hauptsächlich an dem Grund, der den Verkauf heute überhaupt erst sozial vertretbar macht, nämlich an dem aus Mietersicht heute deutlich entspannteren Wohnungsmarkt. Das ist einer der Gründe dafür, warum sich die Preise anders entwickelt haben.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Mit anderen Worten: Ein Rat, der im Nachhinein richtig ist, mag deswegen trotzdem früher falsch gewesen sein, denn der politische Preis wäre zu hoch gewesen. Es gab damals gute Gründe, anders zu handeln. Darauf lege ich im Interesse derer, die das hier vorgetragen haben, Wert.

(Beifall bei der SPD)

Hätte die Landesregierung die LEG damals total verkauft, hätte sie vielleicht mehr eingenommen, wobei es nie ein offizielles Angebot gegeben hat. Sie behaupten das immer wieder in Ihren Presseerklärungen. Ich weiß nicht, wo Sie das herhaben. Das ist Kubickis Märchenstunde, wenn die Opposition von den Mehreinnahmen spricht, die Sie in Ihren Presseerklärungen darstellen.

Hätte die Landesregierung damals verkauft, wäre dies vielleicht zulasten der Mieterinnen und Mieter gegangen. Dann hätte der Investor vielleicht in letzter Minute einen Rückzieher gemacht. Nein: Hätten Union und FDP im März dieses Jahres im Bundesrat dem Abbau von Steuersubventionen zugestimmt, hätte die Landesregierung mit diesem Verkauf vielleicht noch warten können. Lassen Sie mich das auch einmal deutlich sagen!

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Sie blockieren ständig und immer wieder vernünftige Entwicklungen. Dadurch zwingen Sie die Landesregierung manchmal auch, Dinge zu tun, die wir sonst nicht täten.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Glauben Sie eigentlich selbst, was Sie sagen?)

Hätten wir noch warten können, wie es der Landesrechnungshof empfohlen hätte, würden wir entweder mehr - vielleicht aber auch weniger - einnehmen als heute. Der **schrittweise Verkauf**, der im Übrigen nicht zu einem Abschlag geführt hat, hat es außerdem ermöglicht, Ängste gegenüber dem Käufer abzubauen. Es ist ein Käufer, der in der bisherigen Partnerschaft sorgsam mit den Mieterinnen, den Mietern und dem Wohnungsbestand umgegangen ist. Dieser politische Gewinn ist durchaus nicht gering zu bewerten.

2001 haben wir einen vorsichtigen Schritt der Privatisierung gemacht: Wir haben den Investor besser kennen gelernt, wir haben die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt beobachtet und wir haben Überlegungen über verschiedene Möglichkeiten angestellt, wie die Landesregierung künftig **Landesplanung**

(Minister Dr. Ralf Stegner)

betreiben will. Wir haben dafür die Möglichkeiten in das Vertragswerk aufgenommen, die Regionalentwicklungsgesellschaft zurückzuerwerben.

Die Diskussionen in den Fraktionen und des Landesrechnungshofs haben zu dem Ergebnis geführt, dass die Mehrheitsfraktionen beantragen werden, diese Option 2004 nicht wahrzunehmen. Die landesplanerischen Aufgaben müssen nicht von einer Gesellschaft, an der das Land beteiligt ist, umgesetzt werden. Auch hier wurden der finanzielle Vorteil und die politischen Folgen sorgfältig abgewogen. Es wurde festgestellt, dass die planerischen Aufgaben durch den Innenminister abgesichert sind, das operative Geschäft aber auch von Privaten erledigt werden kann. Ich halte das für eine konsequente und mutige Entscheidung. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass der längere Beratungsbedarf im Parlament durchaus noch zu positiven Veränderungen führen kann. Ich habe vor dieser Diskussion ausdrücklichen Respekt.

Lieber Herr Arp, mit der HSH Nordbank ist abschließend geklärt, dass der Verzicht auf die Ausübung der Option ungeachtet der Mehrkosten durch die VBL nicht zu einer Absenkung des Kaufpreises führen wird, sondern dass wir tatsächlich 105 Millionen € Erlösen werden. Das ist so, wie wir Ihnen das dargestellt haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der FDP, Triumphgeheul halte ich an dieser Stelle für unangemessen. Ich habe Ihre Presseerklärung gelesen. Den Interessen der Mieterinnen und Mieter widmen Sie ganz selten einen ernsthaften Gedanken; jedenfalls sind Sie - anders als durch verbale Quellenzeugnisse - in irgendeiner Weise weder als Arbeiterführer noch als Vertreter von Mieterinteressen überliefert.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich freue mich, dass der Finanzausschuss dem Verkauf mit Mehrheit zugestimmt hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht!)

- Ich habe gelesen, dass Sie ein bisschen herumgeeiert haben und nicht sicher waren, was Sie denn tun wollen. Das Wortprotokoll dieser Finanzausschusssitzung ist hochinteressant.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen schon bei der Wahrheit bleiben!)

Ich hoffe, dass uns eine weitere Märchenstunde über die Wahrsagerqualitäten der Oppositionsparteien erspart bleibt.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Oppositionsführers?

Dr. Ralf Stegner, Finanzminister:

Sehr gern, Herr Präsident.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Abgeordneter Kayenburg, Sie haben das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]: Herr Minister, können Sie mir bitte mitteilen, wann im Finanzausschuss über dieses Thema zustimmend abgestimmt worden ist?

Dr. Ralf Stegner, Finanzminister:

Sehr verehrter Herr Oppositionsführer, ich habe nicht gesagt, dass im Finanzausschuss darüber abgestimmt worden sei, sondern ich habe gesagt, dass ich das Wortprotokoll nachgelesen und festgestellt habe, dass Sie dem zugestimmt haben, und zwar ausweislich der Redebeiträge von Oppositionsvertretern. Wem Sie Ihr heutiges Stimmverhalten erklären wollen, weiß ich nicht. Der Öffentlichkeit sicherlich nicht. Ich habe dieses Wortprotokoll heute Morgen noch einmal gelesen, lieber Herr Kayenburg. Das hätten Sie vielleicht auch tun sollen. Dann hätten Sie jetzt nicht fragen müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der CDU erteile ich dem Abgeordneten Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

- Liebe Kollegen, ich komme sofort darauf zurück. Zunächst einmal möchte ich einen etwas anderen Ton als der Minister anschlagen, weil ich glaube, dass das diesem hohen Hause gebührt.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Hans-Jörn Arp)

Herr Minister, Arroganz kann ich nicht an den Tag legen, weil ich nicht so bin. Ich werde daher versuchen, zur Sachlichkeit zurückzukehren.

Erster Punkt zur Sache. So sind die harten Bänke der Opposition: Das Protokoll der letzten Finanzausschusssitzung vom 21. August ist gestern verteilt worden. Wenn Sie ein Wortprotokoll haben, sind Sie wieder einmal im Vorteil. Fachlich und sachlich ist richtig: Es wurde zu keiner Zeit abgestimmt.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! Aber er behauptet das hier ungestraft!)

Fachlich und sachlich ist richtig, dass die FDP und die CDU von Anfang an und in jedem Redebeitrag im Finanzausschuss immer wieder gesagt haben, dass der Verkaufspreis von 105 Millionen € nicht ausreicht. Sie, Herr Minister, waren nicht dabei. Deshalb können Sie es nicht wissen. Aber fragen Sie Ihren Staatssekretär.

Meine Damen und Herren, wir beraten hier und heute das traurige Ende eines einstmals hochgelobten rot-grünen Vorzeigeprojektes. Das ist eine Beerdigung ersten Grades.

1995 aus der WOBAU, der Landgesellschaft und dem Treuhandvermögen der Investitionsbank gegründet, sollte die **LEG** das herausragende **landesplanerische Steuerungsinstrument der Zukunft** sein. Doch schon 1998 wurde die LEG mit einer Sonderausschüttung geplündert, um den maroden Landeshaushalt zu stützen. 2001 wurde dann mit einem Teilverkauf ihr Ende eingeläutet. Uns war das damals schon klar. Heute folgt nun das traurige Schlusskapitel.

Dies ist ein weiteres Beispiel für das rücksichtslose Verschern von Landesvermögen, nur um kurzfristig den vollkommen überschuldeten Landeshaushalt eine Runde weiterzubringen. Dabei sind wir keinesfalls grundsätzlich gegen einen **Verkauf**. Das haben wir immer gesagt. Die CDU-Landtagsfraktion hatte bereits in ihren Haushaltsvorschlägen 1998 angeregt, den Wohnungsbestand der WOBAU komplett zu verkaufen. Im Gegensatz zur Lage auf dem Immobilienmarkt waren in den vergangenen Jahren Anbieter auf dem Markt vorhanden, die bereit waren, einen attraktiven Preis für das Gesamtpaket zu zahlen. Aber wie bei allen anderen Beteiligungsverkäufen - ich will sie jetzt nicht alle aufzählen - wussten die Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün wie immer alles besser. Und so endet die LEG heute wie alle anderen Beteiligungsverkäufe des Landes mit einem **Notverkauf**. Anders kann man das nicht bezeichnen.

(Beifall bei der CDU)

Genau das ist der Beweis für das verantwortungslose Verschern von Landesvermögen.

Hätte man im Jahre 2001 beim ersten Teilverkauf auf unsere Vorschläge gehört, hätte das Land Schleswig-Holstein heute mindestens 85 Millionen € Mehreinnahmen gehabt. Aber 2001 waren es vor allem ideologische Gründe, die Sie, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, von einer pragmatischen Lösung abhielten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einige Passagen aus einer Rede des ehemaligen Finanzministers Claus Möller zitieren, die er im Juni 2001 hier im Landtag gehalten hat. Wolfgang Kubicki und Thomas Stritzl, der Vizepräsident, haben darauf geantwortet. Ich will jetzt aber nur den Minister zitieren. Er hat seinerzeit ausgeführt, die Mieter und Mieterinnen seien vor bösen Überraschungen geschützt. Dies sage er ganz deutlich. Die Mieterinnen und Mieter der ehemaligen WOBAU brauchten sich keine Sorgen zu machen. Die LEG behalte ihre unternehmerische Selbstständigkeit und das Land seinen maßgeblichen Einfluss. Die LEG werde als zentrales Institut der Landesentwicklung sowohl in ihrer strategischen Ausrichtung als auch hinsichtlich ihrer Finanzkraft gestärkt. Schließlich erfolge auch kein Export von Arbeitsplätzen. Im Gegenteil. Es würden qualifizierte Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein gesichert. - Das zur Glaubwürdigkeit dieses Kabinetts, meine Damen und Herren.

Schon damals waren das vollmundige Versprechungen, die sich heute in Luft auflösen. Dass der damalige Finanzminister und heutige Landesvorsitzende der SPD, Claus Möller, dafür hier nicht zur Verantwortung gezogen werden kann, ist schade. Aber, Herr Minister Stegner, Sie sind mit in der Verantwortung. Sie haben bei all diesen Entscheidungen mit am Kabinettschiff gesessen und hätten durchaus Gelegenheit gehabt, dieses und Schlimmeres zu verhindern. Stattdessen haben Sie sich die Schnapsidee aufschwätzen lassen, eine neue Landesentwicklungsgesellschaft, die so genannte Mini-LEG, zu gründen, und dies mit 13,9 Millionen €. Ich bin - das sage ich Ihnen ganz ehrlich - meinen Kollegen Günter Neugebauer und Monika Heinold sehr dankbar, dass sie letztendlich - das ist selten - Vernunft bewiesen haben, sodass das alles nicht so schlimm gekommen ist, wie wir es zunächst befürchtet hatten.

Somit bleibt festzustellen, dass wieder einmal Landesvermögen weit unter Wert verschert wird.

Bei der **Wertermittlung** der LEG bleiben für uns aber noch einige Fragen: Warum wurde auf eine Liquidations- und Substanzwertermittlung verzichtet?

(Hans-Jörn Arp)

Warum wurde bei der Teilprivatisierung 2001 ein „Mengenrabatt“ gewährt, von dem wir heute nichts mehr haben? Wann bekommen wir die 10 % Mengenrabatt zurück? Warum wurde auf die Ermittlung des Ertragswertes der HGL Beteiligungsgesellschaft mbH verzichtet? Ist die Gewinnausschüttung 2003 an das Land, auf die ja ein Anspruch besteht, bei der Wertermittlung für 2003 mit berücksichtigt?

Ich bin Staatssekretär Döring dankbar, dass er meine Fragen kurzfristig beantwortet hat. Diese Fragen hätten wir aber gerne mit Ihnen, Herr Minister, und mit Ihnen, Herr Staatssekretär, im Finanzausschuss erörtert. Sie ließen uns dazu leider keine Gelegenheit.

Wir reden heute über 105 Millionen €. Das erscheint uns angesichts der Fragen, die wir haben, viel zu gering. Interessant ist auch die Frage, wie sich die **Auseinandersetzung mit dem Betriebsrat** gestaltet hat. Hat man damals die Zustimmung des Betriebsrates erkaufte, indem man 13,9 Millionen € für eine Mini-LEG ausgeben wollte? Sie, Frau Kollegin Heinold, haben den Mindestverkaufserlös von 85 Millionen € als eine „Mücke“ bezeichnet und dies mit einem Vorwurf an die FDP verbunden. 85 Millionen € sind in unserem Land ein „Finanzelefant“ und keine Mücke.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ein Elefant im Porzellanladen!)

Es ist eine Katastrophe! Sie kürzen in allen wichtigen politischen Bereichen, weil das Land nicht genügend finanziellen Spielraum hat. Sie kürzen Mittel im Bereich des sozialen Wohnungsbaus und der Blindenhilfe. Ich könnte noch viele andere Bereiche aufzählen. Überall wird gekürzt. Und hier verzichten Sie auf 85 Millionen €.

Auch hätte ich gerne im Finanzausschuss von der HSH Nordbank und von der B&L erfahren, wie man einen sozial verträglichen Personalabbau vornehmen will. Außerdem würde mich interessieren, wie viele Arbeitsplätze anschließend noch in Kiel bleiben und inwieweit der Standort Kiel darunter leidet. Diese vielen Fragen zeigen, dass das ganze Werk wieder einmal mit der heißen Nadel gestrickt wurde und unter großem Zeitdruck entstanden ist, und das nur, um riesige Haushaltslöcher kurzfristig zu decken.

Wie bereits erwähnt, ist der LEG-Verkauf eine uralte Forderung der CDU. Richtig ist auch, dass wir keine regionale LEG haben wollen, weil das Risiko und die Kosten zu hoch sind. Aber haben Sie sich schon einmal überlegt, mit der Hamburger Wohnungsbaugesellschaft eine gemeinsame norddeutsche regionale Entwicklungsgesellschaft zu gründen? Mit einer solchen Gesellschaft könnten Hamburg und Schleswig-

Holstein intensiver zusammenarbeiten. Diese Frage wurde gar nicht erst gestellt. Nun haben wir dazu keine Gelegenheit mehr. Für diese Überlegung ist es heute zu spät und Sie, meine Damen und Herren auf der so genannten linken Seite des Hauses, tragen zusammen mit Ihrem Kabinett die politische Verantwortung dafür.

Bayern wurde eben schon einmal angesprochen. Ihr Erfolgsmodell 18 haben Sie dort erreicht. Das wird in anderen Bundesländern auch so kommen. Lassen Sie mich auf Bayern zurückkommen. Was macht die Bayern so erfolgreich? Auch dort wurde Landeseigentum verkauft. Das Geld wurde dort allerdings nicht dazu verwendet, Haushaltslöcher zu stopfen, sondern damit wurden innovative Projekte unterstützt, die Ansiedlung neuer Firmen wurde gefördert, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen und eine größere Wertschöpfung im Lande zu haben. Das unterscheidet Sie von Bayern und deshalb werden Sie auch bei der Wahl 2005 die Quittung dafür erhalten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Sie allein tragen die Verantwortung dafür und nicht wir. Wir werden nicht Steigbügelhalter so eines Geschäfts sein, bei dem dem Land viel Geld verloren geht und wahrscheinlich auch wieder eine Menge Arbeitsplätze. Deshalb werden wir als CDU Ihren Antrag nicht unterstützen, weil wir meinen: Hätten Sie uns mehr Zeit zur Beratung im Ausschuss gegeben, hätten wir hier eine sachlichere Basis gefunden, mit Ihnen vernünftig darüber zu diskutieren. Aber am Donnerstag in den Ausschuss gehen und heute mit geänderten Fakten reinzukommen, ist keine Basis, auf der man in diesem hohen Hause vernünftig miteinander umgeht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Ursula Kähler.

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich auf das von Herrn Finanzminister erwähnte Wortprotokoll eingehen. Das ist Ihnen heute Morgen zugegangen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sehr pünktlich!)

- Entschuldigen Sie bitte einmal. Können Sie mir bitte einmal sagen, wie ein Mitarbeiter, der für zig Aus-

(Ursula Kähler)

schüsse zuständig ist, ein Wortprotokoll über Nacht machen soll?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist eine Frechheit!)

Als das fertig war, habe ich Ihnen das zugeleitet. Das ist möglicherweise ähnlich wie bei FLEX gelaufen, dass diese Unterlagen - -

(Anhaltende Zurufe von CDU und FDP)

- Ich kann Ihnen sagen, woher der Minister das hat. Da ich es auf meinem Rechner hatte, habe ich es freundlicherweise gleich herübergegeben an das Finanzministerium. Ja und? Was ist denn daran so schlimm?

(Martin Kayenburg [CDU]: Unglaublicher Vorgang! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Denn ich als Ausschussvorsitzende muss den gesamten Vorgang abzeichnen - -

(Anhaltende Zurufe)

- Dann müssen wir im Ausschuss weiter darüber reden. Ich möchte meine Zeit nicht damit vertrödeln, um von LEG abzulenken.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist eine Frechheit! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Herummauscheln!)

- Herr Garg, man kann ja polemisieren. Auch ich gehöre zu den Menschen, die das gern tun. Aber Sie sollten hin und wieder auf dem Teppich bleiben.

Ich möchte mich jetzt dem Thema widmen und zunächst darauf eingehen, was Herr Arp gesagt hat, er hätte gern die eine oder andere Frage noch beantwortet beziehungsweise diskutiert. Die Fragen sind von den einzelnen Fraktionen gestellt worden und die Fragen, die Sie zum Teil angesprochen haben, Herr Kollege, insbesondere auch von der FDP; andere, bei denen mögliche Steuerausfälle et cetera eine Rolle gespielt haben, sind von der SPD-Fraktion gestellt worden. Diese Fragen sind beantwortet worden. Diese Fragen hätten in der letzten Sitzung vertieft werden können.

Es ist in der Tat so - das habe ich Freitagnachmittag der Pressestelle mitgeteilt -, dass es zu keinem Zeitpunkt in der Sitzung des Finanzausschusses ein Signal gegeben hat von Ihnen beziehungsweise von Herrn Garg, dass dem Verkauf nicht zugestimmt werden soll. Es ist korrekt, dass Sie sagen, dass darüber nicht abgestimmt worden ist. Aber das ist von Ihnen nicht so gesagt worden. Es macht natürlich einen Unterschied, wenn man sagt, man sei mit dem Kauf-

preis nicht einverstanden. Das haben Sie auch im Ausschuss gesagt.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich gestatte keine Zwischenfrage. - Wir als sozialdemokratische Fraktion haben uns sehr schwer damit getan, heute eine Entscheidung anders zu treffen, als wir sie vor zwei Jahren getroffen haben. Das ist uns sehr schwer gefallen. Aber auch wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass manchmal die Geschichte und die Situation über bestimmte Beschlüsse hinweggehen und man dann neu denken und neue Entscheidungen treffen muss.

Wir haben auch erneut zur Kenntnis nehmen müssen, dass gemäß Landshaushaltsordnung das Interesse des Landes an seinen Beteiligungen fortlaufend zu hinterfragen ist. Außerdem ist es ein Auftrag des Parlaments aus dem Bericht der Enquetekommission zur Entbürokratisierung abzuwägen, ob die Aufrechterhaltung der Beteiligung notwendig ist oder gar die Aufgaben ebenso von einem privaten Dritten besser und auf die Dauer kostengünstiger wahrgenommen werden können - und dies insbesondere auch vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation.

Zunächst möchte ich aber auch noch einmal auf die Presseveröffentlichung der Opposition eingehen, die sich wiederum im Wesentlichen um den **Verkaufserlös** damals und heute dreht. Sehr geehrte Kollegen Arp und Garg, da müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass Sie offensichtlich wieder vergessen haben, dass der ominöse **anonyme Vermerk** aus dem Juni 2001, auf den Sie sich immer noch beziehen, schon damals jedweder Grundlage entbehrte und sich die Unternehmen, auf die Sie sich damals bezogen haben und auf die Sie sich offensichtlich auch heute noch beziehen, bereits Ende Juni 2001 schriftlich und telefonisch dahin gehend geäußert haben, dass sie die Darstellung des anonymen Schreiberlings nicht autorisieren können, da sie nicht im Besitz der für eine seriöse Wertschätzung erforderlichen Informationen über die Gesellschaft und ihren Bestand waren.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Sie können nicht anonyme Schreiben, die bestimmte Zahlen vorgaben, mit diesen zusammenpacken und sagen: Deshalb hat das Land Gelder verschleudert.

(Zurufe von CDU und FDP)

Es ist sicherlich richtig, wenn Sie feststellen, dass, hätte man damals insgesamt verkauft, ein größerer

(Ursula Kähler)

Erlös hätte erzielt werden können. Aber die politische Zielsetzung war damals in der Tat eine andere.

(Zurufe von CDU und FDP)

Ihre Einschätzung der **Wertermittlung** war schon 2001 in sich nicht schlüssig und ist es im Grunde auch heute nicht. Sie sind aus meiner Sicht dem anonymen Vermerk und seinem Verfasser auf den Leim gekrochen und sollten eigentlich nach dem Vortrag des Staatssekretärs vom 18. September dieses Jahres vor den Mitgliedern des Finanzausschusses um etliches klüger geworden sein.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie versuchen doch wieder nur abzulenken!)

Durch die Ausführungen, die der Herr Staatssekretär gemacht hat, und in den Unterlagen, die uns zur Verfügung gestellt wurden, ist dargelegt, welche Methode zur Wertermittlung zugrunde gelegt wurde. Der Staatssekretär hat gesagt, nach der Ertragswertmethode sei der „Rohwert“ festgestellt worden, dementsprechende Zu- und Abschläge folgten.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Das hat er so vorgetragen, ich habe mir das notiert. Im Ergebnis wird insgesamt festgestellt, dass die Anteile des Landes 85 Millionen € wert sind. Daraus kann der Gesamtwert des Unternehmens hochgerechnet werden. - So hat der Staatssekretär das dargestellt.

Sie mögen sich auch bitte daran erinnern, dass der Staatssekretär darauf hingewiesen hat, warum die Wertermittlungsmethode bei dem Anteilsverkauf 2001 eine andere war.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Warum?)

- Auch das kann man nachlesen. Das mögen Sie als „hirnrissig“ bezeichnen, aber es scheint ein durchaus übliches Verfahren zu sein.

(Widerspruch bei CDU und FDP)

Zunächst möchte ich mich beim Ministerium für die ausführliche Beantwortung des umfangreichen Fragenkatalogs bedanken und auch die Hinweise des Landesrechnungshofs waren zumindest für unsere Fraktion sehr hilfreich.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wir sind nach intensiver Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass eine **vollständige Privatisierung** die wirtschaftlichste Lösung für das Land darstellt und landesentwicklungspolitische Maßnahmen auch mit privaten Investoren umgesetzt werden können,

wie dies im Fall der Landgesellschaft praktiziert wird, die ja - wie Sie nachlesen konnten - im LEG-Konzern selbstständig erhalten bleibt.

Das bedeutet, dass die von der Landerregierung formulierte Calloption nicht zum Zuge kommen soll. Wir fordern die Landesregierung auf, von dieser Option keinen Gebrauch zu machen. Die entsprechenden Rechtsregelungen sind daraufhin im Landesplanungsgesetz zu ändern.

Man könnte nun sagen, dass es hilfreich und sinnvoll wäre, dass das Land ein eigenes Instrument hat, mit dem es selber die **strategische Planung** operativ umsetzen kann. Wenn wir dieses Instrument künftig nicht mehr haben, wird man der strategischen Planung als **hoheitliche Tätigkeit** nicht mehr gerecht, zumal diese Planung insbesondere im kommunalen Bereich konkrete Auswirkungen hat.

Aber hier - denke ich - gibt es zwei Möglichkeiten: Man ersetzt diesen Teil durch Vergabe über Ausschreibungen oder - was ich favorisiere - man bindet sich für eine Übergangszeit an die LEG, um auch insbesondere die 80 Beschäftigten dieses Segments abzusichern, die hochqualifiziert sind und für die es auch eine Beschäftigungsgarantie geben muss.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Die Beschäftigungsgarantie gibt es für andere Mitarbeiter auch. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass dadurch - das haben Sie feststellen können, wenn Sie mir zugehört haben -, dass sich das Land für eine Übergangszeit an die LEG bindet, eine solche Beschäftigungsgarantie möglich wäre.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Gibt es Verträge, die wir nicht kennen?)

Nun zur **Schleswig-Holsteinischen Landgesellschaft**, die aufgrund des Reichssiedlungsgesetzes von 1919 mit dem Rechtsstatus der Gemeinnützigkeit und mit der Steuerbefreiung privilegiert wurde. Ihre wesentlichen Aufgaben werden auch künftig durch sie wahrgenommen. Außerdem dient die SHL dazu, entsprechende Aufträge durchzuführen, die sie vom Land oder von Dritten erteilt bekommt, zum Beispiel von der Stiftung Naturschutz. Das Vertragswerk sieht vor, dass es bei der SHL weiterhin die Fachaufsicht durch das Innenministerium gibt, und es sieht natürlich weiter die Gemeinnützigkeit vor. Und: Das Ganze ist bis 2008 abgesichert. Die strategische Regionalplanung liegt nach wie vor beim Land. Die operative Umsetzung, die wir bisher mit einem eigenen Unternehmen durchgeführt haben, wird in Zukunft durch ein fremdes Unternehmen wahrgenommen.

(Ursula Kähler)

Somit sind die Interessen zwischen Land und Kommunen vertraglich gewährleistet. Das gilt auch für den Umgang mit dem Flächenmanagement und den Ausgleichsflächen. Was die Sicherheit und die Rechte der Mieter angeht, so kann man feststellen, dass für circa 87 % der Wohnungen eine Mietpreisbindung bis mindestens 2010 besteht und eine weitere umfangreiche Preisbindung der geförderten Wohnungen sogar erst nach den Jahren 2020, 2025 entfallen wird. Auch die neuen Gesellschafter werden sich den Anforderungen des Wohnungsmarkts in Schleswig-Holstein stellen müssen. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass sich die neue LEG Immobiliengesellschaft daher auch partiell an dem Wohnungsbauprogramm, insbesondere dem Modernisierungsprogramm des Landes, beteiligen wird - alles schriftlich beantwortete Fragen, die von den Fraktionen gestellt worden sind, Herr Arp. Der Wohnungsneubau wird dabei sicherlich nicht im Vordergrund stehen, weil in großen Teilen des Landes ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Bitte denken Sie an die Redezeit.

Ursula Kähler [SPD]:

Ja. - Die Bund-Länder-Programme für den Städtebau bekommen im Rahmen der Stadtumbau-West-Thematik künftig eine stärkere Bedeutung, woran die neuen Eigentümer ein besonderes Interesse haben werden.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Bitte kommen Sie zum letzten Satz.

Ursula Kähler [SPD]:

Lassen Sie mich abschließend sagen, dass der Beschäftigungsschwerpunkt in Kiel verbleiben wird. Auch das geht aus den Antworten hervor.

Alles in allem: Die SPD-Landtagsfraktion stimmt den Verkaufsabsichten unter den genannten und noch zu ändernden Bedingungen, also kein Gebrauch der Calloption, zu, auch wenn das schweren Herzens geschieht.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Kollegin, Ihr letzter Satz!

Ursula Kähler [SPD]:

Sollte mir, was die Wortprotokollsituation angeht, ein Fehler unterlaufen sein, bitte ich Sie um Verzeihung.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich weise darauf hin, dass Redezeiten vereinbart wurden. Bei einer Überziehung von zwei Minuten bitte ich, den Hinweis des Präsidiums zu beachten, dass man mit seiner Rede zu Ende kommt.

Es gibt jetzt einen Geschäftsordnungsantrag des Abgeordneten Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage für die FDP-Fraktion Unterbrechung der Sitzung und Zusammentritt des Finanzausschusses. Wir haben soeben erfahren, dass es offensichtlich neben dem uns bisher vorliegenden Vertragswerk weitere Absprachen und vertragliche Nebenabreden gibt, die uns bisher nicht bekannt waren, so zum Beispiel eine Beschäftigungsgarantie - das hat die Frau Vorsitzende des Finanzausschusses gerade erklärt - oder die Zusage einer Auftragserteilung an die künftige LEG. Das ist bisher nicht Gegenstand von Erörterungen gewesen. Wir möchten gern vollständig darüber unterrichtet werden, welche weiteren vertraglichen Nebenabreden bestehen.

(Beifall bei FDP und CDU - Hans-Jörn Arp [CDU]: Richtig!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Es ist Unterbrechung der Sitzung beantragt. - Soll so einvernehmlich verfahren werden? - Dann ist die Sitzung unterbrochen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Ich habe gerade gefragt, ob einvernehmlich so verfahren werden soll. Da wurde gesagt: Jawohl, es wird jetzt unterbrochen. Die Frage ist, für wie lange?

(Zurufe: Bis 15 Uhr! Der Finanzausschuss soll jetzt zusammentreten!)

- Es soll bis 15 Uhr unterbrochen werden und der Finanzausschuss in der Zwischenzeit tagen, um die aufgeworfenen Fragen zu erörtern. - Ich bekomme von allen Fraktionen Einvernehmlichkeit signalisiert.

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Dann wird jetzt so verfahren.

Die Sitzung ist bis 15 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:35 bis 15:04 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Nachmittagsitzung.

Wir fahren mit dem Tagesordnungspunkt 13, Veräußerung der Anteile des Landes an der LEG Immobiliengesellschaft mbH (LEG), fort.

Das Wort erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Dr. Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der Finanzminister hat vorhin - wie ich meine - seinem Vorgänger Unrecht getan, als er über die Frage eines Abschlags geredet hat. Ich will aus dem Protokoll der 38. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 26. September 2001 Ausführungen des ehemaligen Finanzministers und jetzigen Vorsitzenden der Sozialdemokraten des Landes, Claus Möller, zitieren. Er sagte:

„Was den LEG-Anteilsverkauf angeht, haben wir eben nicht - wie die Opposition es fordert - Wohnungsbestände verkauft, sondern in völliger Übereinstimmung mit Beschlüssen des Landtages eine Minderheitsbeteiligung verkauft. Das ist ein großer Unterschied. Bei Minderheitsverkäufen“

- jetzt kommt es -

„ist es branchenüblich, dass beim Kaufpreis Abschläge hinzunehmen sind. Für den Fall übrigens, was ich nicht hoffe, dass der Landtag einmal zu einer anderen Entscheidung kommt, würde nachgezahlt.“

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

So viel dazu, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Die Geschichte des rot-grünen Raubzuges beim LEG-Vermögen vollzog sich in drei Schritten. Das ist sehr interessant. Deshalb freue ich mich, sie Ihnen jetzt im Einzelnen darstellen zu können.

Zuerst genehmigte die Landesregierung sich 1998 einen kräftigen Schluck aus der LEG-Pulle: Sie ordnete eine Sonderausschüttung aus **LEG-Vermögen** zugunsten des Staatskonsums an. Sie nahm der LEG 128 Millionen € weg. Das senkte den Wert der LEG selbstverständlich um eben diese 128 Millionen €.

Zweitens verkaufte die Landesregierung 2001 49,9 % der LEG an eine Bietergemeinschaft aus der Hamburgischen Landesbank und der B&L AG für 110 Millionen €. Sie verkaufte eine Minderheitsbeteiligung und räumte den Käufern einen Abschlag von 25 % ein, weil diese angeblich auf die unternehmerische Führung verzichten mussten. Gleichzeitig aber gab die Landesregierung die **unternehmerische Führung der LEG** zu großen Teilen aus der Hand, weil sie sich in einem Zusatzvertrag verpflichtete, keine unternehmerischen Entscheidungen gegen die Käufer zu fällen. Außerdem legte die Landesregierung sich für weitere Verkäufe der Landesanteile so fest, dass sie jetzt für die verbliebene Mehrheit des Landes an der LEG nicht mehr den vollen Preis erzielen kann.

Als i-Tüpfelchen auf diesem Lehrbuch-Beispiel für Vermögensverschwendung hat die Landesregierung übrigens großzügig ein Angebot eines weiteren Bieters von 153 Millionen € für die 49,9 % abgelehnt.

Zu schlechter Letzt soll jetzt die **Mehrheit des Landes** unter diesen einschränkenden Bedingungen verramscht werden. Die Mehrheit des Landes soll noch 105 Millionen € bringen. Im Übrigen möchte ich nur an Folgendes erinnern. Trotz des Antrages, den wir heute als Tischvorlage bekommen haben, wollte die Landesregierung von den 105 Millionen € noch 13,6 Millionen € für eine völlig überflüssige Planungsgesellschaft ausgeben, deren finanzwirtschaftliche Risiken so groß wären, dass das Land eher Geld erhalten sollte, wenn es sich hier als Eigentümer engagierte. Der Erlös aus diesem Ausverkauf sänke dann auf 91,4 Millionen €.

Vermögen ist immer so viel wert, wie ein informierter Käufer dafür bezahlen würde. Nehmen wir also das im Jahre 2001 ausgeschlagene Angebot als Grundlage - das können Sie gern weiterhin verneinen, Herr Minister - und vernachlässigen wir freundlicherweise alle Zinsrechnungen, dann hätte die LEG im Jahre 2001 als Ganzes für 307 Millionen € verkauft werden können. Durch ihre Salamtaktik zuungunsten des Landes bringt die Landesregierung es jetzt gerade noch auf 215 Millionen €. 92 Millionen € hat die Landesregierung verschenkt. Das entspricht dem durchschnittlich verfügbaren Einkommen von 5.707 Menschen in Schleswig-Holstein im Jahre 2001 von immerhin noch 16.112 € pro Person. Wir hätten davon zum Beispiel 230 Lehrer zehn Jahre lang bezahlen und beschäftigen können.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

(Dr. Heiner Garg)

- Ich weiß, dass Sie das nicht gern hören. Gleichwohl weise ich darauf hin, dass wir darauf hätten verzichten können, die Sonderzuwendungen für Beamtinnen und Beamte zu kürzen. Darüber hinaus hätten bei Polizei und Steuerverwaltung alle Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes, die die Voraussetzungen erfüllen, sofort befördert werden können.

Oder wir hätten 92 Millionen € mehr investieren können, um die rot-grüne Investitionslücke wenigstens ein bisschen zu schließen. Oder wir hätten 92 Millionen € weniger Schulden machen können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Und bevor die Augen jetzt zu groß werden: Auch die FDP-Fraktion weiß natürlich, dass dieses Geld selbstverständlich nur einmal ausgegeben werden kann. Deswegen habe ich auch immer „oder“ gesagt. Die Landesregierung hat es einmal ausgegeben, und zwar hat sie es den Käufern der LEG geschenkt. Warum, das wird wahrscheinlich ein Geheimnis dieser Landesregierung bleiben - aber Schleswig-Holstein nutzt es auf keinen Fall. Rot-Grün hat an dieser Stelle jämmerlich versagt. Und für dieses Versagen darf Rot-Grün jetzt ganz allein geradestehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich sage klipp und klar und um allen weiteren Irritationen vorzubeugen: Die FDP-Fraktion lehnt den Verkauf zu diesen Konditionen selbstverständlich ab.

Das Schlimmste daran ist: Rot-Grün hat alles, was ich jetzt aufgezählt habe, wissentlich getan. Das Angebot über 153 Millionen € für 49,9 % lag auf dem Tisch. Und schon weit vorher - weil Sie immer nach Alternativen der Opposition fragen, auch Sie, Herr Neugebauer - lag der Vorschlag der FDP auf dem Tisch, die **LEG als Ganzes** zu verkaufen. Beides wollten Sie nicht. Warum? - Wegen der sozialen Fassade, wie Sie damals sagten. Vier willkürliche Ziele wurden zu einer Strategie erklärt, die die Landesregierung angeblich verfolgte. Sie wollten den Einfluss des Landes auf die LEG und qualifizierte Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein sichern sowie die LEG als zentrales Instrument der Landesentwicklung eigenständig erhalten. Diese Strategie war Ihnen, Herr Dr. Stegner, 2001 - nicht Ihnen, aber Ihrem Vorgänger - 92 Millionen € wert.

Was ist daraus geworden, wo ist eigentlich der Ertrag dieser Investition? - Daraus geworden ist gar nichts und der Ertrag liegt bei den Käufern der LEG. Nicht einen Satz haben die Vertreter der Regierungskoalition und der Landesregierung bis jetzt - übrigens auch nicht im Finanzausschuss - über diese Strategie verloren, obwohl sie vor zwei Jahren noch so wichtig war,

dass man ihr 92 Millionen € geopfert hat. Dabei war schon vor fast zwei Jahren klar, dass diese Strategie vollkommen verfehlt war.

92 Millionen € - das werden Sie sich immer wieder anhören müssen. Und in diesem Zusammenhang von einer Mücke zu sprechen, Frau Heinold, spricht ausschließlich für sich. 92 Millionen € für ein unsinniges Strategiepapier - das ist uns allemal viel zu teuer.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Nun könnte man sagen: Alles richtig, aber wir können die Uhr nicht zurückdrehen, sondern wir müssen nach vorn schauen und das Beste daraus machen. - Ja, das ist auch richtig und das sagen die Regierungskoalition und die Landesregierung auch jedes Mal, vor allen Dingen immer dann, wenn sie mal wieder Millionen verplempert haben. Das Problem ist allerdings: Sie schauen nicht nach vorn, sondern Sie schauen stets nach oben. Dorthin sollten Sie vielleicht in Zukunft noch öfter schauen, nämlich zu Ihren Luftschlössern. Und Sie machen nicht das Beste für Schleswig-Holstein, sondern Sie stolpern und fallen jedes Mal auf den harten Boden der Realität. Und genauso ist es auch bei der so genannten **Strategie** beim **LEG-Verkauf**. Die angeblich so wichtigen Ziele sind zerplatzt wie eine Seifenblase, das soziale Luftschloss ist weg und die Menschen in Schleswig-Holstein haben 92 Millionen € weniger Vermögen, als ihnen zusteht.

Das ist soziale Gerechtigkeit der neuen Sozialabbau-partei SPD made in Schleswig-Holstein. Und in den Haushaltsreden jammern Sie dann wieder bitterlich - das werden wir hier im Dezember wieder erleben - über 100- oder 1.000-€-Beträge, die Sie den Zuwendungsempfängern schweren Herzens streichen müssen.

Aber immerhin - das möchte ich gern einräumen - scheint wenigstens bei den regierungstragenden Fraktionen einmal ein Fünkchen Vernunft aufgeflammt zu sein. Sie wollen die neue Mini-LEG auch nicht mehr kaufen. Gut so, denn das wollten wir schon lange nicht. Wir wollten Sie nämlich überhaupt nicht kaufen, Frau Heinold. Denn gerade dieser Bereich der LEG hat ständig Verluste gemacht und ist durch das Immobiliengeschäft quersubventioniert worden. Und wir sind ohnehin der Auffassung, dass Planungsaufträge private, mittelständische Planer und Entwickler mindestens genauso gut erfüllen können wie die LEG, denn sie bestehen auch ohne Quersubventionen im Wettbewerb.

Mich stört es auch wenig, dass Sie mit Ihrer Entscheidung die Landesregierung haben auflaufen lassen, denn schließlich berichtete uns Staatssekretär

(Dr. Heiner Garg)

Döring im Finanzausschuss, er habe von dieser Entscheidung erst aus einer Pressemitteilung erfahren. Das ist gelebte demokratische Gewaltenteilung, Kollegin Heinold.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Den Finanzminister stört wohl eher - deswegen ist er heute Morgen vielleicht auch etwas giftig geworden -, dass sein Haushaltsentwurf dadurch verfassungswidrig wird, weil die Investitionen geringer sind als die Nettokreditaufnahme.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: So ist das, das ist das Problem!)

Aber wirklich stört Minister Dr. Stegner das auch nicht, denn er will ja sowieso im Aufschwung das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht für gestört erklären und über das rot-grüne Versagen an allen Fronten den Mantel der Schulden decken. Das würde er am liebsten schweigend tun, doch genau das lassen wir nicht zu.

(Beifall bei FDP und CDU)

Und so kommt es zwar nicht zu einem guten Ende, aber der Kreis schließt sich. Die Regierungskoalition samt Landesregierung haben beim Verkauf der LEG wieder eindrucksvoll bewiesen, dass sie nicht verantwortlich mit dem Geld der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner umgehen können. Das Gleiche gilt im Übrigen für das Vermögen dieses Landes. Ob Sie es könnten, ist durch nichts bewiesen - unwiderlegbar aber ist, dass Sie es nicht tun.

Und jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, können und müssen Sie die Verantwortung gegenüber den Menschen hier im Land übernehmen. Sie müssen und sollen ganz allein für Ihren rot-grünen Murks beim LEG-Verkauf die Verantwortung tragen. Wir werden dem mit Sicherheit nicht zustimmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich begrüße zunächst auf der Besuchertribüne unsere nächsten Besuchergruppen, die Leitstelle „älter werden“ der Stadt Kiel, der Sportgruppe Esso AG Schleswig-Holstein/Hamburg und Damen und Herren vom Inner-Wheel-Club Itzehoe. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht drum herumreden: Wir machen heute eine Rolle rückwärts, aber wir wollen danach zumindest mit geradem Rücken dastehen. Der bisherige Beschluss des Landtages, die **LEG** nur teilweise zu verkaufen, muss heute rückgängig gemacht werden. Die finanzielle Lage des Landes zwingt uns, diesem **Notverkauf** zuzustimmen. Es lässt sich auf die einfache Formel bringen: Ohne Verkauf müssten wir 2004 105 Millionen € mehr Schulden machen oder diese Summe an anderer Stelle einsparen. Ich warte auf mutige Vorschläge in dieser Größenordnung.

(Zurufe von FDP und CDU)

Nun könnte ich lange darüber reden, warum die Finanzlage des Landes so ist. Ich könnte Stoltenbergs unverantwortliche Staatsverschuldungspolitik noch einmal erläutern;

(Zurufe von CDU und FDP: Oh, oh! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Bismarck, das Kaiserreich! - Weitere Zurufe)

ich könnte der CDU noch einmal die Schuld für ihre Blockadehaltung im Bundesrat beim Steuerabbauvergünstigungsgesetz geben;

(Zurufe von CDU und FDP)

ich könnte der rot-grünen Bundesregierung noch einmal vorhalten, dass die große Steuerreform die Kapitalgesellschaften zu sehr begünstigt hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

- Ja, da klatschen Sie; wo war denn Ihr Applaus bei meinen Worten vorher? - Ich könnte weiter beklagen, dass wir dadurch zu hohe Steuereintrübe haben; ich könnte noch einmal ausführen - jetzt bitte einen Applaus -, dass die Reform der Erbschaftsteuer viel zu lange auf sich warten lässt und vieles mehr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Veronika Kolb [FDP]: Eine reine Neiddiskussion! - Weitere Zurufe)

Und ich könnte das alles so gestalten, dass einmal die linke und einmal die rechte Seite des Hauses klatscht, weil wir gemeinsam Verantwortung dafür tragen, dass die Finanzsituation in Bund und Ländern so ist, wie sie ist.

(Zurufe von der CDU)

Es ist schon interessant, dass Sie für die CDU und FDP komplett die **Verantwortung** für die **Staatsverschuldung** abstreiten. Das finde ich hochinteressant. Allerdings bringt uns all das nicht weiter.

(Monika Heinold)

Schleswig-Holstein ist pleite, die Schulden sind viel zu hoch, Zinsen, Pensionen und andere Altlasten fressen einen Großteil der Steuergelder auf, bevor wir überhaupt angefangen haben, über politische Schwerpunkte zu reden.

Deshalb kämpft meine Fraktion in Berlin für eine Steuerpolitik, die dem Land und den Kommunen ausreichende Steuereinnahmen sichert, deshalb steht meine Fraktion zur Verwaltungsreform des Landes und zu einem weiteren Personalabbau in der Landesverwaltung - sozial verträglich - und zu einer verstärkten Kooperation mit Hamburg.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Können Sie mal zum Thema kommen!)

- Das gehört zum Thema. Falls Sie von der CDU und der FDP es noch nicht verstanden haben, meine Damen und Herren: Wir verkaufen die LEG,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie verramschen!)

weil wir diese Einnahmen im nächsten Jahr brauchen. Und wenn Sie sagen, ich rede am Thema vorbei, haben Sie das Thema nicht verstanden.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von CDU und FDP)

Deshalb schlagen wir eine Gebietsreform vor, die uns nicht nur Zuspruch bringt; deshalb haben wir ein Konzept für eine Schulreform entwickelt, die auch innerhalb des Systems Haushaltsmittel umschichtet.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber all das befreit uns nicht von der Aufgabe, für 2004 einen Haushalt vorzulegen, der Einnahmen und Ausgaben aufeinander abstimmt. Der Verkauf der LEG wird im Jahre 2004 zu Einnahmen von 105 Millionen € führen.

Festzustellen ist, dass die **Beteiligung des Parlaments** ausführlich stattgefunden hat. Ich bin schon sehr erstaunt, Herr Arp, wenn Sie heute für Ihre Fraktion sagen, Sie hätten noch viele Fragen gehabt, die nicht beantwortet worden seien. Ich kann hier gern noch einmal erwähnen: Wir hatten die Möglichkeit, schriftlich zu fragen. Das haben Sie getan. Wenn Sie da nicht die richtigen Fragen gestellt haben, ist das nicht mein Problem. Das Finanzministerium hat ausführlich schriftlich geantwortet. Der Rechnungshof hat eine Stellungnahme dazu abgegeben. Wir haben mehrfach im Finanzausschuss beraten. Wenn Sie nun noch Fragen haben, kann ich es nicht ändern.

Der Finanzausschuss hat beraten, die Fragen sind beantwortet, die Stellungnahme des Rechnungshofes liegt vor. Nach dem Studium aller Unterlagen, die überwiegend vertraulich sind, ist aus meiner Sicht der vereinbarte Kaufpreis realistisch. Es ist etwas schwierig, Ihren abenteuerlichen Rechnungen, das Land bekomme zu wenig, jetzt etwas entgegenzusetzen, wo die Unterlagen vertraulich sind, das Zahlenwerk, das gegengerechnet worden ist, in vertraulicher Sitzung beraten wurde.

Nach meiner Kenntnis nur so viel. Der Rechnungshof stützt nicht die These von Herrn Arp, dass wir 90 Millionen € verspielen - um es einmal vorsichtig zu formulieren -, auch wenn die Erlöse aus Immobilien zurzeit nicht optimal hoch sind. Selbst der Rechnungshof kann keine Prognose stellen, ob mit einem Hinausschieben der Veräußerung höhere Erlöse zu erzielen wären oder ob diese sinken würden. Beim Teilverkauf 2001 sind wir dem Vorschlag des Landesrechnungshofes, die LEG voll zu privatisieren, nicht gefolgt. Deshalb haben wir diesmal noch gründlicher beraten und diesmal folgen wir dem Vorschlag des Landesrechnungshofes, von der Calloption des Landes keinen Gebrauch zu machen. Das heißt, dass sowohl der Immobilienbereich als auch die Regionalentwicklung komplett verkauft werden.

Als wir im Juni über den geplanten Verkauf der LEG diskutiert haben, hatte ich gesagt: Wer Anteilseigner an der LEG Regionalentwicklung werden soll und welche Aufgaben diese GmbH genau erhält, muss vor allem aus Sicht der Landesplanung entschieden werden. Wichtig war uns dabei, dass wir nicht erneut in eine Public Private Partnership gehen wollten, in der sich private Interessen der Landesentwicklung mit der öffentlichen Aufgabe der Landesplanung und -entwicklung vermischen. Die Alternative, eine hundertprozentige Landesentwicklungsgesellschaft neben der bestehenden LEG Immobilien - das war ja unser Favorit -, würde für das Land nicht nur zusätzliche Ausgaben von mindestens 17 Millionen € bedeuten, sondern das Land - das ist in der Beratung deutlich geworden - würde mit der neuen Gesellschaft auch ein neues Risiko übernehmen, da sich diese Gesellschaft im freien Wettbewerb mit privaten Gesellschaften befände und keine gesicherten Aufträge hätte. Die wirtschaftliche Situation dieser neuen Landgesellschaft wäre nicht oder nur schwer kalkulierbar, weshalb der Rechnungshof empfiehlt, auf einen Erwerb der Anteile an der LEG Entwicklung zu verzichten.

Meine Fraktion ist nach ausführlicher Beratung zu dem Beschluss gekommen, die Landesregierung mit der heutigen Resolution aufzufordern oder auch zu

(Monika Heinold)

bitten, von der Calloption keinen Gebrauch zu machen. Damit ist die **Umsetzung landesentwicklungspolitischer Konzepte** zukünftig mit privaten Anbietern möglich. Die Landesplanung ist davon nicht berührt. Sie wird wie bisher von der Landesregierung wahrgenommen. Die Aufgaben der Schleswig-Holsteinischen Landgesellschaft werden sich vorerst nicht ändern. Die SHL wird - so in den Verträgen vereinbart - bis 2008 wie bisher Flächen für Naturschutz und Landwirtschaft ankaufen, verpachten, Landtauschverfahren durchführen und Ausgleichsflächen sicherstellen. Ob sich das Land ab 2008 für eine andere Lösung entscheidet, ist später zu entscheiden und hängt mit Sicherheit auch davon ab, wie sich die weitere Zusammenarbeit mit der SHL gestaltet und ob es überhaupt eine andere praktikable und wirtschaftliche Lösung für das Land gibt. Nach dem heutigen Beschluss muss konsequenterweise auch das Landesplanungsgesetz geändert werden, denn die heutige Entscheidung des Landtages, keine landeseigene Entwicklungsgesellschaft mehr zu betreiben, sollte sich auch im Landesplanungsgesetz widerspiegeln.

Meine Fraktion ist sich sicher, dass wir mithilfe der Landesregierung und des Landesrechnungshofes zu einer Entscheidung gekommen sind, welche im Interesse des Landes wirtschaftlich ist und dennoch der Landesplanung nicht schadet, sondern neue Wege öffnet. In diesem Sinne bin ich auch meiner eigenen Fraktion sehr dankbar, dass wir zu einem gemeinsamen und konstruktiven Beschluss und Entschluss gekommen sind.

Da bin ich dann auch kurz bei der CDU. Ich denke, bei so viel Selbstkritik muss es auch möglich sein, etwas zur Opposition zu sagen. Sehr geehrter Herr Garg - -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich bin in der FDP, nicht in der CDU!)

- Entschuldigung, Herr Arp. Wie konnte ich das verwechseln! Sie waren heute nicht fähig, eigene Geschichte ein Stück aufzuarbeiten oder Selbstkritik zu üben. Deshalb erinnere ich Sie noch einmal an Ihren Redebeitrag im Juni. Dort haben Sie es als sehr problematisch dargestellt, wenn die Landgesellschaft verkauft wird. Sie sagen dort unter anderem:

„In der Tat hat die Landgesellschaft viele Jahre für die regionale Entwicklung unseres Landes gute Arbeit geleistet. Mit ihren Grundstücken und Verkäufen hat sie maßgeblich dazu beigetragen, städtebauliche Sanierungs-, Entwicklungs- und Erschließungsmaßnahmen zu realisieren. Diese Arbeit sehen wir gefährdet, wenn das Ganze in

Hamburg bei der HSH Nordbank AG und bei Böhl & Lieb landet. Ich habe Zweifel, ob dort unsere für die Regionalplanung so wichtigen Grundstücke gut aufgehoben sind. Es wäre deshalb viel sinnvoller, die Landgesellschaft und die geplante LEG Regionalentwicklung GmbH zusammenzuführen und im Sinne des Landesplanungsgesetzes erfolgreich weiterarbeiten zu lassen.“

Herr Arp, ich finde es nicht ganz redlich, dass Sie heute nicht erwähnt haben, dass auch Sie einen Diskussionsprozess durchlebt haben, der Sie heute zu einem anderen Ergebnis bringt.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, bitte, kommen Sie zum Schluss.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, ich komme zum Schluss.

Wie die CDU dieses Thema überhaupt beraten hat, ist mir unklar. Im Finanzausschuss zeigte sich bei Mitgliedern der CDU-Landtagsfraktion, dass sie keine Ahnung hatten, wofür die 105 Millionen € überhaupt gezahlt werden sollen. Sie wussten überhaupt nicht, was Grundlage der Berechnung ist. Herr Arp hat dort gesagt, er hätte gestern seiner Fraktion keine Beschlussempfehlung für den Verkauf der LEG geben können. Er hat letzte Woche bereits eine Pressemitteilung dazu gemacht -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich formuliere meinen letzten Satz -, in der er sagt, dass die CDU dem LEG-Verkauf nicht zustimmen wird. Ihnen fehlt der Mut zur Selbstkritik und zur Meinungsbildung. Ich bin gespannt, wie Sie abstimmen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heute zu beschließende Verkauf der LEG ist im

(Anke Spoorendonk)

Grunde genommen der Schlusspunkt einer Entwicklung, die schon vor Jahren eingesetzt hat, denn die **Landesentwicklungsgesellschaft Schleswig-Holstein** hat bereits von 1999 bis 2001 eine umfassende **Umstrukturierung** ihrer Organisation vorgenommen. Die LEG, die WOB AU und die Landesgesellschaft wurden in den vergangenen Jahren zu einer Einheit im LEG-Unternehmensverbund verschmolzen, nicht zuletzt, um in diesem Bereich betriebswirtschaftliche Optimierungsmaßnahmen umzusetzen, das heißt ganz einfach, um Gewinne erzielen zu können.

Ziel der Umstrukturierung war es, auch durch Teilprivatisierung der LEG eine wettbewerbsgerechte Unternehmensentwicklung zu bekommen. Zum Beispiel sollte den Gesellschaftern eine marktübliche Eigenkapitalverzinsung von 8 % zugesichert werden. Für die öffentlich-rechtlich geprägten Geschäftsfelder wollte man zumindest eine Kostendeckung erreichen. Das Land hat bereits im Jahre 2001 38,5 % seiner Anteile an Private verkauft und ist deshalb zurzeit nur noch mit gut 50 % an der LEG beteiligt. Der Tätigkeitsbericht der LEG aus dem Frühjahr zeigt auch, dass der LEG-Unternehmensverband aus betriebswirtschaftlicher Sicht von 1999 bis 2001 sowohl negative als auch positive Ergebnisse aufzuweisen hat.

Zum Beispiel ist die Liquiditätsentwicklung durch die Finanzierung der damaligen Sonderausschüttung für die damaligen Gesellschafter weiter angespannt. Die damals zur Finanzierung der Sonderausschüttung aufgenommenen Kapitalmarktkredite werden erst Ende 2003 beziehungsweise Ende 2008 getilgt werden. Dennoch ist die Ertragslage heute mit einem Überschuss von 8,9 Millionen € positiv. Die Zukunftsaussichten der verschiedenen Geschäftsfelder der LEG sind durchaus vernünftig.

Der LEG-Unternehmensverbund ist mit einem Mietwohnungsbestand von über 22.000 Wohnungen per 31. Dezember 2001 weiterhin der größte Anbieter in Schleswig-Holstein. Die **LEG** betätigt sich als **Bau-träger** von Eigentumswohnungen und Eigenheimen. Sie baut Mietwohnungen und soziale Infrastruktureinrichtungen wie beispielsweise Kindergärten und Schulen. In diesem Sinne kommt die LEG ihren Aufgaben nach dem Landesplanungsgesetz - zum Beispiel zur Sicherung einer ausreichenden Wohnraumversorgung im Lande - nach. Ich sage dies, weil wir vielleicht vergessen, worum es bei der LEG eigentlich gegangen ist.

Auch wenn es in vielen kreisfreien Städten und im Hamburger Randgebiet für viele Familien und sozial schwache Menschen immer noch eine gewisse Unter-versorgung mit bezahlbarem Wohnraum gibt, so hat

sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein dennoch stabilisiert. Auch das gehört dazu. Dazu hat auch die LEG beigetragen.

Auch die Abteilung der LEG, die sich mit Regionalplanung beschäftigt und quasi als **Regionalentwicklungsgesellschaft** agiert, macht eine sehr gute Arbeit. Sie hat auch in der Vergangenheit sehr gute Arbeit geleistet. Die LEG ist also nicht nur ein gesundes Unternehmen, sondern sie trägt auch in großem Umfang dazu bei, politische und strategische Ziele des Landes zu verwirklichen.

(Unruhe)

- Das war einmal. Ich denke, das gehört zur Aufarbeitung der Geschichte der LEG. Diese Fakten machen deutlich, warum es sich die Mehrheit des Hauses wahrlich nicht leicht gemacht hat, den endgültigen Schritt zu machen, die vollständige Privatisierung der LEG zu verwirklichen. Der SSW macht jedenfalls keinen Hehl daraus: Wir stimmen der Veräußerung der LEG nur wegen der angespannten Haushaltslage zu.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das wundert nicht!)

- Es gibt keine Alternative! Ich sehe zumindest keine und ich habe von Ihnen keine gehört.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Es hätte aber eine gegeben!)

Wäre die Haushaltssituation eine andere, so gäbe es aus unserer Sicht keinen vernünftigen Grund, die LEG jetzt zu verkaufen. Diese Feststellung gehört zu einer ehrlichen politischen Auseinandersetzung. Natürlich wird sich der eine oder andere die Frage stellen, wieso beispielsweise der Verkauf des Wohnungsbestandes der WOB AU heute kein Problem ist, wenn doch der SSW und eine Mehrheit in diesem Haus noch vor Jahren vehement gegen einen entsprechenden CDU-Vorschlag gewettert haben. Ich könnte es mir jetzt leicht machen und sagen, die Zeiten haben sich geändert, der Wohnungsmarkt ist heute entspannter. Das ist auch richtig. Ich will aber nicht verhehlen, dass uns gerade dieser Teil des Verkaufs immer noch Bauchschmerzen bereitet. Also: Insgesamt stelle ich für den SSW fest, dass wir aus der Not heraus bereit sind, das Anliegen der Landesregierung zu unterstützen, denn das Land braucht einfach das Geld.

Doch wenn wir schon in den sauren Apfel beißen und die Anteile verkaufen müssen, dann muss dies natürlich zu vernünftigen Bedingungen geschehen. Dabei spielt der Kaufpreis für die LEG natürlich eine wichtige Rolle. Das heißt aber nicht, dass wir die Auffassung der CDU und der FDP teilen, dass die LEG jetzt einfach verschleudert werden soll.

(Anke Spoorendonk)

Angesichts der aktuellen Marktlage und vor dem Hintergrund des erstellten Gutachtens - -

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment bitte, Frau Abgeordnete! Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Wir haben uns zu Genüge über den **Kaufpreis** unterhalten. Ich denke, man muss redlich sagen, dass die aktuelle Marktlage vor dem Hintergrund des erstellten Gutachtens einen Veräußerungspreis von 105 Millionen € als angemessen betrachtet. Natürlich ist es möglich, dass man vor einigen Jahren vielleicht einen höheren Preis hätte erzielen können, wenn man schon vor einigen Jahren ein gewisses Angebot angenommen hätte. Es kann uns aber aus Landessicht nicht egal sein, wer die LEG kauft und wie er die LEG weiterführt. Das war vor ein paar Jahren auch schon ein Diskussionspunkt.

Gerade angesichts der vielen landespolitischen Aufgaben der LEG, die ja zum Teil weitergeführt werden sollen, brauchen wir einen vertrauenswürdigen Käufer. Die HSH Nordbank ist so ein vertrauenswürdiger Käufer. Daher findet dies auch unsere Zustimmung. Aus unserer Sicht ist es bei dem Verkauf entscheidend, dass die schon mehrfach angesprochenen landespolitischen Aufgaben und Zielsetzungen der LEG auch bei einer Privatisierung gesichert sind. Beim Wohnungsbestand wird dies dadurch erreicht, dass die bestehenden Mietpreisbindungen übernommen werden. Das heißt, dass es für die Mieterinnen und Mieter keine Verschlechterung geben wird.

Bei der schleswig-holsteinischen Landgesellschaft wird es bis 2008 einen Bestandsschutz geben. Im Kaufvertrag verpflichtet sich das Land, alle Handlungen zu unterlassen, die die Gemeinnützigkeit der Landgesellschaft nach dem Reichssiedlungsgesetz von 1919 gefährden. Zweifel gab es bis zuletzt bei der **Regionalentwicklung**. Dazu hat es im Finanzausschuss auch eine ganze Reihe von Fragen gegeben. Hier war die Frage unter anderem, ob das Land die Option wahrnehmen sollte und die Abteilung der LEG, die sich mit Regionalentwicklung beschäftigt, für rund 13 Millionen € zurückkaufen sollte. Ich glaube, wir sind uns einig. Zumindest habe ich die letzte Finanzausschusssitzung so in Erinnerung, dass es eine sinnvolle Entscheidung ist, diese Option nicht wahrzunehmen und mit einer vollständigen Privatisierung einen klaren Schnitt zu machen. Dazu muss das Landesplanungsgesetz geändert werden, damit die

Ziele und Aufgaben der Landesplanung durch die neue Konstellation erreicht werden. Daher werden wir auch dem Änderungsantrag von SPD und Grünen zustimmen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen noch einige Wortmeldungen für Kurzbeiträge vor. Zunächst erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Heinold, Sie wissen hoffentlich, dass ich Sie für eine wirklich gute Finanzpolitikerin halte. Wenn Sie es nicht wissen, dann wiederhole ich das hier noch einmal öffentlich. Das kann man nicht von allen sagen, die im Finanzausschuss tätig sind.

(Konrad Nabel [SPD]: Was hat er jetzt vor?)

- Ich habe gar nichts vor. - Ihre Beiträge sind immer sehr bedenkenswert und sehr ernsthaft. Das gilt im Gegensatz zu den Beiträgen vieler anderer, die möglicherweise etwas erklären, was sie gar nicht meinen, weil sie glauben, sie stünden damit in ihren Fraktionen für Parteidisziplin. Da unterscheidet sich Frau Heinold durchaus. Deshalb lege ich auf Ihre Worte auch besonderen Wert.

Ich will Ihnen eines sagen: Wenn Sie sagen, Sie wüssten nicht, wie wir dazu kommen zu sagen, 93 Millionen € seien dem Land Schleswig-Holstein schlicht und ergreifend an **Vermögen** vorenthalten worden, dann ist das ganz einfach: Sie müssen nur die Bewertung des Jahres 2001 für den gesamten Komplex nehmen und dann fragen, was wir insgesamt dabei herausbekommen haben. Die Gegenüberstellung ergibt eine Differenz von 93 Millionen €. Diese 93 Millionen € fehlen uns jetzt. Wir hätten sie in 2001 erzielen können. Möglicherweise hätten wir sie auch jetzt noch erzielen können, wenn diese Regierung, nicht die Regierung mit Herrn Stegner, sondern die Vorgängerregierung, sich vertraglich anders gebunden hätte.

Die erste Frage, die nicht beantwortet ist, lautet: Es steht zwar im Vertrag, dass die zweite Tranche beim Ertragswertverfahren berechnet werden soll. Warum ist das aber vereinbart worden? Warum haben wir das **Bewertungsverfahren** gewechselt? Wusste Herr Möller möglicherweise vor zwei Jahren schon, dass er wieder verkaufen will? Wusste er, dass diese Verfahrensmethode zu einem anderen Wert führen würde als

(Wolfgang Kubicki)

die ursprüngliche? Ich habe an den ersten Verhandlungen im Finanzausschuss sehr intensiv teilgenommen. Frau Heinold, Sie wissen das, und zwar habe ich mit kritischen - und nicht mit ablehnenden - Anmerkungen in der Sache Fragen zur Wertermittlung und zum Preis gestellt. Ich habe Herrn Möller gefragt. Er hat hier im Parlament gesagt: Wenn die zweite Tranche verkauft werden muss, dann wird nachgezahlt. Darauf habe ich mich verlassen. Ich stelle fest: Entweder hat er mich belogen - -

(Günter Neugebauer [SPD]: Es ist aber doch passiert!)

- Es ist überhaupt nicht passiert, Kollege Neugebauer! Ich versuche jetzt einmal, dies Nichtjuristen zu erklären. Nachzahlen bedeutet, die Nachzahlung des Abschlags von 25 % auf den ursprünglichen Kaufpreis, des Mengenrabatts, des Paketzuschlags, die Thesaurierung der Gewinne. All das ist nicht passiert, jedenfalls nicht in der Höhe.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wenn du die 35 % von 110 Millionen nimmst, dann kannst du es nachrechnen. Dann kommst du auf deutlich mehr als die 24 Millionen, die ihr allein eingearbeitet habt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ihr habt beim ersten Mal definitiv entweder schlecht verhandelt, schlecht abgeschlossen oder das Parlament belogen. Die Differenz müsst Ihr euch zurechnen lassen! Wer denn sonst? Wir konnten es doch damals nicht verhindern, obwohl wir es versucht haben. Auch das muss ich sagen: Das, obwohl auch damals die Kollegin Heinold darauf verwiesen hat, dass Sie sich darauf verlässt. Wahrscheinlich ist sie - genauso wie ich - heute enttäuscht, dass diese vertragsgemäßen Zusagen nicht eingehalten worden sind. Das kann sie heute nicht sagen.

Was will man da sagen? Der Kollege Garg hat es getan. Wir gehen raus, wir müssen uns verantworten. Herr Minister, Sie auch. Wenn Sie zu sich selbst ehrlich sind, dann sagen Sie: Mein Gott, was kann ich dafür, dass ich das jetzt ausbaden muss? Sie müssen erklären, warum Zuschläge nicht gezahlt oder eingefroren werden sollen. Sie müssen anschließend erklären, warum 10.000 DM-Beträge für Initiativen nicht ausbezahlt werden können.

Hier ist ohne Not - das will ich ausdrücklich sagen -, jedenfalls durch Fehler des Jahres 2001, auf Geld in der Größenordnung eines zweistelligen Millionenbetrages verzichtet worden. Einer Oppositionsfraktion muss man einfach zugestehen, dass sie den Finger

immer wieder in die Wunde legt. Man hätte das besser machen können. Ob man es jetzt hätte besser machen können, wage ich angesichts der vertraglichen Bindungen, die eingegangen worden sind, auch zu bezweifeln. Im Jahre 2001 sind jedenfalls so gravierende Fehler gemacht worden, dass dem Vorgänger von Herrn Stegner von hier aus der Vorwurf nicht erspart werden kann, er habe schlecht verhandelt oder das Parlament belogen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Stritzl das Wort.

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Neugebauer, Sie haben eben den Zwischenruf gemacht, das sei doch nachgezahlt worden. Was ist nachgezahlt worden? Bei 100 % zahlen Sie einen so genannten Führungsaufschlag. Bei 49 % akzeptieren Sie einen so genannten Abschlag, weil man das Unternehmen nicht führen kann, obwohl es eine Konsortialvereinbarung gibt, dass keine Entscheidungen gegen diese 49-%-Beteiligung getroffen werden können. Herr Kollege Neugebauer, ich darf fragen: Hat es für die damaligen Erwerber einen Kredit gegeben? Hat man damals etwas kreditfinanziert, ihnen damals faktisch leihweise 25 Millionen ohne Zinsen zur Verfügung gestellt? War das die damalige Situation? Da Sie näher an der Sache sind, können Sie vielleicht nachher etwas dazu sagen.

Mir fällt auf: Wenn man mit dem Land über große Dinge ins Geschäft kommt, kann man sich auf eines verlassen: Die Freude liegt aufseiten des Käufers. Ich halte es für gut, wenn beide Seiten etwas davon haben, wenn man Geschäfte macht. Aber es drängt sich der Verdacht auf, dass dieses Prinzip in Schleswig-Holstein verlassen wurde, und ich frage mich nach wie vor, warum.

Wie war es denn beim Verkauf des 25-prozentigen Anteils von HDW? Da wurde der Unternehmensanteil verkauft, die stillen Reserven, die Wohnungen, wurden zu null bewertet, obwohl, wenn es möglich gewesen wäre, von den 9.000 Wohnungen 25 % zu verkaufen, diese 25 % hätten dazugerechnet werden können. Fast 2.000 Wohnungen hätten also wertmäßig dem Land zugeschlagen werden müssen. Ich sage Ihnen nur: Damals ist auf dem Markt ein Käufer aufgetreten, der für 1.000 Wohnungen 100 Millionen € be-

(Thomas Stritzl)

zahlt hat. Ich sage das, damit Sie wissen, worauf wir damals verzichtet haben.

Das Gleiche bei der Provinzial. Damals ist von der Opposition gesagt worden: Wandeln Sie vorher in eine AG um, damit der **Wert** wirklich gehoben werden kann. Nichts ist passiert. Auch hier ist wiederum auf Hunderte von Millionen verzichtet worden.

(Holger Astrup [SPD]: Sie wissen es!)

- Das wissen Sie, Herr Kollege Astrup. Natürlich. - Hier haben Sie das gleiche Prinzip: Sie tranchieren die Veräußerung der LEG mit dem Ergebnis, das Ihnen die FDP heute vorgetragen hat. Ich finde es allerdings gut - das gehört mit zur Ehrlichkeit dazu -, dass sich ein Finanzminister hier hinstellt und sagt: Hätten wir vor zwei Jahren verkauft - im Klartext: wären wir dem Rat der Opposition gefolgt -, dann hätten wir mehr für das Land Erlöst.

(Beifall bei CDU und FDP - Holger Astrup [SPD]: Sie können nicht zuhören!)

Da vorhin bereits Protokolle eine Rolle spielten, will ich es Ihnen, Herr Kollege Astrup, gern vorlesen. Man darf ja aus dem Protokoll, das die Ausschussvorsitzende vorhin eingeführt hat, zitieren. Herr Döring sagt auf Seite 23:

„Ich habe beim letzten Mal eingeräumt, wenn man vor zwei Jahren alles verkauft hätte, hätte man einen höheren Preis erzielt. Das ist keine Frage.“

Insofern sollten Sie sich an das halten, was der Staatssekretär Ihnen selbst gesagt hat.

(Holger Astrup [SPD]: Den nächsten Satz auch noch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was Sie heute mit der LEG machen, ist, wie gesagt wurde, ein Notverkauf, ist der Ausverkauf des letzten schleswig-holsteinischen Vermögens, der den schleswig-holsteinische Steuerzahler enorm zur Kasse bittet.

Ich habe noch eine Frage an den Herrn Finanzminister. Der Preis soll jetzt 105 Millionen € betragen, und zwar ohne Ausüben der Calloption. In der ersten Vertragsanalyse hieß es: 105 Millionen €, Calloption 14 Millionen €. Das heißt, man hätte im Jahre 2004 14 Millionen € für die Regional-LEG, die man jetzt nicht mehr will, wieder zurückgegeben. Man hätte dies aus Sicht des Käufers eigentlich abziehen müssen. Der Vertrag ist ja eine wirtschaftliche Gesamtsituation. Wenn Sie es anders sehen, können Sie es gerne deutlich machen. Dass auch der Staatssekretär diese Befürchtung hatte, ergibt sich ebenfalls aus dem

Protokoll. Auch er sah bei einem **Verzicht** auf die **Calloption** die Gefahr der Wertminderung.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Wir finden es richtig, dass man auf die Calloption verzichtet, Kollege Astrup. Aber wir stellen uns die Frage, warum das Ergebnis von 105 Millionen € ohne Ausüben der Calloption, ohne Zuzahlung durch das Land, beim ersten Verhandlungsergebnis nicht möglich war. Auch darüber möchten wir Auskunft haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz.

Thomas Stritzl [CDU]:

Jawohl. - Wir stellen die Fragen an einen Vorstand, der das Unternehmen Schleswig-Holstein so gern begleitet beziehungsweise nach außen deutlich macht, er habe als Vorstand die Dinge für das Unternehmen Schleswig-Holstein im Griff. Wer in einem Unternehmen so finanzwirtschaftet, und sei dieses Unternehmen Schleswig-Holstein, muss normalerweise von der Aktiengesellschaft, sprich den Wählern, entlassen werden und das wird 2005 passieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordneten Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Stritzl, Ihren Beitrag finde ich schlicht eine Frechheit.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben an keiner Beratung teilgenommen. Sie haben vor einer halben Stunde im Finanzausschuss deutlich gemacht, dass Sie null Ahnung haben. All das, was wir seit Wochen miteinander besprochen haben, wussten Sie nicht. Sie scheinen also auch intern nicht beraten zu haben. Sie bringen diese 105 Millionen €, die Calloption und anderes so sehr durcheinander, dass Sie damit suggerieren, durch unsere heutige Entscheidung sei plötzlich etwas ganz anders.

(Zurufe von der CDU)

(Monika Heinold)

Jetzt sage ich Ihnen Folgendes: Auch wenn Ihnen das irgendwie entgangen ist, sollte von Anfang an alles für 105 Millionen € verkauft werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was heißt „von Anfang an“?)

- Seitdem es um den Verkauf des zweiten Teils der Anteile an der LEG geht, war klar - dies wurde im Finanzausschuss immer wieder berichtet; es steht in den Verträgen -: 105 Millionen € sollte es dafür geben.

Und es gab für das Land die Möglichkeit, die Regionalentwicklung zurückzukaufen. Dies ist im Haushalt dokumentiert. Lesen Sie nach. Dafür wollte das Land circa 13 Millionen € zahlen, bei 75 %. Wenn wir mehr zurückgekauft hätten, so das Finanzministerium, wären circa 17 Millionen € zu zahlen gewesen. Wenn Sie jetzt so tun, als gehe dem Land irgendetwas verloren, weil wir das Land jetzt auffordern, von der **Calloption** keinen Gebrauch zu machen, dann wissen Sie überhaupt nicht, worum es geht, und dann ist es eine Zumutung, dass Sie überhaupt nach vorn kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Stritzl, wenn Sie vom Ausverkauf des Landesvermögens sprechen, dann frage ich Sie: Waren denn Ihre Vorschläge der letzten Jahre, die LEG zu verkaufen, immer Vorschläge zum Ausverkauf des Landesvermögens? Es war doch Ihr eigener Vorschlag, den Sie heute schlecht machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letztes Wort zu Herrn Kubicki. Sehr geehrter Herr Kubicki, ich bedanke mich für Ihren Beitrag, nicht, weil Sie mich am Anfang gelobt haben - das tut auch einmal gut -, sondern weil Sie am Schluss deutlich gemacht haben - ich zitiere Sie jetzt nicht wörtlich, aber sinngemäß -, dass es in der heutigen Situation schwer ist zu behaupten, man hätte sehr viel mehr dafür bekommen können. Sie beziehen Ihre Kritik vielmehr auf die Vergangenheit und - das finde ich solidarisch - zweifeln den heutigen Kaufpreis unter den heutigen Bedingungen nicht an. Das ist ein fairer Beitrag. Herzlichen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Finanzminister Dr. Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Lassen Sie mich zur Debatte und zur Sitzungsunterbrechung sechs kurze Bemerkungen machen.

Erstens. Ich habe vorhin auf die Zwischenfrage des Herrn Oppositionsführers gesagt, dass ich nicht unterstellt habe, es habe eine **Abstimmung** gegeben, oder gar unterstellt hätte, die FDP habe zugestimmt. Ich habe mich vielmehr darauf bezogen, dass der Abgeordnete Arp ausweislich des Protokolls erklärt hat, dies sei eine vernünftige Sachentscheidung und der Antrag finde auch deswegen keine Mehrheit, weil die Regionalentwicklung enthalten sei. Beides ist im Protokoll nachzulesen. Mein Verständnis von Logik bedeutet, dass man dann im Prinzip mit der Sache einverstanden ist.

(Zurufe von der CDU)

Zweitens. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erkläre hier ausdrücklich, dass der Grund für die Sitzungsunterbrechung, nämlich die Unterstellung, es hätten möglicherweise **Nebenabreden** der Landesregierung bestanden, nicht gegeben ist. Es hat keine Nebenabreden gegeben, sondern die Vermutung, dass es so hätte sein können.

(Rainer Wiegard [CDU]: Das war keine Unterstellung, Herr Minister! Das hat Frau Kähler gesagt!)

- Eine Vermutung wird bei Herrn Kubicki immer sehr schnell zu einer Unterstellung. Ich jedenfalls sage, dass die Vermutung eine falsche ist. Das Einzige, was danach noch stattgefunden hat, ist, dass Herr Staatssekretär Döring, der das verhandelt hat, das erzielt hat, was die Mehrheit des Ausschusses von ihm wollte.

Drittens. Herr Kubicki hat eben in der ihm eigenen Art formuliert: Entweder hat die Regierung damals schlecht verhandelt oder gelogen. - Ich stelle fest, dass die Einbeziehung dessen, was damals verabredet worden ist, lediglich in der Einschätzung zwischen Landesrechnungshof und uns, ob das 24 Millionen oder 26 Millionen € sind, auseinander geht. Sonst nicht.

Weil Sie so nett waren, Herrn Döring aus dem Protokoll zu zitieren, dass es früher möglicherweise einen höheren **Preis** hätte geben können, will ich das zitieren, was er fortgesetzt hat:

„Wenn man einen anderen Rat befolgt hätte, der uns auch ereilt hat, nämlich gar nicht zu verkaufen, sondern abzuwarten, könnte man

(Minister Dr. Ralf Stegner)

sagen: Wenn wir jetzt verkauft hätten, hätten wir insgesamt weniger erzielt, wie es der Rechnungshof gesagt hatte.“

Insgesamt also kann man das so oder so drehen.

Viertens. Ich bin jetzt bei der eindrucksvollsten Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Garg. Sie haben ausgeführt, man hätte alle möglichen Lehrer davon bezahlen können. Als ich das vorhin zur Begründung ausgeführt habe, hat Herr Kubicki dazwischen gefragt, was das denn für eine Logik sei. Sie müssten sich schon irgendwie einigen. Kann man das nun vergleichen oder nicht? Entweder stimmt das eine oder das andere.

Dann reden Sie permanent davon, wir hätten das verramscht. Beim Ramsch ist das tatsächlich so, dass derjenige gut ist, der keinen Stich macht. Damit kennen Sie sich aus. Deshalb verwenden Sie wahrscheinlich immer diesen Begriff. Aber davon kann überhaupt keine Rede sein. Wir haben das ordentlich verkauft und den Preis erzielt.

Ich will den Herrn Abgeordneten Stritzl einmal in Schutz nehmen. Ich bin ihm sehr dankbar, dass er mich gefragt hat, wie das denn möglich war, wie wir den Preis gehalten haben, obwohl die **Calloption** nicht wahrgenommen werden soll. Das liegt in der Tat am Verhandlungsgeschick von Staatssekretär Döring. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie mir Gelegenheit geben, dies hier zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Was die Zahlen angeht, Herr Dr. Garg. Ich habe mich gefragt, wie Sie zu diesen **Zahlen** kommen, die Sie hier immer wieder darstellen. Eigentlich gibt es dafür nur zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist: Das Angebot, das Sie immer in den Raum stellen, das ich gar nicht kenne, muss von einem unbekanntem Freidemokraten gemacht worden sein. Wir kennen das nicht. Oder Sie leiden an fortgeschrittener Diskalkulie.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Veronika Kolb [FDP]: Darunter leiden Sie!)

Sonst kann ich mir nicht vorstellen, wie man zu solchen Zahlenergebnissen kommen kann.

Sechstens. - Letzter Punkt, Frau Präsidentin. - Ich habe in der Haushaltsrede schon gesagt, dass es gut ist, dass dieser Punkt ausführlich im Parlament beraten werden kann. Ich glaube nicht, dass die Regierung alles immer sozusagen perfekt macht.

(Zurufe von der FDP: Das glauben wir auch nicht! - Beifall der Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU] und Rainer Wiegard [CDU])

Manchmal ist es ganz gut, wenn jedenfalls die Parlamentsmehrheit - für die Minderheit gilt das leider nicht - das vernünftig berät. Insofern bin ich dankbar für das, was am Ende herauskommt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Da die Regierung länger als festgesetzt geredet hat, steht den Fraktionen noch einmal die Hälfte ihrer Redezeit zur Verfügung, die nicht ausgenutzt werden muss. - Nach § 58 Abs. 1 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Wiegard das Wort.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das muss nun wirklich nicht sein! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nun etwas zur Meinungsbildung der CDU!)

Rainer Wiegard [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich bisher in Sachen LEG nicht zur Sache geäußert, weil ich persönlich in einer planungsrechtlichen Auseinandersetzung stehe, die mit der LEG zusammenhängt. Ich möchte nicht, dass der Eindruck erweckt wird, dass ich mein Mandant dazu benutze, persönliche Gefechte zu führen. Zur Form und zum Ablauf der Auseinandersetzung aber gestatte ich mir einige Anmerkungen, die hier wichtig sind.

Frau Heinold, es muss ungefähr 35 Jahre her sein, als wir bei Frau Hasenbein in der Frommschule gelernt haben: Nicht immer, wenn Henne Berta gackert, legt sie auch ein Ei. - Heute aber ist ein besonderer Tag, denn Sie haben nicht nur gegackert, sondern auch ein Ei gelegt.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben in Ihrer Begründung gesagt: Schleswig-Holstein ist pleite.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie das bezweifeln? - Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

- Ich erbitte einen Protokollauszug, und zwar möglichst schnell, weil ich das nachvollziehen möchte. Ich will nur feststellen: Wenn wir das bisher behauptet haben, war das Schwarzmalerei, dann haben wir Schleswig-Holstein schlecht geredet. Und Sie begründen mit diesem Satz: „Schleswig-Holstein ist pleite“, dass Sie jetzt die restlichen Vermögenswerte

(Rainer Wiegard)

Schleswig-Holsteins, die es noch gibt, nicht nur verkaufen, sondern sogar verschleudern wollen. Das ist schon sehr eindrucksvoll.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Herr Finanzminister hat in ebenso eindrucksvoller Weise, vor allen Dingen lautstark und - wie ich finde - nicht immer angemessen als Mitglied der Regierung - Herr Dr. Stegner, vielleicht werden wir das an anderer Stelle noch einmal behandeln -, gesagt, die **Rahmenbedingungen** hätten sich gegenüber 2001 geändert. Ja, was denn? Ist der Wohnungsbestand so deutlich gestiegen oder sind die Menschen aus Schleswig-Holstein geflüchtet, dass wir im Wohnungsbereich plötzlich ein so dramatisches Überangebot haben, dass gegenüber 2001 keine Sorgen mehr bestehen müssen? Was ist an Rahmenbedingungen so anders, dass Sie nun plötzlich ein so bedeutendes strategisches Planungsinstrument für die Zukunft des Landes Schleswig-Holstein nicht mehr benötigen? 2001 war das alles noch notwendig. Darauf haben Sie keine Antwort gegeben.

Sie haben gesagt, die zugespitzte Haushaltslage - das hört sich ein bisschen anders an als das von Henne Berta - verlange nun, dass Sie diesen Weg gingen. Die zugespitzte Haushaltslage verlangt, dass Sie den größtmöglichen Erlös erzielen, um die Aufgaben damit bezahlen zu können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das haben Sie mit der Politik, die Sie hier eingeleitet haben, nicht getan. Ich sage noch einmal: ein nebulöses Verkaufsgeschäft, das in 2001 eingeleitet worden ist! Klar ist auch, dass in 2001 die wesentlichen Fehler gemacht worden sind, die für den minder erzielten Erlös in 2003 eine Rolle spielen.

Zum **Verfahren**. Weil das Protokoll heute schon eine bedeutende Rolle gespielt hat, will ich herausstellen, wie der stümperhafte Ablauf nicht nur in dieser Finanzausschusssitzung war. Das spiegelt eigentlich den ganzen Ablauf wider und zeigt, dass das Ganze, was Sie hier heute inszeniert haben, ein riesiges Ablenkungsmanöver ist von dem, was Sie hier an Chaospolitik betrieben haben.

Herr Döring am Morgen der Sitzung, als es um die Behandlung des Antrags der Landesregierung ging:

„Ich habe heute Morgen, nachdem ich die Pressemitteilung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gelesen habe,“

- Mehrheitsfraktionen in diesem unseren Hause -

„mit der HSH Nordbank telefoniert und sie darüber informiert, was hier heute möglicherweise diskutiert wird.“

Regierung und Mehrheitsfraktion haben also offenbar nicht gewusst, wer worüber redet.

Die Vorsitzende stellt dann nach einigem Chaos und Durcheinander in der Sitzung fest, dass die Landesregierung ihren Antrag erst einmal in die kommende Landtagstagung einbringen müsse. Ich zitiere nun:

„Es bleibt der Landesregierung überlassen, ob sie den Antrag so, wie er uns vorliegt, einbringt, im Wissen darum, dass es Beschlüsse“

- von gestern -

„der SPD und der Grünen gibt ...“

Der Kollege Astrup, bis heute noch parlamentarischer Geschäftsführer der SPD

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

wörtlich:

„Uns liegt der Antrag der Landesregierung, Drucksache 15/2840, vor. Zwischen der Zuleitung des Antrages und dem heutigen Zeitpunkt hat sich herausgestellt, dass dieser Antrag der Landesregierung in der nächsten Woche aller Voraussicht nach keine Mehrheit finden wird.“

Das war die Erkenntnis am Donnerstagmorgen.

Staatssekretär Döring sagt auf meine Frage, was denn die Landesregierung zu tun gedenke:

„Die Landesregierung bringt den Antrag ein: ... - Daran ist nichts zu ändern.“

Im Sinne von: Daran werden wir nichts ändern.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Bitte kommen Sie zum Schluss.

Rainer Wiegard [CDU]:

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - Daraufhin der Kollege Hans-Jörn Arp:

„Wir meinen, dass 105 Millionen € nicht genug sind. Das werden wir im Landtag näher begründen.“

Das hat er gemacht.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte, das war ernst gemeint. Herr Abgeordneter, bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz.

Rainer Wiegard [CDU]:

Ich formuliere den letzten Satz.

(Martin Kayenburg [CDU]: Bitte nicht mitten im Satz! Andere lassen Sie auch ausreden!)

Rainer Wiegard [CDU]:

Ich formuliere den letzten Satz.

„Für uns ist es schon unzumutbar, der Summe von 105 Millionen € zuzustimmen.“

Er fügt an, wenn der Kaufpreis weiter heruntergehe, könne in der September-Tagung überhaupt nicht beraten werden.

Das war die Beratungslage im Finanzausschuss, Herr Finanzminister, nicht die, die Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Oppositionsführer, lassen Sie mich dazu Folgendes sagen: Ich achte sehr genau darauf, nicht den Satz zu unterbrechen, aber es ist manchmal sehr schwer, nicht den Satz zu unterbrechen, weil die Sätze nahtlos ineinander übergehen. Bei einer Überziehung von eineinhalb Minuten habe ich es gewagt, das zu tun, und dazu stehe ich. Wenn Sie das Präsidium rügen wollen, dann tun Sie es! Wenn Sie es durch Anwürfe dieser Art tun, kriegen Sie einen Ordnungsruf.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

- Nein, ich habe gesagt, ich kündige es an. Wenn Sie in dieser Art und Weise das Präsidium noch einmal angehen, kriegen Sie einen Ordnungsruf. Nächstes Mal werde ich ihn erteilen.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Lars Harms [SSW])

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit schließe ich die Beratung.

(Konrad Nabel [SPD]: Gelbe Karte! - Weitere Zurufe)

Mir liegt nur der Antrag auf Abstimmung in der Sache vor; einen anderen Wunsch sehe ich nicht. Ich

lasse daher zunächst über den Antrag der Landesregierung, Drucksache 15/2840, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist angenommen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP.

Dann lasse ich über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/2929, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 27 und 49 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Zielvereinbarungen mit den Hochschulen**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2907

b) Eckwerte zur Modernisierung der Hochschulen

Landtagsbeschluss vom 28. August 2003
Drucksache 15/2853

Bericht der Landesregierung

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile zum Bericht der Landesregierung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich in den eigentlichen Bericht einsteige, eine kurze Vorbemerkung machen; die geht dann eher zu Protokoll als an Herrn Kubicki direkt, der heute Vormittag sinngemäß gesagt hat, es gebe in Schleswig-Holstein einen Abbau von Studienangeboten. Er hat das in Verbindung gebracht mit einem Abbau von Arbeitsplätzen bei Motorola.

Ich meine, das muss man als Polemik vielleicht nicht weiter ernst nehmen, aber gegen falsche Behauptungen muss man sich wehren und auch gegen Verdrehungen. Deswegen stelle ich fest: Es geht in Schleswig-Holstein derzeit gerade nicht darum, generell die **Studienangebote** abzubauen, sondern es geht um Profilierung, es geht um Konzentration,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

es geht um den Abbau von Überkapazitäten in bestimmten Bereichen und es geht um eine bessere Nutzung von nicht genutzten Kapazitäten. Es geht also um Konzentration und um Modernisierung.

Meine Damen und Herren, das ist keineswegs ein schleswig-holsteinischer Sonderweg, den wir hier einschlagen, sondern bundesweit wird derzeit die Hochschullandschaft neu geordnet. Wenn Sie die entsprechenden einschlägigen Seiten in den Tageszeitungen lesen, werden Sie feststellen, dass dies allerdings unter sehr unterschiedlichen Vorzeichen geschieht. Nehmen Sie etwa Niedersachsen: Nach den Nachrichten von heute verlangt die dortige Landesregierung 40 Millionen € von den Hochschulen, verlangt, dass sie die einsparen. Damit verbunden sind die Schließungen von mindestens drei Fachhochschulen im Land, komplette Schließungen, Abbau von Fachbereichen, also ein hochschulpolitischer Kahl Schlag, wie jedenfalls die Hochschulen dies dort kommentieren.

Darum geht es in Schleswig-Holstein nicht, aber man muss feststellen: Natürlich ist es so, dass es bundesweit notwendig ist, die Hochschullandschaften neu zu ordnen, zu konzentrieren, Kooperationen anzuregen. Die Beweggründe dafür sind landauf, landab durchaus vergleichbar. Dabei geht es nicht nur um die Finanzen, sondern es geht darum, festzustellen und daraus Konsequenzen zu ziehen, dass vieles eben funktional und strukturell nicht vernünftig funktioniert. Die Studienabbrecherquote ist in Deutschland viel zu hoch, sie ist unverträglich hoch, die Studiendauer ist in der Regel in vielen Fächern zu lang. Dies gilt insbesondere für die Universitäten, weniger für die Fachhochschulen. Die Qualifikationsphase, die Habilitation, hat Nachwuchswissenschaftler bisher viel zu spät in die Eigenverantwortung entlassen. Und - um einen weiteren Punkt zu nennen - die Drittmittelerwerbungsphase ist auch nicht so, wie sie sein sollte. Hier müssen die Kooperationen mit der Wirtschaft, muss die Kooperation mit den großen Stiftungen und Programmen und hier muss auch der Technologietransfer deutlich verbessert werden.

Zweiter Komplex, der in die Reformanstrengungen der **Hochschulen** in Deutschland überall eingehen muss und Bestandteil von **Zielvereinbarungen** und Verträgen ist, ist die Tatsache, dass der Bildungsraum heute nicht mehr nur Deutschland heißt, schon gar nicht ein Bundesland umfasst, sondern dass wir es mit einem europäischen Bildungsraum zu tun haben. Darauf müssen die Hochschulen reagieren durch die Einführung von neuen Studiengängen und gestuften Studiengängen, durch Qualitätssicherung. Ohne Qualitätssicherung neue Studiengänge einzuführen, wäre

fatal. Das muss durch ordnungsgemäße Akkreditierungsverfahren geschehen, das muss durch Evaluation der Studiengänge geschehen.

Jetzt mache ich einen kleinen Einschub. In der letzten Woche fand die so genannte dritte Bologna-Konferenz statt - nach Bologna und Prag fand sie in Berlin statt. Ich habe dort als Vertreterin der deutschen Bundesländer teilgenommen und mit die nächsten Schritte verabredet, die zu tun sind.

Bisher ist der Bologna-Prozess relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit abgelaufen. Eigentlich wussten nur die Experten, was der Bologna-Prozess ist. Inzwischen hat er so an Dynamik gewonnen, dass man sagen kann, in den nächsten zwei Jahren wird sich in ganz Europa Entscheidendes verändern, es werden sich 40 europäische Länder diesem Prozess anschließen, werden damit beginnen, gestufte Studiengänge - im Grunde eine Anglisierung des Systems, so muss man ganz offen sagen - einzuführen. Das Ziel ist klar gesteckt, das Ziel ist auch seit Bologna immer wieder formuliert worden, **Europa** zu einem einheitlichen **Hochschulraum** zu machen, es international wettbewerbsfähig zu machen und die Strukturen in den unterschiedlichen Ländern anzupassen. Studierende von heute müssen mobil sein können in Europa und Berufstätige von morgen müssen es auch sein können, sie müssen sicher sein, dass ihre Studienanteile und dass ihre Examina überall gleich bewertet werden. Das ist das Ziel dieses Prozesses - kurz gefasst - und der hat erheblich an Dynamik zugenommen.

Wir müssen uns auch in Schleswig-Holstein noch heftig anstrengen, um dieses Ziel bis 2010 zu erreichen. Wir müssen - so finde ich - und sollten gerade in Schleswig-Holstein als Nachbarland zu Skandinavien eine aktive Rolle spielen. In Skandinavien sind diese Strukturen schon sehr viel weiter verbreitet. Sie können in Skandinavien jedes Hochschulverzeichnis, jedes Verzeichnis von Vorlesungen aufschlagen und werden dort Credit Points finden, Sie werden Bachelor-/Master-Strukturen vorfinden. Ich meine, wir sollten uns durchaus in die Konkurrenz zu Skandinavien begeben und diese Ziele zu unseren eigenen machen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Aufgaben sind also überall vergleichbar, aber in Deutschland wird doch mit unterschiedlichen Maßgaben gearbeitet. Hiobsbotschaften aus Hessen und aus Niedersachsen habe ich schon genannt. Wir gehen diesen Prozess anders an, unter ganz anderen Vorzeichen. Wir bieten den Hochschulen Planungssicherheit mit dem Ausgleich

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

für Tarifierhöhungen, außerdem haben wir einen Innovationsfonds angekündigt mit insgesamt - auf die gesamte Laufzeit - 25 Millionen €. Das ist angesichts unserer Haushaltssituation eine gewaltige Summe. Ich glaube, die Hochschulen wissen dies auch zu schätzen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das ist der Hauptgegenstand des Hochschulvertrages, den wir paraphiert haben. Die Hochschulen verpflichten sich ihrerseits, die Strukturreformen umzusetzen, sich unter anderem eben auch den Bologna-Prozess zu Eigen zu machen.

Die Spareffekte verbleiben im System. Das ist der Unterschied zu all denen, die jetzt anderswo Einsparsummen definieren und die Strukturentscheidungen treffen. Bei uns bleiben die Einsparungen im System und dienen dazu, die Hochschulen weiter zu profilieren.

Worum geht es nun in den Zielvereinbarungen, in denen dies alles umgesetzt werden soll? - Wir einigen uns mit jeder Hochschule auf ein Profil - das ist im Grunde genommen das inhaltliche Zentrum der jeweiligen Zielvereinbarung. Die **Universität Flensburg** soll ein Zentrum für Vermittlungswissenschaften werden, die **Fachhochschule Westküste** ein Zentrum der Tourismuswirtschaft, der Standort **Lübeck** einer für Medizin und Medizintechnik, die **Christian-Albrechts-Universität** soll Schwerpunkte in Biotechnologie und Meereskunde setzen.

Ich kann das jetzt nicht weiter ausführen; wir haben darüber ja schon an anderer Stelle debattiert. Ich will das aber gern im Bildungsausschuss genauer darstellen.

Zweitens. Wir verständigen uns jeweils darüber, wie diese Empfehlungen umzusetzen sind, über die Inhalte, wir verständigen uns über die Zeitpläne bis hin zur Versetzung von Professoren und zu dem Auslaufen von Studiengängen und so weiter.

Dazu vielleicht ein kurzer aktueller Exkurs. Inzwischen haben wir für die Moderation des Übergangs des Maschinenbaus von der Fachhochschule Westküste zur Fachhochschule Flensburg den ehemaligen Rektor der CAU, Herrn Professor Haensel, gewonnen, der diese Aufgabe wahrnehmen soll. Das ist ja aus Reihen der Opposition kritisiert worden nach dem Motto, wir könnten das wohl nicht allein. Ich sage dazu nur, dass das von beiden Hochschulen ausdrücklich gewünscht worden ist. In manchen Situationen ist der Einsatz eines Moderators durchaus von Vorteil.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die **Fachhochschule Kiel** und die CAU sollen gemeinsam für die notwendige, wichtige und zukunftsweisende Kooperation ihrer Fachbereiche in Sachen Agrarwissenschaft ein gemeinsames Konzept erarbeiten und das bis zum Frühjahr vorlegen. Es macht keinen Sinn, vorher über mögliche Standortverlagerungen zu entscheiden.

Der künftige Standort für das Kompetenzzentrum Bau, also die Frage Eckernförde/Lübeck ist im Kabinett, ist im Parlament mehrfach erörtert worden. Diese Frage ist noch nicht abschließend entschieden. Das sage ich hier ganz offen. Das Parlament hat einen Anspruch darauf, dass die Empfehlung des Kabinetts sehr zeitnah mitgeteilt wird. Das werden wir unverzüglich tun. Im Oktober wird das Kabinett abschließend darüber beraten. Es ist eine schwierige Entscheidung. Das weiß ja auch jeder hier.

Der Studiengang Lehramt an Sonderschulen soll in Flensburg konzentriert werden, also das Heilpädagogische Institut von der CAU an die Universität Flensburg verlagert werden.

So weit der Exkurs zu den unterschiedlichen Profilen der Hochschulen - nicht vollständig, das muss an anderer Stelle geschehen.

Drittens. In den Zielvereinbarungen wird auch der Auf- und Ausbau der **Bachelor- und Master-Strukturen** geregelt. Dazu habe ich schon das Notwendige gesagt. Wichtig ist, an dieser Stelle noch einmal zu betonen: Das ist keine Aufgabe der Hochschule allein, sondern das ist eine Aufgabe, die mit den Arbeitgebern, der Wirtschaftsseite zusammen gelöst werden muss. Sie müssen die neuen Strukturen, die neuen Absolventen ja aufnehmen, sie müssen Arbeitsplätze für Bachelor und Master schaffen. Die anfängliche Zurückhaltung muss überwunden werden. Inzwischen hat sich der Arbeitgeberverband nachdrücklich positiv zu den neuen Strukturen geäußert. Das lässt mich hoffen, dass wir zwischen Hochschulen und Wirtschaft Konsens bekommen und da ein gutes Stück weiterkommen.

Viertens. Ein ganz wichtiger Punkt betrifft die Kontrollmöglichkeiten, in einer Situation, in der die Hochschulen Zielvereinbarungen und einen **Hochschulvertrag** über fünf Jahre bekommen. Ein Teil der Zielvereinbarungen werden Kennzahlen sein, die die Leistungen der Hochschulen in Lehre und Forschung beschreiben. Sie sollen die Grundlage für ein indikatorengestütztes und kennzahlengestütztes System für die Mittelvergabe darstellen und gleichzeitig die Grundlage für ein entsprechendes Controlling bieten. Zurzeit arbeitet das Ministerium unterstützt durch

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

eine externe Beraterfirma an der Entwicklung eines Modells, das auf Schleswig-Holstein anwendbar ist.

Fünftens. Das betrifft den Teil, der über die Zielvereinbarungen hinausgeht, das betrifft die Debatte um die Modernisierung der Hochschulen insgesamt und die notwendigen gesetzlichen Regelungen. Wir werden im vierten Quartal eine weitere **Novelle des Hochschulgesetzes** vorlegen. Damit werden unsere Ziele, die Deregulierung und die Delegation staatlicher Aufgaben und die Stärkung der Eigenverantwortung der Hochschulen, konsequent fortgesetzt. Wir wollen darin unter anderem die Leitungs- und die Gesamtverantwortung für die Hochschulen klarer als bisher von den Kontrollfunktionen, die der Senat hat, trennen. Wir wollen die Leitungskompetenz der Rektorate stärken und wir wollen die Amtszeit der hauptamtlichen Rektoren auf nunmehr sechs Jahre verlängern. Ich glaube, das ist der neuen Gewichtung der Machtverhältnisse in der Universität - wenn ich das einmal so nennen darf - angemessen. Wir wollen weitere Aufgaben vom Land auf die Hochschulen übertragen.

Das sind die wichtigsten Impulse, die wir in enger Abstimmung und in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen voranbringen wollen.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Nach allen Diskussionen, die wir geführt haben - sei es hier im Parlament, im Ausschuss, in vielen Gesprächen -, habe ich den Eindruck, dass wir in der Mehrzahl der Ziele, die ich beschrieben habe, doch eine relativ hohe politische Übereinstimmung haben. Deswegen bitte ich Sie im Interesse des Landes, im Interesse der Hochschulen um eine selbstverständlich kritische Begleitung, aber insgesamt doch um Unterstützung bei diesen Vorhaben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Erdsiek-Rave, was Sie in Ihrer Rede zum Thema Modernisierung der Hochschulen vorgetragen haben, macht mich ein bisschen ratlos. Denn vom Verfahren, wie es zu diesem Tagesordnungspunkt gekommen ist, ist es so gewesen, dass wir als CDU-Fraktion in der vergangenen Tagung einen Antrag vorgelegt haben zur **Modernisierung** der Hochschulen. Der ist in Teilen abgelehnt worden, in Teilen ist er an den An-

schuss überwiesen worden. Da haben uns die Kollegen von der SPD gesagt, das sei alles ganz interessant, sie könnten sich dazu noch nicht verhalten und deshalb müssten wir das erst einmal ein bisschen auf Eis legen. Statt unseres Antrages ist damals im Plenum der Antrag der SPD verabschiedet worden, der besagte, dass es in dieser Tagung von Ihnen ein Bericht zur Modernisierung der Hochschulen geben soll. Ich habe den Eindruck, dass Sie hier nicht sehr viel zu berichten hatten. Bologna hin und Berlin her - ich glaube, es wäre heute und hier darum gegangen, dass Sie uns ganz genau sagen, wie Sie den Bologna-Prozess in Schleswig-Holstein umsetzen wollen. Dazu sind Sie die Antworten schuldig geblieben.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Dieser Punkt hängt eng mit der Frage der Zielsetzungen und des Hochschulvertrages zusammen. Lassen Sie mich insofern mit dem anfangen, mit dem auch Sie angefangen haben, mit dem Bologna-Prozess; denn es begann ja ganz hoffnungsvoll, was Sie anfangs gesagt haben. In der Tat ist es ja richtig, es gibt den Bologna-Prozess, der besagt, dass bis zum Jahr 2010 so gut wie alle Studiengänge umgestellt werden von den bisherigen Diplomstudiengängen, Magisterstudiengängen und Lehramtsstudiengängen hin auf **Bachelor- und Master-Studiengänge**. Dieser Punkt findet sich auch in den Zielvereinbarungen wieder. Die Hochschulen sollen sich verpflichten, bis zum Jahr 2008 diese Umstellung vorzunehmen. Das bedeutet, dass im Lande innerhalb der nächsten fünf Jahre etwa 200 Studiengänge - wenn man die Lehramtsstudiengänge nicht mitrechnet - auf Bachelor und Master umgestellt werden müssen.

Wenn man so etwas in **Zielvereinbarungen** schreibt und die Mittelvergabe davon abhängig macht - denn in den Zielvereinbarungen steht auch drin, dass diese Umstellung Teil der internen Mittelvergabe sein soll -, muss man als Landesregierung, als Bildungsministerin auch ein Konzept anbieten, wie das geschehen soll. Denn bei der Umwandlung von bisherigen Studiengängen in Bachelor- und Master-Studiengänge gibt es ein paar ernst zu nehmende Fragen, die beantwortet werden müssen.

Zunächst einmal die Kostenfrage! Die Akkreditierung eines Studienganges in Bachelor und Master kostet zwischen 10.000 und 13.000 €. Das müssen Sie einmal hochrechnen auf mindestens 200 Studiengänge, die wir haben - wenn man das Lehramt noch draufrechnet, weit über 200 Studiengänge. Die Umstellung und Akkreditierung muss von den Hochschulen übernommen werden, ohne dass es derzeit seitens des Landes einen Ausgleich gibt. Das halte ich für falsch.

(Jost de Jager)

Wenn man den Hochschulen solche Vorschriften macht, muss man ihnen auch bei der Umsetzung behilflich sein. Das bedeutet, dass man auch die Kosten- seite begleiten muss.

(Beifall bei CDU und FDP)

Darüber hinaus gibt es andere, auch inhaltliche Fragen. Eines der Hauptprobleme besteht darin, dass es im Moment noch keinen Arbeitsmarkt für Bachelor und Master gibt. Das konzedieren Sie auch selber. Denn in den Zielvereinbarungen, die Sie mit den Hochschulen abschließen wollen, sprechen Sie davon, das sei ein Problem, und bieten als Lösungsvorschlag an, man könnte ja Konferenzen zwischen den Hochschulen und den Arbeitgebern durchführen und vielleicht würde sich das ja lösen.

Das ist als Antwort auf diese Frage viel zu wenig. Wenn man tatsächlich umstellen will und wenn man weiß, dass es Bedenken in der Wirtschaft gibt - und das sind weniger die Bedenken des DIHT oder des BDA, sondern das sind vor allem die Bedenken der mittelständischen Wirtschaft -, muss man zu praktikablen Lösungen kommen, wie man die Einführung begleiten kann, etwa durch eine Parallelität der Abschlüsse.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Ich mache den Vorschlag, dass wir uns darauf verständigen, dass wir einen Zeitraum von mehreren Jahren, vielleicht bis 2010 anbieten, in dem Studierende beide Abschlüsse parallel machen können, dass sie sowohl den MA als auch das Diplom machen können. Nur so finden wir eine Akzeptanz gerade in der mittelständischen Wirtschaft in Schleswig-Holstein für die neuen Abschlüsse. Diese Antwort hätten Sie heute geben müssen, die sind Sie heute leider schuldig geblieben.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: In zehn Minuten kann ich wirklich nicht alles ansprechen!)

- Ich schaffe das doch auch in zehn Minuten.

(Heiterkeit)

Ein weiteres Problem, das Sie nicht gelöst haben, das aber zum Bologna-Prozess dazugehört, ist der Übergang von Bachelor zu Master. Es ist vorgesehen, dass nicht jeder, der sein Bachelor macht, hinterher seinen Master machen kann. Nach welchen Kriterien der Übergang geregelt werden muss, ist etwas, das Sie als Ministerium mit den Hochschulen besprechen müssen. Dazu findet sich weder im Hochschulvertrag etwas noch in den Zielvereinbarungen noch in Ihrer

Rede heute. Ich stelle fest: ein weiteres von Ihnen ungelöstes Problem.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mein Vorschlag wäre, dort zum Beispiel zu sagen: Wir überlassen die Frage, wie hoch die Quote derer ist, die von Bachelor auf Master umsteigen können, den Hochschulen selber und nehmen keine Kontingentierung am grünen Tisch vor, die den Gegebenheiten einzelner Studiengänge gar nicht entsprechen kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir müssen die Frage auch deshalb klären: Wenn ich feststelle, dass es bisher keinen gesicherten Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein für Master-Abschlüsse gibt, gibt es den schon gar nicht für Bachelor. Denn wer stellt heute jemanden ein, der einen Bachelor meinetwegen in BWL oder als Lehrer hat? Es gibt keinen Arbeitsmarkt für Bachelor. Auch das Problem muss gelöst werden. Es muss geklärt werden, was mit den Bachelors passiert, wenn sie diesen Abschluss gemacht haben. Auch dazu findet sich in den Zielvereinbarungen viel zu wenig. Sie schicken die Hochschulen auf einen Weg, den Sie selber nicht begleiten. Dabei wäre es Ihre Aufgabe, so etwas nicht nur in Zielvereinbarungen zu schreiben, sondern auch die Lösungen aufzuzeigen, die damit einhergehen.

(Beifall bei CDU und FDP - Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Keine Ahnung!)

- Ich habe sehr wohl Ahnung!

Wenn wir über die Modernisierung von Hochschulen reden, dann müssen wir etwas aufnehmen, was die Ministerin in ihrer Rede zu Recht angesprochen hat. Wenn wir über die Modernisierung von Hochschulen, über den Bologna-Prozess, aber auch über das reden, was die OECD gerade in der letzten Woche noch einmal vorgestellt hat, dann dürfen wir nicht nur über die Quantität des Hochschulwesens reden, sondern dann müssen wir vor allem auch über die Qualität sprechen. Ich glaube, das ist ein Punkt, den wir sehr ernst nehmen müssen. Dabei muss übrigens auch das berücksichtigt werden, was die OECD gesagt hat, nämlich dass wir zu wenig Studierende in Deutschland beziehungsweise in Schleswig-Holstein hätten und dass wir zu einer höheren Quote kommen müssten; schließlich liege der OECD-Durchschnitt bei 47 %.

Letztens hat der etwas glücklose Generalsekretär der SPD, Herr Scholz, gesagt, sein Ziel sei es, dass wir in Deutschland mittelfristig einen Anteil von 40 % erreichen. Demgegenüber bin ich nicht der Meinung, dass wir in Deutschland ein Problem damit haben,

(Jost de Jager)

dass wir zu wenig Studenten haben. Meiner Ansicht nach besteht das Problem eher darin, dass wir die Hochschulen, die die Studenten ausbilden, zu schlecht ausstatten, dass wir ihnen zu wenig Geld zur Verfügung stellen. Ich glaube, das ist das Problem. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie wir eine bestimmte **Qualität** in den **Hochschulen** tatsächlich gewährleisten können.

Damit komme ich zu dem Antrag der SPD betreffend die **Zielvereinbarungen**. Dieser Antrag enthält eine Reihe von Punkten, die allein die Quantität betreffen. Ich nenne als Beispiel, dass Sie den Anteil von Frauen weiter erhöhen wollen. Das kann man gerne hineinschreiben. Aber man darf es, wenn man einen solchen Antrag stellt wie Sie, nicht zu einem der Schwerpunkte dessen machen, was in den Zielvereinbarungen dargestellt werden soll; denn das geht an der Wirklichkeit der Hochschulen in Schleswig-Holstein vorbei. Insofern meine ich, dass der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen zu kurz gesprungen ist. Aus dem Grunde werden wir ihm nicht zustimmen. In dem Antrag wird auch eine Festlegung in den Bereichen vermieden, in denen wir, was die Zielvereinbarungen und den Hochschulvertrag angeht, noch einmal sehr genau gucken müssen, ob das Ganze richtig gelagert ist.

Ich will fairerweise sagen, dass die Planungssicherheit und die Finanzierung für die Hochschulen durch den **Hochschulvertrag** und die Zielvereinbarungen in Teilen verbessert werden. So werden die Tarifsteigerungen für einen Zeitraum von fünf Jahren zugesagt. Darüber hinaus wird ein Innovationsfonds in Höhe von 5 Millionen € eingerichtet, der sicherlich auch zu einer verbesserten Finanzierung der Hochschulen beiträgt. Beides sind übrigens Forderungen, die wir als CDU seit Jahren erhoben haben. Ich habe noch im Ohr, dass uns gerade Frau Heinold bis vor kurzem immer wieder gesagt hat, wie unseriös das sei und dass man das alles gar nicht finanzieren könne. Wieder einmal ist der Beweis erbracht, dass mit ein paar Jahren Zeitverzögerung auch Sie solche Vorschläge sehr wohl übernehmen und so etwas einführen. Insofern konzidiere ich hier gerne, dass es in Teilen tatsächlich zu einer Verbesserung kommt. In Teilen ist das jedoch nicht der Fall, weil die Zielvereinbarungen und der Hochschulvertrag weiterhin ungedeckte Schecks enthalten.

Die Hochschulen verpflichten sich in den Zielvereinbarungen und im Hochschulvertrag, die Beschlüsse des Landes zur Erichsen-Kommission umzusetzen. Diese kennen sie aber noch gar nicht alle. Im Übrigen muss man sagen, dass die Umsetzung der **Empfeh-**

lungen der Erichsen-Kommission in Schleswig-Holstein so gut wie gescheitert ist. Sie, Frau Erdsiek-Rave, haben dargelegt, was Sie alles umsetzen wollen. Sie haben jedoch vergessen zu sagen, was Sie alles nicht umsetzen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sprechen von einem Schwerpunkt Vermittlungswissenschaften in Flensburg, verschweigen aber, dass Sie den Vorschlag der Erichsen-Kommission, die Lehramtsstudiengänge in Flensburg zu konzentrieren, nicht umsetzen wollen. Sie verschweigen ferner, dass Sie den Vorschlag der Erichsen-Kommission zu dem Krankenhausmanagement von Lübeck nicht umsetzen wollen. Ich könnte die Reihe der Beispiele fortsetzen.

Damit will ich nicht sagen, dass die Empfehlungen der Erichsen-Kommission unserer Auffassung nach eins zu eins umgesetzt werden sollten. Ich will hinzufügen, dass es Punkte gibt, in denen die Erichsen-Kommission mittlerweile widerlegt ist. So ist die Datenlage zu Eckernförde heute völlig anders, als sie damals von der Erichsen-Kommission dargestellt worden ist. Ansonsten geht es nicht darum, dass man sich sklavisch an dieses Gutachten hält. Es geht jedoch darum, dass die Effizienzgewinne, die durch die Umstrukturierung entstehen, den Hochschulen zugute kommen sollen. Ich muss jedoch feststellen, dass es durch das, was Sie in der Hochschulpolitik machen, keine Effizienzgewinne geben wird. Ein wesentlicher Teil der Effizienzgewinne soll nämlich aus der Medizin kommen und ich kann nicht erkennen, dass es in den Haushaltsjahren 2004 oder 2005 oder darüber hinaus zu einer Reduzierung des Zuschusses für die Krankenversicherung kommen wird. Ich kann auch nicht erkennen, dass die Zahl der **Studienplätze** in der **Medizin** in einem Maße abgebaut wird, dass Effizienzgewinne entstehen. Effizienzgewinne für die Hochschulen wird es nicht geben. Insofern binden Sie die Hochschulen, ohne dass Sie sagen können, was Sie ihnen tatsächlich anzubieten haben. Vor diesem Hintergrund meine ich, dass das, was Sie hochschulpolitisch vorhaben, vielleicht unter dem Begriff „Modernisierung der Hochschulen“ laufen wird, handwerklich aber nicht so ist, dass am Ende modernere Hochschulen dabei herauskommen.

Sie haben - wie so oft - auch heute wieder angekündigt, Sie werden irgendwann einen Gesetzentwurf vorlegen, in dem das alles dargelegt ist. Ich sage Ihnen: Gehen Sie mit dem, was Sie bezüglich der Umsetzung des Erichsen-Gutachtens machen wollen, ins Parlament und handeln Sie es nicht mit den einzelnen Hochschulen in den Zielvereinbarungen aus! Stellen Sie das, was Sie vorhaben, hier im Parlament zur Diskussion!

(Jost de Jager)

Ich hätte mir gewünscht, Frau Erdsiek-Rave, dass Sie im Zuge Ihres Berichts über die Modernisierung der Hochschulen nicht nur auf die Vorlage eines Gesetzentwurfs im vierten Quartal verwiesen hätten, sondern heute tatsächlich gesagt hätten, was Sie tatsächlich vorhaben, zum Beispiel was den Landeshochschulrat und andere Dinge angeht, die von der Erichsen-Kommission vorgeschlagen worden sind. Sie sind heute sehr viele Antworten schuldig geblieben. Ich glaube, dass dadurch eine Zeitverzögerung bei der Modernisierung der Hochschulen entsteht, die die Hochschulen nicht verdient haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich möchte zunächst auf der Tribüne neue Besucher begrüßen, nämlich den CDU-Ortsverband Norderstedt und die Frauen-Union Kreisverband Dithmarschen sowie ganz besonders herzlich unsere ehemalige Kollegin Eva Peters.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Höppner.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich gedacht, dass wir an dieser Stelle eine Diskussion um ein großes europäisches Ereignis führen, nämlich um einen Einigungsprozess im Bereich der **Hochschulen**. Was ist daraus geworden? Kollege de Jager, Sie haben hier eine kleinteilige Diskussion angestoßen. Ich bin erstaunt darüber zu erfahren, wie klein die Brille sein kann, die man aufsetzt, um über den Bologna-Prozess zu sprechen, wie kleinlich man im Hinblick auf Spekulationen darüber sein kann, was geht und was nicht. Wenn Sie hier die Frage stellen: „Wer stellt schon einen Bachelor in BWL ein?“, dann muss ich fragen: Wer stellt denn einen staatlich geprüften Betriebswirt mit Fachschulausbildung ein? Wer stellt einen Betriebswirt FH ein? Es gibt diese unendliche Bandbreite an Studienabschlüssen und Qualifikationen bereits heute.

Denken Sie bitte auch daran, dass die Tarifvertragspartner schon darüber diskutieren, in welcher Form **Bachelor** oder **Master** in das Tarifsysteem einzugruppiert sind. Alles das sind Dinge, die bereits in einem Prozess sind. Dieser Prozess, der bereits läuft, ist ein wichtiger Prozess. Wir brauchen ihn auch, damit Europa zusammenwächst.

Darüber hinaus muss ich feststellen, dass Ihre Position zu dem Erichsen-Gutachten auch nicht so eindeutig ist. Sie haben bemängelt, dass die Landesregie-

rung das, was die **Erichsen-Kommission** vorschlägt, nicht in der Form umsetzt. Andererseits stellen Sie aber viele Dinge, die in dem Erichsen-Gutachten beschrieben worden sind, selbst auch infrage.

(Jost de Jager [CDU]: Das kann man aber!)

- Das kann man in der Tat tun. Dann sollten Sie jedoch diesen Vorwurf, den wir auch Ihnen machen können, gegenüber der Landesregierung nicht in dieser Form äußern.

Ich denke schon, dass das, was den Bologna-Prozess betrifft, einer Würdigung in diesem Hause wert ist, zumal wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass dieser Einigungsprozess gar keine Vorgabe des Europäischen Parlaments, der Kommission oder von Landesregierungen oder Parlamenten war, sondern aus den Hochschulen selbst herauskam, nämlich 1988 anlässlich der 900-Jahr-Feier in Bologna mit der gemeinsamen Erklärung der Rektoren und Präsidenten der europäischen Hochschulen. Es ist ein Prozess, der eigentlich erst zehn Jahre später von den Bildungsministern aufgenommen worden ist mit dem Ziel - das ist das Ziel, das auch wir in Schleswig-Holstein haben -, die Strukturen unserer Hochschulen so aufeinander abzustimmen, dass eine gegenseitige Anerkennung von **Hochschulabschlüssen** in mittlerweile 40 europäischen Ländern erreicht werden kann und dass auch Teilqualifikationen anerkannt werden, sodass das, was wir uns eigentlich wünschen, nämlich ein grenzüberschreitender Wechsel von Studenten im Rahmen ihres Studiums und ein Austausch von Hochschullehrern, zukünftig in Europa eine Selbstverständlichkeit wird.

Ich denke, so war auch die Konferenz in Berlin mehr als eine Konferenz von Fachministern. Wir haben wohlwollend zur Kenntnis nehmen können, dass sich auch Russland und kleine Staaten wie zum Beispiel Andorra oder der Vatikan, die nur eine Hochschule haben, an diesem Prozess beteiligen. Mittelfristig wollen das auch die Staaten des Westbalkans tun, die noch keine Beitrittsperspektive zur EU haben. Auch sie beteiligen sich an diesem gemeinsamen europäischen Prozess. Was darin verabredet worden ist, ist nicht nur formal bindend für unser Bildungssystem in Deutschland und in Schleswig-Holstein, sondern dadurch wird auch der Rahmen für die Weiterentwicklung dieses Reformprozesses gesetzt. Und wenn wir die Beschlüsse von Berlin als Prüfstein unserer Politik heranziehen und unseren eine Woche vor der Berliner Tagung eingebrachten Antrag daraufhin überprüfen, können wir durchaus ein positives Resultat ziehen.

(Dr. Henning Höppner)

In Berlin wurde verabredet, dass bis zum Jahr 2005 in allen Ländern eine Struktur für die interne und externe **Qualitätssicherung** von Hochschulen geschaffen werden soll. Wir wollen, dass solche Instrumente bei uns bereits im Rahmen der Zielvereinbarungen für die Jahre 2004 und folgende eingeführt und auch in konkretes Handeln umgesetzt werden. Dabei sind die Hochschulen aufgefordert, im Rahmen ihrer Autonomie interne und externe Evaluationsverfahren zu entwickeln. Ich glaube, wir sind hier in Schleswig-Holstein auf einem wirklich guten Weg.

Die europäischen Bildungsminister haben uns in Berlin noch zwei weitere Aufgaben mit auf den Weg gegeben: erstens den Aufbau nationaler Qualitätssicherungssysteme mit eindeutigen Verantwortlichkeiten und internationaler Beteiligung und zweitens die Erarbeitung eines europäischen Netzwerkes für Qualitätssicherung im Hochschulbereich in Zusammenarbeit mit den europäischen Vereinigungen der Rektoren und den Vereinigungen der Studierenden. Da sind wir ganz offen. In dieser Hinsicht gibt es noch einiges zu tun.

Wir halten die angestrebten Ziele und Zeitziele für richtig und wichtig. Professor Erichsen hat uns ja in seinem Gutachten für Schleswig-Holstein mit auf den Weg gegeben, flächendeckend möglichst umgehend und möglichst schnell auf **Bachelor- und Master-Abschlüsse** umzustellen. Ich verstehe das, was im Erichsen-Gutachten niedergeschrieben worden ist, auch als Auftrag an uns, diesen Prozess zu beschleunigen und alles dazu beizutragen, dass die Widerstände, die es natürlich an den Hochschulen gibt, überwunden werden. Natürlich müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die eine oder andere Hochschule das in dieser Form nicht akzeptiert und das Tempo der Umstellung in den verschiedenen Fachbereichen und Hochschulen durchaus differenziert zu betrachten ist.

Aber es geht nicht nur - das hat die Ministerin auch schon angedeutet - um die Akzeptanz der Studienabschlüsse innerhalb der Hochschulen oder innerhalb des Rahmens der europäischen Hochschulen, sondern auch um die Nachfrage von Studierenden. Das ist sicherlich eine Frage für diejenigen, die die Absolventen der Studiengänge übernehmen sollen.

Wir wollen diesen Prozess beschleunigen. Das wird sicherlich nicht überall gleich gut und gleich schnell gelingen. Aber ich bin mir sicher, dass wir - was den Rahmen und die Wettbewerbssituation auf dem europäischen Markt angeht - das durchaus positiv angenommen haben. Wir können es uns als kleines Land nicht leisten, hier auf zukünftige Strukturen zu verzichten. Und mit den Vorschlägen der Erichsen-Kommission und dem Bekenntnis der Landesregie-

rung für eine auskömmliche und nachhaltige Finanzierung für unsere Hochschullandschaft sind wir sicherlich auf einem guten Weg. Beide Elemente waren Grundlage des Hochschulvertrages, der vor wenigen Wochen unterzeichnet wurde. Beide Elemente sind auch Grundlage der Zielvereinbarung, die das Land derzeit mit den Hochschulen ausarbeitet.

Wir sind der Auffassung, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag wichtige Prinzipien und Anforderungen an die **Zielvereinbarungen** formulieren und beschließen sollte, deswegen haben wir unseren Antrag eingebracht. So sehr die Details aber das Geschäft der Exekutive sind, so wichtig ist eine prinzipielle politische Vorgabe durch unser Parlament. Wir haben das bei den ersten Zielvereinbarungen vor fünf Jahren so gemacht und wir werden das auch mit dem von uns vorgelegten Antrag ebenfalls tun.

Die mehrjährigen Zielvereinbarungen schaffen Planungssicherheit bis 2008. Es gibt außerhalb der Landwirtschaft keinen anderen Bereich, der so viel Planungssicherheit haben wird.

(Claus Ehlers [CDU]: Weißt du das ganz genau?)

- Das wissen wir ganz genau, lieber Claus. Das hat uns der Präsident des Bundesbauernverbandes, Gerd Sonnleitner, auf dem Landesbauerntag auch so erklärt. Eine Planungssicherheit für die Landwirtschaft besteht bis 2013. Das ist im Kopf geblieben.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Aber ich denke, wir können hier in Schleswig-Holstein unseren Hochschulen doch ein wenig mehr bieten als andere Bundesländer, als zum Beispiel die Regierungstragenden in Hamburg und Niedersachsen, die in ihren langen Oppositionszeiten das Blaue vom Himmel herunter versprochen hatten. Seit heute wissen wir immerhin, dass bei der Diskussion um die Konzentration der Studienangebote im Bauwesen im Land Niedersachsen die Fachhochschule Buxtehude keine Rolle mehr spielen wird, weil die durch die niedersächsische Landesregierung noch im August abgegebene Bestandsgarantie - oder nennen wir es das Mindesthaltbarkeitsdatum - schon abgelaufen ist.

Ich habe eingangs unterstrichen, dass in **Bologna** kein technokratischer Koordinationsprozess eingeleitet, sondern Gesellschaftspolitik für Europa gemacht wurde. Ich glaube, das darf man nicht unterdrücken. Das muss auf allen Ebenen hier in Schleswig-Holstein nachvollzogen werden.

Die Kooperation der Hochschulen soll selbstverständlich - das ist auch ein Ziel, das die Ministerin be-

(Dr. Henning Höppner)

schrieben hat - auch der Einsparung von Ressourcen dienen, aber sie hat auch sehr viel tiefere Dimensionen. Und das gilt gerade für die Bundesländer wie Schleswig-Holstein, die an andere europäische Staaten grenzen. Die Kooperation in Schleswig-Holstein zwischen der Syddansk-Universität und der Universität Flensburg muss bewahrt und ausgebaut werden und sie muss auch für Hochschulen Modell sein, die nicht unmittelbar an der Grenze liegen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW])

Wir sind der Auffassung: Die Modernisierung und vor allen Dingen die Europäisierung der schleswig-holsteinischen Hochschulen ist auf einem wirklich guten Weg.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Klug für die Fraktion der FDP das Wort. Bitte, Herr Abgeordneter!

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was spielt sich eigentlich gegenwärtig zwischen dem Bildungsministerium und den Hochschulen des Landes in Sachen Zielvereinbarung ab? - Vor ein paar Tagen hat sich die Landesrektorenkonferenz getroffen und erste Erfahrungen ausgetauscht. Und die folgen - wie man mir berichtet hat - einem sehr einfachen Grundmuster: Erster Akt - Ministerium sendet Textentwurf an die Hochschulen. Zweiter Akt - Hochschule schickt Entwurf mit Änderungswünschen ans Ministerium zurück. Dritter Akt - Ministerium übersendet den ursprünglichen Text zum zweiten Mal. Da stellt sich dann doch die Frage: Spricht die Landesregierung überhaupt mit ihren Vertragspartnern über die anstehenden Vereinbarungen oder will sie mit den Rektoren nur Diktate schreiben? Im letzteren Falle müsste man das Thema dieser Landtagsdebatte eigentlich ändern. Statt Zielvereinbarungen mit den Hochschulen müsste es dann richtig heißen: Unterwerfungserklärungen von Hochschulen.

Oder steckt hinter dieser Nichtverhandlungsstrategie möglicherweise eine andere Absicht? Käme es dem Ministerium vielleicht sogar gelegen, wenn der Abschluss der Zielvereinbarungen in Schleswig-Holstein zum zweiten Mal nicht zustande käme? - Jedenfalls hätte Rot-Grün dann einen Vorwand, um die mit dem **Hochschulvertrag** in Aussicht gestellte **Tarifanpassungsklausel** nicht zum Zuge kommen lassen zu

müssen. Wir erinnern uns an die Haushaltsberatungen und daran, dass Sie globale Minderausgaben in der Größenordnung von 19 Millionen € im nächsten Jahr beziehungsweise 47 Millionen € im übernächsten Jahr erwirtschaften müssen und uns natürlich nicht sagen konnten, wo in Ihrem Haushalt Sie diese globale Minderausgabe erwirtschaften wollen.

Bei der SPD fallen Reden und Handeln auch in der Hochschulpolitik immer weiter auseinander. Laut der „dpa“-Meldung vom 21. September 2003 hat der SPD-Generalsekretär Olaf Scholz erklärt, die Sozialdemokraten wollten die Zahl der Studienanfänger pro Altersjahrgang von derzeit 35 auf 40 % steigern. Dazu passt dann sehr gut die in Schleswig-Holstein von der Landesregierung beabsichtigte Streichung von **Studienangeboten**. Frau Ministerin, natürlich wollen sie Studienplatzkapazitäten in vielen Bereichen zusammenkürzen. Sogar Studienstandorte stehen - jedenfalls nach den Empfehlungen der Erichsen-Kommission - komplett infrage. Es ist nirgendwo absehbar, dass ersatzweise dafür an anderer Stelle neue, andersartige Angebote hinzukommen, zusätzliche Studienplätze. Das sollten Sie uns bitte hier konkret erklären, wo Sie diese zusätzlichen Studienangebote möglicherweise etablieren wollen.

Meine Damen und Herren, die Arbeitsteilung der SPD ist ganz einfach: Die Partei macht große Ankündigungen, die von den Sozialdemokraten noch mitgetragenen Regierungen praktizieren derweil genau das Gegenteil. Die schleswig-holsteinische Landesregierung tut das mit einer ganz besonderen Variante, sie taucht nämlich als U-Boot ab und schießt dann irgendwo ihre Torpedos los. Nehmen wir als Beispiel die Studiengänge Bauingenieurwesen und Architektur. Ich zitiere aus der „Eckernförder Zeitung“ von heute den Herrn Sprecher der Landesregierung, Herrn Hildenbrand, das Kabinett habe sich gestern unter dem Punkt „Verschiedenes“ noch einmal mit der Standortfrage befasst. Wann eine Entscheidung für Lübeck und Eckernförde falle, ließ der Regierungssprecher offen. - Ich frage Sie, Frau Erdsiek-Rave, meine Damen und Herren: Wie wollen Sie eigentlich mit den **Fachhochschulen** Lübeck und Kiel, die von dieser Standortfrage nun einmal betroffen sind, über Zielvereinbarungen verhandeln, wenn noch nicht einmal klar ist, welche Position die Landesregierung überhaupt zu einem bisherigen wesentlichen Tätigkeitsfeld dieser beiden Hochschulen hat? - Anspruch und Wirklichkeit fallen bei der Landesregierung immer weiter auseinander.

Ich nenne ein zweites Beispiel. Auf der einen Seite hört man von der Landesregierung, am Hochschulstandort Lübeck solle eine Schwerpunktbildung im

(Dr. Ekkehard Klug)

Bereich Medizintechnik erfolgen. Gleichzeitig bringt die Landesregierung einen Doppelhaushalt ein, in dem die Mittel für das Medizinische Laserzentrum Lübeck Jahr für Jahr weiter zusammengestrichen werden, von mehr als 1,1 Millionen €, die noch im Jahre 2000 zur Verfügung standen, über rund 960.000 € in diesem Jahr bis auf dann, schrittweise weiter runter, 722.000 € im Haushaltsansatz 2005 im jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf. Alles in allem ist das im Laufe von mehreren Jahren eine Absenkung für das **Medizinische Laserzentrum Lübeck** um 36 %. Das ist ein wirklich phänomenales Beispiel, wie die Landesregierung am Standort Lübeck **Schwerpunktsetzung** im Bereich Medizintechnik realiter durchführt. Dabei hat dieses Medizinische Laserzentrum Lübeck seit Jahren erfolgreich Technologietransfer geleistet. Es hat Spitzenforschung durchgeführt, anerkanntermaßen, es hat sogar innovative Firmengründungen mit neu entstandenen Arbeitsplätzen in Lübeck zustande gebracht, es hat mit namhaften großen Unternehmen zusammengearbeitet, es hat erhebliche Fremdmittel eingeworben und es ist auch beachtliche internationale Kooperationen eingegangen. Das heißt, dieses Medizinische Laserzentrum Lübeck hat alles gemacht, was Rot-Grün im heute vorliegenden Entschließungsantrag einfordert an Dingen, die die Hochschulen leisten sollen. Was ist die Belohnung dafür, dass das Medizinische Laserzentrum Lübeck alles das erbracht hat? Im Laufe von mehreren Jahren wird es um 36 % zusammengekürzt, sodass wir heute von dort einen Warnruf bekommen, die Alarmmeldung, diese Einrichtung sei nun mit dieser tollen Schwerpunktsetzungspolitik dieser Landesregierung in ihrer Existenz, in ihrer Arbeitsmöglichkeit wirklich entscheidend getroffen und beeinträchtigt. Sehr überzeugend machen Sie das, sehr überzeugend!

(Beifall bei FDP und CDU)

Auf der einen Seite schöne Worte für Sonntagsreden und für tolle Entschließungsanträge, wo dann floskelhaft alles, was gut und teuer ist, zusammengepackt wird. Das wird dann hochgehalten, an einem großen Fahnenmast hochgezogen, und auf der anderen Seite die Realität, wo Sie in Ihrer konkreten Regierungsarbeit in diesem Land genau das Gegenteil dessen tun, was Sie sonntags oder in Hochglanzbroschüren versprechen. Es ist wirklich kein Wunder, dass die Glaubwürdigkeit dieser Landesregierung inzwischen auf dem absoluten Nullpunkt gelandet ist, nicht nur im Bereich Hochschulpolitik, auch in vielen anderen Bereichen.

Ich will noch auf ein paar Dinge eingehen, die in der Landtagsdebatte angesprochen worden sind. Ich glau-

be, dass Jost de Jager sehr zu Recht die Probleme beim Übergang zu den neuen **konsekutiven Studienabschlüssen** Bachelor und Master dargelegt hat. Das war sehr zutreffend, was dazu an Kritik von Jost de Jager gesagt worden ist. Man kann vielleicht noch eines hinzufügen, Frau Ministerin. Sie haben nicht einmal die Hausaufgaben im eigenen Bereich gemacht. Sie haben die Arbeitgeber angesprochen, die natürlich noch Bereitschaft entwickeln müssten, um die Absolventen dieser neuen Abschlüsse dann aufzunehmen. Aber bis heute ist nicht einmal geklärt, wie die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst die Bachelor-Absolventen in Zukunft in das Gefüge des öffentlichen Dienstes einstufen. Nicht einmal diese Hausaufgaben im eigenen Bereich sind bislang erfüllt worden. Das ist nun wirklich unterirdisch, dass man Absolventen in einen neuen Studienabschluss hineinschickt und nicht einmal als staatlicher Arbeitgeber eine Antwort weiß, wie die am Ende dastehen.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf von der Regierungsbank: Sie sind schlecht informiert!)

- Natürlich ist das bisher nicht geklärt.

Das Zweite. Sie haben zu Beginn der Beratungen der Erichsen-Kommission im Bildungsausschuss des Landtages auf meine Frage hin, wie denn nach Ihrer Auffassung die Sache gehandhabt werden sollte, bei den Lehramtsstudiengängen, geantwortet, Sie hätten in dem Eingangsgespräch, das Sie mit Professor Erichsen geführt hätten, gesagt, nach Ihrer Auffassung sollte Schleswig-Holstein wegen der Problemlage - wir haben weniger Studienstandorte, die Lehrerbildung betreiben - nicht an der Spitze der Bewegung marschieren wegen des Problems der Aufnahme der Absolventen am Arbeitsmarkt. Da sollten lieber andere Länder, die mehrere Standorte haben, die an mehreren Hochschulen **Lehramtsstudiengänge** haben, sozusagen erst einmal testen, versuchsweise voranmarschieren. Jetzt also 180 Grad Kehrtwendung, jetzt heißt es, so schnell wie möglich und möglichst komplett. Innerhalb eines Jahres ist das eine 180-Grad-Kehrtwende.

Meine Damen und Herren, **Drittmittleinwerbung** haben Sie angesprochen. Es ist natürlich wichtig, dass Hochschulen Drittmittel einwerben. Wir wissen aber doch, dass Drittmittleinwerbung nur dort möglich ist, wo die Grundausstattung dafür die Voraussetzung schafft. Schauen Sie sich die Drittmittelvergabe des Bundesforschungsministeriums von Frau Bulmahn aus dem Jahre 2001 für die deutsche Genomforschung an: 300 Millionen DM - 2001 - sind an Fördermitteln für diesen Forschungsbereich von der Bundesregierung gezahlt worden. Von diesen 300 Millio-

(Dr. Ekkehard Klug)

nen DM sind 98 Millionen an bayrische Hochschulen und bayrische Forschungsinstitute gegangen, fast ein Drittel. Das hat doch die rot-grüne Bundesregierung nicht getan, weil sie Herrn Stoiber und seine bayrische CSU-Landesregierung so nett findet, sondern das ist deshalb dazu gekommen, weil Bayern seine Forschungseinrichtungen im Bereich der Molekularbiologie, im Bereich der Gentechnik so ausgestattet hat - übrigens auch unter Verwendung von Privatisierungserlösen in Bayern -, dass diese bayrischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen jetzt in der Lage sind, die verfügbaren Drittmittel für interessante, zukunftssichere Forschungsprojekte wirklich einzuwerben. In Konkurrenz mit anderen Interessenten schneiden die nun einmal vielfach besser ab. Schauen Sie sich das Ranking an, das die Deutsche Forschungsgemeinschaft zu den DFG-Mitteln veröffentlicht hat: Reihenweise süddeutsche Hochschulen aus Bayern und Baden-Württemberg unter denen, die die höchsten Anteile an Drittmitteln einwerben. Es gibt eine enge Verzahnung zwischen Ausstattung, die eine Hochschule hat, und den Drittmitteln, die sie einwerben kann.

Ein letztes Beispiel. Wir haben in Flensburg zwei Hochschulen, die Universität und die Fachhochschule. Die haben eine gemeinsame Bibliothek, die über Bibliotheksmittel pro Jahr in Höhe von 200.000 € verfügt. Ich nenne Ihnen dazu ein Vergleichsbeispiel.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Aber bitte kurz. Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ein Kollege von der Universität Kiel ist nach Mainz berufen worden auf einen geisteswissenschaftlichen Lehrstuhl, für den er - es ist die Erstberufung bei ihm - jetzt pro Jahr Bibliotheksmittel von 20.000 € zur Verfügung hat. Zehn ordentliche Professoren in Mainz haben für den Bibliotheksbereich, für die Anschaffung von Fachliteratur eine Ausstattung, die die beiden Flensburger Hochschulen mit mehr als 5.000 Studierenden zusammengenommen haben. Das ist die dramatische Situation, was die Ausstattung unserer Hochschulen im Sachbereich in diesem Lande leider anbetrifft.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Jetzt erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rätsele ein bisschen, was der Fokus dieser Debatte ist. Schauen wir einmal, wenn sie am Ende ist, was sich dann herausmendet. Immerhin lautet der Titel zum einen Modernisierung der Hochschulen und zum anderen Zielvereinbarungen. Diese sind, so wie wir es verstehen, eine Konkretisierung. Sie bringen eine Fokussierung der Modernisierung zum Ausdruck, und zwar in einem Vertragswerk, das die nächsten fünf Jahre Gültigkeit bekommt.

Bleiben wir also zunächst einmal beim Thema der Zielvereinbarungen. Was sollen sie regeln? Die Hochschulen haben in den letzten Jahren trotz knapper Finanzen einen gewaltigen Sprung nach vorn gemacht. Sie stehen mitten in einer **Studien- und Verwaltungsstrukturreform**, die Umstellung auf international anerkannte Studienstrukturen und Abschlüsse, moderne Studienberatung und Lehre sowie deren Evaluation beinhaltet. In den Zielvereinbarungen soll näher geregelt werden, welche Schritte in den nächsten fünf Jahren welche Hochschule zu leisten vermag, damit wir nichts erwarten, was nicht einlösbar ist. Es ist selbstverständlich: In den Fachbereichen, in denen das Thema Bachelor/Master noch ganz am Anfang steht, wird man natürlich nicht erwarten, dass man so weit vorausplant wie in Fachbereichen, in denen dieser Dialog schon weiter vorangegangen ist.

Herr de Jager, um auf Sie kritisch einzugehen: Ich muss mich schon wundern. Sie und Ihre Fraktion fordern doch immer und immer wieder, die Hochschulen müssten mehr auf die Wirtschaft zugehen. Nun streben Sie **internationale Studienabschlüsse**, eine Verkürzung der Studienzeiten, internationale Vergleichbarkeit und Voraussetzungen für Technologietransfer an. Jetzt kommen Sie und sagen: Die Wirtschaft versteht das alles gar nicht.

Zu Recht sagen wir: Es gibt nicht nur die eine Wirtschaft. Es gibt da ganz unterschiedliche Strukturen. Es ist jedoch unsere Aufgabe, beim Mittelstand und dort, wo vielleicht noch Skepsis herrscht, für diese neuen Studienabschlüsse zu werben, anstatt wie Sie zu sagen, wir halten am Alten fest, obwohl Sie selber früher immer wieder kritisierten, dass die Studienstrukturen durch zu viel Stoff überlastet seien, dass das Studium zu lange dauere und dergleichen mehr. Da sind auch Sie gefordert! Wenn dieser Prozess also nun vorankommt, dann bringen Sie sich mit Vorschlägen ein, anstatt das Ganze madig zu machen.

Weiterhin haben wir als Parlament die wesentliche Aufgabe zu erkennen, was die Hochschule überhaupt

(Angelika Birk)

tut. Die Hochschulen haben einerseits das Recht auf Autonomie. Die wollen wir ihnen - insbesondere auch im alltäglichen Handling - mehr als bisher geben. Gleichzeitig haben wir aber die Finanzverantwortung für das **Hochschulbudget** insgesamt. Deshalb erwarten wir ein neues Berichtswesen, das es sowohl den Hochschulen selbst als auch dem Parlament erlaubt zu beurteilen, welche Mittel für welche Zwecke ausgegeben wurden. Da nützt es nichts, einfach nur Stellenpläne oder Globaltitel vor sich zu haben. Vielmehr kommt es darauf an, neue Parameter und ein neues Berichtswesen zu finden, nach dem man die Zielerreichung messen kann.

Hier betreten viele Hochschulen in Deutschland Neuland. Es ist richtig, dass wir das in Schleswig-Holstein auch tun. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich auf Hessen verweisen, denn dort wurde zum Beispiel zu den Parametern, die für die Mittelzuweisung relevant sind, auch die **Frauenförderung** vereinbart. Die Frauenförderung in Studium, Forschung und Lehre ist kein Luxus. Es ist ein Skandal, dass es sich in Deutschland Wissenschaft und Wirtschaft immer noch leisten - was das Know-how und die Einstellung betrifft -, auf die Hälfte der Bevölkerung zu verzichten. Nicht zu Unrecht wurde von der **OECD** erst kürzlich wieder darauf hingewiesen, was es bedeutet, wenn ein Land seine Bildungsressourcen nicht ausnützt. Eine wesentlich ungenützte Bildungsressource ist immer noch die Bildung des weiblichen Geschlechts. Dass man hier endlich vorankommt und sich - was die Anzahl von Professorinnen am Gesamtanteil einer Hochschule ausmacht - nicht hinter Staaten aus der dritten Welt verstecken muss, sollte hier Konsens sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zu einem weiteren wichtigen Element: Internationale Kooperation, Technologie- und Wissenstransfer und auch der Ausbau der Hochschule zur **Weiterbildungsinstitution** sind wichtige Bestandteile von Zielvereinbarungen, wie wir sie uns vorstellen. Auch hier kann von der Opposition doch kein ernst gemeintes Veto eingelegt werden. Es kommt jetzt darauf an, wie es gelingt, diese hehren Ziele auch zu operationalisieren. Deshalb gehen wir davon aus, dass die Bildungsministerin im Bildungsausschuss, wo die Fachdebatte im Detail geführt werden kann, die Zielvereinbarungen vor dem endgültigen Abschluss vorlegt. Wir können dann im Detail und auf die einzelne Hochschule bezogen darüber sprechen. Das haben wir in unserem Antrag dargelegt.

Ein weiteres Element, das vielleicht nicht überall Beifall findet, unserer Fraktion aber - auch mit Blick auf manche Erfahrung - als unerlässlich erscheint, ist,

dass **Technikfolgenabschätzungen** selbstverständlicher Bestandteil der Forschung an den Hochschulen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erwarten hierzu Vorschläge, wie in den unterschiedlichen Fachbereichen angemessene institutionalisierte Formen hierfür gefunden werden. Es ist selbstverständlich, dass nicht jeder Fachbereich sein eigenes Institut für Technikfolgenabschätzung gründen soll. Es gibt aber verschiedenste Formen, wie man hier zu einer systematischen und eben nicht nur als Luxus verstandenen Einstellung gerät, vor allem die Folgenabschätzung rechtzeitig mit plant und nicht erst dann, wenn Kinder in den Brunnen gefallen sind.

Ich komme zu einem weiteren Komplex, der für Sie von der Opposition vielleicht nicht verständlich erscheint. Für uns ist er es schon. Wenn wir den Hochschulen mehr **Autonomie** geben, dann heißt das nicht, dass sie im luftleeren Raum operieren sollen. Vielmehr erwarten wir, dass die Hochschulen auf gesellschaftliche Gruppen - und das ist mehr als nur die Wirtschaft - zugehen und sich in den Dialog begeben, um den gesellschaftlichen Bedarf zu ermitteln. Natürlich sollen sie sich auch den Vorstellungen der Regierung und des Parlamentes stellen und hier zu einem Konsens kommen. Insofern bin ich froh darüber, dass die Vorschläge der **Erichsen-Kommission** zumindest in gewisser Hinsicht von uns allen als eine solche Dialoggrundlage anerkannt wurden. In vielen Fällen haben wir eine weit gehende Zustimmung. Ich bin der Opposition dafür dankbar, dass wir auch dort Zustimmung haben, wo wir von diesen Vorschlägen abgewichen sind.

Eine wichtige Detailentscheidung zu der Frage, wie wir mit unserem Bauwesen und dem Bauingenieurwesen an den Fachhochschulen umgehen, steht noch aus. Ich gehe aber davon aus, dass hierzu im Bildungsausschuss baldmöglichst eine Klarstellung erfolgen wird und von der Regierung eine nachvollziehbare Entscheidungsbegründung vorgelegt wird.

Kommen wir zu einem schwierigeren Punkt der Umsetzung der Erichsen-Kommission, nämlich die **Kooperation mit Hamburg**. Eigentlich war sie auf einem ganz guten Wege. Sicher ist dies jetzt keine Kooperation im großen Stil. Wir geben glücklicherweise keine Hochschule auf, sondern wir haben in bestimmten Fragen - in der Musikhochschule oder auch bei anderen kleinen Fachbereichen - Kooperationen angestrebt. Jetzt erfahren wir, dass Hamburg für Nichtlandeskinder Studiengebühren einführt. Das ist tatsächlich der bildungspolitische Schlagbaum. Ich hoffe nur, dass dieses Beispiel nicht Schule macht, denn es

(Angelika Birk)

würde bedeuten, dass wir unsere Träume von Internationalität, von Studienwechseln und so weiter vergessen können. Ich hoffe, dass wir so eine kleinkarierte Landeskinderklausel überwinden. Wir können uns das als Studienstandort in Deutschland einfach nicht leisten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entscheidend für die Hochschulfinanzen ist nicht die Einführung von Gebühren. Entscheidend ist, da muss ich der Opposition Recht geben, inwieweit es gelingt, die finanzielle Trennung zwischen Uniklinik und Hochschuletat endlich Wirklichkeit werden zu lassen und die Subvention der Krankenversorgung aus dem Bildungsministerium zu vermeiden. Mir ist bewusst, dass die Uniklinik natürlich auch ein ausreichendes Krankenversorgungsbudget braucht. Mir ist auch bewusst, dass die Auseinandersetzung um die DRG sehr hart ist. Ich denke zum Beispiel an die Tatsache, dass wir wissen, dass in internistischen Stationen inzwischen ein großer Teil der Menschen über 70 Jahre alt ist. Wir wissen, dass es sich bei der Kinderpflege um eine sehr intensive Angelegenheit handelt, die bisher in den DRG offensichtlich nicht berücksichtigt wurde. Das ist aber ein Konflikt zwischen Krankenkassen und Uniklinik, die - wie alle anderen Krankenhäuser auch - vergleichbare Bedingungen braucht, damit sie ihre Kranken gut versorgen kann. Es ist keine Auseinandersetzung darüber, dass die Hochschulen zukünftig weiterhin die Uniklinik subventionieren müssen, weil die Krankenkassen nicht bereit sind, genug zu bezahlen. An dieser Stelle müssen wir sehr sauber unterscheiden. Ich glaube, dazu braucht die Landesregierung auch das ganze Parlament im Rücken, um in dieser Frage keine zwei Meinungen aufkommen zu lassen.

Lassen Sie mich einige wenige Punkte skizzieren, in denen wir uns eine inhaltliche Orientierung der Hochschulen am Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein wünschen. Wir haben als eine der wenigen Universitäten einen Stiftungslehrstuhl für das Hausarztwesen. In der Zukunft wird der Bereich der Allgemeinmedizin - ebenso wie die Ausbildung zum Hausarzt - glücklicherweise immer wichtiger. Also müssen wir von einem Stiftungslehrstuhl wegkommen und zu einem regulären Lehr- und Forschungsangebot in diesem Bereich fortschreiten.

Auch das Studium der Pflegewissenschaft sollte in Schleswig-Holstein endlich möglich sein. Das sind Dinge, die sich nicht in der Erichsen-Konzeption wiederfinden, die wir aber für wichtig halten und uns bezüglich der Zielvereinbarungen vorstellen.

Bezüglich des Lehramtsstudiums sind wir noch nicht zufrieden damit, dass nur ein Teil der Realschullehrer ad hoc nach Flensburg geht. Wir finden es richtig, dass die Ausbildung der Sonderschullehrer dort konzentriert wird, und wir hoffen, dass wir schrittweise zu einer Stufenlehrausbildung kommen. Wir sehen ein, dass es in der augenblicklichen Situation schwierig ist, innerhalb kürzester Zeit alle Realschullehrerinnen und Realschullehrer nach Flensburg zu schicken, halten aber an dem Ziel fest, dass dies nicht auf die lange Bank geschoben werden darf, sondern dass wir uns rasch in Richtung Stufenlehramt bewegen sollten.

Umweltmanagement-Studiengänge: Hierzu haben wir einen Konsens gefunden. Sie sollten weiterhin bei der Universität Flensburg angesiedelt sein und müssen ausgebaut werden. Ebenso wünschen wir uns, dass sich der inspirierende Schwerpunkt Ökolandbau als Focus der Agrarfakultät in Kiel etabliert.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Kollegin, beachten Sie bitte die Redezeit!

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich weiß, ich muss zum Schluss kommen. - Das sind nur einige wenige Skizzen über inhaltliche Fragen, zu denen sich eine Diskussion lohnt. Ich hoffe, dass wir im Bildungsausschuss detaillierter hierüber beraten.

Mein Fazit: Zielvereinbarungen dürfen sich nicht in Verwaltungsreformen oder Budgetregeln erschöpfen. Sie bieten die Chance zu einer öffentlichen Profil-schärfung der Hochschulen, ihre Orientierung am gesellschaftlichen Bedarf. Es liegt an uns, die Hochschulen hierbei zu unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt seiner Sprecherin, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Monaten haben wir uns fast in jeder Landtagssitzung mit dem Thema der Hochschulen und der Modernisierung der Hochschulen befasst, so auch in der letzten Plenarsitzung, als es um die Vorstellungen der CDU bezüglich einer Reformierung der Hochschulen in Schleswig-Holstein ging. Laut Protokoll - man kann es nachlesen - kam bei uns keine richtige

(Anke Spoorendonk)

Freude auf, weil es damals schon wieder um das leidige Thema der Studiengebühren ging. Ich muss sagen, dass ich mit dem heutigen Papier schon viel besser leben kann. Denn der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spiegelt wesentlich besser die Prioritäten wider, die der SSW in Sachen Hochschulreform setzen möchte.

Wir begrüßen, dass an erster Stelle dieses Antrages die **Verbesserung der Lehre** durch Studienberatung, Evaluation, Berücksichtigung didaktischer Fähigkeiten der Dozenten und durch andere Maßnahmen steht. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die richtigen Instrumente, um die Studierenden zügig durch ein gutes Studium zu leiten. Der SSW hat in den letzten Jahren immer wieder unterstrichen, dass die Qualität der Lehre ebenso wichtig ist wie die Strukturreformen, wenn es darum geht, unsere Hochschulen zu modernisieren.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Angesichts der noch immer stark ungleichen Verteilung der Geschlechter zwischen der Gruppe der Studierenden und der Gruppe der Lehrenden, insbesondere in höheren Positionen, müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, diese zu beseitigen. Deshalb befürworten wir auch die Zielsetzung, die Mittelvergabe an die Gleichstellung und an die **Chancengleichheit** von Männern und Frauen zu knüpfen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die **Internationalisierung** der Studiengänge wird politisch von niemandem mehr infrage gestellt. Allerdings ist die Umsetzung bisher nicht besonders konsequent erfolgt. Es ist interessant zu sehen, welche Erfahrungen in anderen Ländern gemacht wurden. Die Ministerin sprach dies an. Diese Länder sind uns in dieser Sache um Jahre voraus. Ein Blick über die Grenze genügt. Dort ist man anfangs auch zögerlich mit Bachelor- und Master-Studiengängen umgegangen. Von dort hätten wir aber schon viel früher lernen können, dass die Umstellung nur gelingen kann, wenn man nicht lange mit einer parallelen Struktur von alt und neu lebt. Die Nachfrage des Arbeitsmarktes vor allem nach dem Bachelor wird zögerlich bleiben, wenn wir die neuen Studiengänge nicht aus vollem Herzen unterstützen und die alten Abschlüsse auslaufen lassen.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und I-

rene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich denke, die Politik hat ihre Schulaufgaben gemacht. Jetzt kommt es wirklich darauf an, dass sich auch alle Beteiligten an den Hochschulen konsequent auf den Bologna-Prozess einlassen, wobei ich als Klammerbemerkung noch hinzufügen möchte: Es ist schon enttäuschend, dass die Universität Flensburg sagt, sie wolle Bachelor- und Master-Studiengänge einführen, dann vonseiten des Ministeriums gesagt wird, man könne hieraus ein Modell machen, und vonseiten der CAU wird dann hinzugefügt, man wolle sehen, ob man sich beteiligen könne oder auch nicht. Auch da muss es wirklich konsequent heißen: Die Reise muss dorthin gehen. Man kann nicht auf halbem Wege Halt machen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als ebenso wichtig wie die verstärkte Internationalisierung und die verstärkte Übernahme des Bologna-Prozesses sehen wir die verstärkte **Zusammenarbeit** mit anderen **Hochschulen** an, wobei der SSW natürlich den grenzüberschreitenden Studiengängen einen ganz besonderen Wert zuspricht. Ich habe es schon häufig gesagt: Wir verfügen in Schleswig-Holstein über ein ganz besonderes Gut, nämlich über die Erfahrung mit echten, voll integrierten grenzüberschreitenden Studiengängen, wie wir sie in Flensburg haben. Da diese vor kurzem noch leichtfertig aufs Spiel gesetzt wurden, muss man es offensichtlich noch einmal betonen: Wir haben in unserem Land einen Hochschulstandort, der schon Erfahrungen mit grenzüberschreitenden Studiengängen gemacht hat, nach denen sich ganz viele Regionen in Europa und in der Welt die Finger lecken würden.

(Beifall bei SSW und SPD sowie der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Diese Studiengänge sind aber - auch das gehört zum Bild dazu - vom Land finanziell eher so behandelt worden, als wären sie Auslaufmodelle. Deshalb begrüßen wir, dass die Erichsen-Kommission den Bedarf erkannt hat, diese Studiengänge endlich ordentlich zu finanzieren, auch wenn sie Einsicht in die besonderen organisatorischen Bedingungen dieser Studiengänge vermissen ließ. Ich hoffe also sehr, dass diese Arbeit endlich honoriert wird. Es wäre fatal, wenn die Menschen bei den internationalen Studiengängen letztlich wieder im Stich gelassen würden nach dem Motto: Ihr dürft an der Uni bleiben, aber es gibt nicht mehr Geld.

Die Zielsetzung, die im vorliegenden Antrag formuliert wird, ist daher vollkommen richtig. Wir wollen

(Anke Spoorendonk)

mehr hochschulübergreifende Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein und mehr Zusammenarbeit mit Hochschulen im Ausland. Die im Antrag genannte Ausschöpfung vorhandener Ressourcen bedeutet hoffentlich, dass die stiefmütterlich behandelten deutsch-dänischen Studiengänge von der Landespolitik endlich ohne Wenn und Aber adaptiert werden. Das erwarten wir ganz einfach. Bevor nicht die Qualität des Bestehenden gesichert ist, können wir nicht weitere gemeinsame Studiengänge im Ost- und Nordseeraum unterstützen. Das gilt auch für die Zusammenarbeit des friesischen Seminars an der Universität Flensburg mit dem Nordfriisk-Instituut und der friesischen Wörterbuchstelle an der CAU. Diese Zusammenarbeit von zwei Hochschulen mit einer außeruniversitären Forschungseinrichtung muss auch weiter abgesichert werden.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Ich kann hinzufügen, dass dies auch eine Forderung des Friesengremiums ist, und ich appelliere an alle, dazu beizutragen, dass das auch umgesetzt wird.

Der Antrag legt wichtige Punkte dafür fest, wohin die Reise gehen soll. Ich kann auch damit leben, dass die Rollenverteilung so ist, wie sie ist, und dass es nun einmal die Landesregierung ist, die die Vereinbarungen mit den Hochschulen aushandelt. Wir halten es für wichtig, dass jetzt wieder versucht wird, das Verhältnis zwischen Land und Hochschulen durch einen Hochschulvertrag und durch Zielvereinbarungen zu regeln. Wichtig für uns ist aber auch, dass wir die **politischen Vorgaben** dazu festlegen, wie sich das Parlament die Entwicklung vorstellt. Die Regierung soll dann im Plenum und im Ausschuss darüber berichten, wie sie sich die Umsetzung vorstellt. Dabei - das möchte ich für den SSW betonen - kann es natürlich nicht darum gehen, dass wir uns die Vorschläge der Landesregierung anhören, die Sache dann durchwinken und abschließend sagen: Schön, dass wir einmal darüber geredet haben.

In diesem Sinne finde ich das letzte Wort des Antrages etwas unglücklich gewählt. Die Landesregierung soll nicht nur ihre Entscheidungen vorstellen. Der Landtag hat das Recht und die Pflicht, sich dazu zu verhalten und gegebenenfalls die politische Unterstützung auch zu verweigern, wenn etwas nicht in Ordnung ist. Es ist nicht der Souverän, der hier seine Absichten verkündet, sondern es ist der Souverän, der die Pläne der Regierung prüft. Wir setzen aber voraus, dass es sich hierbei um einen sprachlichen Missgriff handelt und dass die antragstellenden Fraktionen willens sind, ihren parlamentarischen Pflichten nachzukommen.

(Beifall beim SSW)

Grundsätzlich ist erfreulich, dass die Arbeit der Erichsen-Kommission in vielerlei Hinsicht dazu geführt hat, dass Regierung und Politik an einer Reformierung der Hochschulen arbeiten. Wir wünschen uns, dass davon so viel wie möglich umgesetzt werden kann, damit es wirklich zu den erwünschten Veränderungen kommt. Dabei ist es nur natürlich, dass die Landespolitik ihre eigenen Prioritäten setzt und die eine oder andere Fehleinschätzung der Experten korrigiert. Das ist uns in Sachen grenzüberschreitende Studiengänge auch gelungen.

Es ist aber immer noch eine fatale Fehleinschätzung, den **Fachbereich Bauwesen** in Eckernförde zu schließen und die Ausbildung in Lübeck zu konzentrieren. Diese Frage - das klang heute schon mehrfach an - steht immer noch im Raum. Die Landesregierung - ich muss es so hart formulieren - ist bis jetzt auf Tauchstation. Das kann ich auch ein wenig verstehen. Es hagelt nämlich von vielerlei Seiten Forderungen. Das hat aber den Nachteil, dass die Regierung auf ihrer Tauchstation nichts mehr hören kann. Was aus Eckernförde und für Eckernförde an Argumenten vorgebracht wird, ist gewichtig und verdient, gehört zu werden.

(Beifall bei SSW und CDU)

Von daher kann ich die Ministerin nur ermuntern, eine Entscheidung im Sinne Eckernfördes herbeizuführen. Hier müsste weitergedacht werden. Hier müssten auch regionalpolitische Argumente eine wichtige Rolle spielen.

(Beifall bei SSW und CDU)

Unabhängig davon kann ich feststellen: Der Antrag von SPD und Grünen enthält Grundsätze der Hochschulentwicklung, die den Prioritäten des SSW entsprechen und die wir deshalb unterstützen können. Was uns bisher an Alternativen vorgelegt wurde, hat uns dagegen wenig überzeugen können.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort nach § 58 Abs. 1 der Geschäftsordnung erhält für die Landesregierung jetzt die Bildungsministerin, Frau Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war eine Debatte, in der viele Aspekte angesprochen wurden, weit hinaus über das, auf was ich mich konzent-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

rieren musste. Ich hatte nämlich den Auftrag, über die Zielvereinbarungen und die Eckwerte zu berichten und nicht in erster Linie über den Bologna-Prozess, Herr de Jager. Ich komme gleich noch einmal darauf zurück.

(Zurufe)

Ich möchte ein paar Bemerkungen machen und ein paar Dinge richtig stellen. Ich beginne mit den Ausführungen von Herrn Dr. Klug. Ich muss mich jetzt etwas zusammenreißen, um hier keine schärferen Formulierungen zu wählen. Ich muss sagen: Herr Dr. Klug, die Art und Weise, in der Sie hier Patchworkinformationen - so will ich das hier einmal nennen - und Gespräche, die Sie am Rande von Empfängen geführt haben, zum Gegenstand von Landtagsdebatten machen und das mit - wie ich finde - unverschämten Unterstellungen in Sachen globale Minderausgabe und Hochschulvertrag verbinden, ist schlicht und einfach mieser Stil. Auf dieses Niveau lasse ich mich hier nicht ein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie ernsthafte Nachfragen dazu haben, stellen Sie sie bitte. Dazu sind Sie dann nicht in der Lage. Sie setzen **Unterstellungen** in die Welt. Das ist der Stil, den ich Ihnen übel nehme. Das finde ich nicht in Ordnung. Wir können sachlich miteinander diskutieren. Sie können sich hier hinstellen und Zwischenfragen stellen. Sie können Kleine Anfragen stellen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist der neue Stegner-Stil!)

Wir können im Bildungsausschuss jederzeit gern debattieren. Aber diese Art von miesen Unterstellungen in der Öffentlichkeit zu Protokoll zu geben, das lasse ich mir nicht gefallen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Was wollen Sie dagegen tun?)

- Lieber Wolfgang Kubicki, miese Unterstellungen werden in die Welt gesetzt und dagegen kannst du dich nicht wehren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das geht uns genauso!)

Du kannst dich nur auf einer sachlichen Ebene auseinander setzen. Deshalb sage ich: Darauf lasse ich mich überhaupt nicht ein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das geht uns doch genauso! - Weitere Zurufe)

- Ich muss es ihm ja auch einmal zurückgeben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf: Genau!)

Laserzentrum Lübeck: Das ist auch so typisch für Sie. Sie übernehmen immer und in jedem Fall ungeprüft die Argumente und die Haltung der jeweils Betroffenen - egal, um was es sich handelt. In diesem Fall übernehmen Sie, wie ich finde, die durchaus nicht überprüften und nach meiner Auffassung illoyalen Behauptungen aus dem Laserzentrum selbst.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist auch wieder eine Unterstellung!)

Für die Investitionen am Standort Lübeck in Sachen Medizintechnik und Ausbau der Medizintechnik stellt die Landesregierung in den nächsten Jahren 3 Millionen € zur Verfügung, um CEMET, die Medizintechnik und das Laserzentrum in Lübeck neu aufzustellen. Das ist eine gewaltige Investition. Das Laserzentrum muss sich in der Tat Kürzungen in diesem Jahr und übrigens auch schon im letzten Jahr gefallen lassen. Es ist vom Aufsichtsrat - übrigens einstimmig - aufgefordert worden, für die eigene Arbeit ein neues Konzept vorzulegen. Das ist die Situation beim Medizinischen Laserzentrum. Dies zum Anlass zu nehmen, uns vorzuwerfen, wir nähmen das alles nicht ernst, ist total daneben. So viel zu den Ausführungen von Herrn Dr. Klug.

Jetzt wollte ich ein paar Bemerkungen zu dem, was Sie, Herr de Jager, zum **Bologna-Prozess** gesagt haben, machen. Ich empfehle Ihnen einfach einmal: Beschäftigen Sie sich einmal mit dem, was Ihre Kollegen Wirtschaftsminister aus den unionsregierten Ländern in der Kultusministerkonferenz einvernehmlich mit allen Kollegen abgestimmt haben. Es gibt ein länderübergreifendes Papier, ein Paket von gemeinsamen Vorgaben für die Entwicklung von **Bachelor-Master-Studiengängen**, in denen genau die Fragen, die Sie hier gestellt haben - ich musste einfach davon ausgehen, dass Sie das kennen -, weitgehend schon bearbeitet und beantwortet worden sind, etwa die Frage Übergang Bachelor-Master, Quoten oder Qualifikationsweg. Ich habe immer das Letztere vorgezogen. All diese Dinge sind dort abgearbeitet worden.

Darüber hinaus gibt es eine Arbeitsgruppe mit allen Bundesländern, dem Bund, dem Wissenschaftsrat und der Hochschulrektorenkonferenz, in der die praktische Umsetzung des Bologna-Prozesses an den Hochschulen begleitet wird. All diese Fragen betreffen Deutschland insgesamt. Sie reden immer von unseren Hausaufgaben. Diese Fragen werden sehr intensiv länderübergreifend bearbeitet. Herr Professor Erichsen bearbeitet den Framenkompak Akkreditierungsrat. Die Hochschulrektorenkonferenz arbeitet

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

gemeinsam mit uns in der Arbeitsgruppe zusammen. Es gibt auf vielen Ebenen Beratungen, beispielsweise in der Innenministerkonferenz über die Frage der Einordnung in den öffentlichen Dienst. Ich gebe Ihnen Recht: Das ist noch nicht zufrieden stellend gelöst.

Dazu muss man aber auch sagen: Wir sind noch längst nicht am Ende des Prozesses. Wenn Sie sich den Zeitrahmen nicht für den Hochschulvertrag, sondern für den Bologna-Prozess angucken, stellen Sie fest, dass wir am Ende bei 2010 sind. Ich sage nur: Natürlich gibt es Unterstützung, auch finanzielle Unterstützung für die Einführung von Bachelor-Master-Studiengängen für die Qualitätsentwicklung, für die Akkreditierung über das Hochschulwissenschaftsprogramm. Der Bund hat übrigens ein Extraprogramm zur Unterstützung aufgelegt. Die Kosten relativieren sich aber doch deutlich, wenn Sie den Zeitraum bis 2010 sehen. Wenn das alle Hochschulen in einem Jahr machen müssten, wäre das schwer zu finanzieren.

Eines aber ist auch klar: Das teuerste sind lange Parallelstrukturen. Natürlich muss es Übergangsfristen geben. Natürlich gibt es für Diplom- und Staatsexamen noch einen Bedarf. Es muss auch zu Ende studiert werden können. Aber auf Dauer können wir uns **teure Doppelstrukturen** nicht leisten. Ich sage auch: Je früher die Absolventen auf den Markt kommen, desto eher wird er sich auf sie einstellen. Das letzte Papier, das der BDA veröffentlicht hat, geht genau in diese Richtung.

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie einmal eine positive Aussage dazu machen. Ich wundere mich wirklich. Sie kritisieren das und tun so, als sei das sozusagen eine Erfindung aus meinem Ministerium. Das ist ein Prozess, der unumkehrbar ist. Er ist nicht mehr aufhaltbar. Deshalb tun Sie gut daran, ihn zu unterstützen. Dass Sie kritische Punkte anmerken, ist in Ordnung. Das geht aber an die Adresse aller, die daran beteiligt sind. Wir stehen noch nicht in allen Bereichen vor guten Lösungen. Aber wir arbeiten daran. Ich bitte Sie herzlich, daran mitzuarbeiten, sich zu informieren und uns dabei zu unterstützen.

Das soll es sein. Es gäbe noch vieles zu sagen. Wir müssen im Bildungsausschuss noch darüber diskutieren. Sonst nehme ich Ihre Zeit zu sehr in Anspruch.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Nach § 58 unserer Geschäftsordnung ist es so, dass, wenn die Landesregierung nach Ausfüllung der ver-

abredeten Redezeit wieder das Wort ergreift - wie in diesem Fall -, dann den Fraktionen wiederum die Möglichkeit eröffnet ist, die Hälfte der angemeldeten Redezeit erneut in Anspruch zu nehmen. Die angemeldete Redezeit der Fraktionen, die im Ältestenrat vereinbart wurde und der heute im Plenum zugestimmt wurde, betrug zehn Minuten. Das heißt, pro Fraktion gibt es zusätzlich fünf Minuten ordentliche Redezeit.

Ich habe eine Wortmeldung vorliegen. Für die Fraktion der CDU ist der Abgeordnete Jost de Jager - - Wie ich gerade sehe, winkt er ab. - Für die Fraktion der SPD hat Herr Abgeordneter Dr. Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir nur einige wenige Anmerkungen etwa zu der Aussage, Herr Dr. Klug, dass wir mehr Studierende und mehr Studienabschlüsse haben müssen. Sie stellen infrage, ob das mit Bachelor- oder Master-Studiengängen zu erreichen ist. Ich sage Ihnen: Andere Länder zeigen, dass gerade Bachelor- und Master-Studiengänge dazu führen, dass es mehr Studienabschlüsse gibt, weil viele halt eben auch nur den Bachelor-Abschluss haben wollen und die Wirtschaft vielerorts diesen Abschluss als ausreichend empfindet.

Wir sollten in der Diskussion auch nicht unterschlagen, dass das Nichtzustandekommen der Zielvereinbarungen das **Erichsen-Gutachten** zur Folge hatte. Das gilt es, in diesem Zusammenhang abzuarbeiten.

Ich habe ein bisschen den Eindruck, als ob die Opposition, Herr Dr. Klug, Herr de Jager, um dieses Gutachten so richtig herumschleicht.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Opposition macht überhaupt keine Aussage dazu, wie sie zu der einen oder anderen Position des Erichsen-Gutachtens steht. Hier wird lediglich mit regionalpolitischen Aspekten argumentiert.

Dann gibt es irgendwann auch von Ihnen, Herr Dr. Klug, immer wieder dieselbe Leier über die **Unterfinanzierung der Hochschulen**. Ich habe ein bisschen das Gefühl, als ob Sie die Diskussion in den letzten zwei Jahren, die wir auch im Bildungsausschuss sehr ausführlich geführt haben, überhaupt nicht mitbekommen haben.

Anscheinend hat sich die CDU-Landtagsfraktion mit dem Erichsen-Gutachten in der Konsequenz auch nicht beschäftigt. Hier werden einzelne Meinungen vorgetragen. Das wird draußen sehr deutlich regist-

(Dr. Henning Höppner)

riert. Ich bin der festen Auffassung, dass Sie für unsere Hochschullandschaft im Land Schleswig-Holstein im Hinblick auf die Umsetzung des Bologna-Prozesses und im Hinblick auf die Umsetzung der Forderung des Erichsen-Gutachtens keine sichere hochschulpolitische Bank sind. Sie schaffen es einfach nicht, Erichsen-Gutachten und Zielvereinbarungen unter ein Dach zu kriegen. Was Sie machen, sind lediglich Äußerungen zu regionalpolitischen Problemen, die wir in der Hochschullandschaft unseres Landes haben. Eine große Struktur und eine große Linie in Ihrer Hochschulpolitik kann ich nach wie vor überhaupt nicht erkennen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der CDU erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Jost de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Erdsiek-Rave, es ist ja überhaupt nicht so, dass wir als CDU-Fraktion oder dass die FDP-Fraktion sagen würden, wir fühlen uns an Bologna nicht gebunden. Es ist doch klar, dass dann, wenn es einen solchen **Bologna-Prozess** gibt, wenn es darüber auch eine Verständigung der Kultusminister gibt, er dann auch kommen wird. Das ist auch etwas, was gar nicht - da bin ich mir ganz sicher - abzulehnen ist, nur, der Punkt ist: Wenn Sie es heute, im Herbst 2003, in die Zielvereinbarung mit den Hochschulen als ein verpflichtendes Ziel der Arbeit der Hochschulen für die nächsten fünf Jahre hineinschreiben, dann können Sie bei der Umsetzung dieses Ziels die Hochschulen nicht darüber im Unklaren lassen, wie es am Ende geschehen wird.

Da mag es ja Arbeitsgruppen der Kultusministerkonferenz geben und da mag es Verständigungen der Kultusminister geben, aber das ist noch keine politisch verlässliche Antwort für die Hochschulen, die das machen müssen.

Weil Sie immer so tun, als wären wir gegen alles, will ich Ihnen Folgendes sagen. Wir sind sogar dafür, dass man die Frage prüft, ob man die Lehramtsstudiengänge nicht auch hier in Schleswig-Holstein umwandeln kann in Bachelor- und Master-Studiengänge. Bevor man das macht - das ist eine sehr komplizierte Frage -, müssen aber gewisse Dinge geklärt sein, zum Beispiel die Frage: Ist es denn möglich, einen Master-Studiengang Education für unterschiedliche Schularten anzubieten? So etwas muss geklärt sein. Es muss

gerade auch beim Lehramt geklärt sein, was wir mit einem BA Education machen. Für den gibt es noch keinen Markt.

Das sind eben die Fragen, die geklärt werden müssen, und da haben die Hochschulen und gerade die Uni Flensburg, die dort ja voranschreiten soll, einen Anspruch, dass es dazu **politisch verlässliche Aussagen** zu einem Zeitpunkt gibt, zu dem sie die Unterschrift unter eine Zielvereinbarung setzen sollen.

Dann lassen Sie mich im Zusammenhang mit Eckernförde auch noch einmal etwas zu den Zielvereinbarungen sagen.

(Unruhe)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit. - Danke.

Jost de Jager [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident.

Das Ganze, die **Umsetzung des Erichsen-Prozesses**, hat sich ja nun in einer Weise vom Verfahren her dargestellt, die ich schlechterdings für unmöglich halte. Am Ende läuft es darauf hinaus, dass sich durch die Unterschrift unter die Zielvereinbarung durch einen Beschluss des Senats die Fachhochschule Kiel entscheiden muss, ob sie sich von den Architekten und Bauingenieuren in Eckernförde trennen soll, ob sie die Verlässlichkeiten der Zielvereinbarung einklagt oder nicht. Da glauben wir, das ist keine vernünftige Art, Politik zu machen, sondern da muss eine Entscheidung her, die auch endgültig abgesichert ist. Das darf man nicht auf die Hochschule abwälzen.

Herr Kollege Höppner, weil Sie sagten, wir hätten keine Position zu den **Standorten**, will ich Ihnen noch einmal sagen, wie der Werdegang in Eckernförde war. Da gibt es ein Erichsen-Gutachten, das besagt, Eckernförde ist allein wegen der baulichen Umstände 6 Millionen € teurer als eine Verlagerung nach Lübeck. Eine weitere Prüfung durch die GMSH - ein Gutachten, das uns bis heute noch nicht vorliegt - besagt nun, dass das bei weitem nicht so ist und dass der Kostenvorteil maximal 1,2 Millionen € beträgt - wirtschaftlich verteilt auf 20 Jahre. Das heißt, wir haben eine veränderte Datenlage und bei einer veränderten Datenlage muss es auch die Möglichkeit geben, das noch weiter zu diskutieren. Ich sage, das müssen wir machen.

Wenn Sie uns dann als CDU Unklarheit vorwerfen, möchte ich Ihnen einmal sagen, wie die regionale Lage bei uns in Eckernförde ist. Da haben wir eine Abgeordnete der SPD, die sagt, sie sei eigentlich für

(Jost de Jager)

Eckernförde, aber die SPD sei es nicht. Da haben wir einen Minister der SPD, Herrn Buß, der sagt, er sei eigentlich auch für Eckernförde, aber a) sei das nicht sein Zuständigkeitsbereich und b) hätte er kein Vetorecht und c) hätte er in der Frage am liebsten sowieso auf seine Kabinettsmitgliedschaft verzichtet.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das heißt, wir haben sehr unterschiedliche Aussagen auch der SPD zu diesen Fragen. Dann werfen Sie uns das nicht vor, sondern machen das erst einmal in den eigenen Reihen! Das ist doch der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mir wäre sehr daran gelegen, Herr Höppner - ich sage das auch vor dem Hintergrund einer regionalen Pressekonferenz -, dass wir das Problem Eckernförde, das ein sehr ernst zu nehmendes Problem ist, hier nicht im Parteienstreit besprechen, sondern dass wir es tatsächlich aufgrund der Faktenlage besprechen könnten. Das ist ein Appell an das Kabinett und an die Kabinettsmitglieder genauso wie an die Fraktionen. Vielleicht gelingt uns das ja noch.

Meine Damen und Herren, dann noch ein letztes Wort zum **Laserzentrum**, weil ich in der Tat zu denen gehört habe, die einer Einladung des Laserzentrums gefolgt sind - im Unterschied zum Aufsichtsratsvorsitzenden, der ja der Leiter der Hochschulabteilung im Ministerium ist.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Darf ich einmal auf die Lautstärke bei den privaten Gesprächen hinweisen? - Danke.

Jost de Jager [CDU]:

Was wir kritisieren, ist, dass diese Landesregierung bei der Frage Laserzentrum wirklich mit gespaltener Zunge spricht. Ihr Kollege Herr Rohwer, der Wirtschaftsminister, geht durch das Land und sagt, Medizintechnik sei einer der Förderschwerpunkte der Wirtschaftsförderung, die wir in Schleswig-Holstein machen wollen. Bei einer anderen Gelegenheit stellt er sich vor die Presse und sagt, er sei sogar dafür, dass es ein Fraunhofer-Institut Medizintechnik in Schleswig-Holstein geben soll, ohne übrigens vorher mit der Fraunhofer-Gesellschaft gesprochen zu haben, die das gar nicht in Erwägung zieht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Richtig! So war das!)

Gleichzeitig, während Herr Rohwer als Wirtschaftsminister die Signale aussendet, wir wollen **Medizintechnik als Schwerpunkt** haben, kommen Sie daher und sagen, wir kürzen beim Laserzentrum. Dann sagen Sie, eigentlich kürzen wir ja nicht, denn es gibt ja über das Universitätsklinikum, das ja ein anderer Kostenträger ist, 3 Millionen €. Das stimmt. Das sind aber reine Investitionskosten für die Baumaßnahmen, während wir bei der Kürzung des Laserzentrums über Kürzungen reden, die auch im Personalbereich stattfinden. Das ist genau der Teil, der heruntergekürzt wird, der dazu führen wird, dass das Laserzentrum nicht mehr so viele Drittmittel einwerben können, wie es das in der Vergangenheit getan hat. Es ist eines der Spitzeninstitute, was die Einwerbung von Drittmitteln angeht.

Ich sage Ihnen: Sie müssen so etwas schon begründen, wenn Sie diese Kürzungen vornehmen, und Sie müssen vor allen Dingen begründen, warum Sie da kürzen, wo Ihr Kollege Wirtschaftsminister doch Akzente setzen will. Das würde mich sogar heute noch interessieren.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Deshalb kürzen die!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erhält jetzt Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, Sie waren nicht amüsiert, Sie waren nicht amüsiert, über das, was ich Ihnen gesagt habe.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es war trotzdem richtig!)

Das kann ich auch durchaus nachvollziehen. Aber lassen Sie mich dazu vielleicht noch eines anmerken.

Sie lassen selbst den Landtag, nicht nur die Öffentlichkeit, über den Fortgang der **Verhandlungen mit den Hochschulen** über Zielvereinbarungen im Dunkeln. Da werden Informationen nicht herausgegeben. Wenn wir im Ausschuss einmal nachfragen und das Gutachten der GMSH zur Frage der Konzentration der Studiengänge Architektur, Bauingenieurwesen von Ihnen haben wollen, dann sagen Sie: Nix da, das ist regierungsinterne Sache; das Kabinett hat noch nicht darüber beraten. - Ich meine, das war der 11. September 2003. Wir wissen, gestern haben Sie auch nicht darüber beraten. Das geben sie uns erst, wenn die Regierung entschieden hat.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

(Dr. Ekkehard Klug)

Wie sollen wir uns dann eine Meinung bilden, wenn Sie uns die Grundlagen für eine Entscheidungsfindung vorenthalten?

Wenn Sie dann daraufhin die Tatsache, dass ich hier in die Landtagsdebatte Informationen einspeise, die ich von anderer Seite bekomme - von Ihnen bekomme ich ja keine -, und sie hier in der Landtagsdebatte verwende, als miesen Stil bezeichnen, Frau Erdsiek-Rave, dann sage ich Ihnen: Mit dieser Art von Reaktion fallen Sie auf das Niveau von Herrn Stegner herab!

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war gut!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Herrn Fraktionsvorsitzenden, Herrn Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben einige interessante Dinge in der heutigen Debatte gehört, die mich locken, mich zum Schluss noch einmal einzumischen.

Der erste interessante Punkt war, dass wir hier zum **Laserzentrum** eine heftige Kritik an der Ministerin gehört haben. Die Ministerin hat darauf hingewiesen, dass der Aufsichtsrat der Hochschule Beschlüsse gefasst hat, dass die finanzielle Ausstattung und Entwicklung des Laserzentrums überprüft werden soll. Gleichzeitig haben wir jedoch sehr viel über **Hochschulautonomie** geredet, oder nicht? Jetzt treffen sie autonome Entscheidungen und sagen: „Wir wollen in die Richtung gehen, wir prüfen das nach“, und dann ist das plötzlich alles verkehrt und die Ministerin soll sich wieder autoritär einschalten und sagen: „Die Entscheidungen gelten alle nicht, es muss anders gemacht werden.“ - Ist das Ihre Vorstellung von Autonomie, meine Damen und Herren?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweiter Punkt - hochgradig interessant. Sie haben den schönen Begriff „**Bologna-Prozess**“ verwendet. Ich finde toll, dass Sie solche Städte kennen.

(Heiterkeit)

Wir reden über **Bachelor und Master**, aber wenn es ernst wird und Bachelor und Master in Schleswig-Holstein tatsächlich eingeführt werden sollen, wer

kriegt kalte Füße? - Gucken wir uns im Saal um: natürlich die CDU.

(Zurufe)

Wir machen das doch, weil wir massive Probleme haben, gerade in der mittelständischen Wirtschaft, dass Hochschulabschlüsse überhaupt anerkannt werden, weil die mittelständische Wirtschaft zurzeit Probleme mit Hochschulabgängern hat. Das wissen wir doch seit Jahren; das ist eines der großen Probleme, gerade in Schleswig-Holstein, Hochschulabgänger unterzubringen. Natürlich ist das so.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Herr Kayenburg, dann legen Sie einmal Ihre Zahlen vor. Ich kenne die Zahlen der Wirtschaft.

(Zurufe)

Deswegen ist ja das gestufte Verfahren mit Bachelor und Master so wichtig, weil es gerade damit eine Chance auf Anerkennung gibt und weil die Erfahrung ist, dass gerade in der mittelständischen Wirtschaft ein Bachelor, der eben noch nicht die Spitzenqualifikation eines Masters oder Diploms mit sich bringt, mehr Akzeptanz findet als ein Vollstudium mit Master, mit entsprechender akademischer Forschungstätigkeit, weil man befürchtet, dass solche Leute, die durch Forschungstätigkeit bereits qualifiziert sind, für den Mittelbau in kleinen Betrieben eine Nummer zu groß sind oder nicht in ihr Profil passen.

Ein weiterer Punkt ist mir aufgefallen, den ich ausgesprochen interessant fand. Bezüglich Bachelor und Master in der Lehrerausbildung kam eine Nuance heraus. Das ist hochgradig spannend. Was passiert mit Bachelor und Master, wenn wir sie in der Lehrerausbildung einführen, und zwar international. Dann haben wir nämlich ein Problem mit unserem **dreigliedrigen Schulsystem**. Da haben Sie völlig Recht. Die **Internationalisierung** ist ein Problem für unser dreigliedriges Schulsystem, weil es das nirgendwo anders gibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jetzt habe ich auch begriffen, warum Sie so vorsichtig sind bei Bachelor und Master, insbesondere bei Bachelor und Master of Education, weil Sie nämlich Angst haben, dass wir über die Internationalisierung eine Stufenlehrausbildung in Schleswig-Holstein bekommen und die CDU plötzlich merkt, dass ihrer gesamten Ideologie von der Internationalisierung der Teppich unter den Füßen weggezogen wird. Das ist aber nicht unser Problem, das ist auch kein Problem der Internationalisierung, das ist auch nicht das Prob-

(Karl-Martin Hentschel)

lem des Bologna-Prozesses, das ist einzig und allein das Problem der CDU.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Dann kommen wir zu der Frage, welche Entscheidungsfähigkeit die größte Oppositionspartei in diesem Lande hat. Wir reden hier über einen Prozess, der seit langem angestoßen ist. Der Prozess mit dem **Erichsen-Gutachten** ist von allen begutachtet worden. Alle haben gesagt: Toll, wir stehen dahinter. Herr Driftmann - ich glaube, der ist auch in Ihrer Partei, der sollte ja sogar Wirtschaftsminister werden - hat eingefordert, endlich mit dem Provinzialismus in diesem Lande in der Hochschulpolitik aufzuhören, endlich mit der Regionalpolitik aufzuhören, endlich landesweit abgestimmte Prozesse zu realisieren. Nun kommt Herr Erichsen und macht genau das und, als er das Gutachten vorlegt, jubeln auch noch alle, selbst die Union. Alle Parteien sagen: Klasse Sache, nun liegt das Gutachten vor, nun machen wir das.

Und was erleben wir für ein Trauerspiel in den letzten Monaten? - Die CDU ist nicht in der Lage, zu irgendeinem Reformvorschlag eine Stellungnahme abzugeben. Sie ist nicht in der Lage, zu irgendeinem Thema Mehrheiten in ihrer Fraktion hinzubekommen. Vielmehr tanzen vor Ort einzelne CDU-Abgeordnete rum und erzählen ihre regionalpolitische Meinung.

(Unruhe)

Ist das das Ende der regionalen Hochschulpolitik in der CDU oder ist das die große Wende nach vorn? - Wenn Sie so weitermachen, landen Sie nicht bei einer modernen Hochschulpolitik, sondern dann landen Sie bei dem Provinzialismus, den Herr Driftmann jahrelang gezeißelt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Thorsten Geißler.

(Zurufe)

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass es bei **Standortentscheidungen** regionale Interessen gibt, ist selbstverständlich und das zieht sich durch alle Fraktionen; wir sollten uns das nicht gegenseitig vorhalten. Auch ich habe dazu dezidierte Ansichten. Aber das kann nicht die letztendliche Ent-

scheidungsgrundlage sein, sondern da sollten wir uns an dem Sachverstand orientieren, den wir uns eingeholt haben. Ich erwarte von der Regierung nun ein schlüssiges Konzept, wie das, was an Vorschlägen unterbreitet worden ist, sachgerecht und in einem überschaubaren, planbaren Zeitraum umgesetzt werden kann.

Ich möchte aber zu einem anderen Stichwort sprechen, das eine Rolle gespielt hat, nämlich zum Stichwort **Laserzentrum**. Herr Kollege Hentschel, Sie haben gerade das Stichwort Hochschulautonomie eingeführt. Das passt an dieser Stelle nicht so ganz, denn der Aufsichtsratsvorsitzende des Laserzentrums, der Gesellschaft, ist Ministerialbeamter. Insofern ist es mit der Autonomie da nicht ganz so weit her.

(Beifall bei der CDU)

Gut, das muss man nicht wissen, wenn man nicht aus Lübeck kommt.

Das Laserzentrum sperrt sich überhaupt nicht dagegen, neue Konzepte zu erstellen, über Kooperationen nachzudenken. Aber das nimmt die Sorgen nicht.

Frau Ministerin, wir lassen uns hier nicht einfach von unüberprüften Argumentationen leiten, sondern wir machen uns schlichtweg Sorgen um eine Einrichtung, die in den 80er-Jahren gegründet worden ist, um über Schleswig-Holstein hinauszustrahlen, und die hervorragende Arbeit geleistet hat und leistet, die auch Bedeutung hat, nicht nur in unserem Bundesland.

Ihre Ausführungen haben diese Besorgnisse heute nicht zerstreuen können. Fakt ist: Sie wollen die Zuschüsse kürzen. Sie haben aber nicht dargelegt, wie das ohne **Qualitätseinbußen** vor sich gehen soll. Wenn Sie für Investitionen 3 Millionen € zur Verfügung stellen, ist das sehr schön, nur diese 3 Millionen werden nicht dazu beitragen können, die personelle Infrastruktur des Laserzentrums zu finanzieren, den organisatorischen Unterbau, der für die Arbeit erforderlich ist, sicherzustellen.

Da nützen Drittmittel herzlich wenig. Ein Drittmittelgeber wird gern zwei Doktoranden finanzieren, aber damit wird er noch nicht den organisatorischen Unterbau stützen. Ohne den Unterbau werden irgendwann auch die Drittmittel ausbleiben. Das ist ein fataler Weg, den wir nicht mitgehen wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Daher meine herzliche Bitte: Sie können uns die Sorgen nehmen, wenn Sie ein Konzept vorlegen, das die Zukunft des Laserzentrums garantiert, ohne qualitative Einbußen. Frau Ministerin, solange hier aber nur Aussagen kommen, man investiere an anderer Stelle,

(Thorsten Geißler)

Aussagen also, die nicht geeignet sind, die bestehenden Besorgnisse zu zerstreuen, werden wir weiter unsere Fragen stellen.

Wir werden das auch in den Einrichtungen tun. Sie haben gesagt, das Verhalten der Mitarbeiter sei illoyal. Ich habe ein ganz anderes Verständnis von parlamentarischer Demokratie. Ich halte es für selbstverständlich, dass Menschen, auch Bedienstete des Landes, die Sorgen haben, ihre Sorgen Abgeordneten anvertrauen, sie informieren, sich dem kritischen Dialog stellen. Frau Ministerin, so sollten auch Sie mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen. Sie sollten das nicht als Illoyalität werten, sondern als einen ganz normalen demokratischen Vorgang. Dann erzielen wir vielleicht gemeinsam bessere Lösungen, als wenn Sie versuchen, Informationen unter dem Deckel zu halten und das Parlament nicht vernünftig mit Sachkenntnissen auszustatten. Ich wäre unendlich dankbar.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich jetzt Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

(Zurufe)

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Nein, nicht fünf Minuten, sondern weniger als eine Minute.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es hat bisher keine Fragen zum **Laserzentrum** gegeben. Ich bin gern bereit, ausführlich auf alles, was Sie dazu wissen möchten, zu antworten, wenn Sie dies wünschen, meinestwegen auch schriftlich.

Um hier keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ich schätze kritische Mitarbeiter. Es kommt jedoch immer auf die Form an, in der bestimmte Kritik geäußert wird. Punkt eins.

Zweitens. Ich glaube, Herr Dr. Klug, Sie haben mich bei aller Kritik, die Sie haben mögen, bisher nicht als jemanden erlebt, der nachgefragte Informationen nicht auch liefert. Ich habe in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses zugesagt, dass Sie das Gutachten der GMSH nach der Befassung im Kabinett bekommen. Das Kabinett hat sich gestern damit befasst. Es hat allerdings noch nicht abschließend entschieden. Das Gutachten der GMSH geht morgen an den Finanzausschuss und an den Bildungsausschuss.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Unabhängig davon, dass einige Abgeordnete offensichtlich die Zeit mitgestoppt haben, ist § 58 Abs. 1 der Geschäftsordnung wieder gegeben. Ich frage, ob jemand davon Gebrauch machen möchte.

(Zuruf)

- Nein, es geht nicht darum, wie lange die Regierung redet, sondern darum, ob sie nach Ablauf der angemeldeten Redezeit noch einmal das Wort ergreift. Die Länge des Beitrags der Regierung steht nicht zur Disposition. Ich darf noch einmal fragen: Möchte eine Fraktion davon Gebrauch machen?

(Zurufe: Nein!)

- Gut. Dann ist die Beratung abgeschlossen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Damit kommen wir zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 27 - Zielvereinbarungen mit den Hochschulen - und Tagesordnungspunkt 49 - Eckwerte zur Modernisierung der Hochschulen.

Es ist beantragt worden, beide zur federführenden Beratung in den Bildungsausschuss und zur Mitberatung in den Finanzausschuss zu überweisen. Gibt es einen anderen Antrag?

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

- Ach so. Man kann das dem Präsidium ruhig anvertrauen.

(Heiterkeit)

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich beantrage für den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/2907, Abstimmung in der Sache.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Und bei Tagesordnungspunkt 49 Ausschussüberweisung? - Gut. Ich bedanke mich für diese Klarstellung.

Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Titel „Zielvereinbarungen mit den Hochschulen“, Drucksache 15/2907. Es ist einerseits beantragt, den Antrag zur federführenden Beratung in den Bildungsausschuss und zur Mitberatung in den Finanzausschuss zu überweisen. Der Antrag auf Ausschussüberweisung geht dem Antrag auf

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Abstimmung in der Sache vor. Deswegen bitte ich zunächst diejenigen um das Handzeichen, die die Drucksache 15/2907 zur federführenden Beratung in den Bildungsausschuss und zur Mitberatung in den Finanzausschuss überweisen wollen. - Gegenstimmen? - Dann ist der Antrag auf Ausschussüberweisung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung in der Sache über denselben Antrag, also den Antrag in der Drucksache 15/2907. Wer diesem Antrag in der Sache seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 49, Eckwerte zur Modernisierung der Hochschulen, Landtagsbeschluss vom 28. August 2003, Drucksache 15/2853. Hierzu ist nur eine Überweisung zur federführenden Beratung in den Bildungsausschuss und zur Mitberatung in den Finanzausschuss beantragt worden. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so vom Haus beschlossen.

Wir verlassen die gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 27 und 49.

Nun darf ich fragen, ob wir noch in die Zirkuswelt eintreten wollen oder nicht.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jeder noch zwei Minuten und Herr Garg darf länger reden!)

- Herr Kollege Matthiessen, Sie ergreifen das Wort nach Erteilung desselben.

Wir haben folgende Situation: Es ist 17:45 Uhr. Das Ende der heutigen Beratungen war für 18 Uhr vorgesehen. Der nun aufzurufende Tagesordnungspunkt 18 hat eine angemeldete Beratungszeit von 30 Minuten. Wir würden also über den für heute vereinbarten Debatteabschluss hinaus kommen. Besteht darüber Einvernehmen?

(Zurufe: Ja!)

Wenn darüber Einvernehmen besteht, dann rufe ich den Tagesordnungspunkt 18 auf:

Haltung von Wildtieren in Zirkusbetrieben

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2888

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die antragstellende Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! liebe Kollegen! Sehr geehrter Kollege Matthiessen, dafür schenke ich es mir, jetzt die Grünen dafür zu schelten, dass unsere ersten beiden Anläufe jeweils mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden sind; denn es geht mir hierbei sehr darum, dass wir einvernehmlich zu einer vernünftigen Lösung kommen, und zwar aus folgendem Grund:

In Deutschland kämpfen über 300 Zirkusunternehmen, vom kleinen Familienzirkus bis hin zum professionellen Showunternehmen um die Gunst des Publikums. Exotische Wildtiere und umfangreiche Tier-schauen sollen Zelte und Kassen füllen. Wie das Leben der Tiere hinter den bunten Kulissen aussieht, bleibt der Öffentlichkeit allerdings verborgen. Das ist oftmals auch aus gutem Grund so; denn jenseits von Applaus und Scheinwerfern fristen viele **Wildtiere** in Zirkussen ein sehr **elendes Dasein**. Sie werden in den meisten Zirkusbetrieben in engen Transportfahrzeugen gehalten und können im Winter nicht entsprechend ihrer Wärmebedürfnisse untergebracht werden.

Ich will Ihnen nur einige Beispiele zur Begründung unseres Antrages nennen, den wir jetzt schon zum dritten Mal zur Abstimmung stellen.

Beispiel Nummer 1: Die Elefantenkuh Sikim musste wegen ihres ausgesprochen schlechten Ernährungs- und Pflegezustandes auf Initiative der internationalen Tierrechtsorganisation PETA einem sehr bekannten und großen deutschen Zirkus weggenommen und an den Zoo Osnabrück überführt werden. Für ihre Schwester, die etwa 23-jährige Elefantenkuh Samba, kam jede Hilfe zu spät: Sie starb am 4. August 2003. Zuvor wurde sie, obwohl nicht transportfähig, über mehrere Gastspielorte gekarrt, indem sie jedes Mal mithilfe eines Krans aufgerichtet wurde.

Dabei waren die Zustände in diesem Zirkus seit langem bekannt. Bereits 1992 musste ein Elefant Lulu im Alter von zehn Jahren wegen seines schlechten Zustandes eingeschläfert werden. Immer wieder wurden Erfrierungen an den Ohren der gehaltenen Elefanten festgestellt. 1997 mussten die Elefanten Siam und Nadi im Alter von 19 und 17 Jahren eingeschläfert werden.

Ganz ähnlich erging es einer weiteren Elefantenkuh eines anderen Zirkusses. Diese musste nach Information der Tierschutzorganisation „animal public“ im

(Dr. Heiner Garg)

Januar dieses Jahres wegen ihres schlechten Zustandes eingeschlafert werden. Zuvor musste das Tier im Winterlager des Zirkus mit einem Seil an der Decke festgebunden werden, da es aus eigener Kraft nicht mehr auf den Beinen stehen konnte. Im November des letzten Jahres wurden Paviane und Tiger beschlagnahmt, die ausschließlich in engen Transportwagen, die zwischen Schrott und Autowracks geparkt waren, gehalten wurden.

Seit 1990 bestehen auf Bundesebene so genannte **Leitlinien** für Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben und ähnlichen Einrichtungen. Diese sind 1998 von einer Sachverständigen-gruppe grundlegend überarbeitet worden. Doch leider sind diese Leitlinien nur unverbindliche Hinweise und eine Auflistung von **Mindestanforderungen**. Dementsprechend haben sich die Haltungsbedingungen für Wildtiere in vielen Zirkusbetrieben, Wandermenagerien und ähnlichen Einrichtungen nach wie vor nicht erheblich verbessert.

Nicht einmal diese Mindestanforderungen können von vielen, gerade von vielen kleineren Zirkusbetrieben, eingehalten werden.

Um einiges klarzustellen: Es gibt einige wenige Zirkusbetriebe, beispielsweise den Zirkus Knie, denen sogar Tierschützer eine vorbildliche Haltung attestiert haben. Das sind jedoch wirklich nur die rühmlichen Ausnahmen von der Regel. Dagegen muss der Verzicht auf Wildtiere in Zirkussen beileibe nicht das Aus für den Zirkusbetrieb bedeuten. Dass es auch ohne die Haltung von Wildtieren geht, zeigt der Zirkus Roncalli, der schon seit Jahren auf Wildtiernummern verzichtet und dennoch ein sehr erfolgreiches Unternehmen ist.

(Beifall bei der FDP)

Darüber hinaus werden die in den Leitlinien formulierten Mindestanforderungen noch nicht einmal regelmäßig kontrolliert. Wenn kontrolliert wird, dann drücken sich viele Amtstierärzte am Gastspielort gerne vor einer Entscheidung und schieben das Problem an den Kollegen in der nächsten Stadt weiter; denn die Folgen, die sich aus einer Konfiszierung eines beispielsweise elend gehaltenen Elefanten ergeben, lassen sich sehr schnell absehen. Eine Konfiszierung scheitert bereits daran, dass die Behörden nicht wissen, wo sie das Tier unterbringen sollen. Von den dabei entstehenden Kosten, die die örtliche Gemeinde für die Unterbringung zu tragen hat, ganz zu schweigen. Schon aus diesem Grund finde ich dieses Thema nicht besonders witzig.

Ich meine, es ist wirklich Zeit, dass sich der federführende Umweltausschuss mit dieser Initiative der FDP,

die seit über einem Jahr im Raum steht, ernsthaft befasst. Ich hoffe, dass der Umweltminister es mit dem angekündigten Engagement wirklich ernst meint und dass wir hier zu einer einvernehmlichen Lösung kommen, einer Lösung, die im Sinne der Tiere ist. Und nichts anderes wollen wir heute mit unserem Antrag ausdrücken.

Herr Präsident, das ist mein letzter Satz: Lieber Kollege Wodarz, mit der Ausschussüberweisung bin ich einverstanden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin aber nicht damit einverstanden, dass dieses Thema weiter auf die lange Bank geschoben wird. Wir brauchen eine rasche Entscheidung.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, das hat man gemerkt, wie schnell ihr seid, Kollege Matthiessen. Das hat man gemerkt.

Also, wir müssen schnell und zügig im Sinne der Tiere handeln, dann wird daraus auch etwas. Und dann brauchen wir uns hier im Parlament, jedenfalls in Tierschutzfragen - und das gilt dann für alle Fraktionen -, auch nicht zu verstecken.

(Vereinzelter Beifall)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz das Wort.

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage mich, warum wir uns so etwas antun. Ich halte es für eine ziemlich unwürdige Veranstaltung, dass wir hier fünf vor Zwölf so ein Thema aufrufen. Entweder wir beraten etwas oder wir lassen so etwas ganz. Ich finde das Verfahren nicht in Ordnung. Das möchte ich hier als meine persönliche Meinung darstellen.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen
[CDU])

Es ist auch albern, vor diesem halbleeren Haus zu sprechen.

(Joachim Behm [FDP]: Es ist doch voll!)

Kollege Garg, ich vermute einmal, dass Ihnen die Diskussion in dieser Hartnäckigkeit nur gelingen konnte, weil die Kollegin Happach-Kasan mittlerweile in Berlin ist. Denn sie vertritt doch eine etwas andere Position. Aber ich finde das sehr sympathisch.

(Friedrich-Carl Wodarz)

Und ich möchte Ihnen auch sagen, dass wir ihren Antrag in der Tendenz unterstützen. Allerdings sind wir der Ansicht, dass er etwas zu kurz greift, da Sie lediglich auf Betriebe abzielen, die eine tiergerechte Haltung nicht gewährleisten können. Es gibt aber Tiere, die grundsätzlich von einer Zirkushaltung ausgeschlossen werden sollten.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und dieses Verbot gibt leider Ihr Antrag nicht her. Ich werde darauf im Folgenden noch eingehen.

Um nicht von der grundsätzlichen Tierschutzzielsetzung abzulenken, in der wir sicherlich übereinstimmen, schlage ich Ihnen - wie Sie selbst auch schon - vor, den Antrag in den Umweltausschuss zu überweisen.

Sie haben auch die gebotene Schnelligkeit angesprochen. Im Bundesrat wird am Freitag, dem 26. September 2003, ohnehin die hessische Gesetzesinitiative zum Verbot der Haltung bestimmter wildlebender Tierarten im Zirkus und zur Einrichtung eines Tierzirkuszentralregisters beraten. Und ich denke, wir sind uns auch einig, Herr Kollege Garg, dass wir die Regierung bitten, diesen Vorstoß der hessischen Landesregierung zu unterstützen.

(Vereinzelter Beifall)

Nicht nur von Tierschutzverbänden wird das Halten und Dressieren von Wildtieren in Zirkussen schon lange diskutiert. Diese Diskussion wird in einem breiten Bevölkerungsspektrum geführt und hat schon zu erheblichen Konsequenzen geführt. Dem Argument, **Zirkusdressuren** seien ein **Kulturgut** mit langer Tradition, will ich gar nicht widersprechen. Ich möchte es allerdings relativieren. Wir wissen alle - vielleicht auch der Kollege Neugebauer -, warum in Ketten gelegte Bären tanzen. Das hat in der ganzen Welt eine lange Tradition und wurde doch erst in diesem Jahrhundert als Tierquälerei begriffen. Das Domestizieren von Elefanten hat auch lange Tradition und ist per se noch keine Tierquälerei. Doch wir kennen alle die Bilder - Herr Kollege Garg hat hier sehr eindringlich die Schicksale geschildert -, aber schon allein dieser so genannte „webende Elefant“ zeigt deutliche Anzeichen von Hospitalismus. Die Dressur von Pinguinen, Nilpferden oder Seeelefanten hat überhaupt keine Tradition, ist erst aufgrund neuer Transportbehälter möglich und meines Erachtens durchweg Tierquälerei.

Ich fasse mich jetzt etwas kürzer. Der Kollege Garg hat schon die Befürchtung angesprochen: Oh Gott, oh Gott, jetzt sorgen wir für das Aus des Zirkus. Viele

fragen sich, ob sie noch mit ihren Kindern und Enkelkindern die viel besungene Zirkusluft schnuppern können. Nicht nur der Zirkus Roncalli ist ohne Wildtiere sehr erfolgreich, sondern auch der Cirque du Soleil. Es gibt eine Reihe von Zirkussen, die immer vor ausverkauften Bänken spielen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der Landtag doch auch!)

- Der Landtag ist ein ähnlicher, der jedoch immer vor leeren Bänken spielt, Herr Kollege Kubicki.

(Heiterkeit)

Auch so ein traditionsreicher Zirkus wie die Zirkusdynastie Althoff verzichtet seit 1996 völlig auf Wildtiere in seinem Programm. Franz Althoff feiert mit seinem Pferdemusical „Zauberwald“ große Erfolge und fordert vehement einen Zirkus ohne Wildtiere, explizit ohne Elefanten, Affen, Bären, Giraffen und Krokodile. In Österreich, einem Land, das durchaus unserem Kulturkreis zugeordnet werden kann und ebenfalls eine lange Zirkustradition hat, gibt es keinen Zirkus mehr, der große Wildtiere wie Elefanten, Raubkatzen oder Bären hält.

Meine Damen und Herren, ich kürze wieder ab. Es kommt nicht so häufig vor, dass ich einem hessischen CDU-Minister voll zustimme. Der Umweltminister Dietzel führt aus:

„Der Bund muss endlich handeln und eine Verordnung erlassen, die nicht artgerechte Wildtierhaltung im Zirkus beendet.“

Und er weist weiter darauf hin, dass die Tiere einen großen Teil ihres Lebens in engen Transportwagen verbringen und auch am Gastspielort in der Regel nicht tiergerecht untergebracht werden können. Dietzel wiederum wörtlich:

„Die Folgen für die Tiere sind schwerwiegend: Verhaltensstörungen, Erkrankungen und auch Todesfälle sind keine Seltenheit.“

Hiervon besonders betroffen seien Affen, Elefanten und Bären.

„Man muss sich vor Augen halten, dass diese Tiere sehr komplexe, intelligente Lebewesen sind, die unter der nicht artgerechten Lebensweise leiden. Hiermit muss Schluss sein!“

- Erklärte Dietzel.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Dem habe ich überhaupt nichts hinzuzufügen.

(Friedrich-Carl Wodarz)

Ich möchte alle Skeptiker bitten und einladen, im Umweltausschuss an den Beratungen teilzunehmen. Vielen Dank denjenigen, die noch ausgehalten haben, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Um Fehldeutungen meines Räusperns vorzubeugen: Ich wollte damit zum Ausdruck bringen, dass die Beratungen des hohen Hauses in keiner Weise Ähnlichkeit mit einem irgendwie gearteten Manegenbetrieb haben.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Für die Fraktion der CDU hat Frau Abgeordnete Jutta Scheicht das Wort.

Jutta Scheicht [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte es nicht lange hinauszögern. Wir stimmen der Überweisung in den Umweltausschuss zu. Ich hoffe auf eine gute Diskussion und möchte es jetzt auch kurz machen, damit wir uns dann im Umweltausschuss ausführlich darüber auslassen können und vielleicht das nächste Mal zu einer Einigung kommen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Matthiessen hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich hatte versprochen, mich kurz zu fassen, Herr Garg. Darum lege ich jetzt die erste Seite meines Redemanuskriptes weg und fange auf der nächsten Seite unten an. Wir werden den FDP-Antrag nicht erneut ablehnen - was wir schon zweimal gemacht haben -, sondern ihn im Vertrauen auf die gewachsene Einsichtsfähigkeit des Herrn Garg in den Ausschuss überweisen und dort behandeln. Dann können wir die nach wie vor richtige Intention mit Ihnen zusammen in einen zustimmungsfähigen Antrag umarbeiten.

Überprüfen wir einmal den Begriff **Wildtiere**, Herr Garg. Ich weiß nicht, ob das zum Beispiel für Elefanten zutrifft, die man als Arbeitstiere ganz gut domestiziert hat. Auch bei Pferden redet man von Haus- und Nutztieren, obwohl es auch Wildpferde gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Man sollte also losgelöst von solchen Festlegungen überprüfen, welche Tierarten für eine Haltung im Zirkuswesen geeignet sind. Bei der Festlegung der **Eignung von Arten** sollten dann für diese Tiere jeweils **spezielle Haltungsbedingungen** im Sinne von Mindestanforderungen definiert werden.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dafür bietet sich jetzt durch die Einbringung des hessischen Antrages im Bundesrat eine hervorragende Gelegenheit. Ich bin mir bewusst, dass es unterschiedliche Auffassungen zu diesem Thema gibt. In unserer Fraktion gibt es auch Stimmen, die vor einem Aus für die Zirkusse warnen, weil keine Tiere mehr präsentiert werden dürfen. Das gilt besonders für kleine und finanzschwache Unternehmen. In denen ist jedoch die Tierschutzproblematik in der Regel größer als in den Großzirkussen. Zudem haben Zirkusleute in der Regel keine Lobby. Daher ist die Verlockung groß, sich ohne nennenswerten Widerstand tierschutzpolitisch zu profilieren, Herr Garg. Versuchen Sie das doch einmal mit Tiertransporten und Schlachtbetrieben. Das würde ich Ihnen auch einmal als Betätigungsfeld empfehlen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das haben wir doch schon längst gemacht! - Weitere Zurufe)

Das alles sind Argumente, die man ernst nehmen muss. Dennoch halte ich eine Regelung in diesem Bereich für angesagt.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Danke, ich wollte mich kurz fassen, daher keine Zwischenfrage, Herr Garg.

Dafür bestehen mehrere Gründe: Erstens ist es ein altes und gewichtiges Anliegen des Tierschutzes; zweitens sollte Tierschutzpolitik zuerst und grundsätzlich das Wohl der Tiere in den Mittelpunkt stellen; drittens bedeutet es nicht das Aus für Zirkusse, viele existieren - das wurde auch schon angesprochen - durchaus als erfolgreiche Unternehmen ohne Tierhaltung; und viertens werden auch bei einer streng definierten Positivliste genug Tierarten übrig bleiben, um attraktive Tiervorstellungen zu repräsentieren. Tiervorfürungen sind interessant, sie begeistern das Publikum. Die Tiere haben auch Spaß daran, um das einmal zu erwähnen. Das kennen wir nämlich von unseren Haus- und Nutztieren durchaus, die ja

(Detlef Matthiessen)

die intensive Beschäftigung mit ihnen und das Lernen durchaus mögen, nicht zuletzt mein lieber kleiner Hund Elli, der es immer besonders liebt, wenn ich mich mit ihm beschäftige. Tiere sollten daher als Teil der Zirkuskultur erhalten bleibe. Ich selbst liebe übrigens solche Vorstellungen auch. Mein persönlich tollstes Erlebnis war einmal im Berliner Tempodrom, wo mit vier deutschen Edelschweinen eine Löwennummer nachgeahmt wurde, bei der sich das Publikum dann vor Lachen bog.

Ob Elefanten gänzlich ungeeignet sind, muss fachlich überprüft werden. Raubkatzen - Herr Kubicki hat das eingeworfen - sind da sicherlich sehr viel kritischer zu beurteilen. Aber damit sind wir schon mitten in der Fachdebatte, die dann dem Ausschuss vorbehalten sein sollte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich erteile jetzt das Wort für den SSW Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zu meinem Kollegen Matthiessen will ich es wirklich kurz machen. Was die Hessen gemacht haben, ist ein erster Schritt, und das ist natürlich zu unterstützen. Natürlich geht das in meinen Augen nicht weit genug. Ich bin da einig mit Herrn Kollegen Garg.

Wir können den Antrag jetzt schon unterstützen, weil er weitreichender ist, weil er zielführender ist, weil er selbstverständlich auch Zeit lässt, dass die Landesregierung etwas Entsprechendes für den Bundesrat formulieren kann. Insofern ist es okay. Wir werden das auch im Ausschuss so deutlich machen.

Ganz wichtig ist für mich Folgendes auch im Hinblick auf das, was Herr Matthiessen gesagt hat: Man kann Herrn Kollegen Garg vieles vorwerfen, das tue ich ab und zu auch einmal, aber dass er sich nicht für den Tierschutz und nicht gegen Tiertransporte einsetzt, kann man ihm nun wirklich nicht vorwerfen. Insofern muss ich sagen, was Heiner Garg in dem Bereich macht, ist in Ordnung. Deswegen möchte ich Sie alle auffordern, den FDP-Antrag im Ausschuss zu unterstützen, ihn nicht zu sehr umzuformulieren, weil er so, wie er ist, eigentlich recht gut ist. Es ist einen Versuch wert, eine weitreichendere Regelung als die, die die Hessen vorgeschlagen haben, im Bundesrat durchzusetzen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Umweltminister Müller.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft:

Verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Um es von vornherein klar herauszustellen, das ist hier keine Debatte, wie von allen Rednern auch betont, für oder gegen den Zirkus oder das Zirkusvergnügen. Ich glaube, jeder hier im Raum liebt Zirkusse und wünscht sich viele leuchtende Kinder-Augen bei deren Betrachtung. Es geht darum, nicht artgerechte Haltungsbedingungen für Wildtiere zu unterbinden, die in einer auf Wanderschaft befindlichen Einrichtung nicht erfüllt werden können. Das sind nun einmal Zirkusse.

Die jüngsten Meldungen aus der Presse zum Leiden der Elefantin „Sikim“, aber auch die fast täglich in meinem Haus eintreffenden Mängellisten aus Kontrollberichten der Amtstierärzte über Zirkusbetriebe bestärken uns in der Auffassung, dass bei der Haltung und Zurschaustellung von Tieren in Zirkusbetrieben ein dringender Handlungsbedarf besteht. Darin sind wir uns auch alle einig.

Das Land Hessen will nun die seit über einem Jahr geplante und angekündigte **Bundesratsinitiative** für ein Haltungsverbot bestimmter Wildtierarten übermorgen, sprich am 26. September 2003, in den Bundesrat einbringen. Diese Initiative begrüße und unterstütze ich auch grundsätzlich. Nur grundsätzlich deswegen, weil sich der Vorschlag Hessens nur auf die besonders gefährdeten Affen, Elefanten und Großbären bezieht. Das ist nur halb gesprungen und ich bin der Meinung, dass das nicht ausreicht. Deshalb beschäftigt sich mein Ministerium bereits seit längerem ebenfalls mit der Lösung dieses Problems.

Insofern danke ich zwar der Fraktion der FDP für ihren Einsatz für den Tierschutz, aber, lieber Herr Dr. Garg - er ist schon fast weg -: „Ich bin schon da“, sagte der Igel zum Hasen. Ich kann Ihnen sagen, dass ich Ihre Aufforderung aus Ihrem heutigen Antrag bereits in die Tat umgesetzt habe und auch einen geeigneten Vorschlag zur Verbesserung der hessischen Initiative dem Agrarausschuss des Bundesrates für seine Sitzung am kommenden Montag, sprich den 29. September 2003, vorgelegt habe.

Tiere sind aufgrund der ethischen Verpflichtung des Menschen und durch den Grundgedanken des Tierschutzgesetzes so zu halten, dass sie ihre Bedürfnisse jeweils artgemäß befriedigen können. **Wildtiere** haben anders als Haustiere keine entwicklungsge-

(Minister Klaus Müller)

schichtliche Anpassung an das Leben in der Obhut des Menschen durchlaufen können. Darum stellen sie besondere und **hohe Ansprüche** an Unterbringung, Ernährung, Pflege und die Sachkunde des Personals. Diese Anforderungen stehen den Erfordernissen an die ständige räumliche Mobilität dieser Unternehmen wie häufiger Transport, platzsparende Unterbringung, schneller Auf- und Abbau sowie schnelle Reinigung entgegen. Aber auch die Erfordernisse an die öffentliche Sicherheit stehen häufig einer artgemäßen Haltung unter diesen Bedingungen entgegen. Folgen sind typische Verhaltensstörungen der Wildtiere. So sind zum Beispiel vermehrte Aggressionen gegenüber Artgenossen festzustellen oder das so genannte Weben, das Hin- und Herschaukeln angeketteter Elefanten.

Durch die biologischen Charakteristika und das atypische Verhalten vieler Wildtierarten ist eine tierartgerechte Haltung unter den Bedingungen eines mobilen Unternehmens grundsätzlich als problematisch anzusehen. In verschiedenen europäischen Ländern - Herr Wodarz hat bereits auf Österreich hingewiesen - existieren bereits Verbote. Diese Verbote gelten auch in Finnland und Schweden.

Doch die Zahl der für eine Haltung in Zirkusbetrieben ungeeigneten Wildtierarten ist groß. Das entscheidende Manko an der hessischen Initiative ist, dass sie nicht verhindern wird, dass dann auf bestimmte nicht verbotene Wildtierarten ausgewichen wird, die ebenso wenig geeignet sind für die Haltung in einem mobilen Unternehmen. Deshalb lautet mein Antrag in dem Bundesratsverfahren, eine Positivliste zu erstellen. Diese **Positivliste** soll für die Zirkusse Sicherheit, Rechtsklarheit und Transparenz bringen und ausschließlich die Tierarten enthalten, deren Haltungsansprüche entsprechend den Anforderungen nach § 2 Tierschutzgesetz in einem Zirkusbetrieb grundsätzlich erfüllt werden können. Für alle anderen Tierarten, die nicht in dieser Positivliste aufgeführt sind, würde dann automatisch das **Verbot von Neubeschaffung oder Nachzucht** gelten. Da das Verbot nur Neubeschaffungen oder Ersatzbeschaffungen betreffen soll, bietet es den Unternehmen die Möglichkeit, mit den derzeit noch in den Zirkussen vorhandenen Tieren weiterzuarbeiten und sich dann mittel- oder langfristige umzuorientieren.

Der Zauber der Manege steht oder fällt nicht mit der Zurschaustellung oder Vorführung von anspruchsvollen Wildtieren. Der ursprüngliche Schwerpunkt, das Zurschaustellen unbekannter wilder Tiere zur Volksbelustigung, ist schon lange nicht mehr die Attraktion eines Zirkusbetriebes. Längst haben Zoos und Tierparks diese Aufgabe übernommen, die diese Tiere artgerechter halten und dem Besucher eher das natürliche Verhalten und die natürliche Umgebung der Tiere näher bringen können. Zirkusse begeistern heute nicht minder durch Artistik, Clownerie und Zauberei. Aber auch die Möglichkeiten für eindrucksvolle und lustige Tierdressuren sind schier unendlich und begeistern die vielen großen und kleinen Besucher nicht weniger.

Es geht niemandem um Spielverderberei, wir wollen nur aus guten Tierschutzgründen bestimmte Wildtiere aus den Zirkussen heraushalten. Es geht darum, dass **Tierschutzanforderungen** überall gelten müssen und selbstverständlich auch unter dem Zirkuszelt. Zahlreiche moderne und erfolgreiche Zirkusbetriebe haben das Problem seit langem erkannt und verzichten schon auf das Mitführen anspruchsvoller Wildtiere wie zum Beispiel der Cirque du Soleil und der Chinesische Staatszirkus. Dieses wollen wir für alle Zirkusse erreichen. Ich danke Ihnen für die einhellige Unterstützung durch das Haus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/2888, an den zuständigen Umweltausschuss zu überweisen. Wer dem so seine Zustimmung geben will, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das einstimmig vom Hause so verabschiedet.

Tagesordnungspunkt 18 ist damit erledigt.

Wir stehen am Ende der heutigen Beratungen. Ich unterbreche die Beratungen bis morgen früh 10 Uhr. Ich wünsche allen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:08 Uhr